Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

16. Juli 1979
Jg. 7 Nr. 29

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

### Air Afrique stärkt das afrikanische Transportwesen

*z.mih.* Am 8. Juni 1979 tagten die Staatsoberhäupter der Mitgliedsländer der multinationalen Luftfahrtgesellschaft Air Afrique zur Stärkung der Zusammenarbeit im afrikanischen Transport gegen die Imperialisten. Die Mitgliedsländer Togo, Elfenbeinküste, Senegal, Zentralafrika, Obervolta, Benin, Niger und die VR Kongo sowie die Delegationen aus Tschad und Mauretanien beschlossen die progessive Schuldentilgung der Air Afrique, die Erhöhung des Gesellschaftskapitals um 8 Mrd. CFA-Francs (70,4 Mio. DM) in den nächsten vier Jahren zum Kauf weiterer Flugzeuge, die Koordinierung der Flüge mit lokalen Luftfahrtgesellschaften und die Einrichtung regelmäßiger Verbindungen zwischen den Mitgliedsländern. Geprüft werden soll die Frage nach der Afrikanisierung der Kader, insbesondere des technischen Flugpersonals.

### OPEC unterstützt Fernstraßenbau in Mali

*z.erm.* Anfang Juli hat der nordwestafrikanische Staat Mali mit dem Bau einer Fernstraße von Sevare im Südwesten des Landes nach Gao im Nordosten begonnen. Die französischen Kolonialisten hatten zum Abtransport von Baumwolle und Erdnüssen lediglich eine Eisenbahn von der im Südwesten des Binnenlandes gelegenen Hauptstadt Bamako nach Dakar im Senegal gebaut. Der Niger ist nur beschränkt schiffbar. Mit dem Bau der 569 km langen Straße will die malische Regierung die Erschließung des östlichen Landesteils, in dem Viehzucht vorherrscht, fördern. In einer zweiten Phase soll die Straße bis Tamanrasset in Südalgerien verlängert und damit an die algerische Transsaharastraße angeschlossen werden. Der Bau der Straße wird mit Mitteln der Arabischen Bank für Afrikanische Entwicklung und des OPEC-Sozialfonds finanziert.

### Aufbau einer panarabischen Zollunion beschlossen

*z.coi.* Anfang Juni beschloß der Rat für arabische Wirtschaftseinheit CAEU auf seiner ersten Tagung nach dem Ausschluß Ägyptens in Amman, einen gemeinsamen Zolltarif zu schaffen und Importe in die Mitgliedsländer mit einem einheitlichen Zoll zu belegen. Innerhalb des Marktes gehandelte Güter sollen von Zollabgaben ausgenommen werden, wenn einheimische Rohstoffe oder Bearbeitung mindestens 40% des Wertes ausmachen. Ferner soll ein panarabisches Transportnetz für den Straßen- und Eisenbahnverkehr errichtet und eine gemeinsame Landtransportgesellschaft aufgebaut werden. Diese Schutzmaßnahmen sind notwendig, denn obwohl z.B. Jordanien seine Importe aus Syrien von 4,6 Mio. DM (1974) auf 7,7 Mio. DM (1977) erhöht hat, konnten die Imperialisten den syrischen Importanteil von 3,8% auf 2,4% drücken.

### Liberia: Neuerungen im Fernmeldewesen

*z.ind.* Rechtzeitig zur OAU-Gipfelkonferenz konnten in Monrovia Fernmeldeeinrichtungen fertiggestellt werden, wie der Ausbau der Erdsatellitenstation auf 48 Kanäle und die Verdoppelung des Telexnetzes. Die Einrichtungen sind Teil eines Gesamtprogramms, mit dem seit 1976 die Zahl der Telephone von 3370 auf 8190 erweitert werden konnte und Netze in benachbarte afrikanische Staaten verlegt wurden, zum Ausbau des pan-afrikanischen Nachrichtensystems. Gegenwärtig halten die Imperialisten das Nachrichtenmonopol. Als Schritt dagegen haben Vertreter der blockfreien Länder (Liberia ist langjähriges Mitglied) im Mai eine Sitzung durchgeführt, in der sie ihr gemeinsames Vorgehen zur kommenden Weltkonferenz über Funkverkehr beraten haben. Sie erheben die Forderung nach völliger Neuordnung der Funkverkehrsregelungen.

## Rationalisierungspläne der Sozialimperialisten scheitern

Lohnsenkung und Rationalisierung / Politische Reaktion / Die Sowjetunion braucht Krieg

*z.krk.* ,,Es geht nicht nur um die Anzahl der materiellen Güter. Sie allein kann keine Kennziffer für ein glückliches Leben sein'' – schrieb die Prawda im Januar dieses Jahres. Die Erklärung war notwendig geworden, denn die Volksmassen konnten sich in den letzten Jahren immer weniger dieser ,,materiellen Güter'' leisten. Der Verbrauch an Fleisch, Fisch und Eiern stagniert, der von Brot, Kartoffeln und Gemüse sinkt. 1978 betrug der planmäßige Zuwachs von Löhnen und Gehältern 2,2%, für 1979 sind nur noch 1,8% vorgesehen. Im letzten Jahr blieben die Kennziffern des privaten Verbrauchs selbst hinter dem niedrig angesetzten Plan zurück.

Zum ersten Juli kamen Preiserhöhungen hinzu: u.a. haben Cafés und Restaurants die Preise zwischen 25 und 45% erhöht, um 45% für in Gaststätten verkauftes Bier. Möbel inländischer Produktion sind um 10%, aus dem Import um 30% teurer geworden.

Der gegenwärtig laufende zehnte Fünfjahrplan, den die neue Bourgeoisie zum Plan der ,,Qualität und der Effektivität'' machen wollte, ist bereits gescheitert. Er ist gescheitert, was die *Menge* der hergestellten Produkte betrifft: 1978 sind *nicht* erreicht worden die Planziele für Erdöl, Erdgaskonzentrate, Kohle und Elektrizität, große Planrückstände gibt es in der Bauwirtschaft, im Verkehrswesen und in der Landwirtschaft insgesamt. Dabei waren die Planziele 1978 die niedrigsten seit dem 2. Weltkrieg. Der Rückgang der Produktion setzt sich weiter fort: im ersten Quartal 1979 sank im Verhältnis zum Vergleichszeitraum 1978 die Produktion der Schwarzmetallurgie um 0,8%, der Stahlindustrie um 1%, die von Walzprodukten um 3%. Am 12.6. stellte die Prawda fest, daß die Planerfüllung 1979 gefährdet sei, vor allem in der Energiewirtschaft, im Verkehrswesen und in der Landwirtschaft.

Gleichzeitig häufen sich die Berichte über haarsträubende Mißwirtschaft und Fehlplanungen. Auf dem Novemberplenum des ZK der KPdSU berichtete Breschnew über eine Fabrik von Konservendosen in Nachodka, die seit 17 Jahren gebaut wird und die Produktion noch immer nicht aufgenommen hat. Die unvollendete Bauproduktion nimmt zu, in den Lagern verrotten Maschinen und Ausrüstungen im Werte von mehreren Mrd. Rubel, weil sie entweder nicht gebraucht werden, oder man weiß nicht wo, oder die Transportkapazitäten fehlen. In der Landwirtschaft werden vorhandene Bewässerungsanlagen nicht genutzt oder Felder überflüssig knöchelhoch mit Wasser überflutet. Das sind nur einige Beispiele.

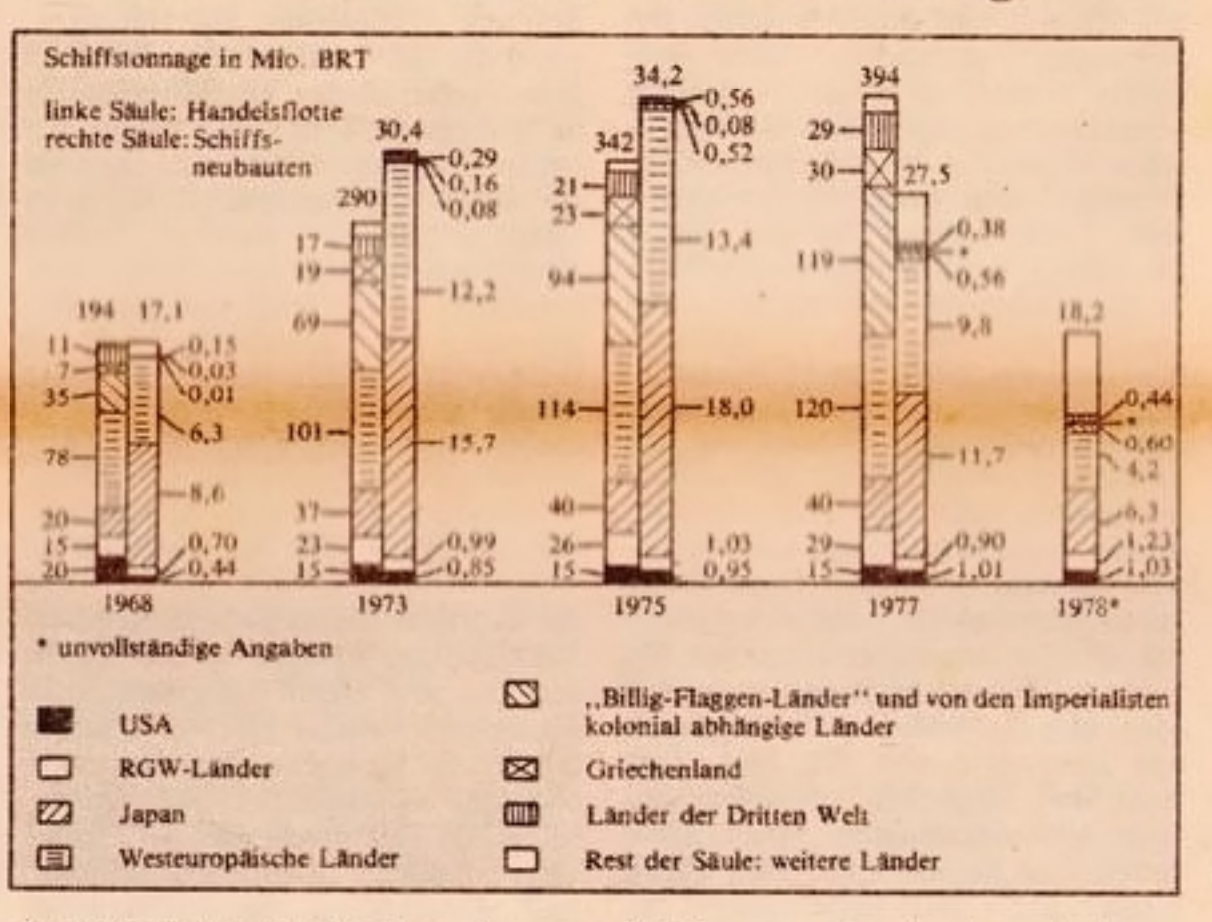
Der Fünfjahrplan ist aber vor allem in seiner *Linie* gescheitert. Vorgesehen war, die Investitionstätigkeit zu drosseln und vor allem die Produktivität der Arbeit zu steigern. Eine notwendige Maßnahme für den Erfolg der Warenoffensive auf dem Weltmarkt im Konkurrenzkampf mit dem US-Imperialismus. Dagegen stiegen 1978 die Brutto-Anlageinvestitionen um 5,5% statt wie im Plan vorgesehen um 3,5%. Im ersten Quartal 1979 sank die Arbeitsproduktivität sogar um 1% im Verhältnis zum Vergleichszeitraum 1978. Noch in keinem Jahr des Fünfjahrplans ist die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität verwirklicht worden. Auf dem Novemberplenum mußten die Investitionen für das Transportwesen außerplanmäßig erhöht, dafür aber für 1979 die Investitionen für die Landwirtschaft verringert werden, was bereits verheerende Folgen zu zeitigen beginnt.

Die Steigerung der Produktion entspringt weiterhin, wenn überhaupt, aus ihrer Ausdehnung. Der niedrige Grad der Verwertung des Kapitals wirkt sich besonders drückend aus auf die Lage der Erdöl- und Erdgasindustrie und insgesamt im Bereich der Energie- und Rohstoffversorgung. Hier sind für Erschließung und Transport immer höhere Investitionen notwendig. 80% der Energie werden im europäischen Teil der Sowjetunion verbraucht, aber 80% der Energieträger lagern im Fernen Osten und in Sibirien. Die zwangsweise Heranziehung der RGW-Partner bei den Investitionen ist nur eine der zwingenden Maßnahmen, die die Sowjetunion im Interesse der Kostensenkung bei der strategisch wichtigen Energie- und Rohstoffversorgung ergreifen muß. Immer zwingender muß sie aber vor allem nach den Rohstoffen und in erster Linie nach dem billigen Erdöl der Länder der Dritten Welt greifen, will sie die Schlacht um die Weltherrschaft mit der Supermacht USA siegreich bestehen.

Es ist nicht die Dämlichkeit der neuen Bourgeoisie, die Schuld daran hat, daß die Produktivität und Intensität der Arbeit, d.h. die Verschärfung der Ausbeutung sich nicht dem Plan entsprechend entwickeln. Es ist der Widerstand der Arbeiterklasse und der unterdrückten Nationalitäten, der die Sozialimperialisten daran hindert, alle Schranken vor dem ungehinderten Funktionieren der Konkurrenz niederzureißen, Schranken, die noch bestehen, weil die Sowjetunion einmal ein sozialistisches Land war. Heute schon hat die neue Bourgeoisie große Schwierigkeiten, den gegenwärtigen Grad der Ausbeutung voll durchzusetzen, trotz der von der Presse propagierten leuchtenden Beispiele (,,Die Melkerin Kosina kennt keinen Stillstand''). Die im März durchgeführte Beratung des Staatsanwaltschaftsbüros der UdSSR sagte den entschiedenen Kampf an zum Schutz des ,,sozialistischen Eigentums'', der ,,Interessen des Staates und der öffentlichen Organe'', gegen Unterschlagung, ,,Verluste in der Nationalökonomie und andere Verletzungen der staatlichen Disziplin.''

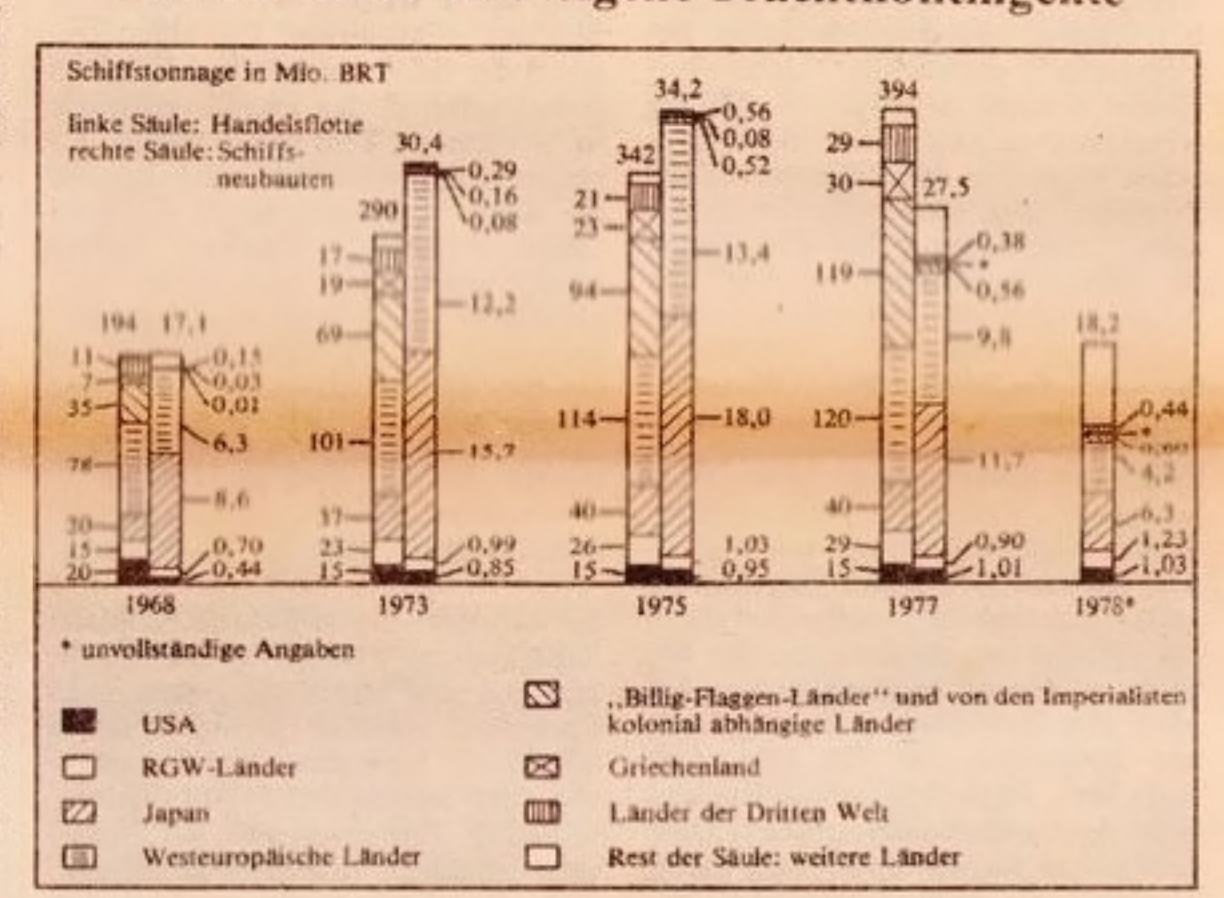
Die Ergebnisse des laufenden Fünfjahrplanes bieten keine Grundlage für die Sozialimperialisten, auf dem Weltmarkt große Siege gegen den US-Imperialismus zu erringen. Ihre strategische Basis müssen sie weiterhin in der Hauptsache mit Waffengewalt erweitern. Vor genau einem Monat hatte die Sowjetunion Afghanistan gedroht, es ,,nicht im Stich zu lassen '' und über Umwege erklärten sie sich zum Anrainerstaat des Indischen Ozeans. Der Kampf um das Erdöl-Weltmonopol duldet keinen Aufschub.

### UN-Seerechtskonferenz: 3. Welt fordert Frachtratenkontrolle und eigene Frachtkontingente




Das Schaubild zeigt die Beherrschung des Weltfrachtmarktes durch wenige imperialistische Länder, einschließlich des russischen Sozialimperialismus. Welche Extraprofite speziell auch durch Nutzung von ,,Billigflaggen'', durch erpresserische Monopolpreise im Seefrachtgeschäft gemacht werden, kann man aus den gierigen Sprüngen der Handelsflottenexpansion 1968-75 ermessen. Über die eben begonnene UN-Seerechtskonferenz versucht die 3. Welt, sich gegen die erdrückende Konkurrenz der Imperialisten notdürftige Schutzrechte zu erkämpfen.

UN-Seerechtskonferenz: 3. Welt fordert Frachtratenkontrolle und eigene Frachtkontingente



## Kapitalisten in Furcht vor Lohnforderungen

Apelle an die ,,Vernunft der Gewerkschaften'' – Es sprudle der Profit!

*z.frb.* Die Kapitalisten beginnen jetzt wieder, über mangelndes Angebot an passender Arbeitskraft zu jammern. Gesamtmetall schreibt: ,,Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften begrenzt jetzt die Wachstumschancen der Metallindustrie. Von Januar bis Mai 1979 hat sich die Zahl der Unternehmen, deren Produktion wegen fehlender Arbeitskräfte behindert war, nahezu verdoppelt.'' Laut Ifo-Institut berichtete ein Drittel der Baukapitalisten im April, daß bei ihnen die Produktion durch Arbeitskräftemangel behindert werde. Gleiches meldet die Bundesbank für die Gesamtwirtschaft. Obwohl viele Firmen ihre Belegschaft inzwischen merklich vergrößert hätten und knapp 800 Tausend Arbeitslose registriert sind, würde jetzt immer häufiger über den Mangel an Arbeitskräften geklagt.

,,Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gewinnt weiter an Dynamik'', verkündet der Wirtschaftsminister im jüngsten Bericht zur Lage. Prall gefüllte Kassen, volle Auftragsbücher, aus denen der Profit lacht, haben die Kapitalisten fiebrig gemacht. Zum vierten Mal innerhalb eines halben Jahres hat die Bundesbank jetzt die Zinsen nach oben getrieben. Die Kapitalisten haben's geschluckt, als käm's ihnen auf zwei Prozent Abzug von ihrem Profit nicht an, wo sie sonst um Zehntel geifern. Die Bankkredite weiten sich ungebremst aus, Produktionsanlagen werden erweitert, jeder bestellt bei jedem – auf Kredit. So blüht allseits das Geschäft, obwohl schon sicher ist, daß das so akkumulierte produktive Kapital keine wirkliche Nachfrage, die ihm profitliche Anwendung gewähren würde, finden wird.

Regelmäßig scheint das Geschäft gerade dann am kräftigsten, wenn der Krach unmittelbar bevorsteht. Und vieles – die emporschnellenden Bestellungen und Produktionen, der seit April nach oben gesprungene Zins, die übertriebene Heiterkeit der Kapitalisten – spricht dafür, daß sich solch eine Lage just vor unseren Augen entwickelt. Aber dem Kapitalisten ist solche Einsicht fremd. Die Tatsache, daß er mit geliehenem Kapital, mit fremden Eigentum ins Geschäft geht, beflügelt nur seine Kühnheit. Und dies muß auch so sein, denn für jeden einzelnen unter seinesgleichen geht es ums Überleben. Jeder geht in die Vollen. Noch lockt der Markt, und jetzt werden die Anteile verteilt, die in der nächsten Krise über Sein oder Nichtsein entscheiden.

Man muß mit Blindheit geschlagen sein oder nach dem Bundesverdienstkreuz schielen, um in dieser Situation einen Schwur auf die ,,Vertragstreue'' beim Lohntarif abzulegen. Dem Kapitalisten hockt die Konkurrenz im Nacken, da läßt er auch mal was springen, um den Profit in Fluß zu halten oder einen Arbeiter zu locken. Mit der Konkurrenz um Marktanteile entwickelt sich auch die Konkurrenz um die Arbeitskraft. Schon weisen die Zahlen der Bundesbank aus, daß im ersten Quartal des Jahres erstmals seit langem die Effektivlöhne eine rundes Prozent schneller als die Tariflöhne gestiegen sind. Jetzt sind wir drei Monate weiter, drei Monate, in denen sich die geschäftige Hektik der Kapitalisten erst richtig entfaltet hat.

### Teeplantagen in Indien verstaatlicht



Die Regierung des indischen Bundesstaates Westbengalen hat die größten Teeplantagen, die zum Teil noch britischen Monopolen gehören, verstaatlicht. Berichte über die Kämpfe der indischen Arbeiter und Bauern auf Seite 16/17.

*z.erm.Rom.* **Letzte Woche ist Bundeskanzler Schmidt zu einem „Privatbesuch“ zu Papst Johannes Paul II. nach Rom gereist und hat anschließend mit Staatspräsident Pertini und dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Andreotti gesprochen.** Themen der Privataudienz: „Ost-Europa und die Menschenrechte“, „Lateinamerika, Kampf gegen das Schüren von Haß auf der Welt“ und die „Rolle der Gewerkschaften“. Zu dem ersten Thema fügte der Vatikan-Sprecher erklärend hinzu, daß, wenn der Papst von Europa spreche, „er stets ganz Europa, das westliche und östliche Europa“, meine. Schmidt weiß diese Auffassung Wojtylas zu schätzen. Der „Gedankenaustausch“ über Polen war Schmidts Hauptanliegen. Die westdeutschen Imperialisten wollen wissen, welchen Nutzen sie aus der Polenreise des Kirchenoberhaupts ziehen können. Wojtyla hat schon mit seiner Lateinamerikareise bewiesen, daß er den Imperialisten sehr dienlich sein kann. Einig waren sich der Papst und der Kanzler darin, daß der Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt – das Schüren von Haß auf der Welt – „von den Regierungen bekämpft werden muß.“ Jetzt soll der Papst auch in die Bundesrepublik kommen, hat sich Schmidt „im Namen seiner Regierung und aller Deutschen, auch der Nicht-Katholiken“, gewünscht. In dem Zusammenhang haben der Papst und Schmidt gleich über die Rolle der Gewerkschaften, Vermögensbildung und Mitbestimmung gesprochen. Wojtyla hatte noch vor kurzem in Krakau versichert, daß „Christentum und Kirche keine Angst vor der Welt der Arbeit“ haben.

Die westdeutschen Imperialisten versprechen sich von einem Besuch Spaltung und Schwächung der Arbeiterbewegung. – Mit Pertini und Andreotti hat Schmidt über die „bilateralen Beziehungen“ gesprochen. Dabei versäumte er nicht zu erwähnen, daß die westdeutschen Kapitalisten die italienischen Arbeiter in deren rechtloser Lage besonders gern ausbeuten. Er sprach seine „Hochachtung für den Dienst der 600000 italienischen Beschäftigten in der BRD“ aus. Die westdeutschen Imperialisten wollen sich Einflußmöglichkeiten in Italien sichern, Schmidt war gekommen, um die Lage bei der Regierungsbildung zu sondieren. In den letzten Jahren sind die Möglichkeiten, sich die italienischen Imperialisten durch Krediterpressung unterzuordnen, geringer geworden. Das italienische Finanzkapital konnte aufgrund der verschärften Ausbeutung der Arbeiter ein Handelsbilanzdefizit von 346 Mrd. Lire (1,04 Mrd. DM) 1976 in einen Überschuß von 726 Mrd. Lire (1,63 Mrd. DM) 1978 verwandeln und seine Auslandsschulden senken. Über gesteigerten Kapitalexport nach Italien versuchen die BRD-Imperialisten, aus der Ausbeutung der billigeren italienischen Arbeitskraft Extraprofite zu ziehen und ihren Einfluß zu verstärken. Seit 1977 ist der Anteil ausländischen Kapitals an den großen italienischen Unternehmen um 15,7% gestiegen.

Die westdeutschen Imperialisten versprechen sich von einem Besuch Spaltung und Schwächung der Arbeiterbewegung. – Mit Pertini und Andreotti hat Schmidt über die „bilateralen Beziehungen“ gesprochen. Dabei versäumte er nicht zu erwähnen, daß die westdeutschen Kapitalisten die italienischen Arbeiter in deren rechtloser Lage besonders gern ausbeuten. Er sprach seine „Hochachtung für den Dienst der 600000 italienischen Beschäftigten in der BRD“ aus. Die westdeutschen Imperialisten wollen sich Einflußmöglichkeiten in Italien sichern, Schmidt war gekommen, um die Lage bei der Regierungsbildung zu sondieren. In den letzten Jahren sind die Möglichkeiten, sich die italienischen Imperialisten durch Krediterpressung unterzuordnen, geringer geworden. Das italienische Finanzkapital konnte aufgrund der verschärften Ausbeutung der Arbeiter ein Handelsbilanzdefizit von 346 Mrd. Lire (1,04 Mrd. DM) 1976 in einen Überschuß von 726 Mrd. Lire (1,63 Mrd. DM) 1978 verwandeln und seine Auslandsschulden senken. Über gesteigerten Kapitalexport nach Italien versuchen die BRD-Imperialisten, aus der Ausbeutung der billigeren italienischen Arbeitskraft Extraprofite zu ziehen und ihren Einfluß zu verstärken. Seit 1977 ist der Anteil ausländischen

daß „Christentum und Kirche keine Angst vor der Welt der Arbeit“ haben.

*z.frb.* **Strauß, der seine Schilderhebung spontan als „Wehen des Mantels Gottes“ ansah, dann zur bescheideneren Formulierung „List der Geschichte“ griff, hat ein 10-Punkte-Programm vorgestellt.** 1. Die Versorgung mit ausreichender Energie zu bezahlbaren Preisen und mit den unentbehrlichen Rohstoffen, die fast ausschließlich aus dem Ausland kommen. 2. In Europa und Amerika abgestimmte Mittel-Ost-Politik. 3. Eine den wirklichen deutschen Interessen entsprechende Afrika-Politik. 4. Ost-Politik, bei der Geben und Nehmen im Gleichgewicht sind. 5. Eine Verteidigungspolitik, bei der die Bewaffnung der NATO nicht zum Gegenstand parteipolitischer Schaukämpfe gemacht wird. 6. Entlastung der Wirtschaft von Steuern, leistungsgerechter Steuertarif. 7. Festigung des Netzes der sozialen Sicherheit durch Ausschöpfung der produktiven Kräfte unseres Volkes. 8. Eindämmung der Gesetzesflut und Abbau der bürokratischen Bevormundung. 9. Allmähliche Rückführung der Staatsquote von gegenwärtig 47% auf 40%. 10.

Das Gleichgewicht zwischen ökologischen Lebenswichtigkeiten und ökonomischen Notwendigkeiten mit einem nicht von Ideologien und Utopien verstellten Blick zu bewahren. – Soweit Strauß in „Welt am Sonntag“, 8.7.79. – Reichlich Energie und Rohstoffe, zu Kolonialpreisen, dazu deutsche Mittel-Ost-Politik, deutsche Afrika-Politik, ebenfalls eine deutsche Ost-Politik. Und das Rückgrat dieser Politik? Militärische Aufrüstung. Und woher die Kraft nehmen? Aus der „Ausschöpfung aller produktiven Kräfte“, woher sonst. Den Lohn ohne Umweg der staatlichen Lohnverwaltung senken. Und der Unterdrückungsapparat? Strauß: „Ein liberaler Staat muß ein starker Staat sein.“ Mit dieser Formel trifft er sich gut mit Sozialdemokraten und Freidemokraten, wie das Programm sowieso darauf pocht, besser zu machen, was Schmidt auch schon macht. Eine Wahl wie die zwischen Pest und Cholera.




*z.haj.* **Am 6. Juli haben die Ministerpräsidenten der Länder die Forderung der GEW – Begrenzung und Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrer auf 40 Stunden – abgelehnt.** Der Hauptvorstand der GEW hat mit dem Beschluß geantwortet, in den Landesverbänden im September, dem ersten Monat des neuen Schuljahres, für zwei Stunden die Arbeit niederzulegen. In einzelnen Landesverbänden werden weitere Kampfmaßnahmen beschlossen oder gefordert. Die Landesvertreterversammlung von Niedersachsen z.B. hat beschlossen, im Februar 1980 keine Zeugnisse zu schreiben, wenn die Forderung nicht anerkannt wird. Die staatlichen Dienstherren erklären, „Verbesserung der pädagogischen Situation“ müsse jetzt vor allem stehen.

Sie möchten die verhaßten Schulverhältnisse den Lehrern in die Schuhe schieben und dafür die Lehrer auch noch durch ständige Überarbeit zahlen lassen, die inzwischen ein unerträgliches Maß erreicht hat. 15000 arbeitslose Lehrer, Teilzeitverträge, der Einsatz von mobilen „Lehrerfeuerwehren“ sind Druckmittel der öffentlichen Dienstherren. Wo das nicht reicht, steht immerhin noch das Beamtenrecht, das den Lehrern weder Streik- noch Tarifvertragsrechte gibt. Kultusministerin Laurien hat bereits in der letzten Woche mit „disziplinarischen Maßnahmen“ gedroht. Trotzdem hat sich in den vergangenen Jahren vor allen Dingen durch Beteiligung an den Lohnbewegungen eine ziemlich starke gewerkschaftliche Bewegung unter den Lehrern gebildet, die gegen verschiedene Gehaltskürzungen der öffentlichen Dienstherren auch bereits ihre Bereitschaft zum Streik bewiesen hat. Aus den Lohnbewegungen können die Lehrer für ihre Kampfmaßnahmen kräftige Unterstützung erwarten.

z.haj. Am 6. Juli haben die Ministerpräsidenten der Länder die Forderung der GEW – Begrenzung und Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrer auf 40 Stunden – abgelehnt. Der Hauptvorstand der GEW hat mit dem Beschluß geantwortet, in den Landesverbänden im September, dem ersten Monat des neuen Schuljahres, für zwei Stunden die Arbeit niederzulegen. In einzelnen Landesverbänden werden weitere Kampfmaßnahmen beschlossen oder gefordert. Die Landesvertreterversammlung von Niedersachsen z.B. hat beschlossen, im Februar 1980 keine Zeugnisse zu schreiben, wenn die Forderung nicht anerkannt wird. Die staatlichen Dienstherren erklären, „Verbesserung der pädagogischen Situation“ müsse jetzt vor allem stehen.

Sie möchten die verhaßten Schulverhältnisse den Lehrern in die Schuhe schieben und dafür die Lehrer auch noch durch ständige Überarbeit zahlen lassen, die inzwischen ein unerträgliches Maß erreicht hat. 15000 arbeitslose Lehrer, Teilzeitverträge, der Einsatz von mobilen „Lehrerfeuerwehren“ sind Druckmittel der öffentlichen Dienstherren. Wo das nicht reicht, steht immerhin noch das Beamtenrecht, das den Lehrern weder Streik- noch Tarifvertragsrechte gibt. Kultus-

*z.rev.* **Nach einem Bericht vom Bundesamt für Statistik „zur gesundheitlichen Situation der Kinder“ waren 1976 10%, d.h. 95000 der erkrankten Kinder chronisch krank.** Ein ähnlicher Bericht in „Wirtschaft und Statistik“ (Heft 4/79) geht besonders auf die hohe Zahl der behinderten Kinder ein.

1974 waren es 358000. Über 70000 waren körperbehindert. 20400 Kinder haben chronische Krankheiten und Fehlbildungen der inneren Organe und des Stoffwechsels. Die Todesfälle von Kindern an infektiösen Krankheiten sind zwar stark zurückgegangen, weil diese Krankheiten inzwischen mit Antibiotika behandelt werden können. Vergleicht man aber die Sterbefälle aus den Jahren 1933-35 und 1974-76 so ist der Anteil der Kinder, die an Leukämie und bösartigen Mißbildungen gestorben sind, von 1 auf 5% gestiegen, von denen, die an angeborenen Mißbildungen gestorben sind, sogar von 1 auf 10%. – Die Statistiken bedeuten eine Sichtung über die Kinder, die später in der Produktion nicht voll eingesetzt und ausgebeutet werden können.

# Parlamentsgerangel um die Familienpolitik

## Regierung und Opposition für mehr Kinder ohne mehr Lohn / „Kinder machen reich – an Glück“

*z.hev.* „Als es überhaupt keinen Staat gab, nach 1945“, so Familienministerin Antje Huber in der Juli-Ausgabe der Lutherischen Monatshefte, „da haben die Menschen meiner Generation gewußt, was sie als einziges auf der Welt übrigbehalten hatten, ihre Familie“. Aber weder gab es nach 1945 „überhaupt keinen Staat“, sondern der faschistische war durch den Besatzerstaat ersetzt, noch hatten „die Menschen“ ihre Familien übrigbehalten. Ziemlich ungeschoren sind die Bourgeoisfamilien davongekommen, während die anderen stark dezimiert und in alle Winde zerstreut waren. Warum gerade jetzt solch eine triefige Ideologie von der heilen Keimzelle Familie, aus der der Staat emporwächst? Antje Huber will, „daß die berühmte Wertediskussion wieder angekurbelt wird.“ Etwa so: Kinder sind wertvoller als eine Reise nach Mallorca, sie bedeuten nicht Lohnverzicht, sondern „können Familien reicher machen, reich an Glück!“

Eine gewisse Verzweiflung in Regierungskreisen über die sinkenden Kinderzahlen, und wie diesen beizukommen sei, ist unverkennbar. Der 3. Familienbericht ist nun schon ein Jahr überfällig, und die Opposition fordert ihn nicht einmal lauthals ein. Die Lage: 51% der Familien bleiben derzeit kinderlos.

Trotz aller blumigen Gemälde vom kinderreichen Glück durch Verzicht wissen Regierung und Opposition genau, daß sie beim Geld was machen müssen. Wie, darüber streiten sie. Frau Huber will „künftig bei allen familienpolitischen Maßnahmen stärker zur Einkommensorientierung übergehen“, der Mütterurlaub sei zwar keine bevölkerungspolitische Maßnahme, aber mehr Kinder dadurch „ein nicht unerwünschter Nebeneffekt.“ Die CSU in Bayern erprobt seit Juli '78 ein Darlehen für junge Familien, das bei steigender Kinderzahl nach und nach nicht mehr zurückgezahlt werden muß, eine Art Prämie für pflichtbewußtes familienpolitisches Handeln und ausbaufähig bis zur strafweisen Besteuerung von Kinderlosigkeit.

Weiter im Gespräch, und das schon zum Teil seit dem 2. Familienbericht 1975, ist ein sog. Erziehungsgeld, das im Antrag der CDU gegen die Mütterurlaubsregelung der Regierung im März dieses Jahres seinen Niederschlag gefunden hat. Die gleichen Vorstellungen liegen der „Anerkennung der Hausfrauentätigkeit als Beruf“ zugrunde, die von einer Münchener Hausfrauenvereinigung verbunden wird mit der Forderung nach einem Hausfrauengehalt, was die Bayerische Staatsregierung „weitgehend teilt“. Dazu gehört auch die Anrechnung der Hausfrauentätigkeit auf die Sozialversicherung und hier besonders die Rente.

Die SPD klammert sich noch an ein „breitflächiges Angebot“ für kinderreiche Familien, dem die widerliche Sozialhilfefratze schon von weitem anzusehen ist. Und aus der christdemokratischen Ecke kommen erneute Versuche, den §218 wieder anzuschärfen, nachdem Statistiken über die starke Zunahme von Abteibungen mit sozialer Indikation veröffentlicht worden waren.

„Familienpolitik“ soll ein Hauptthema im Bundestagswahlkampf 1980 werden. Regierung und Opposition wollen eine Diskussion entfachen, die den ökonomischen Kern des Tauziehens verdecken soll. Auf welche materielle Weise lassen sich die Massen zum Kinderkriegen bringen, ohne das Lohnniveau insgesamt anheben zu müssen? Und wie läßt sich die Verteilung der Mittel verbinden mit einem Maximum an staatlicher Aufsicht über die Familien, auf daß sie als „die erste und wichtigste Lebensgemeinschaft in Gesellschaft und Staat“ (CSU-Grundsatzprogramm) funktionieren?

Großbanken spekulieren auf EG-Kreditgeschäfte

Regierung für Vereinheitlichung der Verbraucherkreditregelung

z.coi. „Das Volumen der in der Gemeinschaft zur Erfüllung privater Bedürfnisse in Anspruch genommenen Verbraucherkredite hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich vergrößert; es weist insgesamt weiter steigende Tendenz auf“, begeistert sich die Bundesregierung und unterrichtet den Bundestag vom Erlaß der „Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten über den Verbraucherkredit“ durch den Rat der Europäischen Gemeinschaft. Unter der Fanfare des „Schutzes des Verbrauchers“ ist mit dieser Richtlinie die rechtliche Grundlage gelegt worden zur Beseitigung „unterschiedlicher nationaler Rechtsvorschriften“. „Die Vorschriften ... sollen die Markttransparenz erhöhen und es dem Verbraucher erleichtern, das für ihn günstigste Angebot der verschiedenen Kreditgeber auszuwählen“.

Die aufdringlichen Sympathiebezeugungen der Regierung für den „Verbraucher“ und für Transparenz und Ehrlichkeit hat ihre Grundlage darin, daß die westdeutschen Banken tatsächlich die billigsten Kredite zu bieten haben und mit ihrer Finanzstärke die Konkurrenz aus diesem Geschäft verdrängen wollen. Der Diskontsatz in der BRD ist seit Jahren innerhalb der EG der niedrigste. Im Mai betrug er 4%, in Belgien 7%, Dänemark 8%, Frankreich 9,5%, Großbritannien 12%, Italien 10,5% und den Niederlanden 6,5%.

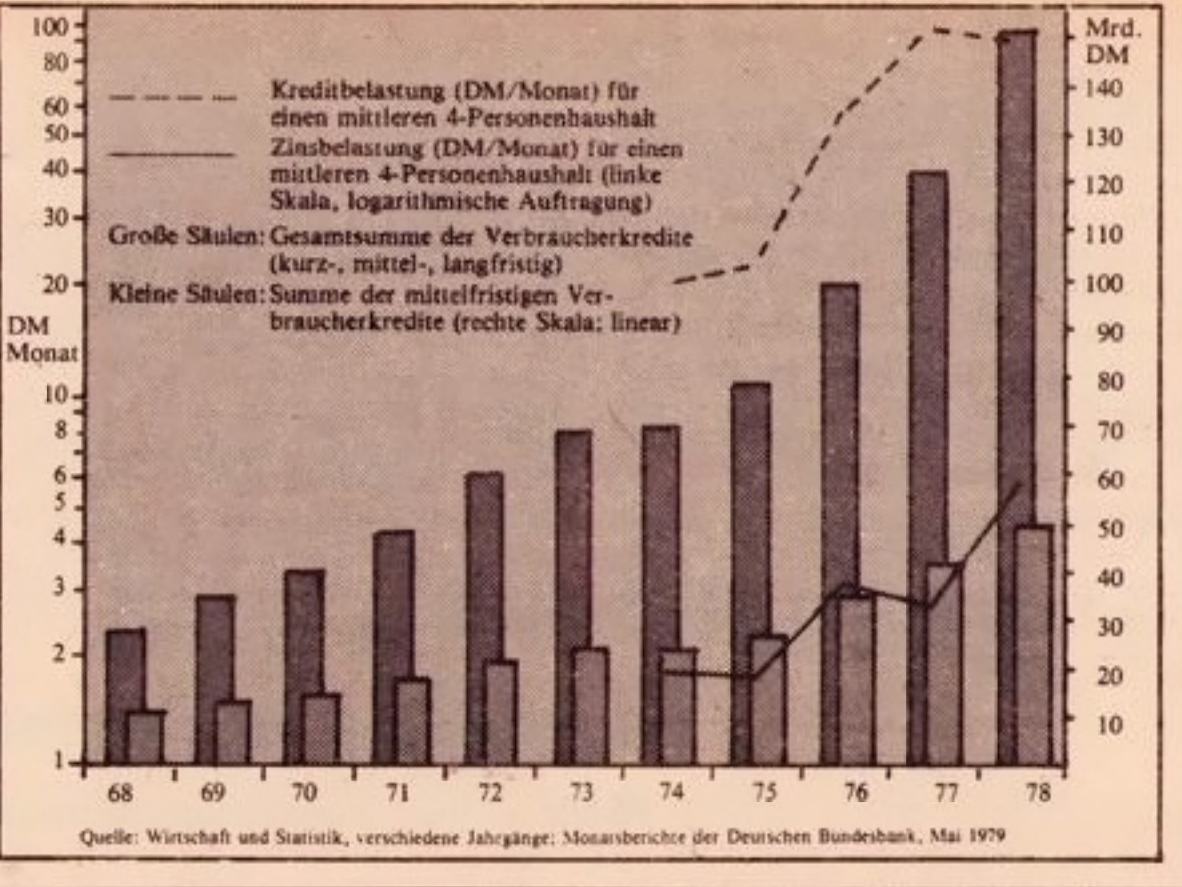
Das „Verbraucherkreditgeschäft“ hat sich in den letzten Jahren fast explosionsartig entwickelt. Die Gesamtsumme der Verbraucherkredite in der BRD hat sich von 1974 bis 1978 mehr als verdoppelt, die Summe der mittelfristigen Kredite, die die Volksmassen zum Kauf langlebiger Konsumgüter, z.B. Möbel, aufzunehmen gezwungen sind, hat sich im selben Zeitraum fast verdreifacht. Die damit einhergehende Kredit- und Zinsbelastung der Arbeiterhaushalte ist noch stärker gestiegen. Da lacht das westdeutsche Bourgeoisherz, denn im Februar 1978 z.B. machten allein die Profite aus den Ratenkreditgeschäften (ca. 50% der Gesamtkreditsumme) bei einem effektiven Jahreszins von durchschnittlich 9,29% 5,9 Mrd. DM. Dabei erreichte nach Angaben der Bundesregierung der effektive Jahreszins der Banken im Februar 1978 auch Werte von 15,74%, „Kredithaie“ brachten es gar auf 50%.

# Großbanken spekulieren auf EG-Kreditgeschäfte

## Regierung für Vereinheitlichung der Verbraucherkreditregelung

*z.coi.* „Das Volumen der in der Gemeinschaft zur Erfüllung privater Bedürfnisse in Anspruch genommenen Verbraucherkredite hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich vergrößert; es weist insgesamt weiter steigende Tendenz auf“, begeistert sich die Bundesregierung und unterrichtet den Bundestag vom Erlaß der „Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten über den Verbraucherkredit“ durch den Rat der Europäischen Gemeinschaft. Unter der Fanfare des „Schutzes des Verbrauchers“ ist mit dieser Richtlinie die rechtliche Grundlage gelegt worden zur Beseitigung „unterschiedlicher nationaler Rechtsvorschriften“. „Die Vorschriften ... sollen die Markttransparenz erhöhen und es dem Verbraucher erleichtern, das für ihn günstigste Angebot der verschiedenen Kreditgeber auszuwählen“.

Die aufdringlichen Sympathiebezeugungen der Regierung für den „Verbraucher“ und für Transparenz und Ehrlichkeit hat ihre Grundlage darin, daß die westdeutschen Banken tatsächlich die billigsten Kredite zu bieten haben und mit ihrer Finanzstärke die Konkurrenz aus diesem Geschäft verdrängen wollen. Der Diskontsatz in der BRD ist seit Jahren innerhalb der EG der niedrigste. Im Mai betrug er 4%, in Belgien 7%, Dänemark 8%, Frankreich 9,5%, Großbritannien 12%, Italien 10,5% und den Niederlanden 6,5%.



Quelle: Wirtschaft und Statistik, verschiedene Jahrgänge; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1979

Das „Verbraucherkreditgeschäft“ hat sich in den letzten Jahren fast explosionsartig entwickelt. Die Gesamtsumme der Verbraucherkredite in der BRD hat sich von 1974 bis 1978 mehr als verdoppelt, die Summe der mittelfristigen Kredite, die die Volksmassen zum Kauf langlebiger Konsumgüter, z.B. Möbel, aufzunehmen gezwungen sind, hat sich im selben Zeitraum fast verdreifacht. Die damit einhergehende Kredit- und Zinsbelastung der Arbeiterhaushalte ist noch stärker gestiegen. Da lacht das westdeutsche Bourgeoisherz, denn im Februar 1978 z.B. machten allein die Profite aus den Ratenkreditgeschäften (ca. 50% der Gesamtkreditsumme) bei einem effektiven Jahreszins von durchschnittlich 9,29% 5,9 Mrd. DM. Dabei erreichte nach Angaben der Bundesregierung der effektive Jahreszins der Banken im Februar 1978 auch Werte von 15,74%, „Kredithaie“ brachten es gar auf 50%.

Die westdeutschen Banken haben frühzeitig begonnen, die technischen und finanziellen Voraussetzungen für die Ausweitung dieser Kreditgeschäfte auf ganz Europa mit Vehemenz auszuweiten. Allein die Deutsche Bank hat inzwischen acht europäische Auslandsniederlassungen und ist an mindestens 7 Banken in Europa beteiligt.

*z.tit.* **Je weniger Geld man hat, desto öfter zieht man um, mit dem eigenen Auto, dem von Verwandten, Bekannten oder mit dem Mietwagen.** 2 Millionen Arbeiter- und Angestelltenhaushalte (75% erwerbstätig, 14% noch nicht) werden durch die Kapitalisten jährlich zu Umzügen gezwungen, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Entsprechend sind die angegebenen Gründe: Arbeitsplatzwechel, neue Wohnung und Haushaltsveränderungen.

Gleichzeitig weigern sich die Kapitalisten, die immensen Umzugskosten zu zahlen. Ein Umzug über 200 km kostet mit einem Spediteur zwischen 2500 und 4500 DM, je nachdem, ob man selber packt; mit einem Mietwagen 500 DM. 50% der umziehenden Haushalte verfügen über ein Nettoeinkommen von weniger als 2000 DM, davon sind die Kosten für den Spediteur nicht und für den Mietwagen nur unter erheblicher Einschränkung der Reproduktion zu zahlen. Von den Schäden am Mobiliar des mobilgemachten Arbeiters gar nicht zu reden.

*z.eve.* **Daß die Supermacht USA in das Weltraumlabor Skylab aus Kostengründen zu wenig Steuerungsraketen eingebaut hat, haben der US-Imperialismus und auch die BRD-Imperialisten gleich für ein beispielloses, man kann sagen weltweites, Kriegsmanöver genutzt.** Soweit wie Skylab überhaupt noch zu steuern war, haben sie dafür gesorgt, daß es wenigstens nicht auf dem nordamerikanischen Kontinent herunterkam. Das hätte Carter gerade noch gefehlt nach dem Reaktorunfall in Harrisburg. So wurde erst umgelenkt und dann zur Beruhigung die Parole ausgegeben, daß Skylab über dem Meer abstürzen würde. Der Notdienst der australischen Hafenstadt Perth erfuhr 8 Minuten vor dem Absturz, daß das Weltraumlabor auf dem australischen Kontinent herunterkommen würde. Der NASA-Sprecher über das australische Absturzgebiet: „Eine der entlegendsten Gegenden der Welt“. 500 Weiße und 1000 „Ureinwohner“.

Auch die westdeutsche Bourgeoisie hat vor Chauvinismus nur so gestrotzt. Die Hauptsache, kein Absturz über Deutschland. Innenminister Baum mochte es aber nicht dabei belassen, daß die Welt eingeteilt wird in Völker, wo es nichts ausmacht, daß sie von Skylabtrümmern erschlagen werden, und solche, die offenbar wertvoller sind. Sein Innenministerhirn hat die Tatsache, daß die bürgerliche Wissenschaft nach den Profitinteressen der Imperialisten arbeitet und sich gegen die Völker richtet, gleich zur Perfektionierung des Polizeiapparates zu nutzen verstanden. „Es gibt immer wieder Katastrophenfälle, es gibt die Notwendigkeit, daß alle die genannten, die hier zusammenarbeiten, also alle Disziplinen der Wissenschaft, die Länder, der Bund, und das könnte man zu einem Modell entwickeln, das für andere Fälle, Katastrophenfälle, Fälle der terroristischen Bedrohung“. So Baum im ZDF am letzten Mittwoch, ein Polizeiminister muß eben immer die Sicherheit der Geldsäcke im Auge behalten.

*z.kam.* **Spesengelder über 8 DM der LKW-Fahrer im Nahverkehr werden seit 1. Juli 79 versteuert.** Mit dieser Regelung hat das Finanzministerium seinen ursprünglichen Plan, die Spesen *aller* LKW-Fahrer zu versteuern, aufgrund der Protestaktionen der Fernfahrer Anfang Juni zurückstecken müssen, gleichzeitig aber einen Spaltkeil zwischen die LKW-Fahrer im Nahverkehr und die Fernfahrer, die länger als einen Tag unterwegs sind, getrieben. Die im Manteltarifvertrag für den Fernverkehr vereinbarten Spesensätze (sie liegen je nach Dauer der Abwesenheit zwischen 7,50 DM und 28 DM pro

# Festigung der Einheit und Zusammenarbeit

## OAU-Konferenz 17.-20. Juli in Liberia gegen die Spaltungsversuche der Imperialisten

*z.mif.* Der amtierende Vorsitzende der Organisation für Afrikanische Einheit, Gaafar Mohamed Nimeiri, Präsident des Sudan, hat am 2. Juli in einer Rede die Erfolge der OAU im vergangenen Jahr zusammengefaßt: ,,Übereinstimmende Standpunkte der OAU hat es gegeben bezüglich der fünften Sitzungsperiode der UNO-Konferenz über Handel und Entwicklung, bezüglich der UNO-Seerechtskonferenz und gegenüber der rassischen Diskriminierung und weißen Minderheitenherrschaft mit dem Ergebnis, daß kein afrikanischer Staat das neue Regime in Zimbabwe anerkannt hat.'' Er erwähnte ferner die erstmalige Behandlung der Westsahara-Frage, die Billigung der Aufstellung einer OAU-Verteidigungsstreitmacht und die Errichtung der Pan-Afrikanischen Nachrichtenagentur (zit. nach Xinhua, 4.7.79).

Alle aufgeführten Erfolge sind Erfolge im Kampf gegen den Imperialismus. Die afrikanische Einheit ist den beiden Supermächten und anderen Imperialisten äußerst hinderlich. Die US-Imperialisten arbeiten fieberhaft daran, den einen oder anderen afrikanischen Staat zur faktischen und dann auch rechtlichen Anerkennung des Smith-Muzorewa-Regimes zu zwingen. Sie operieren dabei teils gegen, teils gestützt auf die alte Kolonialmacht Britannien, die gleich nach der OAU-Konferenz eine Commonwealth-Konferenz in Sambia veranstalten und zu diesem Zweck ihr gekröntes Haupt einfliegen will. Wäre es doch gelungen, Sambia zur Anerkennung Muzorewas zu zwingen! Als Sambia, das vom Kupferexport abhängig ist und nicht einmal die Förderkosten dafür erlöst, dringend Mais brauchte, zwangen die Imperialisten Sambia, es aus Südafrika über Rhodesien einzuführen. Gleich darauf meldete die imperialistische Presse, Präsident Kaunda wolle sich mit Muzorewa treffen. Der sambische Außenminister Chakulya hat dies am 26.6. in Nairobi klar zurückgewiesen. Wie Radio Nairobi meldete, ist Sambia entschlossen, die Befreiungsbewegungen im Süden Afrikas im Einklang mit der Politik der OAU weiterhin zu unterstützen. Zahlreiche afrikanische Staatsführer haben in den letzten Wochen ihr Festhalten an den Positionen der OAU bekräftigt. So hat der Präsident von Sierra Leone, Dr. Siaka Stevens, am 19. 6. festgestellt, ,,Sierra Leones Position, daß Namibia und Zimbabwe frei sein sollen, bleibe unverändert fest.'' Die portugiesischsprachigen Länder Afrikas haben auf einer Gipfelkonferenz in Mosambik am 10.6. erklärt: ,,Die Gipfelkonferenz betrachtet die in Namibia und Zimbabwe abgehaltenen Scheinwahlen als null und nichtig und beschloß, die von den ras-

fliegen will. Wäre es doch gelungen, Sambia zur Anerkennung Muzorewas zu zwingen! Als Sambia, das vom Kupferexport abhängig ist und nicht einmal die Förderkosten dafür erlöst, dringend Mais brauchte, zwangen die Imperialisten Sambia, es aus Südafrika über Rhodesien einzuführen. Gleich darauf meldete die imperialistische Presse, Präsident Kaunda wolle sich mit Muzorewa treffen. Der sambische Außenminister Chakulya hat dies am 26.6. in Nairobi klar zurückgewiesen. Wie Radio Nairobi meldete, ist Sambia entschlossen, die Befreiungsbewegungen im Süden Afrikas im Einklang mit der Politik der OAU weiterhin zu unterstützen. Zahlreiche afrikanische Staatsführer haben in den letzten Wochen ihr Festhalten an den Positionen der OAU bekräftigt. So hat der Präsident von Sierra Leone, Dr. Siaka Stevens, am 19. 6. festgestellt, ,,Sierra Leones Position, daß Namibia und Zimbabwe frei sein sollen, bleibe unverändert fest.'' Die portugiesischsprachigen Länder Afrikas haben auf einer Gipfelkonferenz in Mosambik am 10.6. erklärt: ,,Die Gipfelkonferenz betrachtet die in Namibia und Zimbabwe abgehaltenen Scheinwahlen als null und nichtig und beschloß, die von den ras-

sistischen Regimes eingesetzten Marionetten- und illegalen Regierungen nicht anzuerkennen.'' Entsprechend äußerte sich der Außenminister Kenias am 6. Juni; Mali und Niger in einem gemeinsamen Kommuniqué am 5. Juli.

Die fünf Frontstaaten Tansania, Angola, Botswana, Sambia und Mosambik sowie Nigeria haben Anfang Juli in Tansania eine Konferenz zur Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgehalten. Bei der Eröffnung hielt der Präsident Botswanas, Seretse Khama, eine Rede, in der er erklärte: ,,Die meisten von uns in dieser turbulenten Region haben bereits unsere politische Freiheit erreicht, aber unsere koloniale Vergangenheit hat dafür gesorgt, daß wir weiterhin von anderen abhängig sind, um wirtschaftlich überleben zu können. Jedoch können wir einen erfolgreichen Kampf für die wirtschaftliche Befreiung führen, wenn wir jetzt damit anfangen.''

Er sagte, daß die Frontstaaten in Afrika ,,harmonisch zusammengearbeitet haben, um gemeinsame politische Probleme zu lösen, und ich sehe keinen Grund, warum wir nicht harmonisch zusammenarbeiten können, um gemeinsame wirtschaftliche Probleme zu lösen''. ,,In der Einheit und Zusammenarbeit werden wir die Stärke finden ..., jedem Widerstand unserer Feinde, die uns spalten wollen, zu widerstehen'', betonte er. Er rief zu engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit der unabhängigen Staaten des Südlichen Afrika auf den Gebieten Transport und Kommunikation, Handel, Ausbeutung natürlicher Reichtümer, Produktion und Finanzen auf. Wie die südafrikanische Zeitung ,,The Star'' am 7.7.79 verbissen meldet, hat der an der Konferenz teilnehmende stellvertretende Generalsekretär der UNO erklärt, diese Konferenz könne sich als die wichtigste im südlichen Afrika in den letzten 20 Jahren erweisen. Kann der Plan durchgeführt werden, so ist er eine wirksame Waffe gegen die Expansions- und Erpressungstätigkeit der Imperialisten mittels ihrer Kolonialzwingburg Südafrika.

Die Sozialimperialisten hegen die Hoffnung, die Ablehnung des Carter-Begin-Sadat-Abkommes durch die afrikanischen Staaten ummünzen zu können in einen Ausschluß Ägyptens aus der OAU, während die US-Imperialisten darauf setzen, nach dem Herausbruch Ägyptens auch noch andere afrikanische Staaten zur Anerkennung Israels zwingen zu können. Mehrere hohe afrikanische Politiker haben in den letzten Wochen Gespräche mit arabischen Staatsführern über das Abkommen geführt. Dabei wurde deutlich, daß sie die Verurteilung der zionistischen Aggression und Expansion aufrechterhalten und nicht gewillt sind, mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen, sondern auf der Wiederherstellung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes bestehen. So heißt es in dem gemeinsamen Kommuniqué von Saudi-Arabien und Obervolta am 14.6.: ,,Sie bestanden ausdrücklich auf der Notwendigkeit des Abzugs Israels aus allen arabischen Gebieten, die 1967 besetzt wurden, einschließlich Jerusalems ... Beide Staatschefs riefen die afrikanischen Staaten, die ihre Beziehungen zu Israel abgebrochen haben, auf, diese Beziehungen nicht wieder zu normalisieren, ehe diese Ziele erreicht worden sind.'' Fast alle afrikanischen Staaten haben die diplomatischen Beziehungen zu Israel 1967 wegen der Besetzung arabischen Bodens durch Israel abgebrochen.

Dies sind die beiden Hauptpunkte, von denen aus die beiden Supermächte den afrikanischen Kontinent aufrollen wollen, von Süden und Norden. Gelingt es den afrikanischen Staaten, diese Spaltungsversuche zurückzuschlagen, so wird es ihnen auch gelingen, in einigen Fragen innerafrikaniscber Widersprüche einen Weg zur Behandlung zu finden, der die imperialistische Aggression und Infiltration bekämpft, so in der Frage der Westsahara, Eritreas, des Tschad, des Aufenthalts tansanischer Truppen in Uganda, der Lage im Zentralafrikanischen Kaiserreich. Die Staaten der OAU sind erfahren im Kampf gegen den Imperialismus.



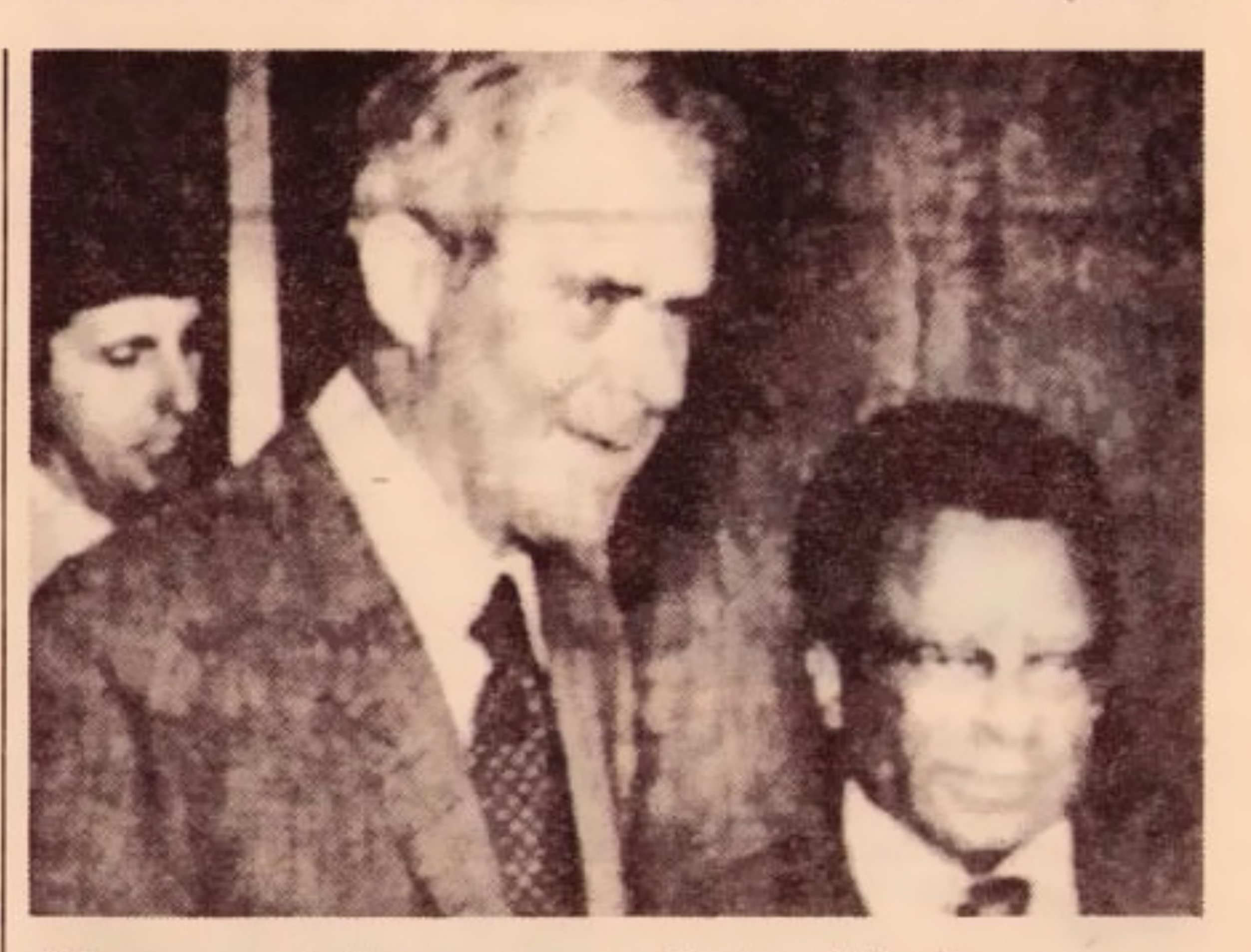
die wichtigste im südlichen Afrika in den letzten 20 Jahren erweisen. Kann der Plan durchgeführt werden, so ist er eine wirksame Waffe gegen die Expansions- und Erpressungstätigkeit der Imperialisten mittels ihrer Kolonialzwingburg Südafrika.

Die Sozialimperialisten hegen die Hoffnung, die Ablehnung des Carter-Begin-Sadat-Abkommes durch die afrikanischen Staaten ummünzen zu können in einen Ausschluß Ägyptens

se Spaltungsversuche zurückzuschlagen, so wird es ihnen auch gelingen, in einigen Fragen innerafrikanischer Widersprüche einen Weg zur Behandlung zu finden, der die imperialistische Aggression und Infiltration bekämpft, so in der Frage der Westsahara, Eritreas, des Tschad, des Aufenthalts tansanischer Truppen in Uganda, der Lage im Zentralafrikanischen Kaiserreich. Die Staaten der OAU sind erfahren im Kampf gegen den Imperialismus.



In dem seit Januar 1978 geführten Geheimprozeß der südafrikanischen Kolonialisten gegen 18 Schwarze aus Bethal, Transvaal, wurden Ende Juni die Urteile gesprochen: 15 Jahre Gefängnis wegen Bekämpfung des Staates in den Jahren 1963 bis 1977 sowie Mitgliedschaft im Pan Africanist Congress (PAC). – Bild: Beisetzung des von den südafrikanischen Rassisten ermordeten Führers des PAC, David Sibeko, 1. Juli 1979.



# Muzorewa bekommt neue Order / Verfassungsreform soll Patriotische Front und OAU spalten

*z.wig.* Mit großem Getöse begab sich Muzorewa letzte Woche zum Rapport nach Washington. ,,Die wichtigste Reise, die ein Präsident von Zimbabwe-Rhodesien je gemacht hat'', erklärte Muzorewa vor seinem Abflug. Vance empfing ihn, Carter empfing ihn. Er bekam neue Order. Carter, der nach der politischen Demonstration des US-Senats mit der Abstimmung über die Aufhebung des Wirtschaftsboykotts, die formale Aufrechterhaltung des Boykotts verkündet hatte, startet ein neues Manöver, um die gescheiterte internationale Anerkennung der internen Lösung doch noch hinzukriegen.

Eine Verfassungsreform müsse durchgeführt werden, um zur Einsetzung einer von einer breiten Mehrheit getragenen Regierung in Salisbury zu kommen. Nur ein ,,weitgehender, auf der Verfassung beruhender Konsens'' könne die ,,Verbitterung und das Blutvergießen'' beenden. Den US-Imperialisten ist es bisher nicht gelungen, mit der internen Lösung und Muzorewa als Präsidentenmarionette den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu zersetzen und internationale Anerkennung für ihr Regime zu erzielen. Ihre neuen Pläne sind: Mit einer Verfassungsreform die allzu offene Herrschaftsform des Kolonialregimes übertünchen und mit der Androhung der offiziellen Wiederaufnehme der Wirtschaftsbeziehungen und der diplomatischen Anerkennung Muzorewas Druck auf die afrikanischen Staaten und die OAU auszuüben und die Front der Länder der Dritten Welt, die die Patriotische Front als einzig rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Zimbabwe anerkennen, zersetzen.

Die neue Regierung müsse eng mit Großbritannien zusammenarbeiten, ließ Carter verlauten. Carter will sich alle Wege offenhalten. Die offizielle

Lösung doch noch hinzukriegen.

Eine Verfassungsreform müsse durchgeführt werden, um zur Einsetzung einer von einer breiten Mehrheit getragenen Regierung in Salisbury zu kommen. Nur ein ,,weitgehender, auf der Verfassung beruhender Konsens'' könne die ,,Verbitterung und das Blutvergießen'' beenden. Den US-Imperialisten ist es bisher nicht gelungen, mit der internen Lösung und Muzorewa als Präsidentenmarionette den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu zersetzen und internationale Anerkennung für ihr Regime zu erzielen. Ihre neuen Pläne sind: Mit einer Verfassungsreform die allzu offene Herrschaftsform des Kolonialregimes übertünchen und mit der Androhung der offiziellen Wiederaufnehme der Wirtschaftsbeziehungen und der diplomatischen Anerkennung Muzorewas Druck auf die afrikanischen Staaten und die OAU auszuüben und die Front der Länder der Dritten Welt, die die Patriotische Front als einzig rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Zimbabwe anerkennen, zersetzen.

Die neue Regierung müsse eng mit Großbritannien zusammenarbeiten, ließ Carter verlauten. Carter will sich alle Wege offenhalten. Die offizielle

Erklärung der britischen Imperialisten, den Wirtschaftsboykott aufzuheben und Muzorewa anzuerkennen, hätte den Vorteil, daß die US-Imperialisten ihrerseits noch eine Weile manövrieren könnten und mit der Drohung, es der britischen Regierung gleich zu tun, weiter Druck auf die Patriotische Front auszuüben, sich an der neuen internen Lösung zu beteiligen. Carter will die Taktik der britischen Regierung, die Muzorewa nicht, wie ursprünglich angekündigt, sofort nach der Amtsübernahme anerkannt hat, sondern die Anerkennung gegen Ende des Jahres angekündigt hat, wenn bis dahin eine Verfassungsreform durchgeführt sei und eine Kabinettsumbildung erfolgt wäre, für seine eigenen Manöver nutzen.

Die Taktik der britischen Imperialisten zielt auf die Comonwealth Konferenz Anfang August in Lusaka. Thatcher und ihr Außenminister Carrington erhoffen ihrerseits, den Druck auf die Länder der Dritten Welt verstärken zu können und insbesondere Raum für Spaltereien auf dieser Konferenz zu schaffen und gegenüber der US-Supermacht wieder ein Stück Boden gutzumachen. Muzorewa solle insbesondere dafür sorgen, Smith aus dem Kabinett zu beseitigen und die ,,Vorzugsrechte'' der weißen Minderheit im Parlament abzuschaffen. Die Gunst der weißen, vorwiegend britischen Kolonialisten habe Muzorewa weiterhin, wenn er ihnen Sicherheitsgarantien anbiete.

Die britischen Imperialisten, die trotz der US-amerikanischen Führungsrolle in Rhodesien noch etliche Fäden in der Hand haben, gedenken so auch Druck auf die US-Marionette Muzorewa ausüben zu können, weswegen ihnen auch an der Beseitigung von Smith aus dem Kabinett gelegen ist, der mit den US-Imperialisten frühzeitig enge Bande geknüpft hat. Kanzler Schmidt habe Premier Thatcher in ihrem Vorhaben bestärkt, ließ die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' verlauten und sicherte den britischen Imperialisten gleich das ,,Vorrecht in dieser Frage'' gegenüber den US-Imperialisten zu, in der Hoffnung, sich bei den britischen Manövern selbst besser einmischen zu können.

die Länder der Dritten Welt verstärken zu können und insbesondere Raum für Spaltereien auf dieser Konferenz zu schaffen und gegenüber der US-Supermacht wieder ein Stück Boden gutzumachen. Muzorewa solle insbesondere dafür sorgen, Smith aus dem Kabinett zu beseitigen und die ,,Vorzugsrechte'' der weißen Minderheit im Parlament abzuschaffen. Die Gunst der weißen, vorwiegend britischen Kolonialisten habe Muzorewa weiterhin, wenn er ihnen Sicherheitsgarantien anbiete.

Die britischen Imperialisten, die trotz der US-amerikanischen Führungsrolle in Rhodesien noch etliche Fäden in der Hand haben, gedenken so auch Druck auf die US-Marionette Muzorewa ausüben zu können, weswegen ihnen auch an der Beseitigung von Smith aus dem Kabinett gelegen ist, der mit den US-Imperialisten frühzeitig enge Bande geknüpft hat. Kanzler Schmidt habe Premier Thatcher in ihrem Vorhaben bestärkt, ließ die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' verlauten und sicherte den britischen Imperialisten gleich das ,,Vorrecht in dieser Frage'' gegenüber den US-Imperialisten zu, in der Hoffnung, sich bei den britischen Manövern selbst besser einmischen zu können.

Soweit die Pläne der Imperialisten. Erfolg könnten ihre Manöver nur erzielen, wenn es ihnen gelänge, einzelne Länder Afrikas und der Dritten Welt so unter Druck zu setzen, daß sie gezwungen werden können, die neue Regierung der reformierten internen Lösung anzuerkennen. Mit diesen Spaltungsmanövern sind sie schon mehr als einmal gescheitert.

Kalendertag) bleiben steuerfrei. Der Plünderungszug des Staates zielt direkt auf den Lohn – denn Spesen sind notwendiger und unverzichtbarer Teil des Lohns – der Nahverkehrsfahrer, die täglich nach Hause zurückkehren. Die Begründung des Finanzministeriums: Nahverkehrsfahrer machen keine ,,Dienstreise'', da sie ihre Arbeitsstätte – den LKW – nicht verlassen und also auch keinen Anspruch auf steuerfreie Reisekosten haben (wie sonst bei Dienstreisen üblich). ,,Gleichstellung'' mit Arbeitern an wechselnden Einsatzorten nennt Matthöfer das. Weniger Geld bedeutet es für die Fahrer.

*z.gab.* **Bundesarbeitsgerichtsurteil: Die Arbeit von Stafgefangenen in Betrieben ist Zwangsarbeit und untersteht somit nicht dem Vertretungsrecht des Betriebsrates.** Dies entschied das BAG am 3.10.78, nachdem der Betriebsrat einer Kartonagenfabrik der Einstellung von Gefangenen nicht zugestimmt hatte. Die ,,Gefangenen sind allein auf Weisung der Anstalt zur Arbeit verpflichtet worden'', sie arbeiten nicht aufgrund eines ,,privatrechtlich begründeten Arbeitsverhältnisses'' für den Kapitalisten, hieß es in der Begründung. Mit der Inhaftierung des Arbeiters erlöschen alle Rechte der gewerkschaftlichen Vertretung, alle erkämpften Rechte der Arbeiterklasse sind außer Kraft gesetzt. ,,Zu langsames Arbeiten'' wird mit Arrest, Kürzung der täglichen Tabakration oder Streichung der ,,Freigängerstelle'' bestraft. Streik gilt als Meuterei. 4 bis 6 DM erhält der Arbeiter am Tag, im Akkord bis zu 10 DM. In zahlreichen Briefen an die gewerkschaftlichen Maikundgebungen in diesem Jahr haben inhaftierte Arbeiter diese schrankenlose Ausbeutung in den Betrieben angegriffen. Sie fordern tarifliche Regelung des Arbeitsentgelts, vollen Lohn und gewerkschaftliche Vertretung. 11 ,,Freigänger'' der JVA Hof beschlossen, sich in der Nachtschicht nicht zu höheren Akkordsätzen zwingen zu lassen als die Frauen, die tagsüber an denselben Akkordmaschinen stehen, um deren Löhne nicht zu senken. Den Kampf der in den Strafanstalten der Bourgeoisie gefangengehaltenen Arbeiter gilt es zu unterstützen, vor allem durch die Gewerkschaften. Die Entscheidung des ÖTV-Hauptvorstandes gegen die Organisierung Gefangener in der Gewerkschaft ÖTV im vergangenen Jahr dagegen schadet diesem Kampf. Mit den Argumenten, das Zwangsarbeitsverhältnis Gefangener ,,begründet kein Arbeits- oder Amtsverhältnis im Sinne der Satzung der Gewerkschaft ÖTV'', hatte der ÖTV-Hauptvorstand den Aufnahmeantrag inhaftierter Arbeiter an die ÖTV zurückgewiesen.

*z.gih.* **Am 25. Juni tagte zum erstenmal der Arbeitskreis Dritte-Welt-Politik, der vom Auswärtigen Amt gebildet worden ist.** Der Arbeitskreis setzt sich aus 25 Wissenschaftlern, Journalisten und Angehörigen des Auswärtigen Amtes zusammen. ,,Das Geflecht der internationalen Beziehungen ist dichter und zugleich komplizierter geworden ... die Bundesrepublik kann nicht umhin, den Aktionsradius ihrer Außenpolitik zu erweitern,'' sagte Staatssekretär Günther van Well in seiner Eröffnungsansprache. Die Ausweitung des ,,Aktionsradius'' stößt jedoch auf Grenzen – ,,noch ungelöste Dekolonisierungsprobleme – Ressourcen-Konflikte – das Streben nach Einflußsphären'' und ,,die weltweiten und regionalen Zusammenschlüsse'', die beseitigt werden müssen. Im Schatten der Rivalität der beiden Supermächte versucht eine ,,Mittelmacht wie die Bundesrepublik Deutschland'' ihre eigenständigen Interessen gegen die Länder der Dritten Welt durchzusetzen, den Volksmassen zu verkaufen und ihren Anhang auszurichten. Dazu zieht sie sich Journalisten wie Klaus Natorp von der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung'' heran.

**Kommunistische Volkszeitung**

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

*Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511 / 81 40 45, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221 / 72 08 76-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089 / 53 13 48, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2 DM, Jahresabonnement incl. Porto 24 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

*Heft 01:* Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl; Bau · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung; Handel · *Heft 06:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 10 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

**Geschäftsstelle Hamburg (1)**, Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



*r.ilp.* **Sofortige Aufhebung der Haftstrafe und Weg mit dem Energieprogramm der Bundesregierung.** Unter diesen Forderungen begleiteten rund 30 Mitglieder verschiedener Bürgerini-



tiativen und der KBW in einem Autokorso Andreas Hanke zu einer Kundgebung vor der Justizvollzugsanstalt Lingen II, Damaschkestr.77, wo er am 10.7. eine einjährige Haftstrafe antreten mußte.

*b.mak.Hamburg.* **Um ca. 14% von 1498 DM auf 1705 DM hat der Hamburger Senat die Gebühren für die staatlichen Pflegeheime ab 1.7.79 erhöht.** Begründet wird diese Maßnahme mit der Humanisierung im Pflegebereich. Tatsächlich ist in einigen Heimen ein Badedienst eingerichtet worden, der die Intensität der Ausbeutung des Pflegepersonals erheblich erhöht. Einige Schwestern oder Schülerinnen sind praktisch rund um die Uhr mit dem Baden von Patienten beschäftigt. Zynisch wird diese Erhöhung von dem zuständigen Leiter des Amtes für Heime damit verharmlost, daß er darauf hinweist, bei den meisten Heimbewohnern sei ja sowieso schon die ganze Rente vom Staat beschlagnahmt. In einigen Heimen hat diese Maßnahme aber auch schon übereifrige Heimleiter dazu veranlaßt, das bißchen Taschengeld, was den Rentnern nach Beschlagnahme ihrer ganzen Rente noch übrig bleibt, zwischen 80 und 120 DM, erheblich zu kürzen.

*b.uwh.Hamburg.* **Die VW-Stiftung hat ein neues Förderungsprogramm „Energiewirtschaft und Energiepolitik" beschlossen.** Schwerpunkt sollen die interdisziplinäre und internationale Zusammenarbeit sein, „um neue Möglichkeiten zur Beeinflussung der Energienachfrage, zur Umgestaltung bestehender Produktionsstrukturen, zur beschleunigten Einführung sozial verträglicher und energiesparender Technologien oder zur Förderung energiebewußter Verbrauchsgewohnheiten aufzuzeigen." „Auch innen- und außenpolitische Probleme beim Im- und Export von Energie und energietechnischen Anlagen... sind angesprochen – so etwa Probleme, die sich aus der Unsicherheit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen (insbesondere zu Ländern der Dritten Welt) ...ergeben, oder wirtschaftliche, politische und rechtliche Fragen der Sicherung bzw. Umgestaltung des Energie-, Rohstoff- und Technologietransfers."

Rente vom Staat beschlagnahmt. In einigen Heimen hat diese Maßnahme aber auch schon übereifrige Heimleiter dazu veranlaßt, das bißchen Taschengeld, was den Rentnern nach Beschlagnahme ihrer ganzen Rente noch übrig bleibt, zwischen 80 und 120 DM, erheblich zu kürzen.

*b.uwh.Hamburg.* **Die VW-Stiftung hat ein neues Förderungsprogramm „Energiewirtschaft und Energiepolitik" beschlossen.** Schwerpunkt sollen die interdisziplinäre und internationale Zusammenarbeit sein, „um neue Möglichkeiten zur Beeinflussung der Energienachfrage, zur Umgestaltung bestehender Produktionsstrukturen, zur beschleunigten Einführung sozial verträglicher und energiesparender Technologien oder zur Förderung energiebewußter Verbrauchsgewohnheiten aufzuzeigen." „Auch innen- und außenpolitische Probleme beim Im- und Export von Energie und energietechnischen Anlagen... sind angesprochen – so etwa Probleme, die sich aus der Unsicherheit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen (insbesondere zu Ländern der Dritten Welt) ...ergeben, oder wirtschaftliche, politische und rechtliche Fragen der Sicherung bzw. Umgestaltung des Energie-, Rohstoff- und Technologietransfers." (Aus der Ankündigung der VW-Stiftung.

*r.wir.Hamburg.* **Die Dru 8/2, die Za 9/2 und weitere Schüler der Gewerbeschule (insgesamt ca. 100 Schüler) sind am Dienstag in der 5. Stunde mit einem Transparent: „150 Stunden Unterrichtsausfall an der G 5? Einstellung der Lehrer Behn, Maerz und Oelschlägel!" zur Schulbehörde marschiert.** Eine Resolution wurde Oberschulrat Kraft übergeben, mit dem der Personalrat gerade über die Einstellung der Lehrer verhandelte. Kraft sicherte den Schülern zu, sie bis Freitag zu informieren. Bis Freitag hing auch das Transparent an der Schule und wurde



gegen Angriffe der Schulleitung verteidigt. Kraft „vergaß" zu informieren, so daß Freitag eine Delegation von Block- und Klassensprechern in die Schulbehörde ging. Oberschulrat Sell mußte seinen Frühstart in den Urlaub verschieben und noch einmal zurück in die Schulbehörde eilen. Die Lehraufträge der Lehrer sollten verlängert werden. Die Schüler sollten zu ihm Kontakt halten und Informationen mit ihm austauschen, bevor es zu Aktionen komme. Die Schüler stellten demgegenüber fest: Unsere Forderungen sind nicht erfüllt. In der ersten Woche nach den Ferien wird der Gesamtschülerrat über weitere Aktionen beraten. Die Lehrer schließen sich mit den Schülern zusammen. Am 26. Juni beschlossen die Personalräte für Volks-, Real- und Sonderschulen, Gymnasien, Berufsbildenden Schulen und Gesamtschulen, alle Anträge der Schulbehörde auf Mehrarbeit und Vergabe von Lehraufträgen, Teilzeitverträgen sowie Nebentätigkeiten abzulehnen. 26 unterstützen in einer Erklärung die Forderung nach Festeinstellung. Die im „Notstundenplan" verordneten Überstunden stoßen auf Widerspruch. Werden sie verweigert, bricht der Schulbetrieb nach den Ferien zusammen.

*b.klw.Flensburg.* **In der Ratsversammlung vom 5.7. wurde der 1. Nachtrag zum Vermögensplan der Stadtwerke, die zu 32,7% der Stadt Flensburg gehören, verabschiedet.** Den Stadtwerken wurde so das Vermögen um 7,3 Mio. DM auf 42,69 Mio. DM erhöht, aus Steuergeldern, nämlich aus dem Fonds für „Gemeinschaftsaufgaben" des Bundes und der Länder und aus „übergesparten Abschreibungen". Verwendet werden diese Millionenbeträge für teure Geschenke an die Kapitalisten und für die Kriegsvorbereitung: Für 2,9 Mio. DM soll eine 3 km lange Fernwärmetransportleitung bis zu den Kasernenanlagen in Glücksburg-Meierwik gebaut werden, was, um es den Volksmassen verkaufen zu können, die Voraussetzung für die Versorgung des Bebauungsgebietes Solitüde sein soll. Der Ausbau des Fernwärmenetzes, für den das Volk durch hohe Gebühren aufkommen soll und die Kapitalisten mit niedrigen Tarifen wegkommen (siehe KVZ 22/79), wird hier direkt aus Steuergeldern vorangetrieben. Der Andrang nach Fernwärme ist wegen der hohen Ölpreise sehr hoch, aber nichts Eiligeres haben die Ratsherrren zu tun, als zunächst die Versorgung des Militärs zu gewährleisten. Weiter wurden ca. 2 Mio. DM für den Ausbau eines 80 m langen Teilstücks einer neuen Kaianlage für das Ostufer des Flensburger Hafens bewilligt, das die wasserseitige Bedienung einer geplanten neuen Betriebsanlage „eines Unternehmens der Futtermittelbranche" ermöglichen soll. Gemeint ist damit die Raiffeisengenossenschaft. Für Baumaßnahmen, die die Überflutung des Flensburger Hafens verhindern, hat die Stadt bisher keinen Handschlag gerührt. Bei starken Regenfällen wird das gesamte Hafengebiet überschwemmt, das Wasser steht dann in den Kellern der anliegenden Häuser und eine der wichtigsten Verkehrsadern Flensburgs wird lahmgelegt, wodurch die Werktätigen stundenlang Umleitungen fahren müssen. Das interessiert die Ratsherren nicht, sondern die Investitionen dienen „der Sicherstellung des Hafenumschlags

litüde sein soll. Der Ausbau des Fernwärmenetzes, für den das Volk durch hohe Gebühren aufkommen soll und die Kapitalisten mit niedrigen Tarifen wegkommen (siehe KVZ 22/79), wird hier direkt aus Steuergeldern vorangetrieben. Der Andrang nach Fernwärme ist wegen der hohen Ölpreise sehr hoch, aber nichts Eiligeres haben die Ratsherrren zu tun, als zunächst die Versorgung des Militärs zu gewährleisten. Weiter wurden ca. 2 Mio. DM für den Ausbau eines 80 m langen Teilstücks einer neuen Kaianlage für das Ostufer des Flensburger Hafens bewilligt, das die wasserseitige Bedienung einer geplanten neuen Betriebsanlage „eines Unternehmens der Futtermittelbranche" ermöglichen soll. Gemeint ist damit die Raiffeisengenossenschaft. Für Baumaßnahmen, die die Überflutung des Flensburger Hafens verhindern, hat die Stadt bisher keinen Handschlag gerührt. Bei starken Regenfällen wird das gesamte Hafengebiet überschwemmt, das Wasser steht dann in den Kellern der anliegenden Häuser und eine der wichtigsten Verkehrsadern Flensburgs wird lahmgelegt, wodurch die Werktätigen stundenlang Umleitungen fahren müssen. Das interessiert die Ratsherren nicht, sondern die Investitionen dienen „der Sicherstellung des Hafenumschlags auch im Interesse der Wirtschaft".

*b.sah. Schleswig.* **Seit Mai sind im Raum Kappeln 20, im Raum Kropp 5 und in Schleswig ein Fall von Hirnhautentzündung (Meningitis) aufgetreten.** „Irgendwelche Vorsorgemaßnahmen" seien „derzeit weder möglich noch nötig", erklärte Medizinaldirektor Dr. Stolle, Leiter des Kreisgesundheitsamtes dazu. Es handele sich um eine durch Viren hervorgerufene, ansteckende, aber meistens „harmlose" Erkrankung. Tatsächlich geht Meningitis einher mit Ermüdungserscheinungen, Bewegungsstarrheit bis hin zu schweren Hirnschäden. Die Bourgeoisie erweist sich als unfähig, die genauen Ursachen für das gehäufte Auftreten der Meningitis herauszufinden. Dr. Stolle behauptet,„wahrscheinlich findet hier eine allgemeine Auseinandersetzung der Bevölkerung mit bestimmten Viren statt." Das Kreisgesundheitsamt hat daher auch nicht vor, die „Erkrankungswelle" irgendwie einzudämmen. „Es wäre zwar praktisch möglich, einen zuverlässigen Impfstoff ...zu entwickeln. Wegen der gutartigen Krankheitsverläufe ist jedoch der notwendige Aufwand bisher nicht für gerechtfertigt gehalten worden."(Schleswiger Nachrichten, 6.7.) Dr. Stolle hält Vorbeugemaßnahmen wie Schließung von Kindergärten und Schulen für „zwecklos", da eine Ansteckung sowieso nicht mehr zu verhindern sei. Um aber der „leicht entstehenden ...Unruhe in der Bevölkerung" entgegenzuwirken, sollen aus „psychologischen Motiven" Kindergartengruppen und Schulklassen schließen, wenn drei Kinder an Meningitis erkrankt sind. Im letzten Jahr beschwerten sich Eltern und Ärzte, als im Husumer Raum nach Meningitis-Häufungen die Schulen zu spät geschlossen wurden.

# Die Geschäfte der Landesregierung werden durch den Kampf der Fährarbeiter gestört

*r.clm.* In einer schnellen und kräftigen Aktion warfen dänische Seeleute Kapitän und Steuermann der Wikingland – eines der Schiffe der Fährlinie Römö-Sylt – über Bord. Damit verliehen sie ihrer Forderung nach einem kollektiven Tarifvertrag mit der Flensburger Fördereederei Nachdruck. Die Reederei, die schon eine Woche zuvor mit diplomatischen Verwicklungen zwischen der BRD und Dänemark gedroht hat, verstärkte ihren Druck auf die dänische Regierung und forderte sie durch ihren Geschäftsführer Nissen auf, „durchgreifende Maßnahmen einzuleiten, eine Wiederholung derartiger Vorfälle zu verhindern und die ständigen Blockadeposten im Hafen vor Havneby entfernen zu lassen." Der dänische Staatsapparat reagierte sofort. Vier Mitglieder des Seemannsbundes, darunter der zuständige Gewerkschaftssekretär, wurden für zwei Tage ins Gefängnis geworfen, gleichzeitig beschloß das dänische Parlament, Maßnahmen gegen die Blockade zu beraten.

Der Aufkauf der Konkurs gegangenen Lindinger Reederei durch die Fördereederei ist ein Eckstein in den weiteren Expansionsplänen des westdeutschen Finanzkapitals und der Versuch, erkämpfte Rechte der dänischen Arbeiterbewegung aufzugeben, die Ausbeutungsbedingungen zu verbessern. Die Fördereederei eignet sich für einen weit in diese Richtung vorgetragenen Angriff gut. Mit der Vereins- und Westbank und der Schleswig-Holsteinischen Landesbank, den beiden wichtigsten regionalen Banken, ist die Landesregierung in der Fördereederei vertreten. Gleichzeitig sitzen im Aufsichtsrat die wichtigsten Mitglieder der Flensburger Bourgeoisie, unter anderem die Schnapsfirmen Hansen und Bommerlunder sowie der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Flensburg, Rossen.

In einer Rede am 30.3.78 faßte Schlegelberger, der damalige Vorsitzende der Landesbank, Beauftragter Stoltenbergs, die Geschäfte seiner Bank folgendermaßen zusammen: „Im Zuge umfangreicher Investitionsfinanzierungen, für die die skandinavischen Kapitalmärkte bei weitem nicht ergiebig genug waren, aber auch zur Deckung der zu einem guten Teil ölpreisbedingten wachsenden Zahlungsbilanzdefizite ist der Bedarf der nordischen Länder an Auslandskrediten in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Die skandinavischen Kreditinstitute selbst waren weder von ihrer Größenordnung, noch von ihrer Erfahrung im internationalen Geschäft her in der Lage, diese gewaltige Finanzierungsaufgabe – allein auf sich gestützt – zu lösen, und sie waren daher im Verein mit ihren Kunden gezwungen, sich nach potenten ausländischen Partnern

Angriff gut. Mit der Vereins- und Westbank und der Schleswig-Holsteinischen Landesbank, den beiden wichtigsten regionalen Banken, ist die Landesregierung in der Fördereederei vertreten. Gleichzeitig sitzen im Aufsichtsrat die wichtigsten Mitglieder der Flensburger Bourgeoisie, unter anderem die Schnapsfirmen Hansen und Bommerlunder sowie der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Flensburg, Rossen.

In einer Rede am 30.3.78 faßte Schlegelberger, der damalige Vorsitzende der Landesbank, Beauftragter Stoltenbergs, die Geschäfte seiner Bank folgendermaßen zusammen: „Im Zuge umfangreicher Investitionsfinanzierungen, für die die skandinavischen Kapitalmärkte bei weitem nicht ergiebig genug waren, aber auch zur Deckung der zu einem guten Teil ölpreisbedingten wachsenden Zahlungsbilanzdefizite ist der Bedarf der nordischen Länder an Auslandskrediten in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Die skandinavischen Kreditinstitute selbst waren weder von ihrer Größenordnung, noch von ihrer Erfahrung im internationalen Geschäft her in der Lage, diese gewaltige Finanzierungsaufgabe – allein auf sich gestützt – zu lösen, und sie waren daher im Verein mit ihren Kunden gezwungen, sich nach potenten ausländischen Partnern umzusehen. Wir verstehen uns als eine dieser Partnerbanken."

Eigens zu diesem Zweck hat die Landesbank den Ableger Hansebank gegründet. Die Verschuldung Dänemarks bei ausländischen Banken hat sich von 1974 bis 1977 verdoppelt und beträgt jetzt 21 Milliarden DM. Die Spitze der Gläubiger führt die Landesbank Schleswig-Holstein an. Die Landesregierung unter Stoltenberg wirft jetzt das ganze Gewicht der Millionen DM Verschuldung Dänemarks bei der Landesbank in die Auseinandersetzung zwischen den dänischen Fährarbeitern und ihrem Schützling, der Fördereederei. Klar, daß der dänische Staatsapparat spurt, und auch klar, daß die ganze Meute der dänischen Bourgeoispresse, die anfänglich dem Kampf der Fährarbeiter noch relativ wohlwollend gegenüberstand, seitdem einander in schriller Hetze überbietet.

Eine solche Unterstützung entwickelt sich in zunehmendem Maße. Zahlreiche Solidaritätsresolutionen sind bei den Fährarbeitern eingegangen. Die nötige Kraft wird aber nur entwickelt, wenn die ÖTV und der DGB das organisieren. Der AjLE Flensburg hat einen Brief an den Hauptvorstand der ÖTV geschrieben, in dem es u.a. heißt: „Was nützt der Boykott der Fährlinie, wenn zur gleichen Zeit von deutscher Seite aus die Bundesbahn Sonderpreise für touristische Rundfahrt-Tickets für die Fährverbindung von Havneby-Römö nach List vom 1. Juli bis 30. September anbietet? Für die deutschen Gewerkschaften gilt es, derart schädigende Einflüsse auf den Streik und Boykott der dänischen Kollegen von deutscher Seite aus zu verhindern. Darüberhinaus ist es notwendig, daß den streikenden dänischen Kollegen jegliche Form aktiver Hilfe zukommt.

Am 12.7. fand ein Treffen in Flensburg zwischen dem dänischen Gewerkschaftsbund und dem DGB-Kreis Flensburg statt. Der DGB-Kreisvorsitzende Podschun erklärte, auch die deutschen Gewerkschaften verurteilten das Vorgehen der Fördereederei, die dänisches Gewerkschaftsrecht nicht einhalte. Konkrete Erklärungen und Maßnahmen könnten allerdings erst nach einer offiziellen Aufforderung des dänischen Gewerkschaftsbundes an den DGB von den dazu zuständigen Gremien beschlossen werden. Wenn der DGB allerdings zu Boykott- und Blockademaßnahmen aufrufe, müsse er mit Schadensersatzforderungen rechnen.

Dieses Treffen ist zweifelslos ein Fortschritt in der Unterstützung und die Voraussetzungen, daß die ÖTV Maßnahmen beschließt, sind gut. Ein Beschluß der ITF und die Unterstützung aus Betrieben und Gewerkschaftsabteilungen werden es dem ÖTV-Hauptvorstand leichter machen, die Auseinandersetzung mit der Fördereederei und den dahinter stehenden Banken sowie der Landesregierung mit Stoltenberg an der Spitze aufzunehmen.

Kommunistische Volkszeitung

## Kollektiver Tarifvertrag mit der Flensburger Fördereederei nach dänischen Gewerkschaftsregeln!

**5.Mai**
Mit Polizeigewalt werden 6 spanische Matrosen, 1 dänischer Kapitän und Steuermann an Bord der Vikingland gebracht, die unter zypriotischer Flagge nach Husum zur Reparatur fährt. Die Polizei soll deutsche Arbeiter, die von der Förde-Reederei als Streikbrecher vorgesehen sind, durchlotsen. Die deutschen Arbeiter diskutieren kurz mit ihren dänischen Kollegen und kehren dann um.
Rund um die Uhr bewachen 10 bis 40 Polizisten bis zum 29.Mai die Anlegestelle. Der Erfolg ist nicht groß, viele Passagiere kehren freiwillig um.



**11.Mai**
Nach Gesprächen mit dem Dachverband der dänischen Gewerkschaften unterstützt dieser die Blockade der Fährarbeiter und weitere fünf Einzelgewerkschaften. Der ÖTV-Hauptvorstand tritt die Verhandlungsbefugnis an die dänischen Gewerkschaften ab und unterstützt sie in einer Erklärung.
**29.Mai**
1600 Arbeiter demonstrieren am 29.Mai in Havneby und bekräftigen die Unabdingbarkeit ihrer Forderungen.

500 deutsche und dänische Arbeiter führen in Flensburg, dem Sitz der Förde-Reederei, eine gemeinsame Demonstration durch.



Mit Demonstrationen in Grafenstein, Kollund und Sonderburg, an denen insgesamt 1100 Leute teilnahmen, leiten der Seemannsbund (Handel und

**Erklärung der Fährarbeiter der Linie Römö – Sylt Römö, den 4. Juli 1979**
Wir sind die ehemaligen Arbeiter der Linie Römö – Sylt, die jetzt Konkurs gemacht hat. Die Förde-Reederei hat mit einem Handstreich unsere früheren Arbeitsplätze aufgekauft und treibt eine steinharte Arbeitgeberpolitik. Keine Verhandlungen, und wer das nicht akzeptiert, fliegt raus. Sie will nur Einzelverträge abschließen und keinen kollektiven Tarifvertrag. Das ist in Dänemark unerhört, denn kollektive Tarifverträge haben wir uns schon im 18. Jahrhundert erkämpft. Jetzt fahren die Schiffe unter zypriotischer Flagge (Piratenflagge) und mit sechs spanischen Matrosen, wo vorher 12 dänische gearbeitet haben. Und das Restaurationspersonal ist auch auf die Hälfte reduziert. Unsere Blockade verhinderte vom 2. bis 16. Mai, daß eine Fähre fuhr.

Dann wurden 40 Polizisten der dänischen Terroristenpolizei eingesetzt, so daß die Fähren wieder auslaufen konnten, doch fast ohne Autos und Passagiere, da die dänischen Arbeiter unse-

Büro), die Hotelgewerkschaft, der Metallarbeiterbund und die Brauerei- und Tabakgewerkschaft den Vollboykott der Flensburger Förde-Reederei ein. Wenn ITF und ÖTV diesen unterstützen, muß die Förde-Reederei nachgeben.

**Solidaritätsresolutionen**
Bisher sind über 150 Solidaritätsresolutionen überwiegend aus Dänemark bei der Blockadewacht eingegangen, darunter die Gewerkschaften Seemannsbund, die HK (Handel, Banken), die Hotelgewerkschaft, der Metallarbeiterbund; aus Westdeutschland u.a. vom Betriebsrat der Gesamthafenarbeiter Hamburg.

blockiert. Das nächste war eine große Demonstration in Flensburg gegen die Förde-Reederei, um den Boykott auf die Linien der Flensburger Förde auszuweiten. Jetzt hat der dänische Dachverband der Gewerkschaften der Reederei den totalen Boykott angedroht, so daß dann Schluß ist mit Waren wie Zigaretten, Fleisch und Lebensmitteln aus Dänemark. Die Reederei hat ihrerseits erklärt, daß sie die Waren dann in Deutschland kaufen wird. Außerdem hat sie jetzt ein Abkommen mit der Deutschen Bundesbahn geschlossen, Rundfahrttickets für die Fährverbindung Havneby – List mit anschließender Benutzung des Autoreisezuges Westerland – Niebüll zu Sonderpreisen anzubieten. So sollen deutsche Touristen an der Nase herumgeführt werden, um sie als Blockadebrecher einzusetzen. Der Dänische Gewerkschaftsverband LO hat nun die ÖTV aufgefordert, daß sie auch eine Blockade gegen die Förde-Reederei macht, denn zusammen sind wir stark genug, jede Absicht, uns in diesem Kampf zu schlagen, zunichte zu machen.

## Kollektiver Tarifvertrag mit der Flensburger Fördereederei nach dänischen Gewerkschaftsregeln!

**5.Mai**
Mit Polizeigewalt werden 6 spanische Matrosen, 1 dänischer Kapitän und Steuermann an Bord der Vikingland gebracht, die unter zypriotischer Flagge nach Husum zur Reparatur fährt. Die Polizei soll deutsche Arbeiter, die von der Förde-Reederei als Streikbrecher vorgesehen sind, durchlotsen. Die deutschen Arbeiter diskutieren kurz mit ihren dänischen Kollegen und kehren dann um.
Rund um die Uhr bewachen 10 bis 40 Polizisten bis zum 29.Mai die Anlegestelle. Der Erfolg ist nicht groß, viele Passagiere kehren freiwillig um.



**11.Mai**
Nach Gesprächen mit dem Dachverband der dänischen Gewerkschaften unterstützt dieser die Blockade der Fährarbeiter und weitere fünf Einzelgewerkschaften. Der ÖTV-Hauptvorstand tritt die Verhandlungsbefugnis an die dänischen Gewerkschaften ab und unterstützt sie in einer Erklärung.
**29.Mai**
1600 Arbeiter demonstrieren am 29.Mai in Havneby und bekräftigen die Unabdingbarkeit ihrer Forderungen.



500 deutsche und dänische Arbeiter führen in Flensburg, dem Sitz der Förde-Reederei, eine gemeinsame Demonstration durch.

Mit Demonstrationen in Grafenstein, Kollund und Sonderburg, an denen insgesamt 1100 Leute teilnahmen, leiten der Seemannsbund (Handel und Büro), die Hotelgewerkschaft, der Metallarbeiterbund und die Brauerei- und Tabakgewerkschaft den Vollboykott der Flensburger Förde-Reederei ein. Wenn ITF und ÖTV diesen unterstützen, muß die Förde-Reederei nachgeben.

**Solidaritätsresolutionen**
Bisher sind über 150 Solidaritätsresolutionen überwiegend aus Dänemark bei der Blockadewacht eingegangen, darunter die Gewerkschaften Seemannsbund, die HK (Handel, Banken), die Hotelgewerkschaft, der Metallarbeiterbund; aus Westdeutschland u.a. vom Betriebsrat der Gesamthafenarbeiter Hamburg.

**Erklärung der Fährarbeiter der Linie Römö – Sylt Römö, den 4. Juli 1979**
Wir sind die ehemaligen Arbeiter der Linie Römö – Sylt, die jetzt Konkurs gemacht hat. Die Förde-Reederei hat mit einem Handstreich unsere früheren Arbeitsplätze aufgekauft und treibt eine steinharte Arbeitgeberpolitik. Keine Verhandlungen, und wer das nicht akzeptiert, fliegt raus. Sie will nur Einzelverträge abschließen und keinen kollektiven Tarifvertrag. Das ist in Dänemark unerhört, denn kollektive Tarifverträge haben wir uns schon im 18. Jahrhundert erkämpft. Jetzt fahren die Schiffe unter zypriotischer Flagge (Piratenflagge) und mit sechs spanischen Matrosen, wo vorher 12 dänische gearbeitet haben. Und das Restaurationspersonal ist auch auf die Hälfte reduziert. Unsere Blockade verhinderte vom 2. bis 16. Mai, daß eine Fähre fuhr.

Dann wurden 40 Polizisten der dänischen Terroristenpolizei eingesetzt, so daß die Fähren wieder auslaufen konnten, doch fast ohne Autos und Passagiere, da die dänischen Arbeiter unseren Kampf unterstützen und die Fähre boykottierten. Unsere Blockade ist jetzt so effektiv, daß die Reederei Umsatzverluste bis zu 80% hinnehmen muß.

Wir haben schon einige gemeinsame Aktionen mit deutschen Kollegen durchgeführt. Am 26. Mai haben wir zusammen mit ihnen den Anleger List blockiert. Das nächste war eine große Demonstration in Flensburg gegen die Förde-Reederei, um den Boykott auf die Linien der Flensburger Förde auszuweiten. Jetzt hat der dänische Dachverband der Gewerkschaften der Reederei den totalen Boykott angedroht, so daß dann Schluß ist mit Waren wie Zigaretten, Fleisch und Lebensmitteln aus Dänemark. Die Reederei hat ihrerseits erklärt, daß sie die Waren dann in Deutschland kaufen wird. Außerdem hat sie jetzt ein Abkommen mit der Deutschen Bundesbahn geschlossen, Rundfahrttickets für die Fährverbindung Havneby – List mit anschließender Benutzung des Autoreisezuges Westerland – Niebüll zu Sonderpreisen anzubieten. So sollen deutsche Touristen an der Nase herumgeführt werden, um sie als Blockadebrecher einzusetzen. Der Dänische Gewerkschaftsverband LO hat nun die ÖTV aufgefordert, daß sie auch eine Blockade gegen die Förde-Reederei macht, denn zusammen sind wir stark genug, jede Absicht, uns in diesem Kampf zu schlagen, zunichte zu machen.

Deshalb, deutsche Kollegen, unterstützt unseren Boykott der Römö-Sylt-Linie, bis wir unsere Forderungen durchgesetzt haben

**Für Internationale Solidarität**
**Bekämpft die zypriotische Piratenflagge**
**Boykottiert die Fördereederei**
**Laßt die Fähren leer fahren**

**Blockadewacht Römö-Sylt** 9. Juli 1979 **Vrabyvej-6792 Havneby, Tel. 00454 755323**

*b.kas.Kiel.* **Kurs- und Klausurboykott im 5. klinischen Semester.** Im Kurs Sozialmedizin, der im Rahmen des Ökologiekurses an 5 mal 2 Stunden im Semester stattfindet, wurde den Studenten in der 2. Doppelstunde von Prof. Dietze mitgeteilt, sie würden zum Abschluß eine Klausur schreiben, mehr wüßte er auch nicht. Der Schein war bisher stets ohne Klausur vergeben worden. Daraufhin gingen am nächsten Tag 10 Kommilitonen zu dem offenbar zuständigen Prof. Steigleder, der die Klausur mit der Begründung verteidigte, er hätte die erfolgreiche Teilnahme zu bescheinigen; im übrigen wolle er sich mit Prof. Wille noch einmal beraten, der die restlichen Stunden zu halten hätte. Als Wille im Kurs verkündigte, die Klausur würde geschrieben, und nach 10 Minuten die Diskussion abbrechen wollte, verließen alle (ca. 60) bis auf 4 den Saal. Draußen wurde beschlossen, zum nächsten Kurstermin erneut die Diskussion zu verlangen und ev. erneut hinauszugehen und die Klausur zu boykottieren. Ein anschließender Gang zum Dekan erwies sich als zwecklos, da dieser bereits um 14.30 Uhr das Haus verlassen hatte.

*b.hek.Itzehoe.* **Der Bürgermeister von Klein Nordende betrügt seit Jahren die Bauern im Umkreis.** Der Bürgermeister ist Besitzer der Lither Kalkwerke und verkauft Düngekalk an die Bauern. Angeblich hat er zwei verschiedene Sorten Kalk anzubieten. Die eine Sorte Kalk, die nach seinen Angaben etwas weniger Magnesium enthalten soll, verkauft er für 22 DM, die andere, in der mehr Magnesium enthalten sein soll, verkauft er für 23,50 DM. Die meisten Bauern kaufen den teureren Kalk, da das immer noch billiger wäre, als wenn sie Magnesium dazukaufen müßten. Jetzt hat durch Zufall ein Bauer festgestellt, daß überhaupt nur eine Sorte Kalk produziert wird, den man sowohl für 22 DM wie für 23,50 DM bekommt. Seit Jahren betrügt der Bürgermeister also die Bauern um teilweise erhebliche Beträge. Dieser Betrug wird jetzt unter den Bauern in der Umgebung bekannt gemacht. Lange wird er nicht mehr Bürgermeister sein.

*b.ali.Lübeck.* **In der dritten Kompanie des Jägerbataillons 172 hing folgender Erlaß am schwarzen Brett:** „Besondere erzieherische Maßnahme! Folgende Soldaten haben am 11.6.79 den 5000m Lauf abgebrochen: (Es werden sieben Soldaten aufgeführt). Diese Soldaten werden einen neuen 5000m Lauf ablegen." Ein Gefreiter der 2. Kompanie erhielt als Disziplinarstrafe drei Wochen verschärfte Ausgangsbeschränkung. Weil seine Mutter ins Krankenhaus gebracht worden war, er für seine Schwester sorgen mußte, war er, nachdem er in der Kaserne angerufen hatte, zwei Tage zu Hause geblieben. Der Gefreite darf jetzt für diese drei Wochen die Kaserne nicht verlassen, die Kantine, den Fernseh- und Aufenthaltsraum nicht betreten und keinen Besuch empfangen.

*r.gem.* **Der Westberliner Senat beschäftigt Volkshochschuldozenten, Lehrbeauftragte der Fach- und Hochschulen, Erzieher und Familienhelfer als „Freie Mitarbeiter".** Sie haben auf einer gemeinsamen Informationsveranstaltung am 30.6.79 eine Entschließung an den Senat verabschiedet, worin sie sich dagegen wenden, „daß der Senat von Berlin die erhöhte Arbeitslosigkeit der Schul-, Fach- und Hochschulabsolventen ausnutzt, um Hono-

## Allgemeine Ortskrankenkassen: ,,einnahmeorientierte Ausgabenpolitik''

*r.gör.* Seit Ehrenbergs Amtsantritt wurde den Krankenkassen massiv verordnet, kostendämpfend tätig zu werden. Insbesondere mit der Abwälzung eines wachsenden Anteils der Kosten der Krankenversicherung der Rentner wurden sie per Gesetz dazu gezwungen. So sollte erreicht werden, daß die ärztliche Versorgung aller Kassenpatienten drastisch eingeschränkt wird – um die von der Bourgeoisie genutzte Kapitalakkumulation der Rentenversicherungen zu sanieren. Als weitere kostensenkende Maßnahme sollte sich sodann vor allem die Streichung von Beihilfen für Zahnersatz auswirken.

Die meisten Ortskrankenkassen haben inzwischen ihre Berichte über das Geschäftsjahr 1978 veröffentlicht. Die Ergebnisse sind unterschiedlich, was die örtlich unterschiedlichen Kämpfe um die Kostendämpfung widerspiegelt.

mungen gesetzlich festgelegt sind, ist ihre Ausfüllung und Umsetzung den Selbstverwaltungsorganen überlassen. Das Bundesarbeitsministerium gibt folgende Beschreibung: ,,Um etwaige Gegensätze zwischen der Verwaltung und den Betroffenen zu mildern und diese miteinander zu verbinden, wirken in fast allen Sozialleistungsbereichen ehrenamtlich Vertreter der Versicherten oder Betreuten in verschiedenem Umfang an der Verwaltung mit...'' (Übersicht über die soziale Sicherung, Ausgabe 1977, S. 377).

Diese Auffassung entspricht zweifellos den 50 % Kapitalistenvertretern in den Selbstverwaltungsorganen. Aber daß sie sich noch durchsetzt, hat materielle Grundlagen, die beseitigt werden müssen. Die Krankenkassen sind mit einem starken Anstieg der Kosten für die ärztliche Versorgung der Versicher-

| Kassenart | Zahl der Kassen | Arbeitsunfähig kranke Pflichtmitglieder | | | Krankenstand der Pflichtmitglieder | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | zus. | Männer | Frauen | zus. | Männer | Frauen |
| Ortskrankenkassen ..... | 63 | 55915 | 35410 | 20514 | 5,57 | 5,45 | 5,80 |
| Betriebskrankenkassen .. | 89 | 16890 | 13643 | 3247 | 8,05 | 7,83 | 9,12 |
| Innungskrankenkassen .. | 26 | 6236 | 5132 | 1104 | 4,34 | 4,60 | 3,47 |
| Zusammen ............ | 178 | 79041 | 54176 | 24865 | 5,83 | 5,79 | 5,91 |
| Dagegen: 1. März '79.... | 180 | 96887 | 66179 | 30708 | 7,13 | 7,06 | 7,29 |
| 1. Febr. '79.... | 180 | 98820 | 67492 | 31328 | 7,30 | 7,22 | 7,47 |
| 1. April '78.... | 183 | 67418 | 46556 | 20862 | 5,06 | 5,06 | 5,08 |

Wir behandeln als Beispiel die AOK Walsrode. Ihre Geschäftsleitung brüstet sich damit: ,,Im Berichtsjahr kam das Kostendämpfungsgesetz... voll zum Tragen. Dieses Gesetz hat dazu beigetragen, den Kostenanstieg im Leistungsbereich weiter zu verlangsamen. Die Entwicklung nach der vorliegenden Jahresrechnung zeigt ein erfreuliches Bild, da das vorgegebene Ziel der Selbstverwaltungsorgane, die Ausgaben an den Einnahmen zu orientieren, als erfüllt angesehen werden kann.'' Tatsächlich hat es die Kasse geschafft – trotz starken Anstiegs der Arzneipreise und der Ärztehonorare –, die Aufwendungen pro Mitglied zu senken, bei gleichzeitig mehr als 4 % steigendem Krankenstand! (Die Entwicklung des allgemeinen Krankenstandes in Niedersachsen zeigt die Tabelle.) Die durchschnittlichen Einnahmen pro Mitglied sind um 16,49 % gesteigert worden. Dadurch wurde in der allgemeinen Krankenversicherung ein Profit von rd. 7 Millionen DM erwirtschaftet, und trotz des Tributs an Ehrenbergs Sanierung des Rentenversicherungsvermögens verblieb dann noch ein Nettokapitalzuwachs von 1,4 Mio. DM.

ten konfrontiert. In ihren Bilanzen drückt sich das als sinkende Tendenz der Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben aus. Die Ursache dafür liegt einerseits in beschleunigtem Verschleiß der Gesundheit durch die kapitalistischen Produktions- und Lebensverhältnisse, andererseits in der profitwirtschaftlichen Organisation des Gesundheitswesens selbst, worum die Bourgeoisie sehr besorgt ist. (Zur Zeit soll sich der niedersächsische Landtag damit befassen, daß die AOK Leer Selbstabgabestellen für Sehhilfen eingerichtet hat und ,,daß durch dieses wirtschaftliche Tätigwerden einer Behörde, die nicht im Wettbewerb steht, sowie keine Steuer zahlt und keinen Zinsendienst für Fremdkapital aufbringen muß, Marktverzerrungen bewirkt werden, die einem Verstoß gegen die marktwirtschaftliche Ordnung gleichkommen''. Drucksache 9/825) Solange die Finanzierungsform der Krankenkassen nicht umgewälzt wird, muß sich jeder Versuch, den steigenden Kosten zu begegnen, letztlich in einer Erhöhung der Beitragssätze *oder* in der Ausgabenkürzung ausdrücken. Mit genau dieser Alternative hält die Bourgeoisie die ,,selbstverwalteten'' Krankenkassen an der Kandare. Die vollständige Selbstverwaltung durch die Versicherten, vom DGB gefordert,

Wir behandeln als Beispiel die AOK Walsrode. Ihre Geschäftsleitung brüstet sich damit: ,,Im Berichtsjahr kam das Kostendämpfungsgesetz... voll zum Tragen. Dieses Gesetz hat dazu beigetragen, den Kostenanstieg im Leistungsbereich weiter zu verlangsamen. Die Entwicklung nach der vorliegenden Jahresrechnung zeigt ein erfreuliches Bild, da das vorgegebene Ziel der Selbstverwaltungsorgane, die Ausgaben an den Einnahmen zu orientieren, als erfüllt angesehen werden kann.'' Tatsächlich hat es die Kasse geschafft – trotz starken Anstiegs der Arzneipreise und der Ärztehonorare –, die Aufwendungen pro Mitglied zu senken, bei gleichzeitig mehr als 4 % steigendem Krankenstand! (Die Entwicklung des allgemeinen Krankenstandes in Niedersachsen zeigt die Tabelle.) Die durchschnittlichen Einnahmen pro Mitglied sind um 16,49 % gesteigert worden. Dadurch wurde in der allgemeinen Krankenversicherung ein Profit von rd. 7 Millionen DM erwirtschaftet, und trotz des Tributs an Ehrenbergs Sanierung des Rentenversicherungsvermögens verblieb dann noch ein Nettokapitalzuwachs von 1,4 Mio. DM.

Nicht in allen Fällen zeigen die Rechnungsergebnisse der AOK solch drastisches Bild, aber die Tendenz ist durchweg ähnlich. Wie kommt es dazu, obwohl doch zahlreiche und hartnäckige Kämpfe gegen die Kostendämpfung geführt werden? Die gesetzlichen Krankenkassen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsorgane mit Selbstverwaltungsstatut. Während alle entscheidenden Rahmenbestim-

ten konfrontiert. In ihren Bilanzen drückt sich das als sinkende Tendenz der Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben aus. Die Ursache dafür liegt einerseits in beschleunigtem Verschleiß der Gesundheit durch die kapitalistischen Produktions- und Lebensverhältnisse, andererseits in der profitwirtschaftlichen Organisation des Gesundheitswesens selbst, worum die Bourgeoisie sehr besorgt ist. (Zur Zeit soll sich der niedersächsische Landtag damit befassen, daß die AOK Leer Selbstabgabestellen für Sehhilfen eingerichtet hat und ,,daß durch dieses wirtschaftliche Tätigwerden einer Behörde, die nicht im Wettbewerb steht, sowie keine Steuer zahlt und keinen Zinsendienst für Fremdkapital aufbringen muß, Marktverzerrungen bewirkt werden, die einem Verstoß gegen die marktwirtschaftliche Ordnung gleichkommen''. Drucksache 9/825) Solange die Finanzierungsform der Krankenkassen nicht umgewälzt wird, muß sich jeder Versuch, den steigenden Kosten zu begegnen, letztlich in einer Erhöhung der Beitragssätze *oder* in der Ausgabenkürzung ausdrücken. Mit genau dieser Alternative hält die Bourgeoisie die ,,selbstverwalteten'' Krankenkassen an der Kandare. Die vollständige Selbstverwaltung durch die Versicherten, vom DGB gefordert,
wird aus den genannten Gründen daher selbst von reaktionären Professoren gelegentlich propagiert (z.B. Watrin). Entscheidend ist aber, die vollständige Bezahlung der Versicherungen durch die Kapitalisten zu erkämpfen. Sonst können die Widersprüche und Spaltungen innerhalb der Versicherungen, mit denen sie heute noch von der Bourgeoisie beherrscht werden, nicht überwunden werden.

## ,,Sinnvolle und sparsame Energieverwendung''

### Plünderung der Volksmassen – Schmierung der Bourgeoisie

*b.wiv.* ,,Die Landesregierung hat in ihren energiepolitischen Vorstellungen der sinnvollen und sparsamen Energieverwendung einen besonders wichtigen Platz eingeräumt'', heißt es in der Propagandabroschüre 7/79 des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums. Als zweites Bundesland nach Baden-Württemberg hat Minister Westphal bereits am 27.2.78 ein entsprechendes Programm verkündet. Ziel: Die ,,lebensgefährliche Abhängigkeit'' vom Erdöl verringern. Mit 22,8 Mio. DM sollten bis 1982 gefördert werden:

- Die Verbraucherzentrale mit 600000 DM zwecks ,,Aufklärung''
- Wärmerückgewinnungsanlagen am Kieler Sportforum und dem Neubau der Chirurgie
- Wärmepumpen im Biologiezentrum und an den Fachhochschulen Flensburg und Lübeck
- eine ganze Reihe von Studien und Pilotprojekten zur Energieeinsparung in der Landwirtschaft und dem Ausbau der Fernwärmeversorgung.

Wichtig ist noch der Hinweis auf die Beteiligung an dem 4,35 Mrd. DM-Programm der Bundesregierung, das die Mietshauskapitalisten sanieren soll. Schon damals meinte Westphal, Förderung durch Zuschüsse sei ,,nicht optimal'', ,,steuerliche Anreize'' wären besser.

Das hat Stoltenberg jetzt mit einem Gesetzentwurf über den Bundesrat nachgeholt. ,,Gedacht ist nach dem Gesetzentwurf, Einbau und Anschaffung von Wärmepumpen, Solar-, Wind-, Wasserkraft- und Biogasanlagen steuerlich zu begünstigen''(KN, 10.7.). Mit 60% Sonderabschreibung im ersten Jahr und je 10% in den folgenden vier Jahren soll das gefördert werden. 650 Mio. DM Mindereinnahmen an Steuern hat Stoltenberg für das erste Jahr nach Inkrafttreten eines solchen Gesetzes ausrechnen lassen.

Wem das nützt, wurde bereits deutlich. 38000 DM kostete eine Stallwärmepumpe, mit deren Hilfe der Bauer Sell aus Ottendorf zukünftig die Körperwärme seiner 86 Mastbullen zur Wohnraumbeheizung nutzen will. 15000 DM davon hat das Land zugeschossen. 10000 Rinderhalter und 3000 Schweinemastbetriebe hat Landwirtschaftsminister Flessner ausgemacht, die ,,von der Bestandgröße her günstige Voraussetzungen für einen Wärmepumpeneinsatz'' bieten (KN, 24.4.). Auf diese Art gedenkt die Landesregierung, die Klassenspaltung zwischen den Bauern zu vertiefen und ihr Programm des Bauernlegens zu beschleunigen.

Einer der größten Zuschußposten bei der ,,sinnvollen Energieverwendung'' macht der Ausbau des Fernwärmenetzes aus. 7,4 Mio. DM stellte die Landesregierung bislang zur Verfügung, 110 Mio. DM sind insgesamt für den Ausbau in den nächsten Jahren geplant. Den höchsten Anschlußwert im ganzen Bundesgebiet mit mittlerweile 70% aller Haushalte hat Flensburg. In den gesetzlichen Grundlagen ist festgelegt, daß bei einem Anschlußwert von 80% der Rest der Haushalte zwangsangeschlossen werden kann. Der *Preis* für die Fernwärme stieg von 1973 bis 1979 um 71%, die höchste Steigerungsrate nach dem Heizöl.

Der Charakter dieses Programms der ,,sinnvollen und sparsamen Energieverwendung'' als Zwangs- und Ausplünderungsprogramm tritt immer deutlicher zutage. Man kann es verfolgen am Mietwucher, Verdoppelung der Heizkostenpauschalen und dergleichen.

Notwendig entwickelt sich der Kampf gegen diese Ausplünderung. In Lübeck fand am 5.7. die erste Protestversammlung von Mietern aus ganz Schleswig-Holstein statt, die der Landesverband des Mieterbundes organisiert hatte. Dort wurde die Preistreiberei der Mineralölkonzerne angegriffen und auch, daß der Staatsapparat munter kassiert. Gefordert wurde in einer einstimmig verabschiedeten Resolution die Einführung einer Preisbindung für Heizöl und die Halbierung der Mehrwertsteuer auf 6,5%.

## Hamburger Feuerwehrleute fordern 40-Stunden-Woche und Senkung des Rentenalters

*b.jüt.* 54 Stunden wöchentlich muß ein Feuerwehrmann in Hamburg schuften. Laut Jahresdienstplan von 1979 hat die Besatzung eines Rettungswagens 70 Normalarbeitstage von 8 Stunden, 70 Tage mit 16 und 52 Tage mit 24 Stunden Arbeitszeit. Um in den Genuß solcher Arbeitsverhältnisse zu kommen, muß der Feuerwehrmann kerngesund sein, gelernter Facharbeiter und die Ausbildung erfolgreich beendet haben. Man sieht, wenn es um die Sicherung von Maschinen und investiertem Kapital geht, sind die Kapitalisten nicht zimperlich: Sie verlangen großes Geschick, technische Kenntnisse und Fähigkeiten und körperliche Ausdauer. Alles Eigenschafen, über die sie selbst nicht verfügen.

So groß wie ihr Wunsch, die Produktionsmittel vor Brand und Zerstörung schützen zu lassen, um die Profite zu sichern, so groß ist auch ihre Forderung, die Ausgaben im öffentlichen Dienst so niedrig wie möglich zu halten. Dem entspricht der Bruttostundenlohn, den ein Oberbrandmeister, höchste Altersstufe, Ortszuschlag Stufe 3, bekommt: 11,71 DM. Damit liegt



Insgesamt ist eine Anpassung an Fluglotsen und Bundeswehr angestrebt (52 Jahre).

Warum ist dies so dringend nötig? Nicht nur die Zahl der unterschiedlichen Brände wächst jährlich. Es sind vor allen Dingen die Rettungswageneinsätze (RTW) zur Versorgung von

nachts, erst Stunden nach Dienstende löst sich die nervliche Spannung von Nacht- und Schichtarbeit auf: Nervosität, Konzentrations- und Schlafstörungen, Magen-Darmbeschwerden.

Im ÖTV-Echo von Februar 1979 wird jetzt unbedingt die Einführung der 40-Stundenwoche gefordert. Die

## Hamburger Feuerwehrleute fordern 40-Stunden-Woche und Senkung des Rentenalters

*b.jüt.* 54 Stunden wöchentlich muß ein Feuerwehrmann in Hamburg schuften. Laut Jahresdienstplan von 1979 hat die Besatzung eines Rettungswagens 70 Normalarbeitstage von 8 Stunden, 70 Tage mit 16 und 52 Tage mit 24 Stunden Arbeitszeit. Um in den Genuß solcher Arbeitsverhältnisse zu kommen, muß der Feuerwehrmann kerngesund sein, gelernter Facharbeiter und die Ausbildung erfolgreich beendet haben. Man sieht, wenn es um die Sicherung von Maschinen und investiertem Kapital geht, sind die Kapitalisten nicht zimperlich: Sie verlangen großes Geschick, technische Kenntnisse und Fähigkeiten und körperliche Ausdauer. Alles Eigenschafen, über die sie selbst nicht verfügen.

So groß wie ihr Wunsch, die Produktionsmittel vor Brand und Zerstörung schützen zu lassen, um die Profite zu sichern, so groß ist auch ihre Forderung, die Ausgaben im öffentlichen Dienst so niedrig wie möglich zu halten. Dem entspricht der Bruttostundenlohn, den ein Oberbrandmeister, höchste Altersstufe, Ortszuschlag Stufe 3, bekommt: 11,71 DM. Damit liegt
er weit unter dem Facharbeiterlohn seines erlernten Berufes, viele Feuerwehrleute sind deshalb gezwungen, sich Nebentätigkeit zu suchen. Daß eine solche Arbeit die Gesundheit ruiniert, drückt sich schon darin aus, daß die Feuerwehrleute mit 60 Jahren pensionsberechtigt sind. Aber bereits 1975 hat die ÖTV Hamburg auf dem Norddeutschen Feuerwehrtag gefordert, das Pensionsalter auf 55 Jahre zu senken.

Insgesamt ist eine Anpassung an Fluglotsen und Bundeswehr angestrebt (52 Jahre).

Warum ist dies so dringend nötig? Nicht nur die Zahl der unterschiedlichen Brände wächst jährlich. Es sind vor allen Dingen die Rettungswageneinsätze (RTW) zur Versorgung von
Frischverletzten auf der Straße, im Betrieb u.ä. Dazu kommen Erste-Hilfe-Leistungen bei Schwerstkranken, Akutkranken, die schnell in ein Krankenhaus gebracht werden müssen. Die ständigen Fahrten mit Blaulicht fordern höchste Konzentration von der Besatzung. Ist der Einsatz beendet, hofft man auf eine Ruhepause, kann über Funk schon der nächste kommen. 60 bis 70% sind tags, 30 bis 40% sind

nachts, erst Stunden nach Dienstende löst sich die nervliche Spannung von Nacht- und Schichtarbeit auf: Nervosität, Konzentrations- und Schlafstörungen, Magen-Darmbeschwerden.

Im ÖTV-Echo von Februar 1979 wird jetzt unbedingt die Einführung der 40-Stundenwoche gefordert. Die
Bedingungen für die Durchsetzung sind günstig, denn 70% der Feuerwehrleute sind in der ÖTV organisiert. Die arbeitsmedizinischen Untersuchungen über die Folgen von Brandeinsätzen (Atemschutzuntauglichkeit) dürfen vom Senat nicht länger verzögert werden. Eine Demonstration und Kundgebung zur Lage bei der Feuerwehr würde sicherlich breite Unterstützung bei allen Werktätigen finden.

---

rarverträge, die ihrem Ursprung nach lediglich zusätzliche Verdienste regeln, als Ersatz für ganze Arbeitsverträge und tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse zu gebrauchen''. Die Versammelten forderten: ,,Streichung der untersten Honorarkategorie! Zahlung des Arbeitgeberanteils zur Kranken- und Rentenversicherung an alle versicherungspflichtigen Freien Mitarbeiter und ihre Einbeziehung in die Arbeitslosenversicherung! Honorarfortzahlung bei unverschuldetem Ausfall der Arbeitsleistung (bei Krankheit, Schwangerschaft...)! Bezahlten Jahresurlaub! Jährliche Anhebung der Honorare entsprechend den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst!'' Des weiteren wurde beschlossen, zweiseitige entsprechende Vereinbarungen über mindestens 1 Jahr sowie Tarifverträge nach BAT für alle Freien Mitarbeiter mit Arbeitnehmer- bzw. arbeitnehmerähnlichem Status zu fordern.

*b.uwb.Itzehoe.* **Auf der Betriebsversammlung bei Alsen-Breitenburg forderte der DGB-Sekretär Lange aus Lägerdorf, daß wegen der Preissteigerungen ein Lohnnachschlag nötig sei, wie er auch schon in der IG Metall diskutiert werde.** In verschiedenen Redebeiträgen wurde er dabei unterstützt. Der Betriebsratsvorsitzende Laschewski erläuterte, daß allein durch die Erhöhung der Heizkostenpauschale die 4,2% Erhöhung vom April weg wären. Zuvor hatte vom Vorstand Hochdahl gejammert, wie schlecht es um AB stehe. Der Absatz von Zement stagniere und der Winter habe unheimlich reingehauen. Trotzdem aber habe man 8,44 Mio DM an Gewinnen ausschütten können, die aber zum großen Teil zur Kreditrückzahlung genutzt worden seien.

*b.hek.Itzehoe.* **Nachschlag wird auf der Hugo Peters Werft in Wewelsfleth gefordert.** Auf der Betriebsversammlung in der letzten Woche gab der Betriebsrat bekannt, daß er mit dem Angebot des Kapitalisten von 0,50 DM pro Stunde für alle als Nachschlag nicht einverstanden sei, sondern von der Belegschaft mehr gefordert würde. Gleichzeitig erklärte er, daß man in Zukunft nicht mehr 4 Überstunden pro Tag im Durchschnitt machen würde, sondern maximal 2 und auch das nur, wenn der Geschäftsführer Breuer ein Angebot deutlich über den 0,50 DM machen würde.

*Veranstaltungskalender*

**Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –**

**Kolonisierung des amerikanischen Kontinents. Die Unterwerfung des Südens durch den Norden. Das US-Völkergefängnis**
**Lüneburg,** 16. bis 20. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, ,,Heidegrill'', Am Sande

**Revolutionen sind der Motor der Geschichte**
**Hamburg-Harburg,** 23. bis 27. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, ,,Elbschloßklause'', Bunatwiete 2

**Das Christentum**
**Hamburg-Nord,** 23. bis 27. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, ,,Preystuben'', Forssmannstr./Ecke Preystraße
**Hamburg-Bergedorf,** 23. bis 27. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Lichtwarkhaus, Am Schilfwasser/Ecke Holzhude

**Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.**
**Heide,** 23. bis 27. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Grund- und Hauptschule 4

**Der deutsch-französische Krieg und die Reichsgründung**
**Kiel-West,** 23. bis 27. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Mo., Di., Fr. ,,Bavaria-Eck'', Großer Ziegelteich; Mi. und Do. ,,Ständer'', Waitzstraße

**Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition**

**Die Ministerien für Bildung, Jugend und Familie, Raumordnung und Ernährung**
**Flensburg,** 16. bis 20. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße
**Bad Oldesloe,** 16. bis 20. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Holsteneck'', Rümpeler Weg
**Husum,** 23. bis 27. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Bahnhofsgaststätte

**Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales**
**Hamburg-Bergedorf,** 23. bis 27. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Lichtwarkhaus, Am Schilfwasser/Ecke Holzhude

**Reihe zur Kritik am Reformismus**
**Universität Hamburg,** 16. bis 20. Juli, 18.00 bis 20.00 Uhr, Phil-Turm, Hörsaal F

**Kritik der christlichen Soziallehre**
**Stade,** 23. bis 27. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, ,,Grafenklause'', Udonenstraße

**Kritische Theorie**
**Hamburg-Mitte/West,** 23. bis 27. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Straße 14

**Schulungen**

**Stalin: ,,Grundlagen des Leninismus''**
**Lübeck,** 23. bis 27. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Zur Tonne'', Marliring

**Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien''**
**Schleswig,** 23. bis 27. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Gosch's Gasthof''

**Montag, 16. Juli**
**Flensburg,** Landgericht, Südergraben 22, Saal 58, 9.15 Uhr, Fortsetzung des Prozesses wegen Wehrkraftzersetzung gegen M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann

**Dienstag, 17. Juli**
**Hamburg,** Sievekingplatz, Strafjustizgebäude, Zi. 263, 14.30 Uhr, nächster Iran-Prozeß bei Richter Osterloh

**Mittwoch, 18. Juli**
**Hamburg,** Sievekingplatz, Strafjustizgebäude, Zi. 176, 12.00 Uhr, Prozeß gegen Th. Rochlitz wegen Sammlung für die ZANU

**Freitag, 20. Juli**
**Hamburg,** Sievekingplatz, Strafjustizgebäude, Zi. 192, 10.00 Uhr, Fortsetzung des Europaprozesses gegen Lambrecht, Stratmann und andere

## Die Metallkapitalisten werden um einen Nachschlag nicht herumkommen

*b.mis.* Den 4.3% / 13 Monate-Abschluß haben die Metallkapitalisten sofort genutzt, um brutale Lohnsenkung zu betreiben. Allein schon die Auswirkungen der Preistreiberei der Ölkonzerne haben die Nettobeträge der Lohnerhöhung bei den unteren Lohngruppen längst überstiegen. In allen Metallbetrieben finden einzelne Kämpfe der Arbeiter statt, um höhere Löhne durchzusetzen. Einzelne Abteilungen oder Arbeitergruppen, insbesondere die Facharbeiter, konnten den Kapitalisten schon einiges abringen. Diese Lohnnachschläge, zu denen die Kapitalisten gezwungen werden, wollen sie aber nutzen, um die Belegschaften weiter zu spalten und den kommenden Tarifkampf schon im Ansatz zu schwächen.

Bei NRI in Buxtehude hat die Geschäftsleitung in Verhandlungen mit den Vertrauensleuten der Maschinenhalle rundweg erklärt, daß sie es generell ablehne, die Löhne wie gefordert für jeden gleich um 50 Pf anzuheben, sie stattdessen die Politik der Leistungsanreize und Höhergruppierung der „Spitzenlöhner" weiter verfolgen wolle. So erhalten einzelne Kollegen sowie die Facharbeiter bis zu 1,30 DM mehr.

In mehreren Betrieben wird als Antwort auf die durchsichtigen Manöver der Kapitalisten versucht, eine einheitliche gewerkschaftliche Bewegung für die Zahlung eines Nachschlags durchzusetzen. Der VK von Kolbenschmidt hat an die bezirkliche Tarifkommission eine Entschließung geschickt und sie aufgefordert, mit den Kapitalisten über Nachschlag in Höhe von 300 DM fürs erste Halbjahr zu verhandeln. Der VK von NRI hat ebenfalls die Tarifkommission zu Verhandlungen aufgefordert. Bei Blohm und Voss haben 400 Arbeiter des Maschinenbaus am 5.7. die Arbeit für mehrere Stunden hingelegt und sind geschlossen zum Betriebsrat gezogen, um über Lohnnachschlag zu beraten. Bei AEG wird auf Antrag einer Abteilung von den Vertrauensleuten die Forderung nach 1000 DM Nachschlag im Betrieb diskutiert. Dies sind die Aktionen, von denen wir *wissen*. Schon sie drängen darauf, daß die Tarifkommission tätig wird.

## Berufsschulklasse aufgelöst

*b.olb.* Die Ja/O (Ungelernte Jungarbeiterklasse/Oberstufe) der Berufsschule Eckernförde ist am 13.6.79 aufgelöst worden. 10 der ehemals 20 Schüler waren bereits zwischen Februar und März entlassen worden, obwohl sie noch keine 18 Jahre alt sind. Von den restlichen 10 Schülern hätten 7 eigentlich noch ein halbes Jahr Unterricht bekommen müssen, 2 ein ganzes Jahr und einer sogar eineinhalb Jahre.

Die Schüler bekamen lediglich mitgeteilt: „Ihr braucht nicht mehr zu kommen. Eure Zeugnisse bekommt Ihr zugeschickt." Unter der Hand bekamen sie angedeutet, daß es sich für die paar Schüler doch gar nicht mehr lohne, Unterricht zu geben. Worum es tatsächlich geht, ist, die Jugendlichen, die alle keinen Hauptschulabschluß haben, möglichst rasch als billigste Arbeitskräfte den Kapitalisten zur Verfügung zu stellen. Zugute kommt der Schulleitung dabei, daß die Jugendlichen einen Haß auf den stumpfsinnigen Berufsschulunterricht haben und spontan zunächst froh sind, wenn sie dort nicht mehr hin müssen.

Von den zehn Schülern, die zum Schluß noch in der Klasse waren, arbeiten zwei in einer Legefabrik. wo sie zwölf Stunden am Tag schuften müssen, zwei arbeiten als Tiefbauhelfer, einer als Hilfskraft in der Werft, einer im Tierpark und einer als Helfer in einer Holzfabrik.

Von den drei Jugendlichen, die eigentlich noch ein Jahr und länger am Unterricht hätten teilnehmen müssen, und die bislang alle arbeitslos waren, hat jetzt einer, um überhaupt Geld zu verdienen, einen Job als Verkäufer in einer Imbißbude am Strand in Eckernförde angenommen. Der Stundenlohn beträgt hier fünf DM die Stunde. Ein weiterer hat eine Stelle als Helfer in einer Ventilatorenfabrik für 1200 DM brutto. Lediglich einer hat eine Lehrstelle als Maschinenbauer auf der Werft bekommen.



Dreist versucht die Schulleitung, die Auflösung der rebellischen Jungarbeiterklasse mithilfe des neuen schleswig-holsteinischen Schulgesetzes durchzusetzen, in dem vorgesehen ist, daß die dreijährige Berufsschulpflicht vorzeitig beendet werden kann, wenn die Schulaufsichtsbehörde der Meinung ist, daß „anderweitig ausreichend ausgebildet worden ist", wobei sie nicht einmal für nötig gehalten hat, sich an die Buchstaben dieses Gesetzeswerkes zu halten. Ein entsprechender Bescheid der Schulaufsichtsbehörde wurde gar nicht erst eingeholt. Zudem wird sich im Abschlußzeugnis auf ein Gesetz berufen, das bereits außer Kraft gesetzt ist.

gelöst worden. 10 der ehemals 20 Schüler waren bereits zwischen Februar und März entlassen worden, obwohl sie noch keine 18 Jahre alt sind. Von den restlichen 10 Schülern hätten 7 eigentlich noch ein halbes Jahr Unterricht bekommen müssen, 2 ein ganzes Jahr und einer sogar eineinhalb Jahre.

Die Schüler bekamen lediglich mitgeteilt: „Ihr braucht nicht mehr zu kommen. Eure Zeugnisse bekommt Ihr zugeschickt." Unter der Hand bekamen sie angedeutet, daß es sich für die paar Schüler doch gar nicht mehr lohne, Unterricht zu geben. Worum es tatsächlich geht, ist, die Jugendlichen, die alle keinen Hauptschulabschluß haben, möglichst rasch als billigste Arbeitskräfte den Kapitalisten zur Verfügung zu stellen. Zugute kommt der Schulleitung dabei, daß die Jugendlichen einen Haß auf den stumpfsinnigen Berufsschulunterricht haben und spontan zunächst froh sind, wenn sie dort nicht mehr hin müssen.

Von den zehn Schülern, die zum Schluß noch in der Klasse waren, arbeiten zwei in einer Legefabrik. wo sie zwölf Stunden am Tag schuften müssen, zwei arbeiten als Tiefbauhelfer, einer als Hilfskraft in der Werft, einer im Tierpark und einer als Helfer in einer Holzfabrik.

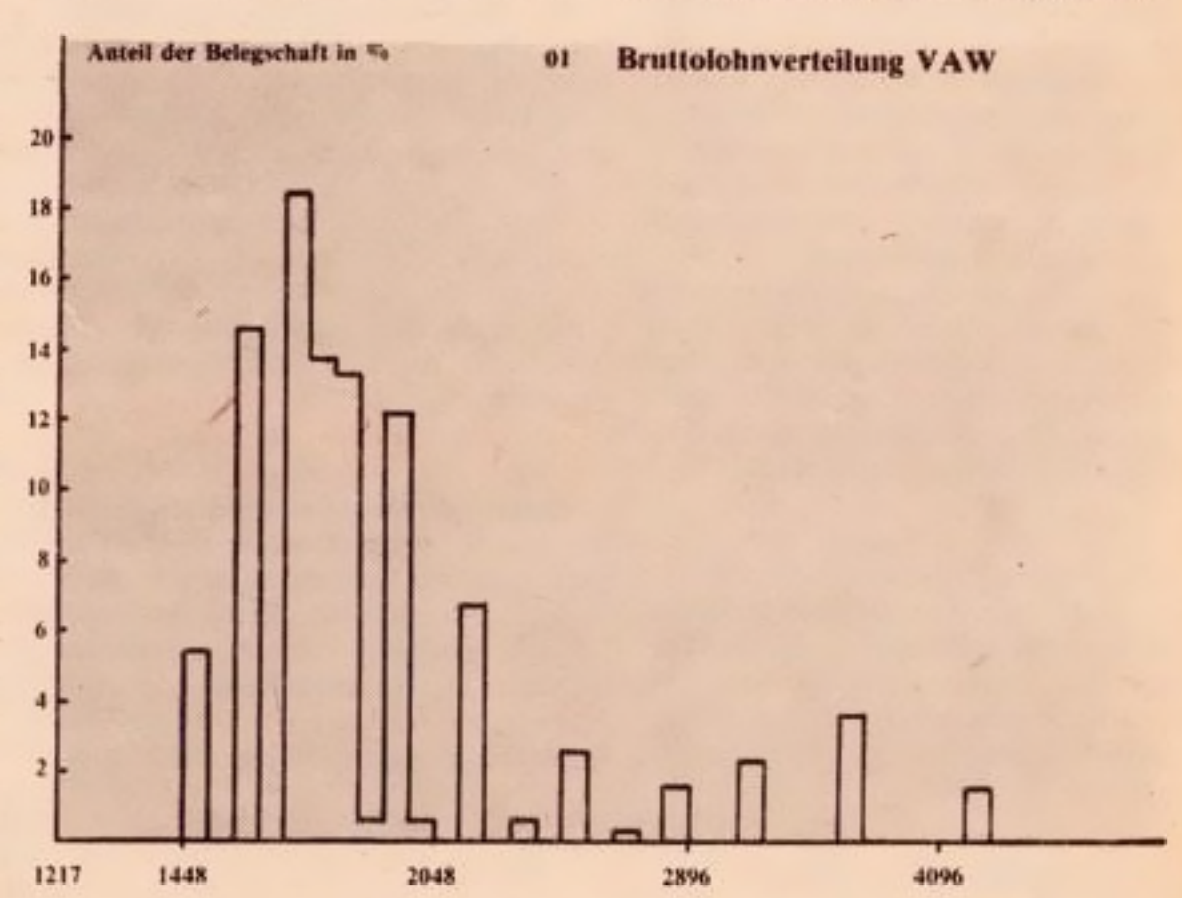
weiterer hat eine Stelle als Helfer in einer Ventilatorenfabrik für 1200 DM brutto. Lediglich einer hat eine Lehrstelle als Maschinenbauer auf der Werft bekommen.

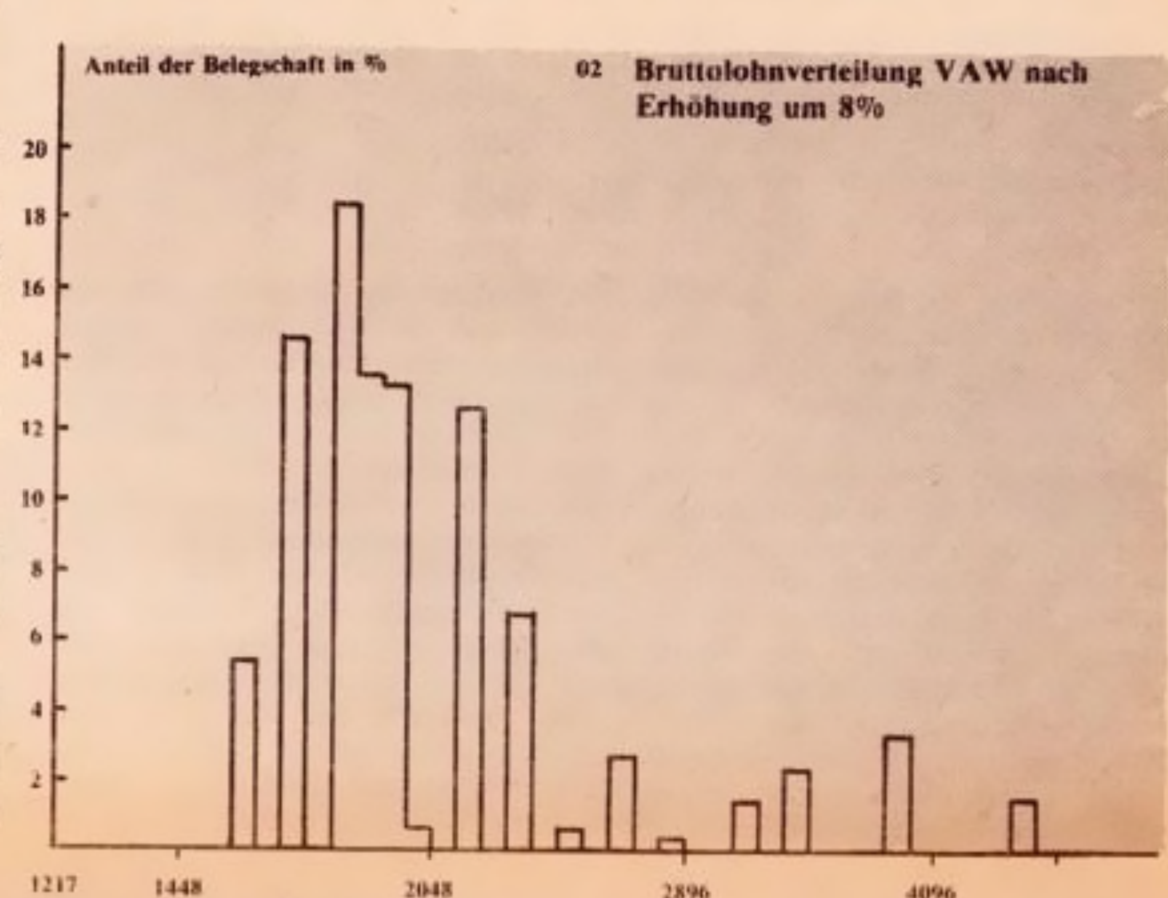


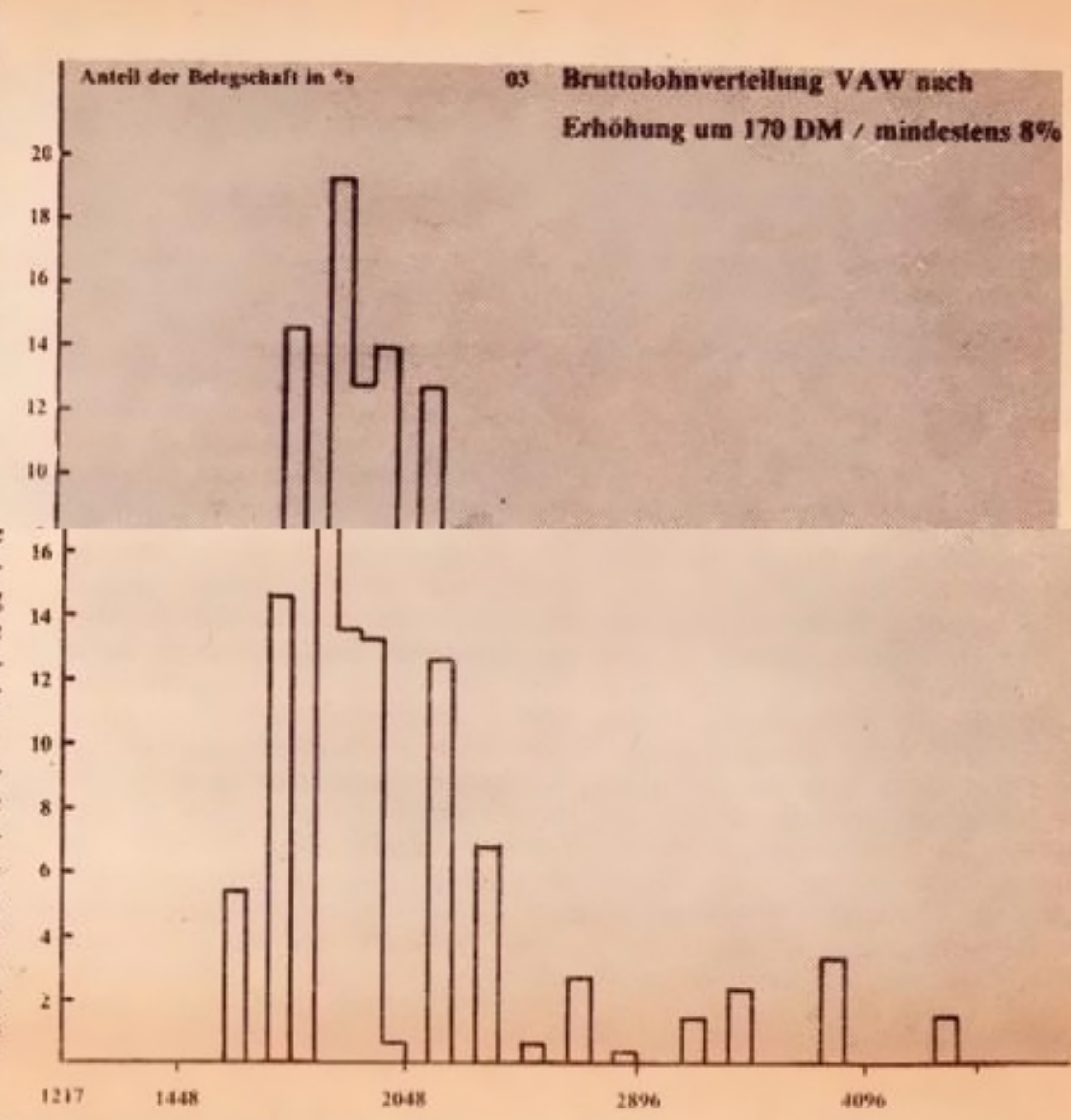
Dreist versucht die Schulleitung, die Auflösung der rebellischen Jungarbeiterklasse mithilfe des neuen schleswig-holsteinischen Schulgesetzes durchzusetzen, in dem vorgesehen ist, daß die dreijährige Berufsschulpflicht vorzeitig beendet werden kann, wenn die Schulaufsichtsbehörde der Meinung ist, daß „anderweitig ausreichend ausgebildet worden ist", wobei sie nicht einmal für nötig gehalten hat, sich an die Buchstaben dieses Gesetzeswerkes zu halten.

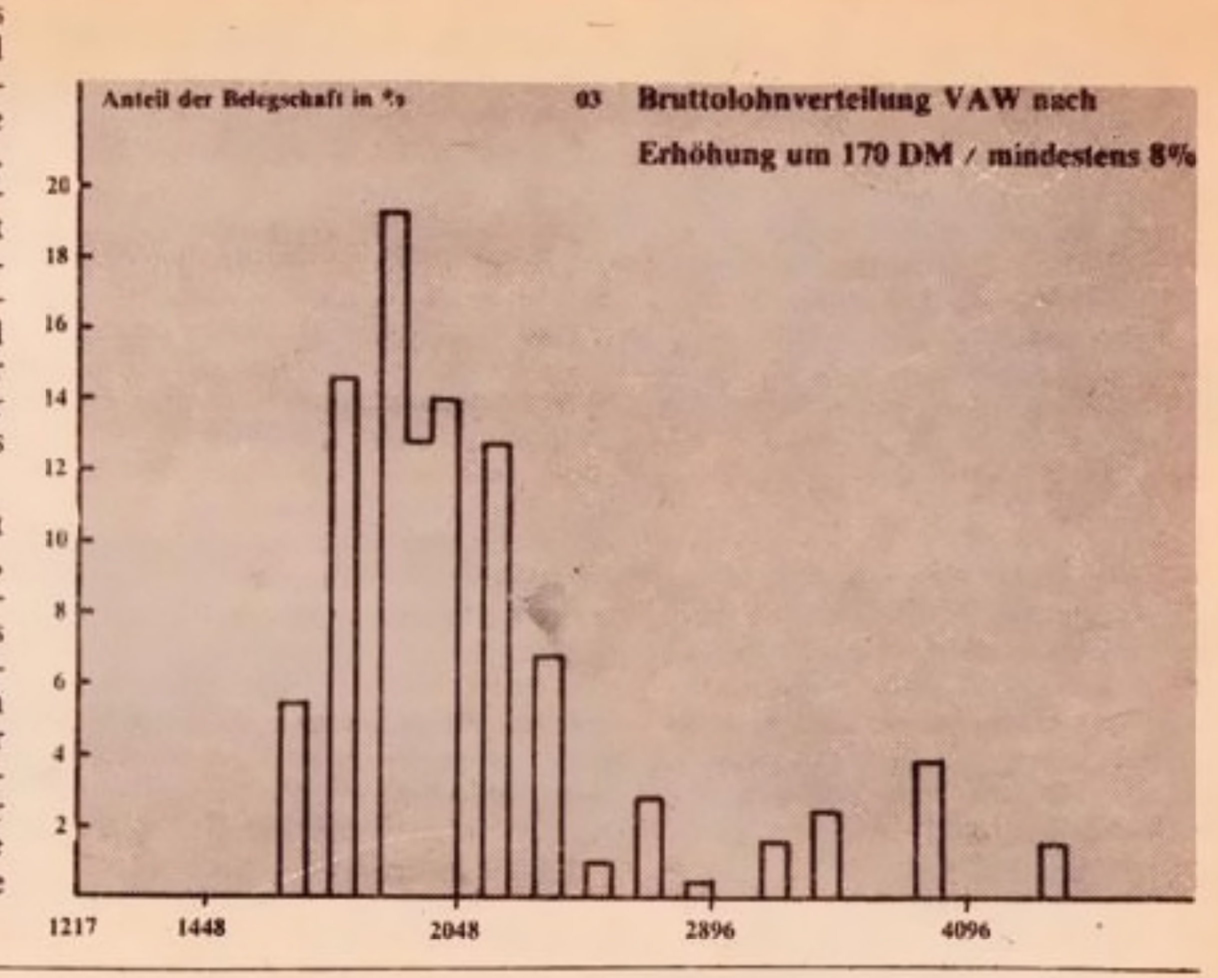
## Die Einheit für 170 DM / 8% mindestens ist notwendig

*b.stk.* Das Schaubild 01 zeigt die Bruttolohnverteilung bei den Vereinigten Aluminium Werken in Neumünster (460 Beschäftigte), mit Ausnahme der Lehrlinge und der drei leitenden Angestellten. Die Lohnverteilung wurde auf Grundlage der tariflichen Monatsbruttolöhne und einer durchschnittlichen übertariflichen Zulage von 21% erstellt. Nicht enthalten sind Akkordzuschläge, Prämien, Erschwerniszulagen, Nacht- und Schichtzulagen, Überstunden. Schaubild 02 zeigt die Lohnverteilung nach einer Bruttolohnerhöhung von 8%. Fast alle Beschäftigten kommen dadurch zwei Lohnklassen höher, was bei der logarithmischen Einteilung der Lohnklassen nach rechts hin immer größer werdenden DM-Beträgen entspricht. In der untersten Lohngruppe, der Lohngruppe II, wäre das eine Lohnerhöhung von 115,84 DM. In der höchsten Gehaltsgruppe, KT6, entsprechen 8% einem Betrag von 336 DM. Schaubild 03 zeigt die Lohnverteilung nach einer Lohnerhöhung um 170 DM / mindestens 8%. Die Arbeiter bis einschließlich Lohngruppe VI, also bis zum Ecklohn, und die Angestellten bis KT3 kommen drei Lohnklassen höher, alle, die darüber liegen, kommen wie vorher um zwei Lohnklassen höher. Einheit um diese Forderung ist also möglich und notwendig.




### Durch Aufstauung soll den Tetenhusener Bauen das Land absaufen

*b.hee.* Zwischen Tetenhusen, Meggerdorf und Alt-Bennebek liegt das Tetenhusener Moor bzw. Rehagensmoor. Bauern haben Teile dieses Moores nutzbar gemacht. Schaut man auf die Landkarte, kann man dort viele Gräben erkennen, die der Entwässerung dienen von Ost nach West über die Sorge in die Eider. Harte Drainierungsarbeit, um Land, meist für Milchwirtschaft, nutzen zu können.

Wir berichteten, daß Landesregierung, Landrat Korthals und gewisse Umweltschützer seit einiger Zeit austüfteln, wie den Bauern das Land geraubt werden kann. Jetzt liest man in den „Schleswiger Nachrichten", das Moor habe neue Freunde gefunden. Das seien Tetenhusens Bürgermeister Sievers und ein paar Schüler, die das Moor wieder in Gottes Hand und Ursprung zurückführen wollten.

Was ist passiert? Landrat Korthals hat einigen Bauern Geld geboten, wohl nicht wenig. Einer hat jetzt „freiwillig" sein Land aufgegeben. Einige schwanken, die meisten sind dagegen. Der Spaltkeil soll sitzen und verheerende Folgen haben. Von West nach Ost wird jetzt auf solchem Land in Staatshand aufgestaut. Der Grundwasserspiegel steigt, Bauern können zum Teil nicht mehr auf ihr Land. Ungeziefer breitet sich aus, so zum Beispiel der für die Kühe gefährliche Leberegel. Das Land soll versumpfen.

Geht das so einfach? Ein Bauer hat Stauschwellen wieder herausgerissen, damit ihm sein Weideland nicht absäuft. Einer meint, vielleicht komme es so weit, daß Korthals an jeder Stauschwelle einen Wachmann aufstellen muß. Dem Bürgermeister Sievers, der erst ihre Arbeit verteidigte und ja selber kein großer Bauer ist aber jetzt für Versöhnung ist, haben viele seine Kehrtwendung übelgenommen. Die Bauern beraten sich.

nutzbar gemacht. Schaut man auf die Landkarte, kann man dort viele Gräben erkennen, die der Entwässerung dienen von Ost nach West über die Sorge in die Eider. Harte Drainierungsarbeit, um Land, meist für Milchwirtschaft, nutzen zu können.

Wir berichteten, daß Landesregierung, Landrat Korthals und gewisse Umweltschützer seit einiger Zeit austüfteln, wie den Bauern das Land geraubt werden kann. Jetzt liest man in den „Schleswiger Nachrichten", das Moor habe neue Freunde gefunden. Das seien Tetenhusens Bürgermeister Sievers und ein paar Schüler, die das Moor wieder in Gottes Hand und Ursprung zurückführen wollten.

Was ist passiert? Landrat Korthals hat einigen Bauern Geld geboten, wohl nicht wenig. Einer hat jetzt „freiwillig" sein Land aufgegeben. Einige schwanken, die meisten sind dagegen. Der Spaltkeil soll sitzen und verheerende Folgen haben. Von West nach Ost wird jetzt auf solchem Land in Staatshand aufgestaut. Der Grundwasserspiegel steigt, Bauern können zum Teil nicht mehr auf ihr Land. Ungeziefer breitet sich aus, so zum Beispiel der für die Kühe gefährliche Leberegel. Das Land soll versumpfen.

Geht das so einfach? Ein Bauer hat Stauschwellen wieder herausgerissen, damit ihm sein Weideland nicht ab-

## Etimex: Arbeiterinnen mobilisieren Betriebsrat für den Kampf gegen das Prämiensystem

*b.mas.* 7,46 DM ist der Grundlohn für die Hilfsarbeiterinnen in der Plastikfabrik Etimex in Bad Bevensen. Damit liegt der Haustarif um 1,70 DM unter dem Chemietarif für Niedersachsen. Maximal 94,5 Pf kann man über Prämien dazuverdienen. Bei dem Hungerlohn spielen 150 DM mehr auf dem Lohnzettel eine große Rolle. Die Bandbreite der Prämien reicht von 0 bis ca. 150 DM. Der Kapitalist hat also ein wirksames Spaltungsmittel in der Hand. Die Cetchup-Flaschen werden z.B. von einem Band in die Kartons gepackt. Zwei Frauen packen. Wer sehr schnell ist und der anderen die Flaschen vom Band schnappt, schnappt ihr damit auch die Prämie weg. Prämie gibt es nur auf die „guten" Flaschen. Der Ausschuß zählt nicht mit. Man hat aber die meiste Arbeit damit. Es kostet mehr Zeit, die Flaschen auszusortieren als die guten Flaschen in die Kartons zu packen.

Auf immer mehr Maschinen gibt es Durchschnittsprämie. Sie errechnet sich danach, was jede Frau im letzten Vierteljahr an Einzelprämie rausgeholt hat. Es ist also von der Gunst des Meisters abhängig, an welche Maschine man gesetzt wird.

Im Blasraum bekommen die Packerinnen mindestens 100%, d.h. 24,3 Pf Prämie. Sie liegen damit um 57 Pf unter dem Lohn der männlichen Kollegen, obwohl sie die gleiche Arbeit machen. Im Blasraum gibt es nur Durchschnitt. Der Kapitalist setzt immer häufiger Frauen mit niedrigem Durchschnitt im Blasraum ein. So kann eine Arbeiterin die schwerste Arbeit machen, 4 Maschinen packen, von einer zur anderen über das Band hüpfen, damit der Packtisch nicht überläuft, und bekommt 100 DM weniger Lohn als die andere. Das Prämiensystem saugt die Arbeitskraft bis zum letzten aus. Im Winter lag der Krankenstand bei den Arbeiterinnen bei 15%. Bis auf eine Pause von 20 Min. kann man den Arbeitsplatz nicht verlassen. Es gibt keine Springer, so daß oft nicht mal der Gang zur Toilette möglich ist.

Die Frauen haben jetzt den Betriebsrat eingeschaltet, der sich hauptsächlich aus Facharbeitern zusammensetzt, die die Bedingungen, unter denen die Arbeiterinnen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, nicht kennen. Rasch haben sie ihn für eine Untersuchung des Prämiensystems gewonnen. Sein Vorschlag, 120% (67,5 Pf) Mindestprämie für alle, findet die Unterstützung der Frauen und ist ein richtiger Schritt in Richtung Abschaffung des Prämiensystems.

## Schüler und Studenten sollen als Spalter auf den Lohn drücken

*b.uwh.* 2218 Studenten und 1617 „sonstige gewerbliche Arbeitnehmer" hat das Arbeitsamt alleine im Mai 79 für Zeitarbeit an die Hamburger Kapitalisten vermittelt. Insgesamt 799 Vermittlungen mehr als im Mai 78. Beachtlich, weil Schul- und Semesterferien noch nicht mal begonnen hatten und über das Arbeitsamt sowieso nur ein Bruchteil aller Vermittlungen abgewickelt wird. Aber die Zahl unterstreicht den Heißhunger der Kapitalisten auf die billige, meist noch intakte Arbeitskraft der Schüler und Studenten. Doch nicht nur der billige Einkauf der „Aushilfsarbeitskraft" läßt die Kapitalisten geifern.

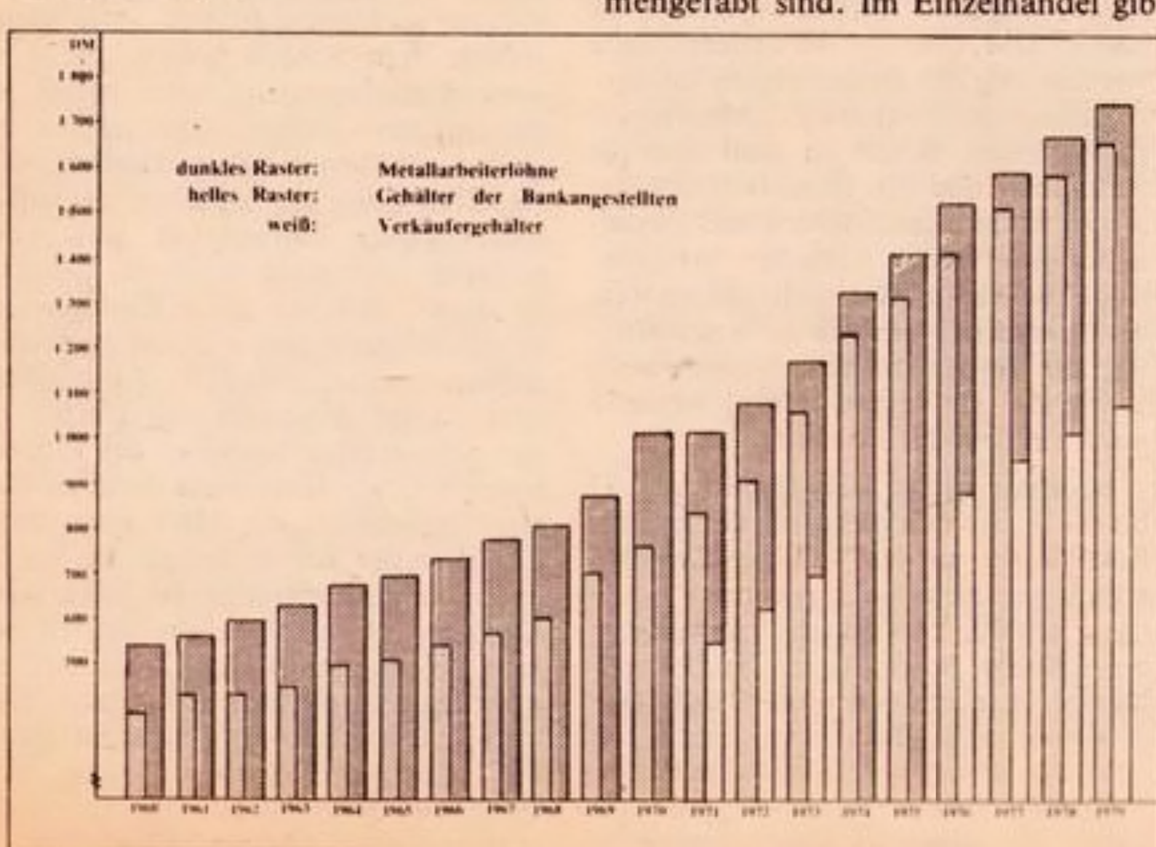
Z.B. Etimex/Bad Bevensen: 170 Lohnabhängige, Chemiebetrieb. In der Ferienzeit werden 50 Ferienarbeiter eingestellt. Die Produktion läuft noch ein paar Touren höher als sonst. Für 8,30 DM Hilfsarbeitertarif ab in den Blasraum: Kunststofflaschen verpacken, 3 bis 4 Maschinen müssen abgedeckt werden. 5 Min. dauert es, dann ist der Packtisch einer Maschine mit 150 Flaschen vollgestellt. Wegpacken, Kontrollzettel für jedes Paket, dann zum nächsten Tisch rennen. Andere verrichten Handlangerdienste für die Maschinenführer, weil die dezimiert sind. Abfälle wegschaffen, Container leeren, Fegen, alles im Dauerlauf, versteht sich. Die Mädchen am Band kriegen nochmal 84 Pf. weniger als die Jungen. Unter 18 wird für 6,71 DM Tarif geschuftet. Das sind wiederum 130 DM weniger im Monat als die Älteren.

Keineswegs stellen Ferienarbeiter eine Verminderung der Arbeitsqual für die Belegschaften dar. Genutzt wird der Einsatz zu gesteigerter Schweißauspressung. Stützen können sich die Kapitalisten dabei auf die elende Lage, in die sie große Teile der Arbeiter und damit ihre Jugend bereits getrieben haben, den Zwang zu Ferienarbeit zu fast allen Bedingungen. Die Schleuse, über die sich die Kapitalisten die Jugendlichen zu diesen erbärmlichen Bedingungen als vollwertige Arbeitskräfte in die Betriebe holen, sind die Niedriglohngruppen, über die insgesamt der Lohn der Arbeiter gedrückt werden soll. Deshalb spielt auch die Forderung nach Abschaffung der unteren Lohngruppen in der Vorbereitung der dies- und nächstjährigen Lohnrunde eine so bedeutende Rolle. Will man einem ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag näher kommen, wird man ohne Durchsetzung dieser Forderung in Schwierigkeiten kommen. Die Schüler und Studenten können das gut unterstützen. Schließlich gehen sie nicht freiwillig für einen Hungerlohn in die Fabrik. Auch hat die Arbeiterklasse insgesamt kein Interesse am Raubbau der Arbeitskraft ihrer Jugend. So haben die Etimex-Arbeiterinnen vorgeschlagen, langsam zu arbeiten, als die Kapitalisten den Studentinnen am Band keine Prämien zahlen wollten. Ganz schnell haben sie kalte Füße gekriegt und bezahlt. Auf der Betriebsversammlung diese Woche wollen die Arbeiterinnen sich dafür einsetzen, daß Band- und Prämienarbeit für Schülerinnen unter 18 abgeschafft wird. Man sieht, das Vorhaben der Kapitalisten, über die Aushilfen Spaltung zu säen, muß nicht fruchten. Eher im Gegenteil.

# Die Beschäftigten im Bereich HBV kämpfen um Anschluß an Industriearbeitertarife

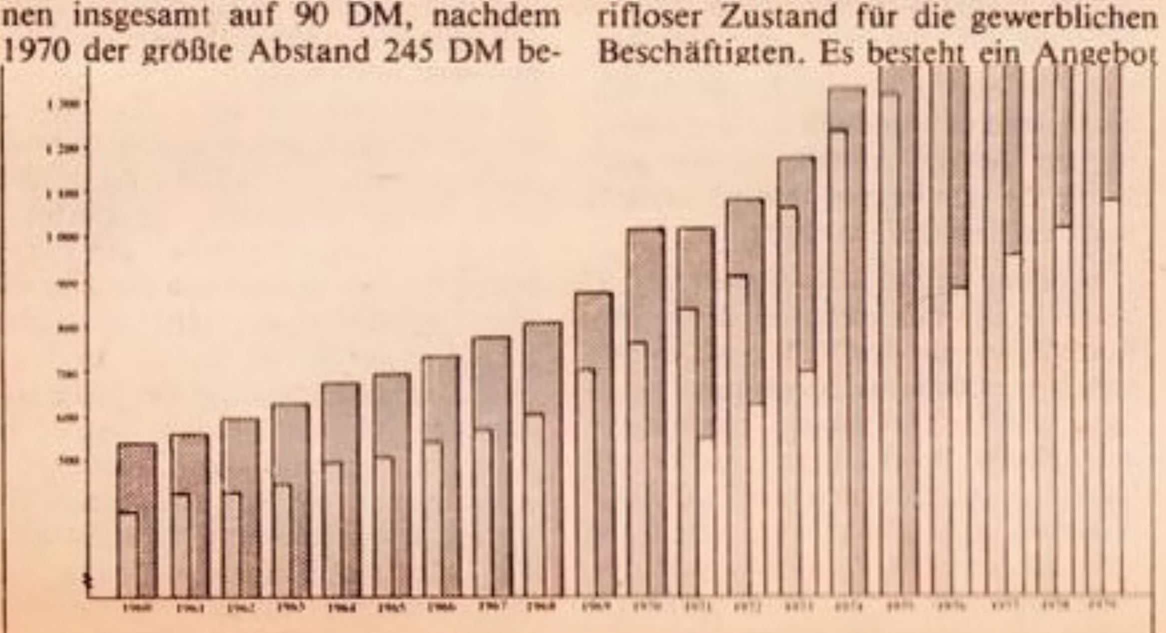
*b.trw.* Was die Löhne im Einzelhandel betrifft, so ist durch die Teuerung eine Lage eingetreten, in der es nicht mehr darum geht, sich einzuschränken, sondern die jahrelange Einschränkung wird schneidend fühlbar. Zum Beispiel stellten in einer Abteilung bei Karstadt mehrere Kollegen übereinstimmend fest, daß sie dieses Jahr keine Urlaubsreise machen können. Mehr Kollegen als letztes Jahr müssen zu Hause bleiben. Das Urlaubsgeld ist für nötige Anschaffungen ausgegeben. Eine Kollegin braucht es für den bevorstehenden Umzug, eine andere hat Möbel gekauft, einen Tisch und eine Lampe. Sowieso ist eine Reise nur möglich unter billigsten Bedingungen.

Die Einzelhandelsbeschäftigten haben in diesem Jahr den Lohnkampf mit Warnstreiks geführt. In Niedersachsen haben sich 11000 an den Streiks beteiligt. Die Sache ist noch nicht entschieden. Im Herbst soll weiterverhandelt werden. Warum sollen die Beschäftigten bis dahin die normale Arbeit machen, es fehlt ja noch ein Teil des Lohnes.




Wir haben im Schaubild die Lohnentwicklung in der Metallindustrie und im Bereich HBV dargestellt. Verglichen werden die unteren Facharbeiterlöhne. Zugrundegelegt wurde für die Metallöhne die Tarifgruppe 6 des Hamburger Metalltarifvertrages mit 16% tariflicher Leistungszulage. Im Vergleich dazu steht das Anfangsgehalt von Tarifgruppe 4 bei den Banken. Ab 71 sind, soweit sie uns vorlagen, die Verkäufergehälter in Hamburg, Tarifgruppe 2/1. Berufsjahr, eingetragen.

Deutlich wird aus dem Schaubild, daß die Bankbeschäftigten gegenüber den Metallarbeitern einiges aufgeholt haben. Von 151 im Jahre 1960 verringert sich der Abstand zu den Metallöhnen insgesamt auf 90 DM, nachdem 1970 der größte Abstand 245 DM be-



Wir haben im Schaubild die Lohnentwicklung in der Metallindustrie und im Bereich HBV dargestellt. Verglichen werden die unteren Facharbeiterlöhne. Zugrundegelegt wurde für die Metallöhne die Tarifgruppe 6 des Hamburger Metalltarifvertrages mit 16% tariflicher Leistungszulage. Im Vergleich dazu steht das Anfangsgehalt von Tarifgruppe 4 bei den Banken. Ab 71 sind, soweit sie uns vorlagen, die Verkäufergehälter in Hamburg, Tarifgruppe 2/1. Berufsjahr, eingetragen.

Deutlich wird aus dem Schaubild, daß die Bankbeschäftigten gegenüber den Metallarbeitern einiges aufgeholt haben. Von 151 im Jahre 1960 verringert sich der Abstand zu den Metallöhnen insgesamt auf 90 DM, nachdem 1970 der größte Abstand 245 DM be-
tragen hat. Bei den Gehältern des Einzelhandels ist zu erkennen, daß sich der Abstand absolut vergrößert, nämlich von 461 DM auf 676 DM zum Metallarbeiterlohn. In Prozenten ausgedrückt, hat sich das Verhältnis verbessert. Während das Verkäufergehalt 1971 54,4% vom Metallarbeiterlohn betrug, beträgt es heute 61,5%. Indem sich jedoch der Abstand um diesen Betrag vergrößert, bedeutet das, 676 DM fehlen inzwischen den Verkäufern im Monat, um eine ebensolche Reproduktion zu gewährleisten wie die Metallarbeiter sie haben.

Ein Grund für die schlechtere Entwicklung im Einzelhandel im Vergleich zu den Banken ist die größere Zersplitterung auf viele Kleinbetriebe, während die Konzentration bei den Banken nach dem Kriege groß war. Inzwischen hat sich auch die Ausgangslage bei den Einzelhandelsbeschäftigten verbessert. Viele kleine Geschäfte sind niederkonkurriert worden, die Beschäftigten sind zu einem größeren Anteil in großen Kaufhäusern und Einzelhandelsketten zusammengefaßt. Bis 1968 gab es keine großen Warenhäuser in Städten unter 100000 Einwohner, inzwischen sind sie auch dorthin weit vorgedrungen.

Eine bessere Verhandlungsposition haben sich die Bankbeschäftigten erobert, indem sie bundeseinheitlich mit den Kapitalisten verhandeln; sie konnten durchsetzen, daß Arbeiter und Angestellte in einem Tarifvertrag zusammengefaßt sind. Im Einzelhandel gibt es so viele Tarifgebiete wie Bundesländer. In Hamburg z.B. bestehen zwei getrennte Tarifverträge für gewerbliche und für kaufmännische Beschäftigte. Die Kapitalisten bestehen darauf und konnten bisher durchsetzen, beide nacheinander zu verhandeln, zuerst den Gehaltstarif, in dem die große Mehrheit der Beschäftigten eingruppiert ist, darauf den Lohntarif.

In diesem Jahr wurden in Hamburg die Gehälter mit durchschnittlich 4,7% abgeschlossen, in festen Beträgen zwischen 40 und 140 DM. Für die Löhne hatte die HBV eine Forderung von einheitlich 0,70 DM die Stunde aufgestellt. Gleichzeitig sollte der Lohngruppenplan an den Gehaltsgruppenplan angenähert werden. Heute ist noch tarifloser Zustand für die gewerblichen Beschäftigten. Es besteht ein Angebot

es so viele Tarifgebiete wie Bundesländer. In Hamburg z.B. bestehen zwei getrennte Tarifverträge für gewerbliche und für kaufmännische Beschäftigte. Die Kapitalisten bestehen darauf und konnten bisher durchsetzen, beide nacheinander zu verhandeln, zuerst den Gehaltstarif, in dem die große Mehrheit der Beschäftigten eingruppiert ist, darauf den Lohntarif.

In diesem Jahr wurden in Hamburg die Gehälter mit durchschnittlich 4,7% abgeschlossen, in festen Beträgen zwischen 40 und 140 DM. Für die Löhne hatte die HBV eine Forderung von einheitlich 0,70 DM die Stunde aufgestellt. Gleichzeitig sollte der Lohngruppenplan an den Gehaltsgruppenplan angenähert werden. Heute ist noch tarifloser Zustand für die gewerblichen Beschäftigten. Es besteht ein Angebot
der Kapitalisten, das für 70% der Beschäftigten 34 DM (2,4%) bedeutet. Die DAG hat ihre Unterschrift darunter gesetzt. Die HBV hat das Scheitern der Verhandlungen erklärt. In einem „Spitzengespräch" zwischen HBV und Kapitalistenvertretern gab der Einzelhandelsverband bekannt, daß er seinen Mitgliedern empfehle, 4,7% (wie der Durchschnitt des Gehaltstarifs) zu zahlen.

| Alter Lohn DM | darin enth. Übertarif DM | Lohnerh. n. DAG-Abschluß DM | Lohnerh. ausgezahlt DM | Forderung d. HBV DM |
|---|---|---|---|---|
| 1240 | 20 | 87 | 60 | 120 |
| 1445 | 0 | 34 | 34 | 120 |
| 1445 | 0 | 34 | 34 | 120 |
| 1445 | 0 | 34 | 50 | 120 |
| 1445 | 0 | 34 | 105 | 120 |
| 1445 | 0 | 34 | 105 | 120 |
| 1445 | 0 | 34 | 105 | 120 |
| 1500 | 55 | 34 | 0 | 120 |
| 1500 | 55 | 34 | 100 | 120 |
| 1550 | 105 | 34 | 50 | 120 |
| 1600 | 155 | 34 | 0 | 120 |
| 1600 | 155 | 34 | 0 | 120 |
| 1650 | 205 | 34 | 0 | 120 |
| 1700 | 255 | 34 | 0 | 120 |
| 1760 | 3 | 43 | 90 | 120 |
| 1800 | 355 | 34 | 0 | 120 |
| 1862 | 0 | 87 | 87 | 120 |
| 1980 | 245 | 43 | 50 | 120 |
| 2000 | 138 | 87 | 0 | 120 |
| 2000 | 138 | 87 | 0 | 120 |
| 2035 | 278 | 43 | 100 | 120 |

Wir haben 22 Löhne aus verschiedenen Abteilungen bei Karstadt und aus einer Abteilung bei Kaufhof in Hamburg untersucht. Es zeigt sich, daß die Kapitalisten seit dem 1. Mai zwischen 0 und 100 DM jeden möglichen Betrag an Lohnerhöhung zahlen; es sind auch Fälle bekannt, wo sie 200 DM zahlen. 36% der erfaßten Arbeiter erhalten 0 DM mehr. Das Ziel der Kapitalisten ist es, den Kampf der Gewerkschaft für Lohnerhöhung lächerlich zu machen. Es soll der Eindruck entstehen, ob die HBV kämpft oder nicht, die Kapitalisten zahlen sowieso, was sie wollen. Grundlage dafür ist, daß der Tarif so niedrig ist. Damit bleiben den Kapitalisten große Möglichkeiten zum Spalten, einklagbar sind nur die tariflichen Löhne.

An einem Beispiel wird deutlich, wie die Kapitalisten vorgehen: bei Kaufhof wurden zur gleichen Zeit drei Betriebshandwerker eingestellt, einer mit 1862 DM genau zum Tariflohn, zwei mit 2000 DM, also 138 DM über Tarif. Mit dem 1. Mai bekam der erste Arbeiter 87 DM mehr, die anderen beiden nichts.

Die Lage ist kompliziert. Schwer dürfte es sein, einen Streik für die Forderung der HBV anzufangen, wo am Ende eine Reihe Kollegen 10 oder 20 DM mehr auf dem Konto hat, einzelne bis zu 86 DM, gut die Hälfte aber nichts, da die Kapitalisten gleich die übertarifliche Zahlung verrechnen werden. Nützlich wird es für den weiteren Kampf auf alle Fälle sein, wenn die HBV eine breitere Untersuchung über die Auszahlung der Kapitalisten veröffentlicht.

Geführt wird der Kampf für mehr Lohn auf jeden Fall. Die Einzelhandelsbeschäftigten sind am unteren Ende der Lohnskala. sie bekommen die

DM mehr. Das Ziel der Kapitalisten ist es, den Kampf der Gewerkschaft für Lohnerhöhung lächerlich zu machen. Es soll der Eindruck entstehen, ob die HBV kämpft oder nicht, die Kapitalisten zahlen sowieso, was sie wollen. Grundlage dafür ist, daß der Tarif so niedrig ist. Damit bleiben den Kapitalisten große Möglichkeiten zum Spalten, einklagbar sind nur die tariflichen Löhne.

An einem Beispiel wird deutlich, wie die Kapitalisten vorgehen: bei Kaufhof wurden zur gleichen Zeit drei Betriebshandwerker eingestellt, einer mit 1862 DM genau zum Tariflohn, zwei mit 2000 DM, also 138 DM über Tarif. Mit dem 1. Mai bekam der erste Arbeiter 87 DM mehr, die anderen beiden nichts.

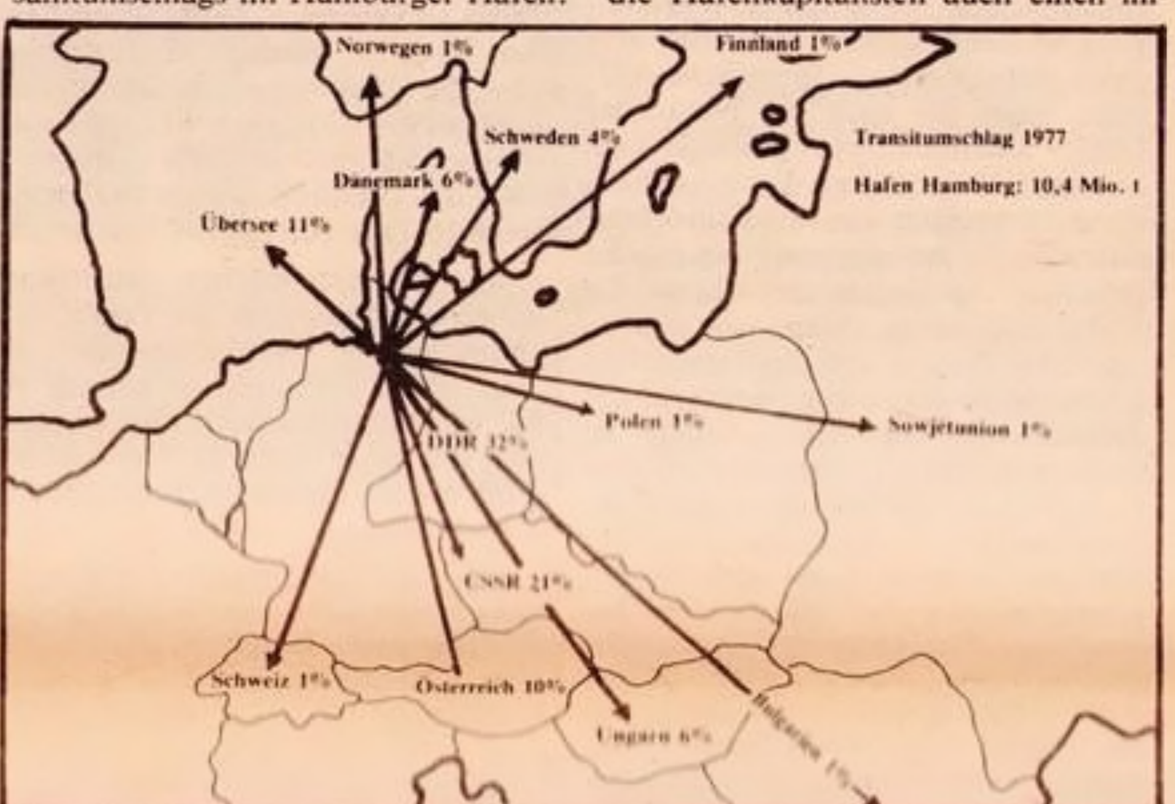
Die Lage ist kompliziert. Schwer dürfte es sein, einen Streik für die Forderung der HBV anzufangen, wo am Ende eine Reihe Kollegen 10 oder 20 DM mehr auf dem Konto hat, einzelne bis zu 86 DM, gut die Hälfte aber nichts, da die Kapitalisten gleich die übertarifliche Zahlung verrechnen werden. Nützlich wird es für den weiteren Kampf auf alle Fälle sein, wenn die HBV eine breitere Untersuchung über die Auszahlung der Kapitalisten veröffentlicht.

Geführt wird der Kampf für mehr Lohn auf jeden Fall. Die Einzelhandelsbeschäftigten sind am unteren Ende der Lohnskala, sie bekommen die
Lohnsenkungen der Kapitalisten am schmerzlichsten zu spüren. Sie rüsten sich immer besser. 318988 Mitglieder hat die HBV inzwischen. 4744 haben sich davon im 1.Quartal 1979 organisiert. Während des Warnstreiks sind innerhalb von 14 Tagen allein in Hannover 500 Kollegen in die HBV eingetreten.

# Die Hafenkapitalisten erobern den „natürlichen Einzugsbereich" zurück

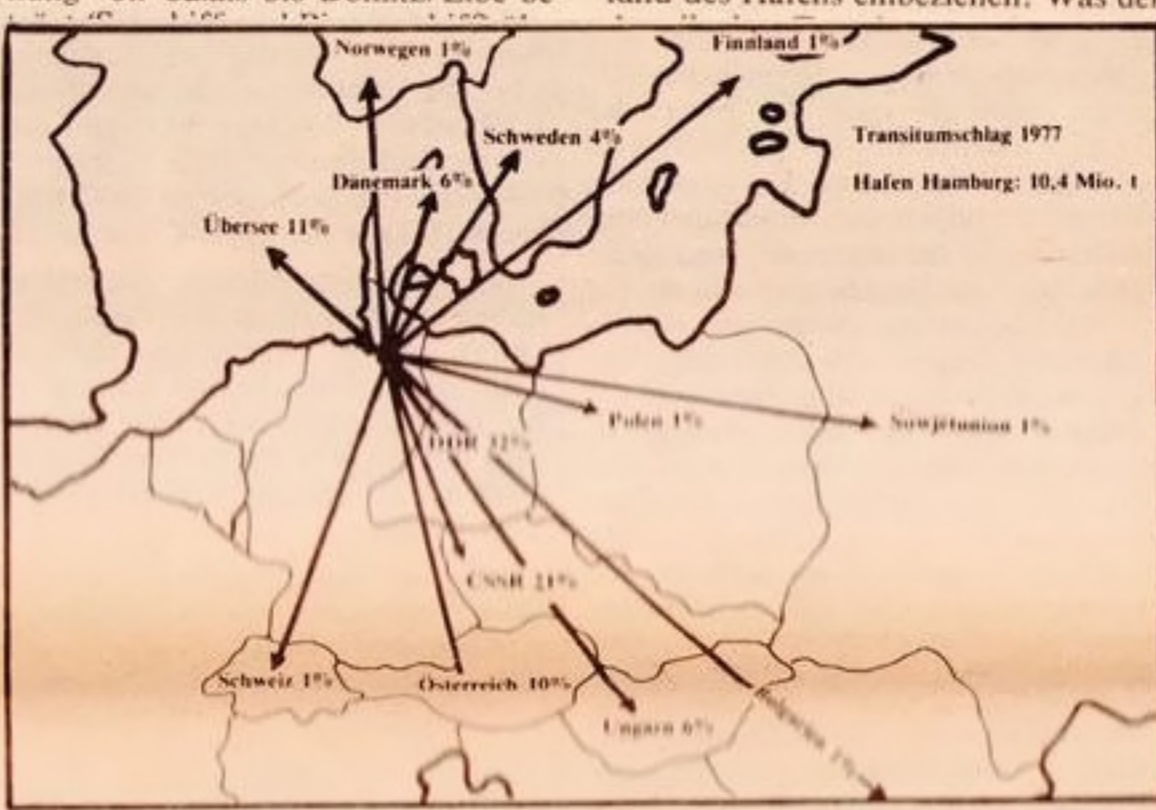
*b.koh.* Wir erinnern uns noch gut an das Gejammer der Hamburger Hafenkapitalisten über die angeblichen „Standortnachteile" des Hamburger Hafens. „Bei langfristiger Betrachtung jedoch ist für den über Hamburg abgewickelten deutschen Außenhandelsverkehr mit dem COMECON-Staaten mit einem Rückgang zu rechnen ... Anders verhält es sich mit dem Durchfahrverkehr der Mitgliedsstaaten des COMECON. Hier ist nicht nur bei langfristiger, sondern auch bei kurzfristiger Betrachtungsweise mit einem mengenmäßigen Rückgang zu rechnen." So heißt es in einem der vielen Gutachten (Gumpel, die Seehafen- und Schiffahrtspolitik des COMECON, in: Schriftenreihe des Verkehrswissenschaftlichen Seminars der Universität Hamburg, 1963).

Mit solchen Argumenten wurden staatliche Subventionen locker gemacht und versucht, den Hafenarbeitern den Lohnkampf auszureden. Über 4 Mrd. DM wurden seit 1945 in Auf- und Ausbau des Hafens bis heute investiert. 1936 liefen 4,1 Mio. t Güterumschlag aus dem jetzigen Gebiet der DDR über Hamburg. Das waren 19,3% des Gesamtumschlages von 21,4 Mio. t. Der Transit über Hamburg für die Tschechoslowakei und Polen betrug 2,6 Mio. t. Insgesamt betrug der Umschlag für diese Gebiete also über 6,7 Mio. t oder 31,3% des Gesamtumschlags im Hamburger Hafen.




Mit der Abspaltung der BRD unter Adenauer und dem Aufbau eigener Häfen und Flotten der damals sozialistischen Ostseestaaten begann das Gerede vom „Standortnachteil". Als Antwort auf das Unabhängigkeitsstreben der sozialistischen Länder sollten die westdeutschen Arbeiter für das Expansionsinteresse der BRD-Imperialisten mobil gemacht werden.

Geographisch gesehen, war die Verbindung für die DDR über Hamburg nach wie vor am kürzesten. Die Entfernung von Calais bis Dömitz/Elbe be-




Mit der Abspaltung der BRD unter Adenauer und dem Aufbau eigener Häfen und Flotten der damals sozialistischen Ostseestaaten begann das Gerede vom „Standortnachteil". Als Antwort auf das Unabhängigkeitsstreben der sozialistischen Länder sollten die westdeutschen Arbeiter für das Expansionsinteresse der BRD-Imperialisten mobil gemacht werden.

Geographisch gesehen, war die Verbindung für die DDR über Hamburg nach wie vor am kürzesten. Die Entfernung von Calais bis Dömitz/Elbe be-
trägt (Seeschiff und Binnenschiff) über Skagen-Rostock: 1450 plus 200 = 1650 km, Nord-Ostseekanal-Rostock: 910 plus 200 = 1110 km, Hamburg 725 plus 125 = 850 km.

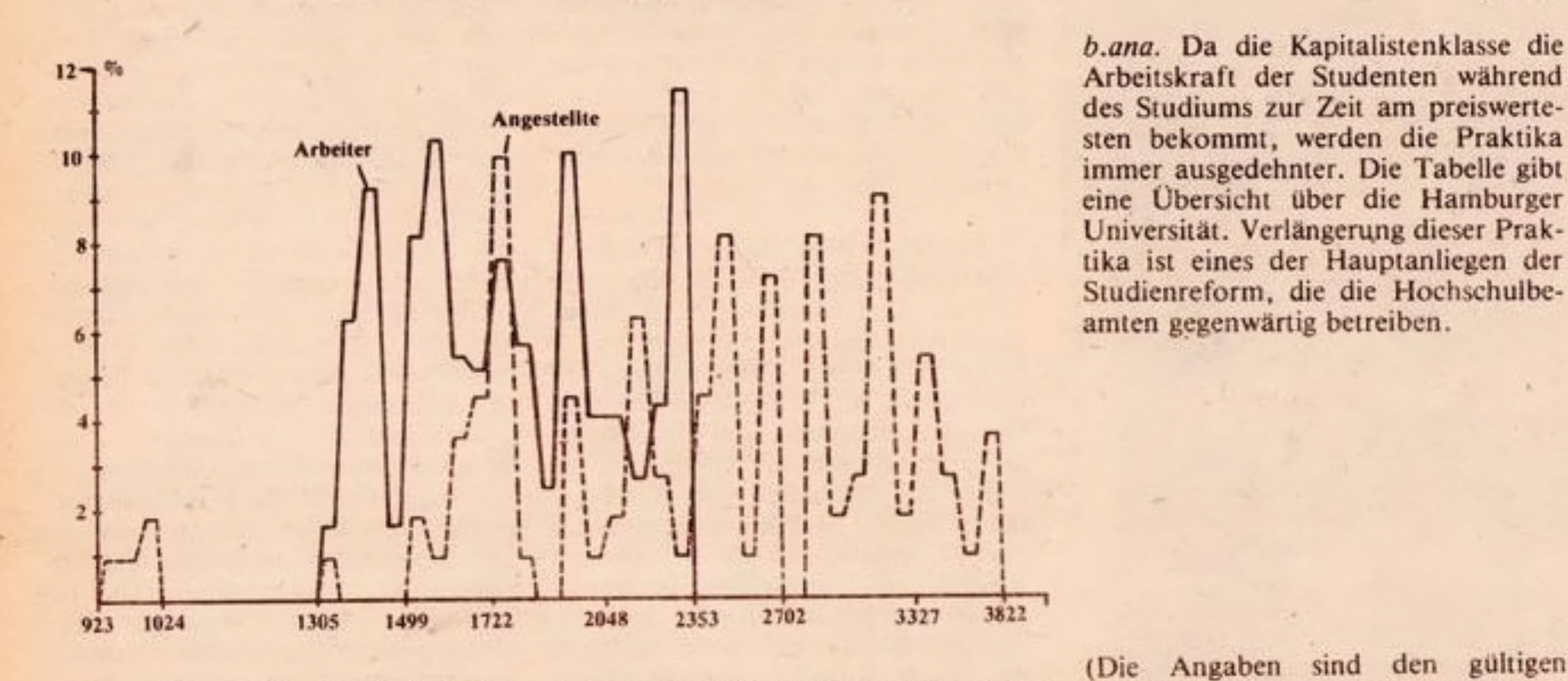
Mit der revisionistischen Entartung der Länder des COMECON entfiel dann dieser „Standortnachteil". „Hamburgs Jahrzehnte hindurch zäh und erfolgreich betriebene Politik der Elbe hat dem Hafen auch den östlichen Teil seines natürlichen Einzugsbereichs erhalten oder zurückgewonnen." (Ex-Senator, HHLA-Vorsitzender und Präsident des Unternehmensverbands Hamburg, Kern, in einer Rede zum Hafengeburtstag 1979).

Hamburg ist wieder der größte Seehafen der CSSR und der DDR. Unter der Knute der Sowjetunion wurde die Wirtschaft kapitalistisch umgestaltet, das Streben nach Unabhängigkeit unterdrückt. Das zeigt sich einmal in den wachsenden Transitmengen über Hamburg. Zum anderen veränderte sich die Struktur dieses Verkehrs. Den Hauptanteil macht jetzt die Massenguteinfuhr, vor allem von Getreide und Ölfrüchten aus, in der Ausfuhr überwiegen Stückgüter (Industrieprodukte). In der imperialistischen Konkurrenz konnten die Hamburger Hafenkapitalisten ihren Standortvorteil gegenüber Rostock voll ausnutzen.

Mit dem Ausbau der „westlichen Umgehung", dem neuen Elbtunnel, der Köhlbrandbrücke, dem Verschiebebahnhof Maschen und dem Elbeseitenkanal hat Hamburg darüberhinaus seine Bedeutung als „Verkehrskreuz" des Nordens zurückerobert und ausgebaut. Diese Investitionen sowie der Vorsprung bei der Ausbeutung der Arbeiter sind die Grundlage dafür, daß die Hafenkapitalisten auch einen immer größeren Teil des Transits nach Skandinavien an sich ziehen konnten. Auch für Österreich ist Hamburg seit einigen Jahren wieder der größte Hafen. Noch 1956 wurde in Triest fünfmal soviel für Österreich umgeschlagen wie in Hamburg. Heute sind die Mittelmeerhäfen Triest und Rijeka weit abgeschlagen. Für bestimmte Güter wie Frischfrucht und Industrieteile können die Hamburger Hafenkapitalisten sogar ihre großen Konkurrenten in Belgien und den Niederlanden ins Hinterland des Hafens einbeziehen. Was den

mer größeren Teil des Transits nach Skandinavien an sich ziehen konnten. Auch für Österreich ist Hamburg seit einigen Jahren wieder der größte Hafen. Noch 1956 wurde in Triest fünfmal soviel für Österreich umgeschlagen wie in Hamburg. Heute sind die Mittelmeerhäfen Triest und Rijeka weit abgeschlagen. Für bestimmte Güter wie Frischfrucht und Industrieteile können die Hamburger Hafenkapitalisten sogar ihre großen Konkurrenten in Belgien und den Niederlanden ins Hinterland des Hafens einbeziehen. Was den
Anteil des Transits am Gesamtumschlag ausmacht, haben die Hamburger Hafenkapitalisten mit Antwerpen (1977 20% Transit) gleichziehen können. Für die Hafenkapitalisten ist die Lage günstig. Die Hafenarbeiter können das für ihre großen bevorstehenden Kämpfe um Lohn- und Rahmentarif nutzen.

## Lohnverteilung NRI
## Arbeiter und Angestellte




*b.hou.* Die Grafik zeigt die Verteilung der Löhne und Gehälter der Firma National Rejektor Inc. Stand Februar 79, jedoch ohne die leitenden Angestellten und die Geschäftsführung. Während sich die Kapitalisten viel Mühe machen und behaupten, die Angestellten hätten ein Interesse an Prozentabschlüssen, zeigt die Grafik deutlich, daß sich die Gehälter der Masse der Angestellten nur wenig von den Löhnen der Arbeiter unterscheiden und leicht für die Forderung nach 170,- DM/8% mindestens gewonnen werden können.

# Warum nicht Bezahlung der Praktika und Exkursionen?

Studienreform an der Universität / SP-Wahlen

*b.ana.* Da die Kapitalistenklasse die Arbeitskraft der Studenten während des Studiums zur Zeit am preiswertesten bekommt, werden die Praktika immer ausgedehnter. Die Tabelle gibt eine Übersicht über die Hamburger Universität. Verlängerung dieser Praktika ist eines der Hauptanliegen der Studienreform, die die Hochschulbeamten gegenwärtig betreiben.

(Die Angaben sind den gültigen Studien- und Prüfungsordnungen entnommen bzw. stammen von den Fachbereichsverwaltungen, die Zahlen in den Klammern sind die Studentenzahlen für den jeweiligen Fachbereich nach der Studentenstatistik vom WS 78/79).

| | | |
|---|---|---|
| FB 02 | Jura (2808) | 8 Wochen Praktikum |
| FB 04 | Medizin (2842) | 4 Monate Farmulatur / 2 Monate Krankenpflegepraktikum / 12 Monate Praktisches Jahr |
| FB 06 | Stufenlehrer (1973) | je 4 Wochen Schul- und Sozialpraktikum mit jeweils 1 SWS Vor- und Nachbereitung |
| | Höheres Lehramt (4611) | 4 Wochen Schulpraktikum |
| FB 11 | Mathematik-Diplom (601) | 2-wöchiger Intensivkurs im Rechenzentrum |
| FB 12 | Physik (935) | 2 Praktika von je 3 Wochen im Grundstudium / 2 Praktika von je 4 Wochen im Hauptstudium |
| FB 14 | Holzwirtschaft (184) | 2 Exkursionen von je 14 Tagen / 6 Monate Berufspraktikum |
| FB 15 | Geographie (109) | 4 Tage Praktikum und 4 Tage Exkursionen im Grundstudium / mindestens 18 Tage Praktikum und 7 Tage Exkursionen im Hauptstudium / 6 Monate Berufspraktikum |
| FB 16 | Psychologie (1481) | 3 je 6-wöchige Praktika |

**Ergebnisse der Studentenparlamentswahlen SS 79**

| | Juso HSG | MSB | SHB | LHV | RCDS | LiLi | KHG |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Direktkan. gesamt | 2417 (2639) | 1627 (1576) | 1772 (1447) | 1120 (1533) | 773 (1065) | 1441 (1198) | 259 (268) |
| Liste gesamt | 22062 (1977) | 1500 (1691) | 1158 (1091) | 1218 (1302) | 1170 (1210) | 1328 (1200) | 114 (130) |

Im Wahlkreis IX kandidierte die KHG zusammen mit der Institutsgruppe Mathe/Physik (in Klammern jeweils Ergebnisse WS 78/79)

### Bundesregierung will Vernehmung des GSG-9-Chefs um jeden Preis verhindern

*b.hoo.* ,,Das Getto-Dasein hat ein Ende – GSG 9 wieder in Aktion!" (Hamburger Abendblatt v. 27.6.1979). ,,Von Mogadischu kann die Truppe nicht ewig zehren...Medizin für die Moral" sei dringend vonnöten. Geplant ist, GSG-9-Männer jeweils für mehrere Monate zum praktischen Polizeidienst in die Bundesländer abzuordnen. Mit Nordrhein-Westfalen ist schon alles klargemacht, hier konzentriert sich die Arbeiterklasse, und nicht umsonst trainiert die GSG-9-Bande seit Jahren den Einsatz gegen Demonstrationen.

Die Bourgeoisie hat ersichtlich mit der GSG 9 allerhand vor. Dazu muß ihr der Geruch der Killertruppe, der ihr seit Mogadischu anhaftet, genommen werden, er soll sich im gewöhnlichen Polizeieinsatz verflüchtigen.

In das laufende Verfahren vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Flensburg, wo vier Angeklagten vorgeworfen wird, sie hätten durch Verbreiten der ,,Volksmiliz" die GSG 9 als ,,Metzgerhunde" bezeichnet und damit die BRD böswillig beschimpft, mischt sich die Bundesregierung inzwischen mit Stellungnahmen nachdrücklich ein. Sie versucht alles, um den Chef der Killertruppe, Lt. Polizeidirektor Wegener, aus dem Prozeß rauszuhalten. Seit Tagen von der Verteidigung als Zeuge geladen, erscheint Wegener einfach nicht. ,,Dienstliche Aufträge, über die nach der Natur der GSG 9 inhaltlich nichts geäußert werden kann", verhindern dies angeblich. Ferner verweigert das Bundesinnenministerium die Aussagegenehmigung: Es gehe den Angeklagten gar nicht um die Wahrheitsfindung. Wenn sie sagten, ,,die Bezeichnung ,,Metzgerhunde" sei gebräuchlich für solche Personen, die darauf abgerichtet seien, andere zu vernichten und zu töten, so (sei) dies eine grob tendenziöse, aber auch demaskierende Entstellung der Wahrheit." Zwar räumt auch das Innenministerium ein, daß es eines besonderen Menschentyps für solche Sondertruppen bedarf: ,,Die Aufgabenstellung der GSG 9 – Abwehr von und Schutz vor schwerer Gewaltkriminalität, insbesondere terroristischer Prägung – hat entsprechende Folgerungen für die Auswahl ihrer Angehörigen nach charakterlicher, geistiger und körperlicher Eignung..., wobei die mögliche Notwendigkeit eines Waffengebrauchs auch unter Inkaufnahme von Todesfolge berücksichtigt werden muß." Es gehe den Angeklagten aber nicht um Tatsachen, sondern ,,unter entsprechender Ausmalung von Einzelheiten soll die Diffamierung fortgesetzt und der Gerichtssaal zur politischen Szene gemacht werden."

Die Aufregung des Innenministeriums ist verständlich. Für die Bourgeoi-

gung als Zeuge geladen, erscheint Wegener einfach nicht. ,,Dienstliche Aufträge, über die nach der Natur der GSG 9 inhaltlich nichts geäußert werden kann", verhindern dies angeblich. Ferner verweigert das Bundesinnenministerium die Aussagegenehmigung: Es gehe den Angeklagten gar nicht um die Wahrheitsfindung. Wenn sie sagten, ,,die Bezeichnung ,,Metzgerhunde" sei gebräuchlich für solche Personen, die darauf abgerichtet seien, andere zu vernichten und zu töten, so (sei) dies eine grob tendenziöse, aber auch demaskierende Entstellung der Wahrheit." Zwar räumt auch das Innenministerium ein, daß es eines besonderen Menschentyps für solche Sondertruppen bedarf: ,,Die Aufgabenstellung der GSG 9 – Abwehr von und Schutz vor schwerer Gewaltkriminalität, insbesondere terroristischer Prägung – hat entsprechende Folgerungen für die Auswahl ihrer Angehörigen nach charakterlicher, geistiger und körperlicher Eignung..., wobei die mögliche Notwendigkeit eines Waffengebrauchs auch unter Inkaufnahme von Todesfolge berücksichtigt werden muß." Es gehe den Angeklagten aber nicht um Tatsachen, sondern ,,unter entsprechender Ausmalung von Einzelheiten soll die Diffamierung fortgesetzt und der Gerichtssaal zur politischen Szene gemacht werden."

Die Aufregung des Innenministeriums ist verständlich. Für die Bourgeoi-sie ist die öffentliche Erörterung der Zwecke, die sie mit dieser GSG 9 verfolgt, ein heißes Eisen. Die Bundesregierung hat die Linie vorgegeben, dies auf jeden Fall aus dem Prozeß rauszuhalten – die Staatsschutzkammer spurt. Am 8. Verhandlungstag hat sie jetzt die Vernehmung des Zeugen Tophoven, ,,Intimkenner der GSG 9", abgelehnt, ,,weil die Beweisthemen in keinem Zusammenhang mit der Urteilsfindung" ständen.

Die angeblich zusammenhanglosen Beweisthemen bestehen darin, daß nachweislich bei den GSG-9-Männern mit einem ausgeklügelten psychologischen Programm Tötungshemmungen abgebaut und systematisch antrainiert wird, wie man auf Befehl blindlings, aber mit größter Präzision den Gegner tötet. Mittels ,,raffiniert eingebauter, bewußter Phasen totaler Desorganisation" in der Ausbildung, mittels ,,vollkommen sinnloser" Befehle wird ermittelt, wer in dieser Weise zu gehorchen versteht. ,,Wer aufbegehrt, wer womöglich Kameraden negativ gegen diese Sinnlosigkeit beeinflußt", hat auszuscheiden, nur wer sich hier ,,durchbeißt", ist verwendbar. Was ist das Ergebnis anderes als der Metzgerhund, der blind auf Befehl tötet, ohne zu fragen.

Wie umschreibt doch das Innenministerium die GSG-9-Männer: ,,...Beamte, die zum Schutz der Allgemeinheit und im Interesse der Allgemeinheit sich einer harten Ausbildung unterziehen und mit schwierigen und gefährlichen Einsätzen zu rechnen haben." Wäre das so, die Bourgeoisie würde keinerlei Sorge um die Beweisaufnahme haben.

# Lohnbewegung KfZ-Handwerk Niedersachsen abgeschlossen

*r.mak.* Am 11.Juli haben sich die IG Metall und die Kapitalisten des Kfz-Handwerks und des -Handels in Niedersachsen geeinigt: 5% Lohnerhöhung, einheitliche Geltung des Manteltarifs für Arbeiter und Angestellte, Erhöhung der Urlaubstage stufenweise – bis 1985 einheitlich für alle 30 Urlaubstage, Kündigungsschutz für Arbeiter über 54 Jahre und mit 14 Jahren Betriebszugehörigkeit sind die Ergebnisse.

Seit 4 bzw. 6 Jahren waren die Manteltarife im Kfz-Handwerk für die ca. 25000 Beschäftigten in Niedersachen gekündigt. Die zentrale Forderung der IG Metall lautete jetzt: stufenweise Erhöhung des Urlaubs auf 30 Arbeitstage für alle! Gleichzeitig für den gekündigten Tarifvertrag: anrechenbare Vorweganhebung der Löhne und Gehälter um 3%. Erhöhung der vorwegangehobenen Löhne und Gehälter um 7%.

In Hamburg gilt seit 1.1.75 ein neuer Manteltarifvertrag, den die IG Metall und die HBV mit der Hamburger Innung des Kfz-Handwerks und dem Verband des Kfz-Handels abgeschlossen haben. Er legt die 40-Stundenwoche an 5 Arbeitstagen fest (seit 21.2.79 auch für die Angestellten) und regelt u.a. die Zuschläge: 25% für Mehrarbeit, 50% für Nachtarbeit (,,Nachtarbeit ist die zwischen 20 und 6 Uhr geleistete Arbeit") und Sonntagsarbeit, 150% an Feiertagen in der Woche (§6). Am 21.2.79 wurde eine Ergänzung über die Urlaubsregelung hinzugefügt, die bis 1984 einheitlich 30 Urlaubstage festlegt, während im alten Vertrag von 1975 die Urlaubsdauer ab 1977 höchstens 26 Tage betrug.

Im niedersächsischen Manteltarif haben die Kapitalisten die Vereinheitlichung auf 30 Urlaubstage noch ein Jahr weiter rausschieben können für die Altersgruppen der 18 bis 25-jährigen, die für 1979 nur 21 Tage und erst 1985 wie die übrigen Arbeiter volle 30 Tage erhalten.

Im Juni machten die Arbeiter in ganz Niedersachen mit Warnstreiks im Kfz-Handwerk Druck: in Hannover in über 10 Betrieben, u.a. Opel Rudhart, Gessner & Jacobi, Petermax Müller und Ford Hentschel; am 26.6. haben 300 Arbeiter aus verschiedenen Betrieben während der Arbeitszeit die Forderungen auf der Veranstaltung der IG Metall bekräftigt. In Lüneburg streikten 60 Arbeiter der Kfz-Werkstätten Dannacker/Santelmann (Mercedes) und Havemann (VW-Werkstatt und -Handel) zwei Stunden, ebenso 30 Arbeiter der Celler Autogroßhandlung und -werkstatt Maussner am 29.6. und Beschäftigte im Soltauer VW-Betrieb Winkelmann am 27.6. In Emden fand am 27.6. beim Kfz-Betrieb Symens ein zweieinhalbstündiger Warnstreik statt, der durch mehrere Grußadressen aus Emder Industriebetrieben unterstützt wurde. In Goslar war der Warnstreik, den die Beschäftigten des Bosch-Dienstes Mayer am 13.6. durchführen, auf einer Mitgliederversammlung der Betriebe Köhrich, Ford und Mayer einstimmig beschlossen worden. Weitere Warnstreiks gab es u.a. in Braunschweig, Hameln, Salzgitter und Hildesheim.

In den meisten Städten waren dies die ersten Streiks überhaupt im Bereich des Kfz-Handwerks. Daß sich die Streikbewegung trotz der Zersplitterung der Arbeiter in viele mittlere und kleine Betriebe so ausdehnte und die Warnstreiks mit großer Geschlossenheit durchgeführt wurden, ist der Ausdruck der Lage im Kfz-Handwerk: das handwerkliche Können wird zunehmend überflüssig und vernichtet, indem die Arbeit auf das Austauschen fertiger Ersatzteile beschränkt wird; so kann z.B. nicht mehr ein Teil an der Benzinpumpe repariert werden, wenn diese, entsprechend verstanzt, nur noch als Ganzes auswechselbar ist. Das erhöht den Umsatz und erlaubt die akkordmäßige Arbeit mit festen Vorgabezeiten. So machen bei VW-Havemann in Lüneburg die Akkordzulagen ca. 20% des Bruttolohns aus. Lehrlinge werden als billige Arbeitskräfte rasch in vollen Akkord gesteckt, in bestimmten Abteilungen wie der Lackiererei sind von vornherein nur angelernte ,,Hilfskräfte" beschäftigt. Große Händler wie Raffay & Co in Hamburg sind dabei die treibende Kraft und beschleunigen die Konzentration im Kfz-Handwerk durch systematischen Aufkauf kleinerer Werkstätten. Der Umsatz bei Raffay stieg von 1977 auf 78 um 12,3%, von den 1055 Arbeitern und Angestellten sind 21,5% Lehrlinge.

Das ausgehandelte Ergebnis, insbesondere der 5%-Abschluß, entspricht weder den dringendsten Erfordernissen gegen die dauernden Lohnsenkungen noch der bewiesenen Kampfbereitschaft der Arbeiter. Am 22.6. haben die Arbeiter auf der Betriebsversammlung des VW-Werks Braunschweig den einstimmigen Beschluß des Vertrauensleutekörpers für einen Nachschlag von 1000 DM als Sonderzahlung zum Tarifabschluß stürmisch begrüßt. Nötig wäre er jetzt auch für die Beschäftigten im Kfz-Handwerk.

## Einzelhandel Niedersachsen: Tarif weiter offen. 100 DM für unterste Gehaltsgruppe im Großhandel

*r.her.* Offener Tarif im niedersächsischen Einzelhandel. Das ist derzeit die Lage, nachdem es bei den co op-Betrieben zu keinem guten Abschluß kam und nachdem im Großhandel die Beschäftigten einen einigermaßen gehenden Abschluß durchgesetzt haben. Zwischen 80 und 111 DM.

Die Einzelhandelskapitalisten meinen jetzt wohl, mit dem offenen Tarif weiterzukommen. Zwar sind sie in keiner schlechten Lage, weil sie nur das letzte Angebot zahlen, zwischen 50 und 87 DM, aber auf der anderen Seite werden sich die Beschäftigten im Einzelhandel nicht weitere Frechheiten gefallen lassen. Schon zu groß sind die Schikanen und die Intensivierung der Arbeit in den Kaufhäusern und Einzelhandelsbetrieben. Langsam arbeiten, wenn die Kapitalisten nicht zahlen wollen, sollten sich deshalb die Beschäftigten zur Devise machen, warum auch sollen sie sich hetzen lassen, wenn ja noch ein Teil des Lohns fehlt.

Spontan hatten sich fast immer 75 bis 90 % der Belegschaften der großen Kaufhäuser an den von der Gewerkschaft organisierten Kurzstreiks beteiligt. 65000 Gewerkschaftsmitglieder bei 230000 Beschäftigten im Einzelhandel – so versuchen die Handelskapitalisten sich über ihren Schrecken über die gewachsene Kampfkraft hinwegzutäuschen – fast 800 Beschäftigte haben sich allein im Raum Hannover im Verlauf des Tarifkampfes gewerkschaftlich organisiert. Im wesentlichen in dem Bereich, wo es die Kapitalisten auch am meisten trifft: in den großen Kaufhausbelegschaften.

Mag sein, daß die Gewerkschaftsführung das Kräfteverhältnis noch nicht für ausreichend verändert hielt, um den Kampf auf Urabstimmung zuzuspitzen, mag auch sein, daß die Klassenversöhnler in der Gewerkschaftsführung selbst fürchteten, die Beschäftigten würden ihnen die Initiative aus der Hand nehmen und ausgehend allein von ihren Interessen den Kampf um die Erhöhung des niedrigen Lohnniveaus im Handel führen. Jeder kann jedoch dem Schluß folgen, die Gewerkschaftsbewegung kann weiter in der Initiative bleiben, denn wächst sie weiter, erhöhen die Belegschaften weiter ihren gewerkschaftlichen Organisierungsgrad, können sie nur von schwach nach stark wachsen. Günstig ist dabei, daß sich die HBV-Gewerkschaftsführung genau in die Richtung äußern mußte: ,,Alle HBV-Aktivitäten sind darauf abgestellt, im Herbst in den Schwerpunktbetrieben des Einzelhandels Urabstimmungen durchzuführen." (Flugblatt der HBV nach dem Scheitern der Verhandlungen am 9. Juli) Eine Dokumentation der bisherigen Kämpfe soll veröffentlicht werden bis nach den Sommerferien. Zwar wird es nicht gerade einfach sein, dann den Kampf fortzuführen, günstig ist aber, daß die Gewerkschaftsführung ihre Absichten dargelegt hat und die Belegschaften im Einzelhandel sich darauf vorbereiten können, denn sicher ist: Nur durch weiteren Kampf können die Handelskapitalisten zu einem annehmbaren Tarif gezwungen werden.

# ,,Arbeitsanreicherung" bei Bosch – schärfere Ausbeutung, schnellerer Verschleiß der Arbeitskraft

*r.reb.* Bereits zweimal mußte Bosch in der ,,Hildesheimer Allgemeinen" annocieren, um für die Abteilung Batterie Arbeitskräfte zu finden, trotz der hohen Arbeitslosigkeit in Hildesheim. Das wundert niemanden mehr, wenn man die Arbeitsbedingungen in dieser Abteilung untersucht. In dieser Abteilung wird nach der MTM-Methode gearbeitet, Akkord und Dreischicht, mit Blei und Säure wird gearbeitet. Bosch betreibt viel Forschung über ,,die Anpassung von Arbeitsplätzen an den Menschen", das MTM-System ist nach ihrer Meinung dazu hervorragend geeignet. ,,Arbeitsmethoden können bereits vor Arbeitsbeginn entwickelt und unter Berücksichtigung aller Details festgelegt werden. ... Akkordstreitigkeiten werden reduziert und objektiviert. Meinungsverschiedenheiten können anhand von Analysen in sachlicher Weise geklärt werden." (Bosch MTM-Information) Die Zeiteinheit, mit der bei MTM gemessen wird, ist 1/100000 Stunde, alle Bewegungsabläufe werden auf 17 immer wiederkehrende Elemente reduziert, unterteilt in produktive

werden, daß die Maschine ständig stoppt und der Akkord nicht geschafft wird. Dann wird in der Abteilung die Dreischicht eingeführt, jede Schicht zu 7,5 Stunden. Die Stückzahl bleibt die gleiche, was erreicht wurde dadurch, daß die Betriebsführung duldete, daß die Arbeiter gestempelt haben, wenn sie den Akkord fertig hatten, daß so die Poren des Arbeitstages zum Schluß

150% an Feiertagen in der Woche (§6). Am 21.2.79 wurde eine Ergänzung über die Urlaubsregelung hinzugefügt, die bis 1984 einheitlich 30 Urlaubstage festlegt, während im alten Vertrag von 1975 die Urlaubsdauer ab 1977 höchstens 26 Tage betrug.

Im niedersächsischen Manteltarif haben die Kapitalisten die Vereinheitlichung auf 30 Urlaubstage noch ein Jahr weiter rausschieben können für die Altersgruppen der 18 bis 25-jährigen, die für 1979 nur 21 Tage und erst 1985 wie die übrigen Arbeiter volle 30 Tage erhalten.

Im Juni machten die Arbeiter in ganz Niedersachen mit Warnstreiks im Kfz-Handwerk Druck: in Hannover in über 10 Betrieben, u.a. Opel Rudhart, Gessner & Jacobi, Petermax Müller

druck der Lage im Kfz-Handwerk: das handwerkliche Können wird zunehmend überflüssig und vernichtet, indem die Arbeit auf das Austauschen fertiger Ersatzteile beschränkt wird; so kann z.B. nicht mehr ein Teil an der Benzinpumpe repariert werden, wenn diese, entsprechend verstanzt, nur noch als Ganzes auswechselbar ist. Das erhöht den Umsatz und erlaubt die akkordmäßige Arbeit mit festen Vorgabezeiten. So machen bei VW-Havemann in Lüneburg die Akkordzulagen ca. 20% des Bruttolohns aus. Lehrlinge werden als billige Arbeitskräfte rasch in vollen Akkord gesteckt, in bestimmten Abteilungen wie der Lackiererei sind von vornherein nur angelernte ,,Hilfskräfte" beschäftigt. Große Händler wie Raffay & Co in Hamburg sind dabei die treibende Kraft und be-

handelsbetrieben. Langsam arbeiten, wenn die Kapitalisten nicht zahlen wollen, sollten sich deshalb die Beschäftigten zur Devise machen, warum auch sollen sie sich hetzen lassen, wenn ja noch ein Teil des Lohns fehlt.

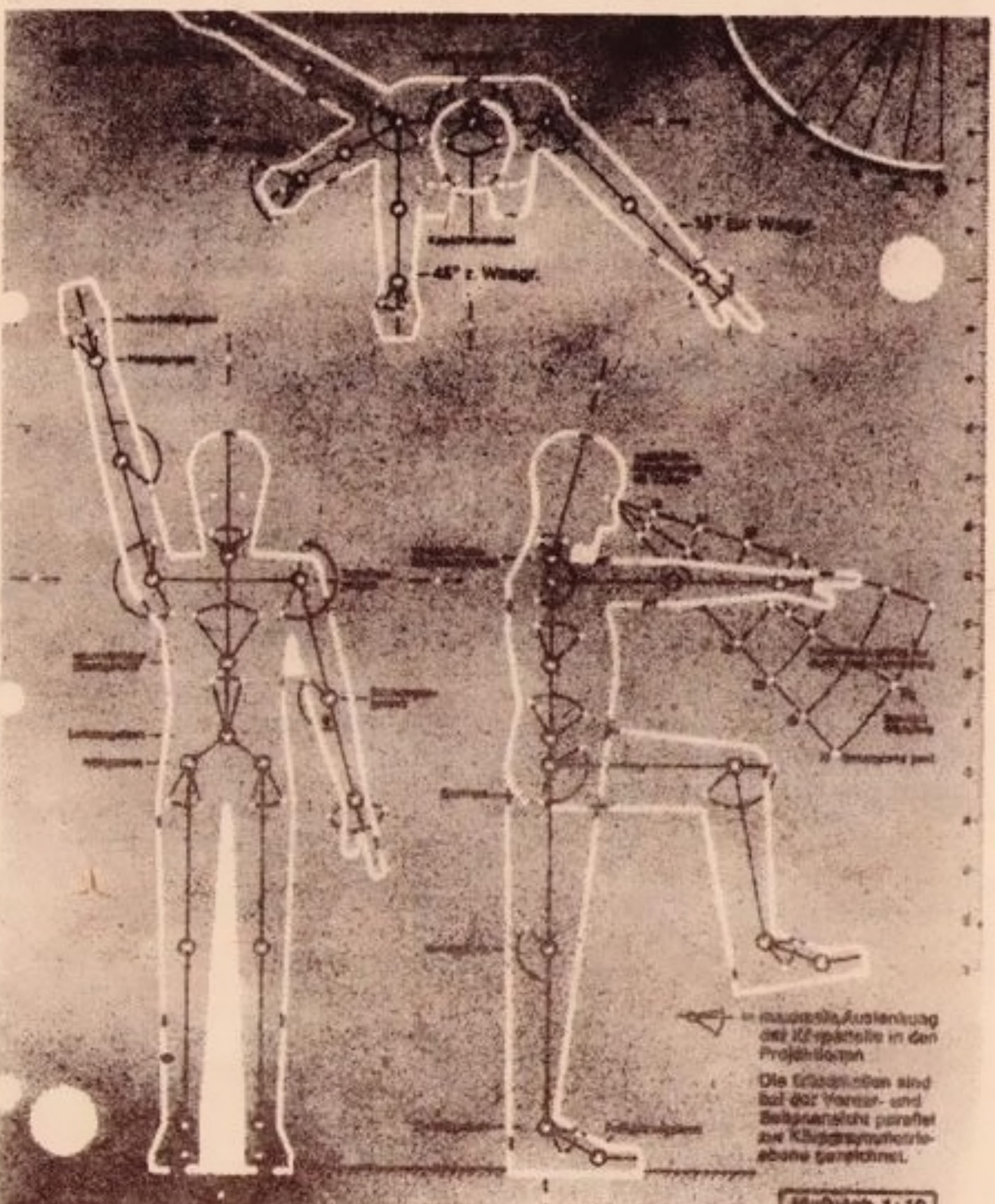
Spontan hatten sich fast immer 75 bis 90 % der Belegschaften der großen Kaufhäuser an den von der Gewerkschaft organisierten Kurzstreiks beteiligt. 65000 Gewerkschaftsmitglieder bei 230000 Beschäftigten im Einzelhandel – so versuchen die Handelskapitalisten sich über ihren Schrecken über die gewachsene Kampfkraft hinwegzutäuschen – fast 800 Beschäftigte haben sich allein im Raum Hannover im Verlauf des Tarifkampfes gewerkschaftlich organisiert. Im wesentlichen in dem Bereich, wo es die Kapitalisten auch am meisten trifft: in den großen

schwach nach stark wachsen. Günstig ist dabei, daß sich die HBV-Gewerkschaftsführung genau in die Richtung äußern mußte: ,,Alle HBV-Aktivitäten sind darauf abgestellt, im Herbst in den Schwerpunktbetrieben des Einzelhandels Urabstimmungen durchzuführen." (Flugblatt der HBV nach dem Scheitern der Verhandlungen am 9. Juli) Eine Dokumentation der bisherigen Kämpfe soll veröffentlicht werden bis nach den Sommerferien. Zwar wird es nicht gerade einfach sein, dann den Kampf fortzuführen, günstig ist aber, daß die Gewerkschaftsführung ihre Absichten dargelegt hat und die Belegschaften im Einzelhandel sich darauf vorbereiten können, denn sicher ist: Nur durch weiteren Kampf können die Handelskapitalisten zu einem annehmbaren Tarif gezwungen werden.

,,Arbeitsanreicherung" bei Bosch – schärfere Ausbeutung, schnellerer Verschleiß der Arbeitskraft

r.reb. Bereits zweimal mußte Bosch in der ,,Hildesheimer Allgemeinen" annocieren, um für die Abteilung Batterie Arbeitskräfte zu finden, trotz der hohen Arbeitslosigkeit in Hildesheim. Das wundert niemanden mehr, wenn man die Arbeitsbedingungen in dieser Abteilung untersucht. In dieser Abteilung wird nach der MTM-Methode gearbeitet, Akkord und Dreischicht, mit Blei und Säure wird gearbeitet. Bosch betreibt viel Forschung über ,,die Anpassung von Arbeitsplätzen an den Menschen", das MTM-System ist nach ihrer Meinung dazu hervorragend geeignet. ,,Arbeitsmethoden können bereits vor Arbeitsbeginn entwickelt und unter Berücksichtigung aller Details festgelegt werden. ... Akkordstreitigkeiten werden reduziert und objektiviert. Meinungsverschiedenheiten können anhand von Analysen in sachlicher Weise geklärt werden." (Bosch MTM-Information) Die Zeiteinheit, mit der bei MTM gemessen wird, ist 1/100000 Stunde, alle Bewegungsabläufe werden auf 17 immer wiederkehrende Elemente reduziert, unterteilt in produktive

werden, daß die Maschine ständig stoppt und der Akkord nicht geschafft wird. Dann wird in der Abteilung die Dreischicht eingeführt, jede Schicht zu 7,5 Stunden. Die Stückzahl bleibt die gleiche, was erreicht wurde dadurch, daß die Betriebsführung duldete, daß die Arbeiter gestempelt haben, wenn sie den Akkord fertig hatten, daß so die Poren des Arbeitstages zum Schluß




Für 144 DM verkauft Bosch Menschenschablonen ,,in vier typischen Körpergrößen, im Maßstab 1:10", um den Kapitalisten ,,die Anpassung von Arbeitsplätzen an den Menschen" zu erleichtern. Gemeint ist die optimale Mehrwertauspressung.

Bewegungen, bremsende, hemmende Bewegungen und unproduktive Bewegungen. ,,Ziel einer solchen Bewegungsstudie ist es, eine Arbeitsmethodenverbesserung durch weitgehende Ausschaltung solcher Elemente zu erreichen, die nicht unmittelbar zum Arbeitsfortschritt beitragen." (Bosch MTM-Information) Sind die unproduktiven, bremsenden und hemmenden Bewegungen eliminiert, werden die produktiven Bewegungen klassifiziert in höhere und niedere. Möglichst viele niedere Bewegungen (Finger, Hand, Arm), weil sie schneller auszuführen sind, dann werden die zurückzulegenden Entfernungen gemessen und die Zeit festgelegt, sodann wird dem Arbeiter die Stückzahl mitgeteilt, die er aufgrund von ,,sachlichen Analysen" zu machen hat.

1974 haben in der Batterie-Abteilung 35 Arbeiter 2250 Formiereinsätze zu je 84 Plus- und Minusplatten gefertigt. Heute wird das gleiche Pensum mit 22 Arbeitern erledigt, eine Steigerung der Ausbeutung um 71 %. Zwei Beispiele für die ,,Anpassung von Arbeitsplätzen an den Menschen": 8 Arbeiter, die früher die Bleiplatten von Hand gesteckt hatten, wurden ersetzt durch zwei Steckmaschinen, an denen je ein Arbeiter steht, und einen Maschinenführer zur Beaufsichtigung der Maschinen. Das Pensum blieb dasselbe, die Zeiten wurden nach optimalem Lauf der Maschine festgelegt, die Bewegungen der Arbeiter wurden weniger, die Maschine war ja jetzt da; so wurde die Stückzahl festgelegt. Tatsache ist aber, daß die Platten in schlechterem Zustand angeliefert werden, weil die Trockenzeiten nicht eingehalten werden, daß die Maschine ständig stoppt und der Akkord nicht geschafft wird. [...] konzentriert wurden und dann mit der Schichtverkürzung gestrichen wurden. Dafür wurde jeder sechste Samstag zum ,,Pflichtsamstag", an dem gearbeitet wird, zum Ausgleich für die 37,5-Stunden-Woche, ohne Überstundenzuschläge, versteht sich. Die Frühschichtwoche wurde zur generellen Sechs-Tage-Woche.

Hans Lutz Merkle, der Chef dieses fortschrittlichen Unternehmens und gleichzeitiges Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank sowie des Conti-Konzerns, jüngst aus der CDU ausgetreten, ,,um seine politische Handlungsfreiheit wiederzugewinnen", gehört, wie man der Presse entnimmt, ,,aufgrund seines ökonomischen Sachverstandes zu den bevorzugten Gesprächspartnern von Bundeskanzler Schmidt" (HAZ, 12.7.79). So ein ,,fortschrittlicher" Unternehmer hat natürlich noch mehr auf Lager als das MTM-System. Um seinen verlustreichen Unterhaltungselektronikbereich Blaupunkt zu sanieren, hat er der Rationalisierungsfirma McKinsey eine ganze Etage im Verwaltungshochhaus freigemacht. Mit der ,,Gemeinkosten-Wert-Analyse" hat McKinsey in den Bereichen Lager, Verwaltung, Vertrieb und Betriebsinstandsetzung eine ,,Erfolgsquote" von bis zu 19 % Entlassungen und Verdichtungen von Arbeitsgängen. Die Beschäftigten dieser Abteilungen sollen selber prüfen: ,,auf welche Arbeiten man verzichten kann, welche einfacher und kostengünstiger gemacht werden können." Herabstufung, Teilzeitarbeit und Entlassungen folgen auf dem Fuß. Die ,,Anpassung von Arbeitsplätzen an den Menschen" entpuppt sich als Unterwerfung des Arbeiters unter die Gesetze der Profitmacherei.

# Eine Mindestforderung von 170 DM / 8% müßte es sein

## Die Lohnbewegung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie

*z.bil.* 6-7% fordert der Tarifpolitische Ausschuß der NGG für die rund 250000 Beschäftigten in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. In der *fischverarbeitenden Industrie* in Cuxhaven ist jetzt eine 4%ige Lohnerhöhung von der Gewerkschaft NGG mit den Kapitalisten abgeschlossen worden (für die unterste Lohngruppe 5%). Für die Lohngruppe ,,leichte Arbeit'' sind das 31 Pfennig (von 6,13 DM auf 6,44 DM); für die Lohngruppe der Handwerker 50 Pfennig mehr, auf den Monat gerechnet zwischen 34 und 50 Mark. Unter den Arbeitern der fischverarbeitenden Industrie gab es eine Einigung für eine Lohnforderung von 170 Mark/8%, mindestens aber 130 Mark/6,5%.

In Bremerhaven steht die Lohnauseinandersetzung in der Fischindustrie bevor. Arbeiter der ,,Nordseewerke'' schreiben Ende Juni an die Tarifkommission: ,,... weil der letzte Tarifabschluß nicht ausgereicht hat, um das Lohnniveau zu verteidigen, ... schlagen wir eine Lohnforderung von 8%, mindestens 180 DM vor. Wir sind bereit, die nötigen Maßnahmen seitens der Gewerkschaft zur Durchsetzung dieser Lohnforderung gegenüber den Kapitalisten zu unterstützen.'' In Bremerhaven läuft der Lohntarifvertrag am 30.9., in Kiel am 31.10., in Lübeck Ende November und Hamburg und Flensburg Ende Dezember 1979 aus. Gleichzeitig wird über einen neuen Manteltarif Beschluß gefaßt, der alte ist zum 31.12.1979 gekündigt.

Im Juni wurde für die 11000 Arbeiter und Angestellten in der *Zuckerindustrie* in Kleve eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 4,7% abgeschlossen. Ein neuer Manteltarif, der bis 1983 läuft, regelt 2 Tage mehr Urlaub für 1979, für 1981 und 1982 einen weiteren Tag Urlaub; 6 Tage bezahlte Freizeit für Wechselschichtarbeiter während der Rübenzeit und eine Erhöhung des Urlaubsgeldes von 28 auf 32 DM in einem Stufenplan bis 1983.

Erhöhungen von 5% wurden im Mai für die pfälzische *Erfrischungs- und Mineralwassergetränkeindustrie* abgeschlossen.

Die Führung in der Gewerkschaft NGG hat sich zur diesjährigen Lohnbewegung geäußert: ,,Die traditionelle, mehr quantitative Lohnpolitik wird künftig eine geringere Rolle spielen. Der Gewinn und der Produktivitätsfortschritt werden nicht mehr so sehr für Einkommenserhöhungen genutzt. Mit dem einen oder anderen möglichen Prozent Lohnerhöhung wird vielmehr die Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer, zusätzliche Freizeit für Schichtarbeiter und ein längerer Urlaub finanziert.'' Diese ,,ein oder andere Prozente-Rechnung'' läßt mindestens eine Senkung von 2% von der Forderung zu und macht weitere Lohnsenkungen *möglich*. Die dreiste Ankündigung von der ,,geringeren Rolle der quantitativen Einkommenserhöhung'' knüpft an der brutalen Ausbeutung, der die Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie ausgesetzt sind, an. Die 40-Stundenwoche für das Gaststättengewerbe ist tariflich seit diesem Jahr erst in Hessen und Bayern beschlossen, tatsächlich müssen weiterhin zwischen 50 und 70 Wochenstunden an 6 Tagen mit geteiltem Dienst in den Hotels und Gaststätten gearbeitet werden, oft wochenlang auch an 7 Tagen.

In der Nahrungsmittelindustrie ist die Schichtarbeit in Wechselschicht durchgesetzt. Der Krankenstand bei ,,Nordsee'' betrug im Februar 23%, in der Frosterei der ,,Nordsee'' in Bremerhaven ist über die Hälfte der Schichtschlosser gehörgeschädigt. Die Frauen müsssen an mit 50 Hertz vibrierenden Stahlkesseln arbeiten. Forderungen gegen die Schichtarbeit, die Nachtarbeit, insbesondere in der Backindustrie, gegen den Akkord, werden von den Arbeitern erhoben. In den jetzt beschlossenen Manteltarifen ist keine dieser Forderungen durchgesetzt. ,,Schichtfreizeiten'', stufenweise Arbeitszeitverkürzungen sind mit der ,,Notwendigkeit von Schichtarbeit in der Nahrungsmittelindustrie'' und der Versorgung der ,,Verbraucher'' begründet worden. Diese Einfühlung in die Belange des Profits der Kapitalisten kann die Arbeiter und Angestellten der Nahrungsmittelindustrie bis 1983 binden, das ist die Laufzeit der meisten Manteltarife. ,,Verbesserung der Arbeitsbedingungen'' gegen den Lohnkampf? Der Vorstand in der Gewerkschaft NGG täte besser, den Zusammenhang zwischen den niedrigen Löhnen und unmäßiger Arbeitszeit, Schicht und Akkord aufzugreifen. Die Unterstützung und Kampfkraft der Arbeiter ist ihm sicher. Auf der Delegiertenkonferenz der NGG in Westberlin wurde im Antrag Nr. 12 gefordert, ,,bei zukünftigen Entgelttarifverträgen soll anstelle der bisherigen Abschlüsse in Prozent ein einheitlicher Festbetrag für alle Lohn- und Gehaltsgruppen abgeschlossen werden.'' Antrag Nr. 9 fordert einen Sockelbetrag für alle Lohngruppen plus einer prozentualen Anhebung. Bei Coca Cola in Feiburg streikten vor einigen Wochen die Angestellten für die geforderte 6%ige Lohnerhöhung. Die Kapitalisten mußten der Lohnforderung nachgeben.



Das Bild zeigt den Einsatz Jugendlicher am Packband in der Seelachsabteilung des Werks ,,Seeadler'' der ,,Nordsee'' — Deutsche Hochseefischerei GmbH in Cuxhaven. Die ,,Nordsee''-Kapitalisten bezeichnen diese unverhüllte Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft (durchweg unter 18 Jahren, ungelernt, großenteils Ausländer) als ,,Eingliederungsaktion'', um ,,den Start in das Erwerbsleben durch Eingewöhnung und Einweisung in den beruflichen Ablauf zu erleichtern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen''.

### Japanische Bauern fordern Erhöhung des Reis-Aufkaufpreises

*z.dab.* Die 8800 Delegierten, die dieses Jahr zum jährlichen Genossenschaftstag der Reisbauern am 6.7.1979 nach Tokio gekommen waren, fordern von der Regierung die Erhöhung des staatlich festgesetzten Preises auf umgerechnet 190 DM für den 60 kg-Sack Reis, das wären etwa um 14% mehr als im vergangenen Jahr. 1978 hatte die Regierung keine Erhöhung der Produzentenpreise bewilligt, obwohl die Preise für Maschinen und Düngemittel erheblich gestiegen sind. Den Reisbauern war es bis dahin gelungen, die ständig steigenden Preise für Maschinerie, Düngemittel und Saatgut teilweise durch die Erkämpfung von höheren Aufkaufpreisen aufzufangen. – Seit Jahren versucht die japanische Bourgeoisie die Kapitalisierung der Landwirtschaft durchzuführen. Es ist ihr zwar gelungen, die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 11960000 1960 auf 5720000 1976 mehr als um die Hälfte zu reduzieren, die Zahl der Bauernhaushalte sank im gleichen Zeitraum aber nur um 18%, von 6,067 Mio. auf 4,953 Mio. Die durchschnittliche Hektar-Größe stieg zum Bedauern der Bourgeoisie nur von 1 ha auf 1,1 ha. Die Tatsache, daß 40% der gesamten Reisernte durch Nebenerwerbsbauern eingebracht wird, die ihr Haupteinkommen außerhalb der Landwirtschaft beziehen, zeigt das Ausmaß der Verelendung sowohl der Bauern als auch der Arbeiterklasse.

Bauern und Landarbeiter besetzen Truppenübungsplatz

z.ulg.Rom. Das Dorf Persano liegt inmitten der fruchtbaren Küstenebene am Golf von Salerno, etwa 80 km südöstlich von Neapel. Ein Teil der Bauern schlägt sich mühsam auf den paar Hektar durch, die nach der bürgerlichen Agrarreform der 50er Jahre vergeben worden sind. Die anderen, die kein Land gekriegt haben, müssen sich bei den Grundbesitzern der Umgebung als Landarbeiter verdingen. Ganz in der Nähe des Dorfes ist ein 1500 ha großer Truppenübungsplatz für Panzertruppen. Im letzten Herbst haben die Landarbeiter und Kleinbauern 300 ha davon besetzt und Weizen angebaut. Kaum war jetzt Anfang Juli die Ernte eingebracht, ist die Armee zur ,,Rückeroberung'' des Landes angetreten, hat überall Wachen aufgezogen und Stacheldraht gelegt. Seit Jahrzehnten haben die Landarbeiter hier immer wieder brachliegendes Land besetzt, und immer wieder sind sie vertrieben worden. Jetzt fordern die Bauern und Landarbeiter, die sich in sechs Kooperativen organisiert haben, das ganze Militärgelände. Nicht nur Weizen, auch Gemüse und sogar Blumen könnten auf dem jetzt von Panzern zerfurchten Boden angebaut werden. Die Bauern sind entschlossen, sich das

6000 Bauern in Wien: ,,10 Schilling Stundenlohn – wer läßt sich das denn gefallen?''

z.anb.Wien. 11. Mai, 12 Uhr auf dem Ballhausplatz vor dem Bundeskanzleramt. Grüne Schrift auf weißen Transparenten soll die Gegnerschaft des Bauernbundes zu den Sozialisten in der Regierung bekunden. Das ist die Oberfläche. Denn wenn auch die SPÖ mit der roten Fahne der revolutionären Arbeiterbewegung und des Klassenkampfs nur noch das Rot im Emblem gemeinsam hat, so eben immerhin noch dieses. Und gegen den Klassenkampf die vom Ruin bedrohten Kleinbauern zu mobilisieren, ist angesichts sich rasch verschärfender Klassenfronten der Zweck der Politik des ÖVP-ge-

erhöht, die Erzeugerpreise verfallen mit galoppierendem Tempo, für ein Kilo Schweinefleisch gibt es jetzt unter 2,80 DM. Es lohnt sich allenfalls noch, das Fleisch selbst zu verbrauchen; Milch wird an das Vieh verfüttert, um Futtermittel – importierte und daher teure – zu sparen; man bekommt eh nichts mehr für die Menge, die über das dem Hof zugeteilte Kontingent hinausgeht.

Was soll die ÖVP, was soll ihr Bauernbund sagen zu der Forderung nach Anhebung des Getreideabgabepreises um 15,3 Groschen? Bauernbundpräsi-

über sehen. Bei einem Stundenlohn von 10 Schilling (1,40 DM) müssen sie allein eine ganze Woche zu 62 Arbeitsstunden schuften, nur um die Zinslast für einen Hektar Boden zu decken (628 S). Der durchschnittliche Schuldenberg pro Hektar ist auf den Betrag von rund 12000 S angewachsen, das ist soviel wie eine fünfköpfige Kleinbauernfamilie im Monat für die Reproduktion zur Verfügung hat.

Nach einer halben Stunde fordert Minkowitsch, daß man ,,so diszipliniert, wie wir gekommen sind, auch wieder nach Hause fahren''. Er

Diskussionsgruppen. Man ist nicht von weit her gekommen, um ohne Klärung, was jetzt zu tun ist, es bei einer ,,Warnung an die sozialistische Alleinregierung'' bewenden zu lassen. Der Bauernbund hatte 2000 Teilnehmer angemeldet zur Demonstration. Trotz seines Stillschweigens über die Aktion haben die Bauern immerhin 6000 mobilisiert.

In den Debatten wird eine Lösung für die elende Lage gesucht. Die Propaganda sämtlicher Fraktionen der Bourgeoisie über die Unvermeidlich-

Ende November und Hamburg und Flensburg Ende Dezember 1979 aus. Gleichzeitig wird über einen neuen Manteltarif Beschluß gefaßt, der alte ist zum 31.12.1979 gekündigt.

Im Juni wurde für die 11000 Arbeiter und Angestellten in der Zuckerindustrie in Kleve eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 4,7% abgeschlossen. Ein neuer Manteltarif, der bis 1983 läuft, regelt 2 Tage mehr Urlaub für 1979, für 1981 und 1982 einen weiteren Tag Urlaub; 6 Tage bezahlte

diesem Jahr erst in Hessen und Bayern beschlossen, tatsächlich müssen weiterhin zwischen 50 und 70 Wochenstunden an 6 Tagen mit geteiltem Dienst in den Hotels und Gaststätten gearbeitet werden, oft wochenlang auch an 7 Tagen.

In der Nahrungsmittelindustrie ist die Schichtarbeit in Wechselschicht durchgesetzt. Der Krankenstand bei ,,Nordsee'' betrug im Februar 23%, in der Frosterei der ,,Nordsee'' in Bremerhaven ist über die Hälfte der



Das Bild zeigt den Einsatz Jugendlicher am Packband in der Seelachsabteilung des Werks ,,Seeadler'' der ,,Nordsee'' — Deutsche Hochseefischerei GmbH in Cuxhaven. Die ,,Nordsee''-Kapitalisten bezeichnen diese unverhüllte Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft (durchweg unter 18 Jahren, ungelernt, großenteils Ausländer) als ,,Eingliederungsaktion'', um ,,den Start in das Erwerbsleben durch Eingewöhnung und Einweisung in den beruflichen Ablauf zu erleichtern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen''.

# 6000 Bauern in Wien: ,,10 Schilling Stundenlohn – wer läßt sich das denn gefallen?''

z.anb.Wien. 11. Mai, 12 Uhr auf dem Ballhausplatz vor dem Bundeskanzleramt. Grüne Schrift auf weißen Transparenten soll die Gegnerschaft des Bauernbundes zu den Sozialisten in der Regierung bekunden. Das ist die Oberfläche. Denn wenn auch die SPÖ mit der roten Fahne der revolutionären Arbeiterbewegung und des Klassenkampfs nur noch das Rot im Emblem gemeinsam hat, so eben immerhin noch dieses. Und gegen den Klassenkampf die vom Ruin bedrohten Kleinbauern zu mobilisieren, ist angesichts sich rasch verschärfender Klassenfronten der Zweck der Politik des ÖVP-geführten Bauernbundes, mit der sich die von Querelen um die Linie geschüttelte Volkspartei der Finanzbourgeoisie als rechte Hand Kreiskys anbietet.

Rühren müssen sie sich, die Herren Funktionäre in den teuren ,,volkstümlichen'' Lodenanzügen, denen man es auf einen Kilometer Entfernung ansieht, was sie in den Boutiquen der Kärntner Straße gekostet haben. Die seit der Nationalratswahl am 6. Mai vom vierten Kabinett Kreisky beschlossenen Angriffe gegen die Kleinbauern lassen wahrhaftig an Deutlichkeit nichts offen: Dieselöl wurde aus der staatlichen Preisregelung herausgenommen, ein Freibrief an die Ölkonzerne, die Erntezeit und die damit zusammenhängende Not der Bauern, jeden Preis zahlen zu müssen, erbarmungslos auszuschlachten. Der Düngemittelpreis wurde um bis zu 14% erhöht, der ,,Krieg'' der Chemie Linz AG mit den westdeutschen Konzernen BASF und Hoechst um Marktanteile im Lager des Gegners geht schonungslos zu Lasten der kleinen Bauern, die die Exporte der Chemie Linz AG über deren Monopolpreise subventionieren. Mitte Mai beschließt die Regierung die Erhöhung des Einheitswertes für landwirtschaftliches Vermögen um 30% ab 1.1.1980. Das bedeutet eine ebensolche Steigerung sämtlicher Steuern, Gebühren und Sozialabgaben, die auf diesen Einheitswert bezogen werden. Über 75000 Bauernrentner, die bis zur Höhe der Mindestrente eine ,,Ausgleichszulage'' unter Anrechnung des Einheitswerts erhalten, sollen eine 30%ige Kürzung dieses staatlichen Almosens hinnehmen. Der ,,Absatzförderungsbeitrag'' zur Subventionierung des Milchexports der Agrarkapitalisten aus der Tasche der kleinen Milchbauern wurde erhöht, die Erzeugerpreise verfallen mit galoppierendem Tempo, für ein Kilo Schweinefleisch gibt es jetzt unter 2,80 DM. Es lohnt sich allenfalls noch, das Fleisch selbst zu verbrauchen; Milch wird an das Vieh verfüttert, um Futtermittel – importierte und daher teure – zu sparen; man bekommt eh nichts mehr für die Menge, die über das dem Hof zugeteilte Kontingent hinausgeht.

Was soll die ÖVP, was soll ihr Bauernbund sagen zu der Forderung nach Anhebung des Getreideabgabepreises um 15,3 Groschen? Bauernbundpräsident Minkowitsch schwingt sich auf den Traktoranhänger, der die bauernfreundliche Rednertribüne darstellt. ,,Endlich besinnt sich die Regierung darauf, was in unserer Landwirtschaft alles steckt'', ruft er und meint den Plan, 420000 t Getreide, der ,,Überschuß'', der sich nicht profitträchtig im Export unterbringen läßt – wegen der unfairen EG, die ,,ihre Bauern subventioniert ganz im Gegensatz zu der österreichischen Regierung'' – zu Biosprit zu verarbeiten. Zu den 15,3 Groschen meint er nichts. Zwei Tage später wird bekannt werden, daß die ,,Paritätische Kommission'', die konzertierte Aktion von Regierung, Kapitalisten, Gewerkschaft und Bauernbund, den Preisantrag ablehnt, weil er zur Verteuerung des Brotpreises für die Arbeiterhaushalte führe. Sollten sich die Bauern allerdings bereitfinden, den Export des ,,Überschusses'' zu finanzieren, lasse man noch einmal mit sich verhandeln.

,,Wir Bauern sind keine Demonstrierer! Wir wollen in Ruhe arbeiten, aber dann soll man uns auch lassen!'' Nachdem Minkowitsch dem Fleiß und der harten Arbeit der Bauern Anerkennung gezollt und dafür Beifall kassiert hat, folgt der Fußtritt gegen das Bündnis der produzierenden Klassen. Aber – er hat sie anpassen müssen, die Methode der Spaltung der Bauern von den Arbeitern: ,,Keiner von uns Bauern wäre so demagogisch zu fordern ...'', daß dem VOEST-Arbeiter der Lohn gekürzt werde, um ihn ,,umzuverteilen''. Minkowitsch hat das Transparent gelesen ,,Wir wollen einen gerechten Lohn für unsere Arbeit!'' Darin drückt sich aus, daß sich die kleinen Bauern zunehmend als Verkäufer von Arbeitskraft dem Finanzkapital gegenüber sehen. Bei einem Stundenlohn von 10 Schilling (1,40 DM) müssen sie allein eine ganze Woche zu 62 Arbeitsstunden schuften, nur um die Zinslast für einen Hektar Boden zu decken (628 S). Der durchschnittliche Schuldenberg pro Hektar ist auf den Betrag von rund 12000 S angewachsen, das ist soviel wie eine fünfköpfige Kleinbauernfamilie im Monat für die Reproduktion zur Verfügung hat.

Nach einer halben Stunde fordert Minkowitsch, daß man ,,so diszipliniert, wie wir gekommen sind, auch wieder nach Hause fahren''. Er braucht nicht daran zu erinnern, daß die Ernte nicht wartet. Ohnehin haben sich die Familien abgesprochen, meist ist der Bauer gekommen, die anderen sind aufs Feld. Für die bürgerliche Presse am nächsten Tag der Ansatzpunkt für Schmutzigkeiten: ,,Frauen haben bei solchen politischen Hochfesten der Männer die doppelte Arbeit am Hof''.

Ungeachtet des Appells zur Abfahrt bilden sich an den Bussen zahlreiche Diskussionsgruppen. Man ist nicht von weit her gekommen, um ohne Klärung, was jetzt zu tun ist, es bei einer ,,Warnung an die sozialistische Alleinregierung'' bewenden zu lassen. Der Bauernbund hatte 2000 Teilnehmer angemeldet zur Demonstration. Trotz seines Stillschweigens über die Aktion haben die Bauern immerhin 6000 mobilisiert.

In den Debatten wird eine Lösung für die elende Lage gesucht. Die Propaganda sämtlicher Fraktionen der Bourgeoisie über die Unvermeidlichkeit von ,,Überproduktion'', über die ,,Exportflaute'', und vor allem die ,,Subventionspolitik'' in der EG an ''ihre'' Bauern schreit geradezu nach Entlarvung und Erklärung. Wenn man hier berichtet, wie diese EG-Agrarpolitik für die Masse der kleinen Bauern in Westdeutschland aussieht, kommt als Antwort: ,,Das habe ich mir doch schon gedacht. Und Minkowitsch hat soeben wieder mal das Gegenteil dahergelogen!''

## ,,Nein zur Vernichtung der Weinberge!''



*z.inl.Paris.* 6000 – 7000 Bauern der Region Midi-Pyrénées demonstrierten im April gegen die EG-Agrarpolitik. Mit dabei waren die Winzer aus dem benachbarten Languedoc-Roussillon. Sie bekämpfen den Beschluß der EG und der französischen Regierung, 100000 ha Rebfläche (das sind 8,4% der gesamten Fläche) zu vernichten, um so die kleinen Bauern zu legen und die Konzentration voranzutreiben. Im Languedoc-Roussillon wird hauptsächlich Tafelwein angebaut. 81,5% der Betriebe sind unter 10 ha groß. 6% Großbauern mit Betrieben über 20 ha besitzen 39% der Anbaufläche. Durch massiven Import italienischer Weine unter Druck gesetzt, sollen die Winzer jetzt mit Prämien zur Aufgabe und zum Verkauf an die großen Betriebe gelockt werden. ,,Nein zur Vernichtung der Weinberge!'', war die Parole der 1000 Winzer, die am 12.7. in Montpellier gegen diese Pläne demonstrierten.

### Bauern und Landarbeiter besetzen Truppenübungsplatz

*z.ulg.Rom.* Das Dorf Persano liegt inmitten der fruchtbaren Küstenebene am Golf von Salerno, etwa 80 km südöstlich von Neapel. Ein Teil der Bauern schlägt sich mühsam auf den paar Hektar durch, die nach der bürgerlichen Agrarreform der 50er Jahre vergeben worden sind. Die anderen, die kein Land gekriegt haben, müssen sich bei den Grundbesitzern der Umgebung als Landarbeiter verdingen. Ganz in der Nähe des Dorfes ist ein 1500 ha großer Truppenübungsplatz für Panzertruppen. Im letzten Herbst haben die Landarbeiter und Kleinbauern 300 ha davon besetzt und Weizen angebaut. Kaum war jetzt Anfang Juli die Ernte eingebracht, ist die Armee zur ,,Rückeroberung'' des Landes angetreten, hat überall Wachen aufgezogen und Stacheldraht gelegt. Seit Jahrzehnten haben die Landarbeiter hier immer wieder brachliegendes Land besetzt, und immer wieder sind sie vertrieben worden. Jetzt fordern die Bauern und Landarbeiter, die sich in sechs Kooperativen organisiert haben, das ganze Militärgelände. Nicht nur Weizen, auch Gemüse und sogar Blumen könnten auf dem jetzt von Panzern zerfurchten Boden angebaut werden. Die Bauern sind entschlossen, sich das bereits besetzte Land nicht wieder rauben zu lassen und fordern sofortige Verhandlungen mit dem Verteidigungsministerium zur Übergabe des ganzen Truppenübungsplatzes.

### Irische Fischer kämpfen gegen Ruinierung durch Fangverbote

*z.rül.London.* Am 2. Juli durchbrachen die Besatzungen von 25 Fischerbooten der Fischer-Kooperative in Youghal in Südirland ein von der Regierung im Frühjahr ,,zum Schutz der Fischbestände'' gesetzlich verhängtes Fangverbot. Eine große Zahl Angehöriger der Fischer sowie Arbeiter und Bauern der Umgebung verhinderten, daß die 120 Polizisten, die die Regierung zur Durchsetzung ihres Fangverbots aufgefahren hatte, am Abend die Netze der heimkehrenden Lachsfischer beschlagnahmen konnte. Die Fischer fordern die Aufhebung des Gesetzes, das ihre Fischsaison für Lachs – bisher vom 15. Februar bis 15. August – auf die Zeit vom 15. März bis 20. Juli begrenzt und jeden Fang an Montagen verbietet. Ihre Erträge würden dadurch um über 60% zurückgehen, für die meisten der sichere Ruin. Während die Regierung die Fischer für die Vernichtung der Fischbestände verantwortlich macht, sind die tatsächlichen Gründe die Raubfischerei vor allem der britischen Imperialisten sowie die Verschmutzung der Küstengewässer durch Tanker und die ungereinigten Abwässer der Fabriken der Imperialisten. Von 5600 Fischern in der Republik Irland (1965, davon 70% Saisonfischer) waren 1977 ganze 396 übrig. Ihr durchschnittlicher Fang betrug 213 Tonnen je Fischer im Jahr oder 84296 Tonnen Fisch insgesamt gegenüber 89900 Tonnen 1975.

*z.maf.* **Früh anfangen lohnt sich.** So viele Belegschaften in der metallverarbeitenden Industrie haben bereits in der Vorbereitung des 1. Mai die Marschrichtung für die kommende Lohnbewegung erörtert und am 1. Mai Forderungen nach Festgeld oder Mindesterhöhungen mitgetragen. Seitdem wird darüber geredet, wie hoch die Forderung sein muß und wie die Kündigung des Lohngruppenschlüssels ausgenutzt werden kann. Die Forderung nach Sonderzahlung, Abschlagszahlung oder wie man es nennen will, die jetzt in so vielen Betrieben erhoben wird, ist aus dieser Diskussion geboren. Wer bestreitet schon, daß solche Forderungen bloß einen Zwischenschritt im Kampf um den Tariflohn sein können und noch dazu ein kleiner? Aber dann und wann (und besonders gegenwärtig) geht es ohne kleine Zwischenschritte nicht voran.

– Der 4,3% / 13 Monate Abschluß war niedrig, die Steuer und Preislast auf den Löhnen ist hoch. Also wird das Vertrauen in die gewerkschaftliche Organisation abnehmen, können nicht ausreichend neue Mitglieder gewonnen und die Beiträge nicht stabilisiert werden. Deswegen setzen sich so viele Betriebräte und Vertrauensleute, die auch wissen, daß mit Sonderzahlungen für die Tarife nichts geholfen ist, trotzdem ein.

– Außerdem bewirkt der Geschäftsgang der Kapitalisten, daß die Lohnsumme sowieso steigt. Weil sich in der gegenwärtigen Konjunktur die Märkte neu aufteilen lassen, sind sie empfindlich. Fragt sich bloß, ob die Betriebsführer alles den leitenden Angestellten, den Antreibern, den Zuträgern und den Unorganisierten in ungefähr dieser Reihenfolge zuwenden, oder ob sie zu für alle gleichen Zahlungen gezwungen werden.

Was mag bloß in die im DGB führenden Sozialdemokraten gefahren sein, die es für erforderlich finden, Tausende von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die sich für solche Zahlungen einsetzen, durch Presseäußerungen bloßzustellen und ihnen das Leben schwer zu machen? Es ist schon so weit, daß die Bildzeitung eine mittlere Kampagne gegen die Steuerlast anfängt und davon redet, daß die Preise die Löhne hochtreiben (jahrzehntelang hatten sie's genau andersherum behauptet). Nicht mehr lange, und Eugen Loderer wird zusammen mit Oskar Vetter der Bischofskonferenz erklären müssen, wieso sich die Gewerkschaft gegen Sonderzahlungen stellt. So mischt man der Reaktion doch bloß die Karten hin. Hatte nicht vor einem Jahr noch die IG Metall gegen die ,,kleine Steuerreform'' gewettert? Und jetzt?

Eugen Loderer teilt über die WAZ mit, daß ,,nach der Sommerpause'' die Beratung der Forderungen für die auslaufenden Tarifverträge begonnen wer-

führer alles den leitenden Angestellten, den Antreibern, den Zuträgern und den Unorganisierten in ungefähr dieser Reihenfolge zuwenden, oder ob sie zu für alle gleichen Zahlungen gezwungen werden.

Was mag bloß in die im DGB führenden Sozialdemokraten gefahren sein, die es für erforderlich finden, Tausende von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die sich für solche Zahlungen einsetzen, durch Presseäußerungen bloßzustellen und ihnen das Leben schwer zu machen? Es ist schon so weit, daß die Bildzeitung eine mittlere Kampagne gegen die Steuerlast anfängt und davon redet, daß die Preise die Löhne hochtreiben (jahrzehntelang hatten sie's genau andersherum behauptet). Nicht mehr lange, und Eugen Loderer wird zusammen mit Oskar Vetter der Bischofskonferenz erklären müssen, wieso sich die Gewerkschaft gegen Sonderzahlungen stellt. So mischt man der Reaktion doch bloß die Karten hin. Hatte nicht vor einem Jahr noch die IG Metall gegen die ,,kleine Steuerreform'' gewettert? Und jetzt?

Eugen Loderer teilt über die WAZ mit, daß ,,nach der Sommerpause'' die Beratung der Forderungen für die auslaufenden Tarifverträge begonnen wer-

den müsse. Dies wäre ein später Zeitpunkt. Im September muß die Forderung stehen und inzwischen werden noch viele Kapitalisten Sonderzahlungen herausrücken müssen. Für beides werden Belegschaften, Betriebsräte und Vertrauensleute Sorge tragen. Eine starke Lohnbewegung würde sogar Eugen Loderer, der nicht leicht zu mobilisieren ist, mitschleppen können.

# Lohnbewegung Metall

## Forderungen der Belegschaften

**Kassel, 09.06.79, IGM-Vertreterversammlung.** Der Vertrauensleutekörper von Thyssen-Henschel beantragt, den Hauptvorstand zur Prüfung aufzufordern, ob nicht vor Ablauf des Tarifvertrages eine Lohnerhöhung nötig sei. – **Hamburg, 13.06.79, IGM-Vertreterversammlung.** Die Vertreterversammlung fordert in ihrer Resolution ,,alle Mitglieder, Funktionäre und organisatorischen Ebenen der IGM auf'', für ersatzlose Streichung der unteren Lohngruppen bis Lohngruppe IV einzutreten sowie dafür, ,,daß die aufzustellenden Lohn- und Gehaltsforderungen als eine Festgeldforderung aufzustellen sind, daß auf jeden Fall aber eine Mindestforderung gefordert wird ...''. – **Gießen, 20.06.79, IGM-Vertreterversammlung.** Über 100 Delegierte fordern: ,,... eine weitere Lohn- und Gehaltserhöhung für alle Arbeitnehmer in Höhe des entstandenen Kaufkraftverlustes noch vor der nächsten Tarifrunde''. – **Westberlin, 21.06.79, Berthold AG.** Vertrauenskörper und Betriebsrat treten für die Zahlung einer betrieblichen Gewinnbeteiligung, als Sockelbetrag 1000 DM, und Anrechnung der Jahre der Betriebszugehörigkeit ein. – **Ludwigsburg, 22.06.79, Hüller (Thyssen).** Der Betriebsrat fordert mit Unterstützung der Betriebsversammlung 1000 DM Sonderzahlung, weiter Weihnachtsgelderhöhung um 300 DM und Zulagen nach Betriebzugehörigkeit. – **Braunschweig, 22.06.79, VW-Werk.** Mit stürmischem Beifall hat die Betriebsversammlung den einstimmigen Beschluß des Vertrauenskörpers nach 1000 DM Sonderzahlung begrüßt. – **Rüsselsheim, 28.06.79, Opel AG.** Die Vollversammlung der Vertrauensleute hat die IGM aufgefordert, in Verhandlungen über einen Teuerungszuschlag einzutreten. Ansonsten solle der Tarifvertrag vorzeitig gekündigt werden. – **Schweinfurt, 29.06.79, Kugelfischer.** Der Betriebsrat fordert eine einmalige Sonderzahlung von 500 DM für alle gleich. – **Bochum, Opel AG.** Der Vertrauensleutevorstand hat den Betriebsrat Bochum und den Gesamtbetriebsrat aufgefordert, sofort in Verhandlungen für einen Teuerungsausgleich einzutreten. – **Hamburg, 05.07.79, Kolbenschmidt.** Die Vertrauenskörperleitung fordert die bezirkliche Tarifkommission auf, ,,umgehend mit den Arbeitgebern in Verhandlungen zu treten, um einen Lohnnachschlag von 300 DM für das erste Halbjahr 79 zu fordern.'' – **Buxtehude, 09.07.79, Nationalrejektor (NRI).** Der Vertrauenskörper hat die von über 30 Arbeitern der Maschinenhalle erhobene Forderung nach 0,50 DM je Stunde unterstützt und die bezirkliche Tarifkommission aufgefordert, unverzüglich Verhandlungen über einen Nachschlag einzuleiten. – **Itzehoe, 10.07.79, Hugo Peters Werft.** Der Betriebsrat hat auf der Betriebsversammlung ein Angebot von deutlich über 0,50 DM verlangt. – **Hamm-Bockum-Hövel, 12.07.79, Hella.** 8 Arbeiterinnen aus der Stanzerei haben sich in einer Resolution für die Unterstützung der u.a. bei Thyssen verlangten 100 DM mehr Tariflohn oder vorzeitige Kündigung des Tarifvertrages eingesetzt und fordern für den nächsten Tarifkampf die Aufstellung von 170 DM, 8% mindestens. – **Neuss, 12.07.79, Pierburg.** In einem auch vom BR-Vorsitzenden unterstützten Brief von 9 Arbeitern wird die Ablehnung des Angebots der Betriebsführung, 100000 DM ,,auszuschütten'', unterstützt, die Zahlung von 1000 DM für jeden jetzt verlangt und für den Tarifkampf 170 DM / 8% mindestens vorgeschlagen.

## Zahlungen der Kapitalisten

**Saarlouis, 13.6.79, Ford.** Gegen die Forderung nach Lohnerhöhungen gegen die Preissteigerungen, erklärte Arbeitsdirektor Lehmann, die Facharbeiter seien durch die Lohnerhöhungen der letzten Jahre nicht benachteiligt worden. – **Heidelberg, 26.6.79, Kah/Arb.** Auf die Forderung nach 1000 DM Nachschlag und eine Lohnerhöhung von 170 DM/ 8% mindestens erklärte die Geschäftsleitung, 8% könne sie nicht bezahlen. – **Aarberg, 27.6.79, Passavan.** Die Geschäftsleitung hat sich auf der Betriebsversammlung zu Verhandlungen mit dem Betriebsrat über Zulagenerhöhung von 30-50 Pfennig bereit erklärt. – **Frei-**

sie lehne Lohnerhöhungen für alle gleich generell ab und halte am System der individuellen Leistungszulage fest. – **Göttingen, 3.7.79, Zeiss.** Die Geschäftsleitung kündigte auf der Betriebsversammlung Gewinnbeteiligung der Arbeiter zum Jahresende an. – **Schweinfurt, 29.6.79 SKF.** Nachdem der Geschäftsleiter Westphal eine Sonderzulage von 500 DM abgelehnt hatte und die Forderung vom Betriebsrat an die Konzernleitung in Göteborg weitergeleitet wurde, hat Westphal seinen Rücktritt angedeutet, wenn die Konzernleitung zustimmt. – **Ludwigsburg, 3.7.79, Hüller.** Auf die Forderung nach 1000 DM Nachzahlung hat

gen nach Betriebzugehörigkeit. – **Braunschweig, 22.06.79, VW-Werk.** Mit stürmischem Beifall hat die Betriebsversammlung den einstimmigen Beschluß des Vertrauenskörpers nach 1000 DM Sonderzahlung begrüßt. – **Rüsselsheim, 28.06.79, Opel AG.** Die Vollversammlung der Vertrauensleute hat die IGM aufgefordert, in Verhandlungen über einen Teuerungszuschlag einzutreten. Ansonsten solle der Tarif-

lung von 170 DM, 8% mindestens. – **Neuss, 12.07.79, Pierburg.** In einem auch vom BR-Vorsitzenden unterstützten Brief von 9 Arbeitern wird die Ablehnung des Angebots der Betriebsführung, 100000 DM ,,auszuschütten'', unterstützt, die Zahlung von 1000 DM für jeden jetzt verlangt und für den Tarifkampf 170 DM / 8% mindestens vorgeschlagen.

Zahlungen der Kapitalisten

**Saarlouis, 13.6.79, Ford.** Gegen die Forderung nach Lohnerhöhungen gegen die Preissteigerungen, erklärte Arbeitsdirektor Lehmann, die Facharbeiter seien durch die Lohnerhöhungen der letzten Jahre nicht benachteiligt worden. – **Heidelberg, 26.6.79, Kah/Arb.** Auf die Forderung nach 1000 DM Nachschlag und eine Lohnerhöhung von 170 DM/ 8% mindestens erklärte die Geschäftsleitung, 8% könne sie nicht bezahlen. – **Aarberg, 27.6.79, Passavan.** Die Geschäftsleitung hat sich auf der Betriebsversammlung zu Verhandlungen mit dem Betriebsrat über Zulagenerhöhung von 30-50 Pfennig bereit erklärt. – **Frei-**

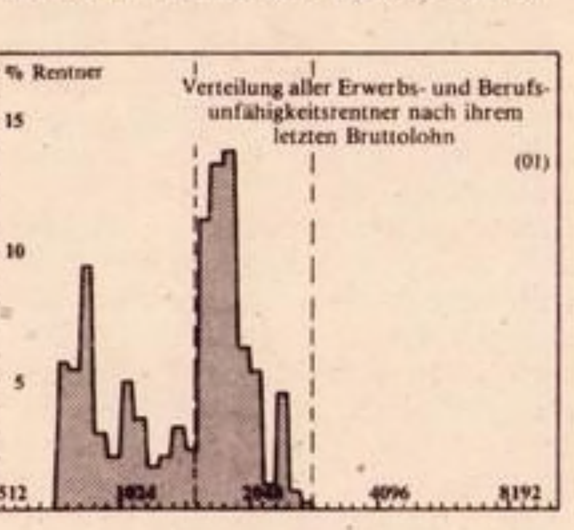
sie lehne Lohnerhöhungen für alle gleich generell ab und halte am System der individuellen Leistungszulage fest. – **Göttingen, 3.7.79, Zeiss.** Die Geschäftsleitung kündigte auf der Betriebsversammlung Gewinnbeteiligung der Arbeiter zum Jahresende an. – **Schweinfurt, 29.6.79 SKF.** Nachdem der Geschäftsleiter Westphal eine Sonderzulage von 500 DM abgelehnt hatte und die Forderung vom Betriebsrat an die Konzernleitung in Göteborg weitergeleitet wurde, hat Westphal seinen Rücktritt angedeutet, wenn die Konzernleitung zustimmt. – **Ludwigsburg, 3.7.79, Hüller.** Auf die Forderung nach 1000 DM Nachzahlung hat

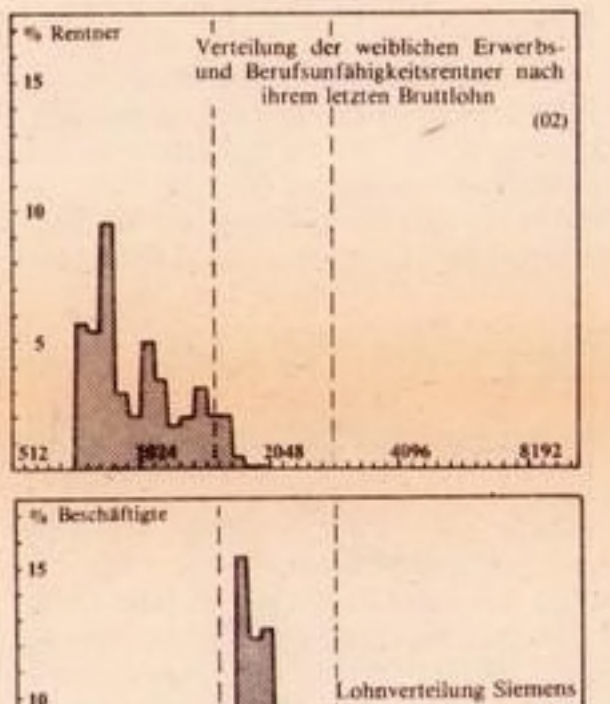
**burg, 28.6.79, Hellige.** Bei ergebnislosen Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat, erklärte die Geschäftsleitung, man dürfe Sonderzahlungen nicht zur Gewohnheit werden lassen. – **Buxtehude, 3.7.79, NRI.** Bei 1 1/2 stündigen Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung über 0,50 DM Nachschlag die Stunde lehnte die Geschäftsleitung strikt mit der Begründung ab,

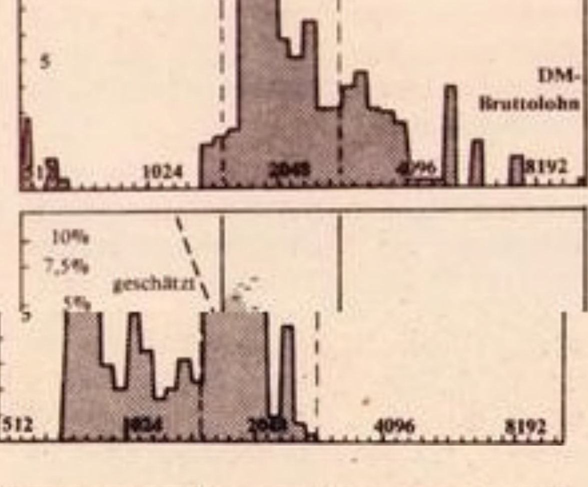
die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung eine Zahlung von 300 DM angeboten, das würde dem Überschuß von 1,5 Mio. DM des letzten Jahres entsprechen. – **Neuss, 5.7.79, Pierburg.** Auf die Forderung nach 1000 DM Nachzahlung haben die Kapitalisten eine Sonderzahlung von 100000 DM gesamt angeboten, eine generelle Erhöhung lehnen sie ab, eine Erhöhung sollen Zeitlöhner mit 32 Leistungspunkten erhalten. – **Westberlin, 8.7.79, DWM-Copeland.** Statt der geforderten Erhöhung der Prämien hat die Betriebsleitung nur eine einmalige Zahlung von 150 DM gezahlt, worauf der Betriebsrat die Verweigerung von Anträgen auf Überstunden und Schichtarbeit beschlossen hat. – **Freiburg, 11.7.79, Hellige.** Per Aushang gab die Geschäftsleitung bekannt, daß mit der Auszahlung Juli eine Sonderzahlung von 300 DM ausgezahlt wird, dies erlaube ihr das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres. – **Wolfsburg, 11.7.79, VW.** Arbeitsdirektor Briam griff auf der Betriebsversammlung die OPEC-Staaten an, die mit ihren Beschlüssen die Inflation anheizen würden. Er kündigte Einmalzahlungen in diesem Jahr an, Höhe und Zeitpunkt nannte er nicht. – **Westberlin, 12.7.79, Diag.** Auf die Forderung nach betrieblichen Lohnerhöhungen kündigte der Betriebsrat jetzt an, daß die Geschäftsleitung Lohnerhöhungen für die Elektriker und Bauschlosser zugestimmt hat.

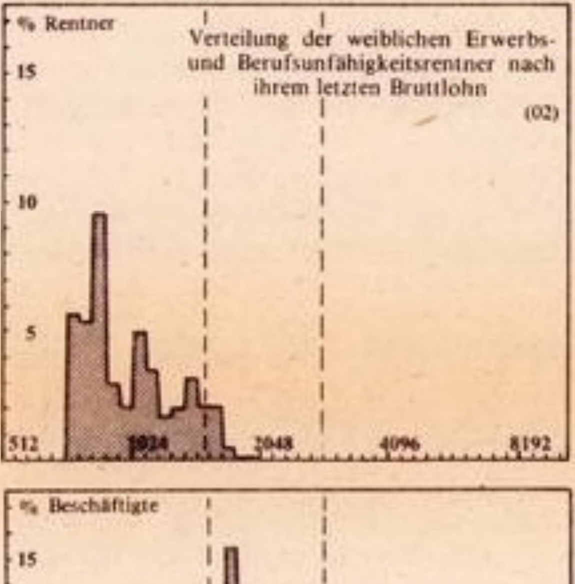
## Äußerungen aus der Sozialdemokratie

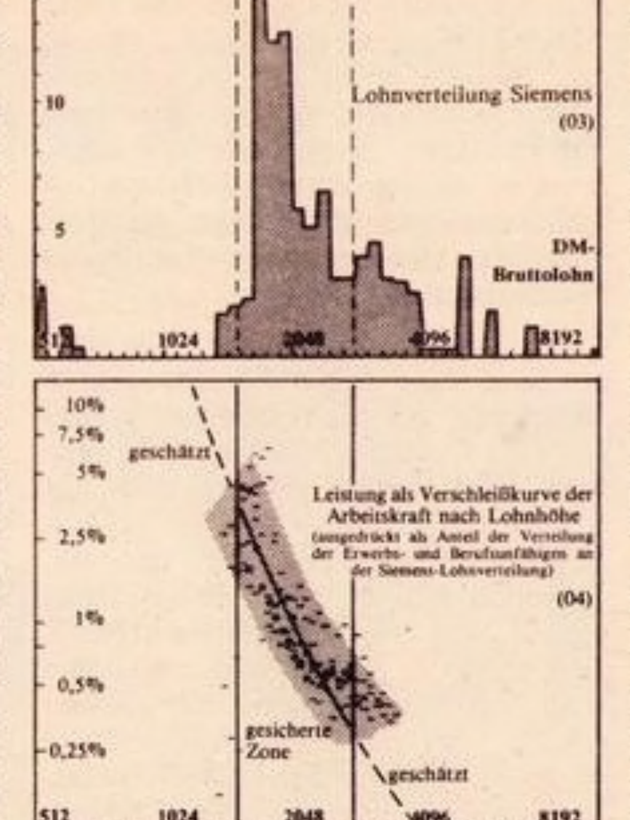
**Hannover, 11.6.79, Masssey-Ferguson Hanomag.** IGM-Bevollmächtigter Wagner erklärte auf der Betriebsversammlung, die letzte Lohnerhöhung sei maßvoll gewesen, und die Preiserhöhungen kaum noch haltbar. Man könne nicht erwarten, daß die Arbeitgeber freiwillig etwas rausrückten. Man werde die Preiserhöhungen im nächsten Lohnkampf einbeziehen, die Belegschaft solle sich auf schwere Kämpfe einstellen. – **Köln, 18.6.79, Ford, Köln-Niehl.** Der 1. IGM-Bevollmächtigte Malzkorn forderte auf der Betriebsversammlung innerbetrieblich Lohnkorrekturen und eine Sonderzulage, weil die Tariflöhne nur Mindestlöhne seien und Ford Gewinne gemacht hätte. – **Braunschweig, 22.6.79, VW.** Der 2. IGM-Bevollmächtigte Leuendorf hat auf der Betriebsversammlung die Arbeiter gewarnt, nur ,,kurzfristig zu denken und auf ein günstiges Geschäftsjahr bei VW zu gucken''. Sie sollten sich aus dem Gewinn nicht alles bar zahlen lassen, weil






## Lohnsumme – Lohn

### Nochmals zur Entlohn

Bei allen akkordähnlichen Entlohnungssystemen ist es so: Nicht etwa wird die ,Leistung' bezahlt, sondern der Arbeiter kommt bloß in dem Maße, in dem er sich an eine vom Kapitalisten gesetzte Leistungsmarke heranquält, auf seinen Lohn. Proportional zu dem Abstand, der den Arbeiter von dieser Marke trennt, zahlt der Kapitalist Lohn. (Man muß dabei beachten, daß ein ausreichender Lohn ja durchaus nicht bei 100% der Leistungsmarke erzielt wird, sondern erst viel später). Nach einem allgemeinen Naturgesetz, von dem die menschliche Arbeitskraft keine Ausnahme macht, verlangt die Steigerung der Leistung aber einen überproportional wachsenden Energieaufwand. Soll also der Arbeiter seine Arbeitsleistung, d.h. sein Arbeitstempo um 10%, 20%, 30% steigern, so wird er vielleicht 20%, 44%, 73% mehr Lebenskraft verbrauchen. Dieser überproportionale Mehrverbrauch an Lebenskraft wird durch das Akkordsystem aus dem Arbeiter herausgepreßt, ja die Erbringung wird zur Bedingung für den Normallohn und weniger noch als diesen.

Selbstverständlich gibt es das gleiche Problem im Zeitlohn auch, aber da muß der Kapitalist erwägen, ob er auf dem Markte eine Arbeitskraft findet, die ihm tatsächlich mehr erbringt, wenn ihm ein Arbeiter oder Angestellter zu langsam vorkommt. Im Akkord aber findet sofort ein Lohnabzug statt,und das ist ein gewaltiger Unterschied. Deswegen: Verbot des Akkord

sten gesetzte Leistungsmarke heranquält, auf seinen Lohn. Proportional zu dem Abstand, der den Arbeiter von dieser Marke trennt, zahlt der Kapitalist Lohn. (Man muß dabei beachten, daß ein ausreichender Lohn ja durchaus nicht bei 100% der Leistungsmarke erzielt wird, sondern erst viel später). Nach einem allgemeinen Naturgesetz, von dem die menschliche Arbeitskraft keine Ausnahme macht, verlangt die Steigerung der Leistung aber einen überproportional wachsenden Energieaufwand. Soll also der Arbeiter seine Arbeitsleistung, d.h. sein Arbeitstempo um 10%, 20%, 30% steigern, so wird er vielleicht 20%, 44%, 73% mehr Lebenskraft verbrauchen. Dieser überproportionale Mehrverbrauch an Lebenskraft wird durch das Akkordsystem aus dem Arbeiter herausgepreßt, ja die Erbringung wird zur Bedingung für den Normallohn und weniger noch als diesen.

Selbstverständlich gibt es das gleiche Problem im Zeitlohn auch, aber da muß der Kapitalist erwägen, ob er auf dem Markte eine Arbeitskraft findet, die ihm tatsächlich mehr erbringt, wenn ihm ein Arbeiter oder Angestellter zu langsam vorkommt. Im Akkord aber findet sofort ein Lohnabzug statt,und das ist ein gewaltiger Unterschied. Deswegen: Verbot des Akkord

und aller akkordähnlichen Entlohnungssysteme!

– Wir haben uns interessiert, ob sich im Entlohnsystem, wie es in der BRD und Westberlin besteht, überhaupt ein Zusammenhang zwischen der Arbeitsleistung und der Entlohnung auffinden läßt. Folgendermaßen geht das: Wir nehmen an, daß die Belastbarkeit der Arbeiter und Angestell-

---

*z.lik.Wien.* **Zum 1. Juli hatte die österreichische Metallarbeitergewerkschaft bei der ,,Paritätischen Kommission'' die Freigabe der Lohnverhandlungen beantragt, 3 Monate vor Auslaufen des auf 15 Monate abgeschlossenen Tarifvertrags.** Die Kommission, die sich aus Vertretern der Regierung, der Kapitalisten, der Gewerkschaften und der Bauern zusammensetzt, hat die Freigabe der Verhandlungen auf Mitte Juli verschoben. Die Forderung der Metallgewerkschaft ist 9% auf den Tarif-, 6% auf den Effektivlohn, sie betrifft ca. 300000 Metall- und Bergarbeiter. Weniger als 6% auf den tatsächlich gezahlten Lohn würde die Lohnsenkungen der letzten Jahre fortsetzen. Berechnet auf die Lohnsumme der Arbeiterlohngruppen entsprächen diese 6% ca. 546 Schilling in Festgeld (75,8 DM), was eh nur die Teuerung der Nahrungsmittel auffangen würde. Während die Regierung mit drastischen Benzinpreiserhöhungen die Teuerungswelle eingeläutet hat, mischt sich Finanzminister Androsch direkt in die Lohnbewegung ein: die Energiekostensteigerung müsse aus dem Index herausgenommen werden. Er plant bereits die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas von 8 auf 18% und die Freigabe der Preise für Mineralölprodukte. Am Verbraucherpreisindex aber richten die Gewerkschaftssozialdemokraten den Spielraum für die Verhandlungen aus; ohne Einrechnung der Energiekosten bleiben 3%. Der tarifliche Ecklohn Metall in Österreich beträgt mit 5,21 DM die Stunde 60% des westdeutschen Tarifs, der effektive Durchschnittslohn entspricht 72,4% des westdeutschen. Der sozialdemokratische Vorsitzende der Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie, Sekanina, hat die Spaltung des Index abgelehnt, ebenso mehrere Vorsitzende anderer Einzelgewerkschaften. Sie befürchten Schwierigkeiten bei der Niederhaltung der Arbeiter; schon die vorzeitige Kündigung des Tarifs war darauf berechnet, die Lohnverhandlungen durchzuziehen, *bevor* die volle Wirkung der Teuerungswelle spürbar wird.

*z.acr.London.* **Ca. 5900 Arbeiter der Chrysler-Werke in Coventry streiken seit dem 10.7., 2000 von ihnen bereits seit dem 30.6.** Sie fordern 20 Pfund mehr Lohn die Woche. Die Peugeot-Citroen-Kapitalisten, die Chrysler (UK) letztes Jahr gekauft hatten, bieten nur 5,5%. Reallohnsenkung soll die Arbeiter zu mehr Akkord- und Schichtarbeit zwingen. Produktionsarbeiter erhielten danach statt bisher 79,43 (ca. 1366 DM im Monat) 83,33 Pfund die Woche (ca. 1433 DM im Monat). Facharbeitern wollen sie 90,05 (ca. 1549 DM im Monat) zahlen, wenn sie auf ihren Angestelltenstatus verzichten. Sonst sollen sie nur 85,36 Pfund (ca. 1486 DM im Monat) kriegen.

*z.cht.Sydney.* **Seit sieben Wochen streiken die Bergarbeiter der drei Eisenerzminen von Hamersley in Pilbara, Westaustralien, für 40% Lohnerhöhung, bezahlte Mittagspause und Bezahlung der Unfall- und Krankenversicherung durch die Kapitalisten.** Sie verdienen zwischen 187 und 216 Dollar die Woche. Die Lebenshaltungskosten in Pilbara, ganz isoliert in der Wüste gelegen und von Hamersley vollständig kontrolliert, liegen 28% über denen der nächstgelegenen, 1200 km entfernten Stadt Perth, und ohne Überstunden kommt kein Arbeiter mit dem Lohn aus. Hamersley erhöhte nach dem Streik die Mieten um 150% und will jeden Streiktag auf den Urlaub anrechnen. Das hat die Front noch gefestigt, 98% der Beschäftigten haben vor drei Wochen für Fortführung des Streiks gestimmt, auf einer Versammlung, die die Verhaftung von neun Gewerkschaftsführern zur Folge hatte. Seit dem erfolgreichen Generalstreik in ganz Australien gegen die Verhaftungen wird der Kampf der Bergarbeiter überall mit Spenden unterstützt.

*z.inl.Paris.* **Mit einem Stahl-Sozialplan will die französische Bourgeoisie die Kämpfe der Stahlarbeiter beenden.** Ergebnis der Verhandlungen am 4.7.: 12000 Entlassungen über Frühverrentung (ab 55 Jahre) und ,,Freistellung'' von Arbeitern zwischen 50 und 55, z.B. Unfallrentenbeziehern. Sie bekommen 80 – 90% vom Nettolohn, gezahlt aus der Arbeitslosenversicherung im ersten, vom Staatsapparat im zweiten Fall. Umsetzung von 3000 – 4000 Arbeitern, wobei ,,ihre Interessen berücksichtigt'' werden sollen; bei Branchenwechsel werden 10000 F öffentliche Hilfe gezahlt. Wer dreimal eine Umsetzung ablehnt, wird gekündigt. – ,,Werden sich die Stahlarbeiter von Longwy und Denain mit dieser Vereinbarung zufriedengeben, die den Abbau von 20000 Arbeitsplätzen besiegelt?'', sorgt sich der ,,Figaro''. Die Gewerkschaften sollen am 24.7. unterzeichnen.

*z.pel.Paris.* **Am 3.7. haben die sozialdemokratisch beherrschte Gewerkschaft Force Ouvrière und die Lehrergewerkschaft FEN den von der französischen Regierung angebotenen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst unterzeichnet.** Daß CGT und CFDT die Unterschrift unter diesen ,,Abschluß mit Miesen'' verweigert haben, ändert nichts an seiner Gültigkeit. 9,5% und eine zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen um 36 F vermeldet die Regierung als Ergebnis für die zwei Millionen Lohnabhängigen. Tatsächlich werden die 9% erst in den letzten drei Monaten erreicht, da die Löhne scheibchenweise in fünf Etappen über das Jahr verteilt angehoben werden. Zudem liegt der Abschluß weit unter der von der CGT auf 13% für 1979 geschätzten Steigerung der Reproduktionskosten. Schon 1978 hatte der Dienstherr den Lohnzuwachs (9,6%) unter die Preissteigerungsrate von 12% drücken können. Ein Minus an Lebensmitteln von 468 F/Jahr für einen Arbeiter mit 2300 F hatte die CGT damals errechnet. Entscheidend für die Niederlage ist die politische *und* organisatorische Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, die es den bürgerlichen Führern ermöglichte, die Einheit im Kampf für die von CGT und CFDT geforderten 400 F zu verhindern. Die Arbeiter der Militärarsenale konnten dagegen den Verteidigungsminister nach achtwöchigem Streik zwingen, die Wiederanbindung ihrer Löhne an die der Pariser Metallarbeiter zuzusagen, und so die Lohnsenkung auf das Niveau des öffentlichen Dienstes verhindern.

dann für die Humanisierung und Lohndifferenzierung nichts mehr drin sei. – **Heidelberg, 26.6.79 Kah/Arb.** Zambelli, IGM-Bevollmächtigter, erklärte auf der Betriebsversammlung zur Forderung nach 170 DM/8% mindestens, die Zeit, Forderungen aufzustellen, sei erst unmittelbar vor Beginn der Tarifbewegung, man wüßte noch nicht, welche Lage im Herbst ist. Nachschlag sei undiskutabel, man müsse seine Kräfte sowieso auf andere Kämpfe einstellen. – **Frankfurt, 29.6.79, Teves AG.** Der Vertreter der IGM Ortsverwaltung vertrat auf der Vertrauensleutesitzung, Forderungen nach Teuerungszuschlag müßten direkt an den jeweiligen Kapitalisten gerichtet werden, da der IGM mit dem Tarifvertrag die Hände gebunden seien. – **Dortmund, 5.7.79, Kurt Herb, Bezirksleiter der IGM in NRW,** erklärte auf einer Veranstaltung, man wolle offenbar den Nachschlag herbeireden. Nachschläge könnten nur mit ,,Spekulation auf Wohlverhalten der Unternehmer" gefordert werden. ,,Bis heute habe die IGM nicht die Absicht, Tarifverhandlungen auf Wohlverhalten der Unternehmer hin zu beginnen." – **Mannheim, 5.7.79, BBC.** Auf der 2. Betriebsversammlung äußerte Betriebsrat Bramm, Nachschlag sei nicht möglich, DAG Betriebsrat Koch schlug alternativ Gewinnbeteiligung durch Belegschaftsaktien vor. – **München, 10.7.79, MAN AG.** Gegen die Forderung nach Nachschlag trat der Betriebsratsvorsitzende Englisch mit einem Vorschlag nach Weihnachtsgelderhöhung auf. IGM-Vertreter Fuchs erklärte, die IGM werde die Preisentwicklung bei den nächsten Tarifverhandlungen berücksichtigen. – **Stuttgart, 10.7.79, Bosch Feuerbach.** Betriebsratsvorsitzender Rau, Mitglied im Hauptvorstand der IGM und Gemeinderatsmitglied der SPD, erklärte auf der Bereichsversammlung für Vertrauensleute gegenüber der Forderung nach 1000 DM Sonderzahlung, bei Bosch gäbe es bereits Arbeits- und Erfolgsprämien, die sie absichtlich auf Juni gelegt hätten, damit sie im Winter tarifpolitische Freiheit hätten. –

**Fürth, 11.7.79 Grundig.** Auf die Forderung nach Nachschlagszahlung und eine Lohnerhöhung von 170 DM/8% mindestens antwortete der Betriebsrat, das käme sowieso nicht in Frage, man hätte schon zuviel zu tun, Kurzarbeit, Rationalisierungen und Entlassungen seien Probleme genug.

## mmenverteilung (IV) –
### entsprechend ‚Leistung'

ten zu dem Zeitpunkt, an dem sie in die kapitalistische Produktion eingesogen werden, durchschnittlich gleich ist. Wenn nun diese in gleicher Weise belastbaren Arbeiter und Angestellten tatsächlich ungleichmäßig belastet würden, d.h. wenn ihnen in unterschiedlichem Ausmaß Leistung abverlangt würde, so müßte der Verschleiß ungleichmäßig sein. Er muß dort hoch sein, wo die Leistung hoch ist, und dort niedrig, wo sie niedrig ist.

– Aus der Statistik kann man aus den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten auf die Lohnhöhe der Arbeiter und Angestellten, die solche Renten erhalten haben, zurückrechnen. Das Ergebnis sieht man im Bild 01, bereits mit freiem Auge erkennt man (vergleiche 03, Lohnverteilung Siemens), daß der Verschleiß in den unteren Entlohnungsklassen stärker ist. Dies, obwohl wir die untersten Entlohnungsklassen gar nicht berechnen konnten, weil Siemens solche Hungerlöhne bloß bei seinen Zulieferern verursacht, gegenüber der eigenen Belegschaft aber nicht durchsetzen kann. In dem Bereich, in dem unsere Berechnung einigermaßen sicher ist, bewegt sie sich zwischen 6% und 0,6%. Der gesellschaftliche Durchschnitt liegt bei etwas über 1%.

Freilich ist diese Rechnung nicht sehr genau, aber exakt ist sie in der Aussage: Es gibt einen Zusammenhang zwischen Arbeitsleistung und Entlohnung. Je höher die Leistung, um so niedriger die Entlohnung. Oft wundert sich der eine oder andere, wenn die Kommunisten sagen: Im Sozialismus

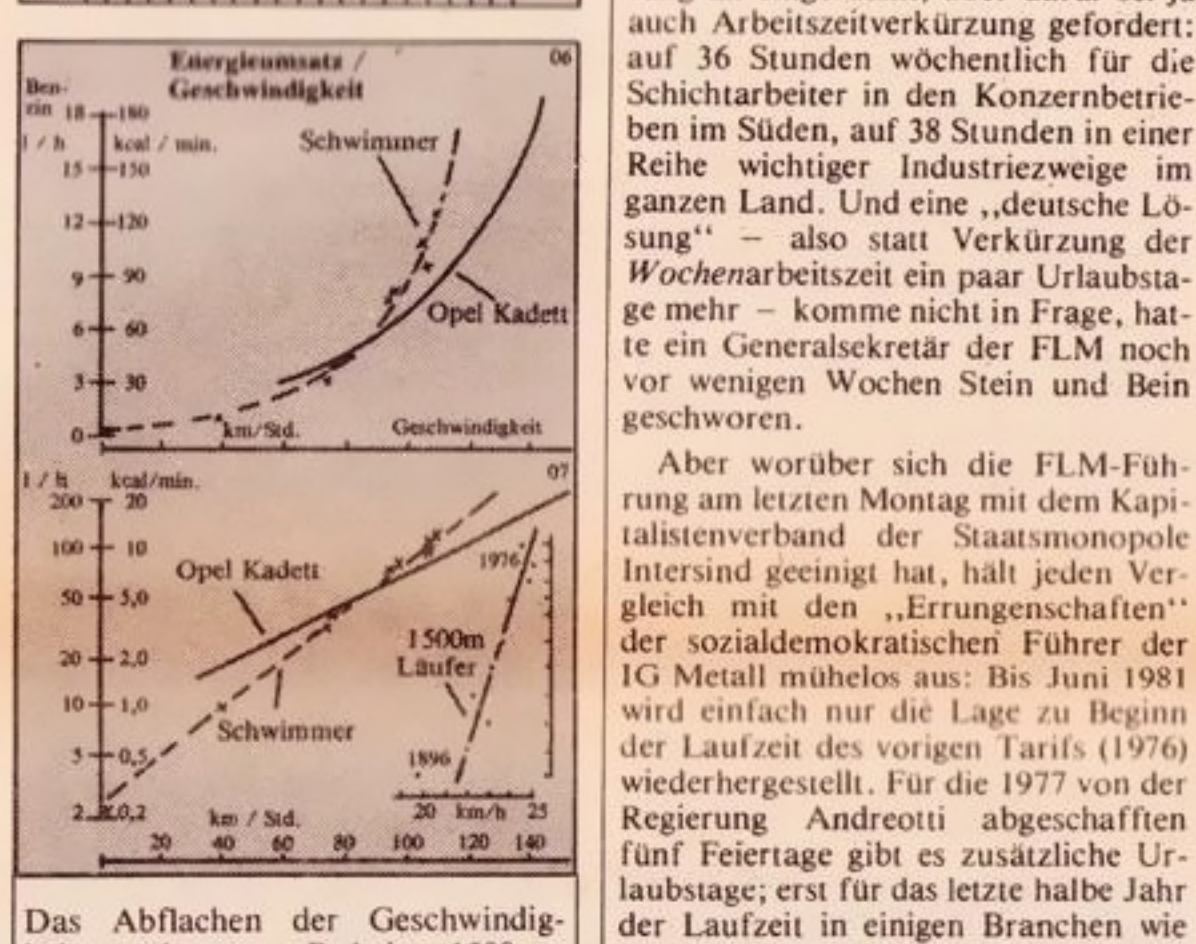
Wenn nun diese in gleicher Weise belastbaren Arbeiter und Angestellten tatsächlich ungleichmäßig belastet würden, d.h. wenn ihnen in unterschiedlichem Ausmaß Leistung abverlangt würde, so müßte der Verschleiß ungleichmäßig sein. Er muß dort hoch sein, wo die Leistung hoch ist, und dort niedrig, wo sie niedrig ist.

– Aus der Statistik kann man aus den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten auf die Lohnhöhe der Arbeiter und Angestellten, die solche Renten erhalten haben, zurückrechnen. Das Ergebnis sieht man im Bild 01, bereits mit freiem Auge erkennt man (vergleiche 03, Lohnverteilung Siemens), daß der Verschleiß in den unteren Entlohnungsklassen stärker ist. Dies, obwohl wir die untersten Entlohnungsklassen gar nicht berechnen konnten, weil Siemens solche Hungerlöhne bloß bei seinen Zulieferern verursacht, gegenüber der eigenen Belegschaft aber nicht durchsetzen kann. In dem Bereich, in dem unsere Berechnung einigermaßen sicher ist, bewegt sie sich zwischen 6% und 0,6%. Der gesellschaftliche Durchschnitt liegt bei etwas über 1%.

Freilich ist diese Rechnung nicht sehr genau, aber exakt ist sie in der Aussage: Es gibt einen Zusammenhang zwischen Arbeitsleistung und Entlohnung. Je höher die Leistung, um so niedriger die Entlohnung. Oft wundert sich der eine oder andere, wenn die Kommunisten sagen: Im Sozialismus
wird jedem nach seiner Leistung gezahlt. Man hält das für wenig radikal. Aber die Verwirklichung dieses Prinzips ‚Lohn nach Leistung' würde tatsächlich das Oberste zuunterst kehren und ist bloß im Zusammenhang einer politischen Revolution möglich, in der die Arbeiterklasse die politische Macht ergreift.




Das Abflachen der Geschwindigkeitszunahme – z.B beim 1500 m Lauf der Olympiaden (05) –, der Benzinverbrauch bei einem Auto (Kadett; 06) sowie der Energieumsatz eines Schwimmers in Abhängigkeit von der Geschwindigkeit (06) beruhen alle auf dem allgemeinen Gesetz, daß eine Erhöhung der Geschwindigkeit eine stets wachsende – exponentielle – Erhöhung des Energieauf-




Das Abflachen der Geschwindigkeitszunahme – z.B beim 1500 m Lauf der Olympiaden (05) –, der Benzinverbrauch bei einem Auto (Kadett; 06) sowie der Energieumsatz eines Schwimmers in Abhängigkeit von der Geschwindigkeit (06) beruhen alle auf dem allgemeinen Gesetz, daß eine Erhöhung der Geschwindigkeit eine stets wachsende – exponentielle – Erhöhung des Energieauf-
wands erfordert (07): Ein Arbeiter hat beim Lastentragen einen Energieumsatz von 18 kcal/min. Das entspricht beim Schwimmen etwa 55 m/min Geschwindigkeit (07). Bei dieser Anstrengung erfordert eine Erhöhung der Geschwindigkeit um 10% eine Erhöhung des Energieaufwandes um 20%.

# ,,Die 30000 Lire reichen nicht mehr aus!"

### Streiks der italienischen Metallarbeiter / Löhne bei Fiat 43% niedriger als bei VW

*z.ulg.Rom.* In pausenlosen Verhandlungen war der italienische Ehrenberg, Arbeitsminister Scotti, am Wochenende bemüht, die Interessen der Metallarbeiter zu verschlichten. Seit Jahresbeginn ist der alte Tarif ausgelaufen. Nachdem die Metallkapitalisten die Verhandlungen zunächst bis hinter die Wahlen verschleppt hatten, meinen sie die Arbeiter nun in der Zwickmühle zu haben: ein schlechter Abschluß jetzt oder Vertagung der Verhandlungen auf den September, hinter die Werksferien.

Mit der Demonstration der 300000 am 22. Juni in Rom und mit fast täglichen Streiks seitdem haben die Metallarbeiter in den letzten Wochen versucht, diese Zwickmühle zu sprengen. Angesichts der im Dezember von der Gewerkschaftsführung durchgedrückten Forderungen ist das nicht einfach: Die Lohnforderung von auf die dreijährige Laufzeit gerechnet durchschnittlich 30000 Lire (66 DM) wird den dauernden Lohnsenkungen nicht Einhalt gebieten können. Seit Monaten ist die Teuerungsrate wieder im Steigen. Im Juni lag der offizielle Lebenshaltungskostenindex für Arbeiter- und Angestelltenhaushalte 14,7% über dem Vorjahr.

Daß die Lohnforderung ,,maßvoll" ist, haben die Führer der FLM von Anfang an eingeräumt, aber dafür sei ja auch Arbeitszeitverkürzung gefordert: auf 36 Stunden wöchentlich für die Schichtarbeiter in den Konzernbetrieben im Süden, auf 38 Stunden in einer Reihe wichtiger Industriezweige im ganzen Land. Und eine ,,deutsche Lösung" – also statt Verkürzung der *Wochen*arbeitszeit ein paar Urlaubstage mehr – komme nicht in Frage, hatte ein Generalsekretär der FLM noch vor wenigen Wochen Stein und Bein geschworen.

Aber worüber sich die FLM-Führung am letzten Montag mit dem Kapitalistenverband der Staatsmonopole Intersind geeinigt hat, hält jeden Vergleich mit den ,,Errungenschaften" der sozialdemokratischen Führer der IG Metall mühelos aus: Bis Juni 1981 wird einfach nur die Lage zu Beginn der Laufzeit des vorigen Tarifs (1976) wiederhergestellt. Für die 1977 von der Regierung Andreotti abgeschafften fünf Feiertage gibt es zusätzliche Urlaubstage; erst für das letzte halbe Jahr der Laufzeit in einigen Branchen wie der Stahl-und Autoindustrie weitere fünf Urlaubstage.

In einer Präambel wird den Staatsmonopolen zudem noch ,,normale Flexibilität in der Nutzung der Arbeitsleistungen (Überstunden, Schichten, innerbetriebliche Flexibilität usw.) im Rahmen der tariflichen Bestimmungen" zugestanden. Mit dem dazu vorgesehenen ,,zügigen Rückgriff auf die

fang an eingeräumt, aber dafür sei ja auch Arbeitszeitverkürzung gefordert: auf 36 Stunden wöchentlich für die Schichtarbeiter in den Konzernbetrieben im Süden, auf 38 Stunden in einer Reihe wichtiger Industriezweige im ganzen Land. Und eine ,,deutsche Lösung" – also statt Verkürzung der *Wochen*arbeitszeit ein paar Urlaubstage mehr – komme nicht in Frage, hatte ein Generalsekretär der FLM noch vor wenigen Wochen Stein und Bein geschworen.

Aber worüber sich die FLM-Führung am letzten Montag mit dem Kapitalistenverband der Staatsmonopole Intersind geeinigt hat, hält jeden Vergleich mit den ,,Errungenschaften" der sozialdemokratischen Führer der IG Metall mühelos aus: Bis Juni 1981 wird einfach nur die Lage zu Beginn der Laufzeit des vorigen Tarifs (1976) wiederhergestellt. Für die 1977 von der Regierung Andreotti abgeschafften fünf Feiertage gibt es zusätzliche Urlaubstage; erst für das letzte halbe Jahr der Laufzeit in einigen Branchen wie der Stahl-und Autoindustrie weitere fünf Urlaubstage.

In einer Präambel wird den Staatsmonopolen zudem noch ,,normale Flexibilität in der Nutzung der Arbeitsleistungen (Überstunden, Schichten, innerbetriebliche Flexibilität usw.) im Rahmen der tariflichen Bestimmungen" zugestanden. Mit dem dazu vorgesehenen ,,zügigen Rückgriff auf die
Provinz- und (wenn nötig) die nationale Ebene" sollen die Befugnisse der Fabrikräte, die oft den Widerstand gegen Schichtarbeit und Überstunden organisiert haben, beschnitten werden. Der Abschluß entspricht weitgehend dem ,,Vermittlungsvorschlag" des Arbeitsministers. Über Lohn und Lohngruppen wird noch verhandelt.

Am Tag nach diesem Abschluß sind wir in Turin, am Fiat-Hauptwerk Mirafiori, mit fast 55000 Beschäftigten der größte Metallbetrieb Italiens. In allen Turiner Werken zusammengenommen beutet der Fiat-Konzern mehr als 120000 Lohnabhängige aus. Davon ist freilich nicht einmal ein Drittel gewerkschaftlich organisiert. Die FLM hat für beide Schichten zu einem vierstündigen Streik aufgerufen. Denn die privaten Metallkapitalisten wollen sich nicht einmal dem Intersind-Abschluß anschließen. Sie verlangen eine ,,Garantieklausel", nach der die zusätzlichen Urlaubstage direkt an die ,,freie Verfügbarkeit" von Überstunden und Schichtarbeit geknüpft werden sollen.

Um 14.50 Uhr beginnt der Streik. Rasch sammeln sich einige hundert Arbeiter vor dem Tor Nr. 18, der Streik wird geschlossen befolgt. Die meisten Arbeiter sind unzufrieden mit dem Abschluß. Seit dem Beginn des Tarifkampfes haben sie durchschnittlich 120 Stunden gestreikt. Das bedeutet volle drei Wochen Lohnverlust, denn Streikunterstützung gibt es in Italien nicht. Vielleicht wären drei Wochen an einem Stück wirksamer gewesen, meinen manche. Wenigstens ist seit zwei Wochen die Auslieferung fertiger Autos vollständig blockiert. Streikposten zeigen uns die riesigen Kolonnen beladener Lkws auf den Höfen.

Für Mittwoch hat der Spitzenverband der privaten Kapitalisten Confindustria eine Leitungssitzung einberufen, um über das weitere Vorgehen zu beschließen. Die FLM ruft aus diesem Anlaß erneut zu dreistündigen Streiks

gen uns die riesigen Kolonnen beladener Lkws auf den Höfen.

Für Mittwoch hat der Spitzenverband der privaten Kapitalisten Confindustria eine Leitungssitzung einberufen, um über das weitere Vorgehen zu beschließen. Die FLM ruft aus diesem Anlaß erneut zu dreistündigen Streiks
und zu einer Dauerkundgebung vor dem Gebäude des Turiner Industriellenverbandes auf. Nacheinander treffen die Demonstrationszüge aus den verschiedenen Fabriken ein. Meist sind sie mit kurzerhand requirierten Bussen und Straßenbahnen zur Kundgebung gefahren. ,,Rauf, rauf, rauf, die 30000 Lire reichen nicht mehr aus!' – mit diesem Sprechchor treffen die Arbeiter der Pressen von Mirafiori ein.

Einer ihrer Vertrauensleute formuliert die Mindestforderungen für einen Abschluß: 30000 Lire, keine Lira weniger; Zahlung rückwirkend ab 1. Januar; keine Überstunden. Wenn die Confindustria die Verhandlungen weiter mit der Forderung nach einer ,,Garantieklausel" blockiert, sollen die Gewerkschaftsbünde am Montag zum Generalstreik in allen Industriezweigen aufrufen. Allgemeiner Beifall. Am Abend beschließt der Fabrikrat von Fiat-Mirafiori in diesem Sinn.

Ein Arbeiter der Ecklohngruppe 3 hat uns seinen Lohnzettel gezeigt. Mit allen Zuschlägen kommt er monatlich auf knapp 450000 Lire (1000 DM). Nach einer Publikation der Fiat-Kapitalisten können sie aus einem Arbeiter jährlich zwar nur drei Viertel der Arbeit herauspressen, auf die es die VW-AG bringt, doch die ,,Lohnkosten" (einschl. Sozialversicherungsbeiträge) liegen in Turin 43% niedriger als in Wolfsburg.

Die Confindustria hat beschlossen, weiter auf ,,adäquaten und *sicheren* Garantien für die Erhöhung der Produktivität in den Betrieben" zu bestehen. Das revisionistische Zentralorgan vermeldet diesen Beschluß unter der Überschrift: ,,Metallverhandlungen: festgefahrene Situation überwunden." Mit dem Ablenkungsmanöver ,,Arbeitszeitverkürzung" haben die revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer den Weg zu dem absehbaren schlechten Abschluß bereitet.

duktivität in den Betrieben" zu bestehen. Das revisionistische Zentralorgan vermeldet diesen Beschluß unter der Überschrift: ,,Metallverhandlungen: festgefahrene Situation überwunden." Mit dem Ablenkungsmanöver ,,Arbeitszeitverkürzung" haben die revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer den Weg zu dem absehbaren schlechten Abschluß bereitet.
Doch die Kapitalisten haben die vernichtende Niederlage, die sie den Gewerkschaften in diesem Tarifkampf beibringen wollten, nicht erreicht. Die Kampfkraft der Belegschaften ist ungebrochen. Die Kapitalisten werden das bei den anschließenden betrieblichen Kämpfen merken. Die werden um den *Lohn* gehen.



300000 Metallarbeiter aus ganz Italien demonstrierten am 22. Juni in Rom für ihre Tarifforderungen. Unser Bild zeigt die Abschlußkundgebung.



300000 Metallarbeiter aus ganz Italien demonstrierten am 22. Juni in Rom für ihre Tarifforderungen. Unser Bild zeigt die Abschlußkundgebung.

**Portugal. Die Verhandlungskommissionen der revisionistisch geführten CGTP und der reformistisch bestimmten UGT und die Vertreter der staatlichen Eisenbahn schlossen am 5.7. folgendes Lohnabkommen:** 19,5% für die oberen, maximal 12% für die unteren Lohngruppen. Statt eines Essenszuschusses von 50 Escudos wird ein Leistungszuschlag von 60 Escudos gezahlt. Die amtliche Inflationsrate betrug für April '79 23%. Der Grad der Vereinheitlichung und die Aktionen der Streikenden (vgl. KVZ 25, S.5) reichten zunächst nicht zur Verhinderung der vom Internationalen Währungsfonds von Portugal geforderten Lohnraubpolitik (u.a. Begrenzung des Lohnzuwachses auf 20%).

*z.nop.* **Griechenland: Anfang Juli hat die Regierung Karamanlis einen Katalog von sog. Energiesparmaßnahmen beschlossen, u.a. Benzin- und Elektrizitätspreiserhöhungen sowie Wochenendfahrverbote und eine neue Arbeitszeitregelung für den öffentlichen Dienst, Banken und andere Wirtschaftszweige.** Die in Griechenland traditionelle und vor allem in den heißen Sommermonaten notwendige längere Mittagspause soll gestrichen, die Arbeitszeit damit komprimiert und die Ausbeutungsbedingungen EG-Maßstäben angepasst werden. Offizielle Begründung: Vermeidung des Stoßverkehrs über Mittag. Bereits im März 1977 hatte die Regierung versucht durchgehende, ,,dem EG-Bereich angepaßte" Geschäftszeiten einzuführen und sich damit einen massiven Streik der Verkäufer eingehandelt. Sofort nach Bekanntwerden ihres jetzigen Vorstoßes sind die Bankangestellten in einen unbefristeten Streik getreten.

*z.acr.London.* **700 Beschäftigte in fünf Computerzentralen der Midland Bank begannen am 9.7. eine Serie von 24- und 32-Stunden-Streiks.** Der Streik ist Teil eines Aktionsprogramms, mit dem die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung für die 200000 Beschäftigten der fünf größten britischen Banken durchsetzen wollen. Die Kapitalisten bieten 12,5% und Zulagenerhöhungen. Die Gewerkschaften erklärten, sie würden nur über 15% abschließen. Sie planen für die nächsten Wochen, den Streik auszuweiten und in den Londoner Bankzentralen eintägige Streiks, Überstundenstreiks und Dienst nach Vorschrift durchzuführen. Ihr Kampf richtet sich gegen den Angriff der Kapitalisten auf den Lohnstandard und die Arbeitszeit der Bankangestellten. Barclays Bank z.B. hatte 1978 angekündigt, in den nächsten zwölf Jahren 130 von ca. 3000 Filialen zu schließen und 480 zu reorganisieren. Die Kapitalisten sind jetzt dabei, Bankkaufleute zu entlassen und teilweise durch billigere angelernte Arbeitskräfte an Datenverarbeitungsgeräten zu ersetzen. Sie planen, kompliziertere Bankgeschäfte auf wenige Filialen zu konzentrieren und in den anderen nur ,,einfache" Geschäfte durchzuführen. Die schlechter bezahlten Beschäftigten wollen sie für den ,,Dienst am Kunden" zu ,,flexibleren" Öffnungszeiten ,,gewinnen", also durch Überstunden und Samstagsarbeit mehr ausbeuten.

*z.rül.* **Seit dem 3. Juni streiken 7500 Arbeiter in drei Aluminiumhütten des kanadischen Alcan-Monopols in Quebec.** Sie fordern einen zweijährigen Tarifvertrag mit Lohnerhöhungen von umgerechnet 400 DM im ersten Jahr, 92 DM plus einem Inflationszuschlag von 305 DM im zweiten Jahr sowie eine Änderung der Schichten und höhere Renten. Gegenwärtig verdienen sie im Durchschnitt 1313 kanadische Dollar, das sind umgerechnet 2060 DM brutto. Alcan ist mit einem Umsatz von 3,2 Mrd. US-Dollar (6,45 Mrd. DM) 1978 und einer jährlichen Aluminiumproduktion von 1,34 Mio. Tonnen eines der größten Aluminiummonopole der Welt (Weltproduktion 1977: 13,6 Mio. Tonnen). 40% der Aktien des Konzerns sind in US-Besitz. Durch ihren Streik legen die Arbeiter Werke mit einer Jahreskapazität von 599000 Tonnen lahm. Die Kapitalisten zwingen seit dem 3. Juni die 1200 Angestellten der drei Werke in Quebec mit den Antistreikgesetzen der Regierung zu Streikbrecherarbeiten. Sie bieten eine Lohnerhöhung von 467 kanadischen Dollar (umgerechnet 733 DM) an, die stufenweise im Laufe eines *drei*jährigen Vertrags gezahlt werden soll, mit einer ersten Lohnerhöhung von 173 Dollar (ca. 272 DM). Bei einer Inflationsrate von gegenwärtig über 10% (offiziell, bei Lebensmitteln sogar 15%) bedeutet das eine glatte Lohnsenkung. In einer Abstimmung Ende Mai hatten die Arbeiter dieses Angebot mit 80% Nein-Stimmen abgelehnt und den unbefristeten Streik beschlossen.

*z.mih.* **Senkung des Rentenalters in Polen: Lohnkürzung.** Die VR Polen hat das Rentenalter für Arbeiter von Berufsgruppen mit besonders hohem Ausbeutungsgrad und hoher Gesundheitsschädlichkeit um fünf Jahre gesenkt – Frauen von 55 auf 50 und Männer von 60 auf 55 Jahre. Sie können nach 30 bzw. 35 Arbeitsjahren vorzeitig auf Rente gehen, wenn sie davon mindestens 15 Jahre eine besonders schwierige oder gefährliche Arbeit ausgeführt haben. Das betrifft die Beschäftigten im Bergbau, der Stahlindustrie, der chemischen und der Textil-Industrie, bei der Herstellung von Dünge- und Lösungsmitteln, in der Hochseefischerei, der See- und Luftfahrt, bei der Abwässerbeseitigung, der Feuerwehr und Berufen mit typischen Berufskrankheiten. Diese zweite Senkung des Rentenalters seit 1968 ist ein Beweis für den wachsenden Grad der Ausbeutung. Rentenanspruch besteht nach 20 Arbeitsjahren. – Die Rentenbemessungsgrundlage ist der Durchschnittsverdienst der letzten 12 Monate der Beschäftigung bzw. von 24 selbstgewählten Monaten der letzten 12 Jahre. 1978 betrug die Altersrente 90% der Bemessungsgrundlage bis 2000 Zloty sowie 45% der Bemessungsgrundlage über 2000 Zloty, so daß der Unterschied zwischen Lohn und Rente groß ist – der durchschnittliche Monatslohn in Polen beträgt 4384 Zloty, die Rente im Durchschnitt 1936 Zloty. Der größte Teil der Rentner muß weiterarbeiten. Doch wer teil-oder vollbeschäftigt jährlich mehr als 24000 Zloty, bei bestimmten Berufen mehr als 36000 Zloty, verdient, dem wird die Rente ganz bzw. bis auf die Differenz zusammengestrichen. Unterm Strich stehen Rentenkürzung und Lohnsenkung á la Ehrenberg.

## Afrika-Spezialist der Bundesregierung vor Westberliner Studenten

*r.gam.* Der seit zwei Jahren amtierende Beauftragte für Afrikapolitik beim Auswärtigen Amt, Dr. Müller, sprach auf Einladung des Seminarleiters an der Westberliner Fachhochschule für Wirtschaft. Müller hat über zehn Jahre Afrikaerfahrung, zunächst als Botschafter, dann Abteilungsleiter beim AA-Referat Ost- und Südostafrika. Einigen Studenten war er als der Müller bekannt, der letztes Jahr das Gutachten unterschrieb, das ein Gericht eingeholt hatte, um die Sammlung für eine ZANLA-Kompanie zu verbieten und die Beschlagnahmung von 105000 DM ZANU-Gelder zu bestätigen.

Müller erläuterte, was für eine „Partnerschaft“ die Bundesregierung mit den unabhängigen Ländern Afrikas anstrebt, eine solche, die eine gewisse Einflußnahme von seiten der Bundesregierung, „wie die anderen es auch machen“, sowie „Mithilfe zum Management größerer Krisen“ einschließt. Wirtschaftliche Stabilität sei ja nur möglich in einer konfliktfreien Atmosphäre. Freimütig bekannte er sich zum Handel mit Südafrika und zum Kapitalexport dahin – „sonst machen andere das Geschäft“. Auf Fragen hin, wie sich die Bundesregierung zu den Beschlüssen der UNO-Generalversammlung verhält, die den vollständigen Wirtschaftsboykott Südafrikas vorsehen, erklärte er unverblümt, Beschlüsse der Generalversammlung seien nicht so wichtig.

Fragen zur Beschlagnahmung der ZANU-Gelder förderten zutage, wem die Partnerschaft der Bundesregierung gilt. Müller sah in der Sammlung für eine ZANLA-Kompanie eine vom KBW ausgekochte Provokation. Er verteidigte das Sammlungsverbot wegen des Sicherheitsinteresses der Bundesrepublik. Außerdem sprach dies ein „unabhängiges Gericht“ aus. Das kurz danach verfügte Einreiseverbot für ZANU-Vertreter verstehe sich nach dieser „Provokation“ von selbst. Ihrerseits aber sucht die Bundesregierung das Gespräch mit den Befreiungsbewegungen und Müller rühmte sich mehrfach seiner Kontakte zur ZANU. Seine Ausführungen dokumentieren die Bemühungen der westdeutschen Imperialisten, sich einmal bei den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika anzubiedern, deren Kampf Fortschritte macht, und gleichzeitig die materielle und politische Unterstützung derselben Bewegungen durch das Volk in Westdeutschland zu unterbinden.

## Zionisten halten die Bir Zeit Universität geschlossen

*z.joh.* Die Zionisten halten seit dem 3.5.79 die palästinensische Universität Bir Zeit auf den Westbanks geschlossen. Gegen das Camp-David-Abkommen des US-Imperialismus, seine Satrapen Israel und Ägypten, haben die palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten Ende März mit dem Generalstreik ihre geschlossene Ablehnung demonstriert. Zahlreiche Aktionen werden gegen die Siedlungsoperationen der israelischen Landräuber durchgeführt. Die Studenten von Bir Zeit hatten am 1. und 2. Mai die Kolonialisten angegriffen, Steine auf ihre Fahrzeuge geworfen, Barrikaden errichtet und die palästinensische Flagge gehißt. Die Besatzungsmacht hat das Universitätsgelände besetzt, den Studenten wurde das Betreten verboten, Studentenausweise eingezogen und die Studenten langen Verhören unterzogen, wenn sie sie zurückforderten; über 70 wurden festgehalten. Bir Zeit ist seither geschlossen, die Rektorin Dr. Nasser wurde ausgewiesen. Das palästinensische Schulwesen und die drei palästinensischen Universitäten von Bir Zeit, Bethlehem und al Nagah (ca. 2500 Studenten) sind wichtige Bastionen des palästinensischen Volkes und seines Widerstandes gegen die Besatzer. Zu den Aufgaben der Universität hat Dr. Nasser erklärt: „... sehr wichtig ist das Studium der arabischen und israelischen Gesellschaft, um die sozialen, die wissenschaftlichen, kulturellen und philosophischen Grundlagen zu erkennen, auf denen die Gesellschaft des Feindes basiert.“ Zur Durchführung ihrer Eroberungszüge trachten die Zionisten danach, die Selbständigkeit des palästinensischen Volkes zu zerstören. Sie haben nicht nur Bir Zeit geschlossen, sondern auch palästinensische Berufs- und Oberschulen in anderen Orten, z.T. vorübergehend. A. Frangi, Vertreter der PLO bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn, hat in einem Offenen Brief aufgerufen, den Kampf für die Wiedereröffnung von Bir Zeit zu unterstützen. Darin heißt es: „In London wurde die Gesellschaft ‚Freunde der Universität Bir Zeit‘ gegründet. Wir schlagen Ihnen vor, ähnliche Gründungen ... zu veranlassen. Diese Gesellschaften können dann direkt mit der Bir Zeit Universität in Verbindung treten, Patenschaften für einzelne Fakultäten übernehmen ... Die Hochschulen im besetzten Palästina sind wichtige Institutionen des palästinensischen Volkes im Kampf für sein Selbstbestimmungsrecht.“ Das Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule Bonn hat sich am 26.6. mit diesem Kampf solidarisch erklärt.

# Jugendämter: Knotenpunkte des Staatsapparats zur Bespitzelung und Unterdrückung

*z.gid.* Ein fein abgestufter Katalog von Erziehungsmaßnahmen, die von der Beratung bis zur Einlieferung ins Heim reichen, steht den Jugendämtern zur Verfügung. Die nachfolgende Tabelle zeigt den qualitativen und quantitativen Umfang der Tätigkeiten dieses Amtes:

Unterdrückungstätigkeit der Jugendämter im Bundesgebiet 1976

| | |
|---|---|
| Minderjährige unter Pflegeaufsicht | 68576 |
| Amtspflegschaft | 330233 |
| Amtsvormundschaft | 74508 |
| Pflegschaft und Beistandsschaft der Jugendämter | 95350 |
| Erziehungsbeistandsschaft | 6854 |
| Freiwillige Erziehungshilfe | 18034 |
| Fürsorgeerziehung | 5954 |
| Hilfe zur Erziehung | 122568 |
| Vaterschaftsfeststellungen | 38618 |
| Mitwirkung bei Adoptionen | 9551 |
| Erziehungs- und Jugendberatungsstellen: | 946 |

(Quelle: Statistisches Jahrbuch 1978)

Unter die Amtsvormundschaft, Amtspflegschaft und Beistandsschaft der Jugendämter zu fallen, bedeutet für den betroffenen Jugendlichen, der fast vollständigen Kontrolle zu unterliegen. Keine Entscheidung, die ohne das Jugendamt getroffen werden könnte. Die „freiwillige Erziehungshilfe“ ist nur so lange freiwillig, wie ihr kein Widerstand entgegengesetzt wird, und die „Hilfe zur Erziehung“ reicht von der Beratung bis hin zur Heimerziehung. Nimmt man die Anzahl der 1976 lebenden Kinder und Jugendlichen im Alter von 1-18 Jahren und die Zahl derer, die vom Jugendamt erfaßt sind, unterstehen 6,7% aller Minderjährigen der direkten Kontrolle dieses Amtes. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß ein Großteil von ihnen mehrere Stationen hintereinander durchlaufen hat. In der Weimarer Verfassung (1919) ist zum ersten Mal in Art. 120 die Kontrolle über die Erziehung durch den Staatsapparat als Verfassungsauftrag festgelegt. Die gesetzliche Ausführung erfolgte 1924 mit der Verabschiedung des Reichsjugendwohlfahrtgesetzes. Seither hat die herrschende Klasse diese Institution ausgebaut und hat die Methoden der Bespitzelung und des Drucks auf die Arbeiterfamilien und deren Kinder immer weiter ausgefeilt. Jeder Kreis muß ein Jugendamt errichten, die Landesjugendämter sind zuständig für die einheitliche Handhabung des Jugendhilferechts und die Fürsorgeerziehung.

Mit der Beratung im Jugendamt beginnt die Bespitzelung, die Sachbearbeiter müssen Gesprächsnotizen machen und abheften. Diese Notizen sind 5 Jahre aufzubewahren, damit sie bei weiterer Überwachung des Jugendlichen oder seines Elternhauses jederzeit griffbereit sind. Halten die Sozialarbeiter aufgrund der Richtlinien, ab wann ein Jugendlicher gefährdet ist, weitergehende Erziehungsmaßnahmen für erforderlich, muß eine Akte angelegt werden. Da das Jugendamt zuständig ist für alle Minderjährigen im Kreis, baut es seine Unterabteilungen in den Stadtteilen aus als „Sozialstationen, Erziehungs- und Drogenberatungsstellen, Mütterberatungsstellen“ etc. Besetzt mit einem Einsatzstab von Psychologen, Psychagogen, Ärzten, Sozialarbeitern und Schreibkraft, untersuchen sie die Struktur des Stadtteils. Sie sollen aufsässige Jugendliche und Arbeiterfamilien mit niedrigem Lohnniveau aufspüren. Auf diese richtet sich dann der Schwerpunkt ihrer Aufmerksamkeit. Mit wissenschaftlichen Methoden wie psychologischer Bearbeitung und anschließendem psychagogischem Training (Psychagogik laut Duden: Führung durch seelische Beeinflussung) sollen die Widersprüche abgestumpft und die Interessen im Sinne der Bourgeoisie umgepolt werden. Zusätzliche Sichtung durch Ärzte, während die Sozialarbeiter alle ausquetschen, die mit den betroffenen Familien Kontakt haben und Weiterleitung der gewonnenen Erkenntnisse an die Jugendamtsleitung – so entfalten diese Stationen ihre Kräfte. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist Teil der Amtshilfepflicht unter den Behörden und wird auch praktiziert. Allein in Frankfurt gibt es 17 städtische und 19 kirchliche Einrichtungen dieser Art.

Suchen Jugendamtsvertreter eine Familie oder einen Jugendlichen auf, kommt ihre qualifizierte Ausbildung voll zur Geltung. Ein Soziogramm der Familie wird angefertigt und kommt zu den Akten: Persönlichkeitsbeschreibung, äußerliches Erscheinungsbild, Auftreten und Verhalten, besondere Gewohnheiten, Beziehung innerhalb der Familie, und, worauf es besonders ankommt ist, die Bereitschaft, mit dem Jugendamt zusammenzuarbeiten. Bei Sachverständigenaussagen des Jugendamtes vor Gericht ist diese Bereitschaft ausschlaggebend für die weitere Prognose über die Entwicklung des Jugendlichen – Ausdruck dafür, daß die Unterwerfung gelungen ist.

Muß eine Arbeiterfamilie ihr Kind während der Arbeitszeit in Pflege geben, weil Kindergartenplätze fehlen – ohne Jugendamt geht es nicht. Eltern und Pflegeeltern werden wie oben begutachtet, das Kind von Psychologen und Ärzten untersucht, und ein polizeiliches Führungszeugnis muß beigeschafft werden. Erst dann erteilt das Jugendamt widerrufliche Pflegeerlaubnis. Mit Geldstrafen bis zu 1000 DM wird bestraft, wer sich dieser Schikane widersetzt. Das Jugendhilferecht der Sozialdemokraten, von Antje Huber gepriesen als eine „grundlegende Reform“ gegenüber dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, übertrifft letzteres zumindest in der Heimtücke: Ausbau der Sozialstationen als flächendeckendes Spitzelnetz. Ergänzung der verhaßten Jugendpolizisten mit „street-workers“, das sind Sozialarbeiter, die in Stadtteilen mit viel Arbeiterjugend auf der Straße herumstreunen und die Jugendlichen auf die verständnisvolle Art anmachen sollen. Und eine weitere Variante: Sozialarbeiter, die sich in diesen Wohngebieten einmieten sollen, um gleich bei der Hand und über alles informiert zu sein. Als Abkehr von der Heimerziehung propagiert das Familienministerium die „offenen Wohngruppen“ – tatsächlich geht die Polizei in diesen Wohnungen ein und aus. Wer in eine solche Wohngruppe eingewiesen wird, hat nicht lange Illusionen. Längere Arbeitslosigkeit oder zu viele Fehltage im Betrieb führen schnell wieder zurück ins Heim oder in den Jugendknast, es ist ja nicht so, daß sie abgeschafft wären.

(Material aus: Handbuch für die Jugendhilfe und Sozialgesetzbuch-Entwurf, Dienstanweisungen des Jugendamts Frankfurt).

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

**Kommunistische Volkszeitung**

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr. 261, Teil. 0421/6160455
KJB Wilhelmshaven

Schulen Kreis Wilhelmshaven
18. Juni 1979
25b2a0250n

## Fachhochschule für Sozialpädagogik: Religionslehrer in Gewissensnöten

„Der Unterricht soll den Schüler zur Tätigkeit in der sozialpädagogischen Praxis befähigen“, lautet das Ziel der Erzieherausbildung. Für das Fach Religion liegen noch keine Richtlinien vor, und der Religionsunterricht stützt sich, bis sie nachgereicht werden, auf die Forderung: „In den Fächern Religion (...) werden (...) didaktische und methodische Voraussetzungen und Probleme der sozialpädagogischen Praxis aufgegriffen und in einen Begründungszusammenhang gestellt.“ (Vorläufige Richtlinien für den Unterricht an Fachschulen – Sozialpädagogik –, S. 3) Religionslehrer Juvena hat in diesem Sinne als Abschluß einer Unterrichtseinheit über das „christliche Menschenbild“ folgende Klassenarbeit schreiben lassen:

„Arbeitsanweisungen:

1) Beschreiben Sie drei unterschiedliche Merkmale des christlichen Menschenbildes!

2) Geben Sie an, wo in der Bibel Sie diese Merkmale gefunden haben! (Zitate, Stellenangaben)

3) Welche Folgerungen für die Erziehung müßten Ihrer Meinung nach aus den einzelnen Merkmalen gezogen werden? (Erziehungsgrundsätze, Erziehungsziele, Erziehungsmethoden)“

Als Beispiel gab er das Merkmal „Gleichberechtigung von Mann und Frau“ an, das aus 1. Mose 1,27 herzuleiten sei, und aus dem als Erziehungsgrundsatz die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen folge. So ganz vertraute er jedoch nicht darauf, mit diesem gefälligen Beispiel das Ansehen kirchlicher und christlicher Erziehung retten zu können; er bot den „Marxisten unter Ihnen“ an, wahlweise stattdessen Entsprechendes für das marxistische Menschenbild zu bearbeiten.

Hoffte er darauf, daß die Schüler die durch und durch reaktionäre Tradition der Kirche und des Christentums besonders in Deutschland nicht kennen? Schon immer haben die Kirchenfürsten im Dienst und Sold der Ausbeuterklassen gestanden und die ideologische Begründung für die blutige Niederwerfung der aufständischen Volksmassen geliefert. Martin Luther z.B. schrieb in den Bauernkriegen: „Denn über einen offenbaren Aufrührer ist ein jeglicher Mensch beides, Oberrichter und Scharfrichter. Gleich als wenn ein Feuer angeht, wer am ersten löschen kann, der ist der Beste. Denn Aufruhr ist nicht ein schlichter Mord, sondern wie ein großes Feuer, das ein Land anzündet und verwüstet; also bringt Aufruhr mit sich ein Land voll Mord und Blutvergießen und macht Witwen und Waisen und zerstört alles wie das allergrößte Unglück. Darum soll hier zerschmeißen, würgen und stechen, heimlich oder öffentlich, wer da kann, und gedenken, daß nichts Giftigeres, Schädlicheres, Teuflischeres sein kann als ein aufrührerischer Mensch; gleich als wenn man einen tollen Hund totschlagen muß; schlägst du nicht, so schlägt er dich und das ganze Land mit dir...“ (Martin Luther, Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern). Und was anderes ist die päpstliche Enzyklika „Rerum Novarum“, in der für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft behauptet wird: „Der sozialistische Lösungsvorschlag (der sozialen Frage, Anm. d. Red.) ist ungerecht, weil gegen das *Naturrecht* des Sondereigentums gerichtet“, und wo zur Lösung der „sozialen Frage“ der „Gedanke ans Jenseits“ und die Almosenpflicht“ propagiert werden?

So war der Schreck für Juvena groß, als er in einer Religionsarbeit zu lesen bekam, daß ein Ziel christlicher Erziehung Duldsamkeit und Unterwerfung ist – was auch gleich mit einer Bibelstelle belegt wurde: „Mein Sohn, fürchte den Herren und den König und menge dich nicht unter die Aufrührer; denn plötzlich wird sie das Verderben treffen, unversehens von beiden her das Unheil kommen“ (Sprüche 24,21) – und über die diesem Ziel dienenden Erziehungsmethoden belehrt wurde: Notengebung,, Zeugnisse, Spaltung, Leistungsdruck, Angst, 10 %-Klausel in der Ausbildungsverordnung für die FFSP (wer 10 % des Unterrichts versäumt, soll nicht versetzt werden). Und groß war seine Gewissensnot: Mit einer guten Zensur für diese Klassenarbeit würde er derlei böse, unchristliche Gedanken auch noch honorieren – mit einer schlechten Note jedoch würde er zugeben, daß zutrifft, was in der Arbeit entwickelt wurde. So gab er denn auch zu: „Ich kann machen, was ich will, falsch ist es auf jeden Fall.“ Er bot der Schülerin an, ihr eine Kopie der Arbeit zurückzugeben und keine Note zu erteilen. Sollte sie jedoch auf einer Note bestehen, müßte er andere Lehrer hinzuziehen. Davon riete er ihr aber ab, damit sie keine Schwierigkeiten bekommt. Durch die Bitte um eine schriftliche Begründung dafür, daß er sich außerstande sieht, die Arbeit allein zu zensieren, fühlte er sich unter Druck gesetzt. Schließlich leitete er die Arbeit an die Schulleitung weiter.

Die Schüler der 1 b haben in den vergangenen Religionsstunden gezeigt, daß sie sich Juvenas Manövern nicht einfach ausliefern. Sein Versuch, sie zu spalten, indem er sie aufforderte, bei den Vorschlägen für die mündlichen Noten nicht nur die mengenmäßige Mitarbeit zu berücksichtigen, sondern auch, ob die Beiträge den Unterricht *vorangebracht* oder *behindert* haben, ging daneben, und die Schüler setzten die Zensuren durch, die *sie* für richtig hielten.

## Hochschulwahlen in Bayern: Stimmengewinne für die Fachschaften

*z.and.* Die bisher bekannten Ergebnisse der Wahlen zu den Hochschulgremien in Bayern zeigen: Im großen und ganzen wurden die Fachschaften und Fachschaftsinitiativen unterstützt. Zumindest, wie an der Universität Augsburg, Listen, die für den Aufbau der Verfaßten Studentenschaft in Bayern gegen die BHG (Bayerisches Hochschulgesetz)-Gremien kandidiert haben. Bei den Wahlen zu den Fachschaftsräten an der Technischen Universität München wurden überhaupt nur zwei Kandidaten in den studentischen Konvent gewählt, die nicht auf der Liste „Fachschaften und AStA“ kandidiert haben. In der Wahlplattform der Fachschaftsliste heißt es: „Die Gremien können weder die Interessen der Studenten sinnvoll vertreten noch können sie von diesen kontrolliert und beauftragt werden. Wir Studenten brauchen deshalb als Interessensvertretung die unabhängigen Organe der Verfaßten Studentenschaft.“

Gewählt wurden die Fachschaften, weil sie, wenn auch noch uneinheitlich, durch Untersuchungen und das Aufstellen von Forderungen am Fachbereich die gewerkschaftlichen Interessen der Studenten zum Ausdruck bringen.

Vor den Wahlen hat die bayerische Staatsregierung auf den Druck der Studentenbewegung hin das BHG novelliert und formell die Fachschaften wieder eingeführt, aber ohne Finanz- und Satzungshoheit und ohne politisches Mandat.

| | 1979 | 1978 |
|---|---|---|
| **Universität Nürnberg/Erlangen** | | |
| Konvent | Sitze | |
| RCDS | 19 | 11 |
| BLLV | – | 1 |
| LSI/SLH | 2 | – |
| MSB | 7 | – |
| MG | 3 | – |
| Fachschaftsinitiativen (FSI) | 22 | 11 |
| AGT (FSI) | 5 | – |
| FS Geo | 3 | 1 |
| *Wahlbeteiligung* | 25,0 % | 30,0 % |
| **Universität Würzburg** | | |
| RCDS | 10 | |
| FSI | 6 | |
| BLLV | 2 | |
| **Universität Augsburg** | | |
| Senat | Stimmanteil | |
| Gewerk. Arbeitskreis Studenten (GAST) | 64,6 % | 55,9 % |
| RCDS | 35,4 % | 44,1 % |
| Versammlung | Stimmanteil | |
| GAST | 50,0 % | 57,0 % |
| RCDS | 43,3 % | 43,3 % |
| LHV | 6,7 % | – |
| *Wahlbeteiligung* | 47,1 % | 36,0 % |
| Konvent | Sitze | |
| GAST | 9 | |
| RCDS | 7 | |
| Unabhängige | 6 | |
| GEW | 4 | |
| **Technische Universität München** | | |
| Versammlung | Sitze | |
| RCDS | 8 | |
| Liste Fachschaften und AStA | 12 | |
| Senat | | |
| RCDS | 2 | |
| Liste Fachschaften | 4 | |
| *Wahlbeteiligung* | 38,0 % | |

„Der Unterricht soll den Schüler zur se stattdessen Entsprechendes für das

sung der „sozialen Frage“ der „Gedanke ans Jenseits“ und die Almosenpflicht“ propagiert werden?

So war der Schreck für Juvena groß, als er in einer Religionsarbeit zu lesen bekam, daß ein Ziel christlicher Erziehung Duldsamkeit und Unterwerfung ist – was auch gleich mit einer Bibelstelle belegt wurde: „Mein Sohn, fürchte den Herren und den König und menge dich nicht unter die Aufrührer;

*z.joh.* Die Zionisten halten seit dem 3.5.79 die palästinensische Universität Bir Zeit auf den Westbanks geschlossen. Gegen das Camp-David-Abkommen des US-Imperialismus, seine Satrapen Israel und Ägypten, haben die palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten Ende März mit dem Generalstreik ihre geschlossene Ablehnung demonstriert. Zahlreiche Aktionen werden gegen die Siedlungsoperationen der israelischen Landräuber durchgeführt. Die Studenten von Bir Zeit hatten am 1. und 2. Mai die Kolonialisten angegriffen, Steine auf ihre Fahrzeuge geworfen, Barrikaden errichtet und die palästinensische Flagge gehißt. Die Besatzungsmacht hat das Universitätsgelände besetzt, den Studenten wurde das Betreten verboten, Studentenausweise eingezogen und die Studenten langen Verhören unterzogen, wenn sie sie zurückforderten; über 70 wurden festgehalten. Bir Zeit ist seither geschlossen, die Rektorin Dr. Nasser wurde ausgewiesen. Das palästinensische Schulwesen und die drei palästinensischen Universitäten von Bir Zeit, Bethlehem und al Nagah (ca. 2500 Studenten) sind wichtige Bastionen des palästinensischen Volkes und seines Widerstandes gegen die Besatzer. Zu den Aufgaben der Universität hat Dr. Nasser erklärt: „... sehr wichtig ist das Studium der arabischen und israelischen Gesellschaft, um die sozialen, die wissenschaftlichen, kulturellen und philosophischen Grundlagen zu erkennen, auf denen die Gesellschaft des Feindes basiert.“ Zur Durchführung ihrer Eroberungszüge trachten die Zionisten danach, die Selbständigkeit des palästinensischen Volkes zu zerstören. Sie haben nicht nur Bir Zeit geschlossen, sondern auch palästinensische Berufs- und Oberschulen in anderen Orten, z.T. vorübergehend. A. Frangi, Vertreter der PLO bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn, hat in einem Offenen Brief aufgerufen, den Kampf für die Wiedereröffnung von Bir Zeit zu unterstützen. Darin heißt es: „In London wurde die Gesellschaft ‚Freunde der Universität Bir Zeit‘ gegründet. Wir schlagen Ihnen vor, ähnliche Gründungen ... zu veranlassen. Diese Gesellschaften können dann direkt mit der Bir Zeit Universität in Verbindung treten, Patenschaften für einzelne Fakultäten übernehmen ... Die Hochschulen im besetzten Palästina sind wichtige Institutionen des palästinensischen Volkes im Kampf für sein Selbstbestimmungsrecht.“ Das Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule Bonn hat sich am 26.6. mit diesem Kampf solidarisch erklärt.

„Hilfe zur Erziehung“ reicht von der Beratung bis hin zur Heimerziehung. Nimmt man die Anzahl der 1976 lebenden Kinder und Jugendlichen im Alter von 1-18 Jahren und die Zahl derer, die vom Jugendamt erfaßt sind, unterstehen 6,7% aller Minderjährigen der direkten Kontrolle dieses Amtes. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß ein Großteil von ihnen mehrere Stationen hintereinander durchlaufen hat. In der Weimarer Verfassung (1919) ist zum ersten Mal in Art. 120 die Kontrolle über die Erziehung durch den Staatsapparat als Verfassungsauftrag festgelegt. Die gesetzliche Ausführung erfolgte 1924 mit der Verabschiedung des Reichsjugendwohlfahrtgesetzes. Seither hat die herrschende Klasse diese Institution ausgebaut und hat die Methoden der Bespitzelung und des Drucks auf die Arbeiterfamilien und deren

Duden: Führung durch seelische Beeinflussung) sollen die Widersprüche abgestumpft und die Interessen im Sinne der Bourgeoisie umgepolt werden. Zusätzliche Sichtung durch Ärzte, während die Sozialarbeiter alle ausquetschen, die mit den betroffenen Familien Kontakt haben und Weiterleitung der gewonnenen Erkenntnisse an die Jugendamtsleitung – so entfalten diese Stationen ihre Kräfte. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist Teil der Amtshilfepflicht unter den Behörden und wird auch praktiziert. Allein in Frankfurt gibt es 17 städtische und 19 kirchliche Einrichtungen dieser Art.

Suchen Jugendamtsvertreter eine Familie oder einen Jugendlichen auf, kommt ihre qualifizierte Ausbildung voll zur Geltung. Ein Soziogramm der Familie wird angefertigt und kommt zu

der Straße herumstreunen und die Jugendlichen auf die verständnisvolle Art anmachen sollen. Und eine weitere Variante: Sozialarbeiter, die sich in diesen Wohngebieten einmieten sollen, um gleich bei der Hand und über alles informiert zu sein. Als Abkehr von der Heimerziehung propagiert das Familienministerium die „offenen Wohngruppen“ – tatsächlich geht die Polizei in diesen Wohnungen ein und aus. Wer in eine solche Wohngruppe eingewiesen wird, hat nicht lange Illusionen. Längere Arbeitslosigkeit oder zu viele Fehltage im Betrieb führen schnell wieder zurück ins Heim oder in den Jugendknast, es ist ja nicht so, daß sie abgeschafft wären.
(Material aus: Handbuch für die Jugendhilfe und Sozialgesetzbuch-Entwurf, Dienstanweisungen des Jugendamts Frankfurt).

**Kommunistische Volkszeitung**

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr. 261, Teil. 0421/6160455
KJB Wilhelmshaven
Schulen Kreis Wilhelmshaven
18. Juni 1979
25b2a0250n

Fachhochschule für Sozialpädagogik: Religionslehrer in Gewissensnöten

## Carter „uneffektiv“ – US-Bourgeois suchen nach starkem Mann

*z.zik.* „Die Leute haben eine Menge schlechte Dinge über Nixon gesagt. Aber niemals nannten sie ihn uneffektiv. Uneffektiv ist das Schlimmste, was man über einen Präsidenten sagen kann, und das sagen die Leute über Carter“, ließ das „Wall Street Journal“ letzte Woche einen Bourgeois zu Wort kommen. Besagter Nixon ließ just darauf anläßlich eines Besuchs beim ehemaligen Schah von Persien die Bemerkung fallen, Carter sei schuld am Verlust des Iran für die USA.

Die US-Bourgeoisie ist nahe daran, Carter fallen zu lassen. Weder hat er bis jetzt seine 7%-Lohnsenkungslinie gegen die amerikanischen Arbeiter durchsetzen können, noch den Verlust des Iran verhindern, noch die OPEC-Preiserhöhung, noch hat er nach der Preiserhöhung entschieden gegen die OPEC gerüstet. „Spekulationen, daß Carter bald mit irgendeinem dramatischen Schritt seine Anti-OPEC-Drohungen wieder aufnehmen wird, wurden enttäuscht.“ („Wall Street Journal“, 10.7.)

Sein jetzt in Camp David ausgebrütetes Konzept des Aufbaus einer Synthetiköl-Industrie habe er wohl von einer Schulfreundin seiner Tochter Amy zugesteckt bekommen, spottet die „Washington Post“. 100 Milliarden Dollar soll es kosten. Zu teuer, winken die Finanziers ab, billiges Öl wollen sie. Und zudem, wie will ausgerechnet Carter die damit verbundene Plünderung der Massen durchsetzen, zumal die entscheidenden Lohnkämpfe dieses Jahres noch ausstehen.

Trotz Ratschlägen seines Oberberaters Eizenstat, „die öffentliche Erregung über die Benzinrationierung gegen die OPEC zu wenden“, ist Carter unentschlossen. „Er hat die Dinge durchzuschütteln oder mit dem Schreiben seiner Memoiren zu beginnen.“ („Washington Post“)

Wer ist der starke Mann, der die „Dinge durchschüttelt“? Die US-Bourgeoisie gibt das Rennen auf den Posten frei.

Da wäre zum Beispiel Edward Kennedy, der jüngste aus dem Kennedy-Clan. Wie sein abrupt aus dem Leben geschiedener Bruder John F. gilt er als „kritisch“ und „sozial“, wird er als Führer des linken Flügels der Demokratischen Partei hochgepäppelt. Wie es sein Bruder den Nordvietnamesen gezeigt hat, könnte er es der OPEC zeigen. Oder vielleicht der in Besatzungsfragen erfahrene General Haig, der eigens zwecks Präsidentschaftskandidatur seinen Posten als Nato-Befehlshaber in Europa aufgegeben hat? Aber die Konkurrenz geht jetzt erst richtig los.

## Madame Veil empfiehlt sich

*z.pel.Paris.* Am 11.7. hat die liberale Fraktion der Europäischen Versammlung die ehemalig- französische Ministerin für Gesundheit und Familie, Simone Veil, zum Kandidaten für die Präsidentschaft der Europäischen Versammlung gewählt. Die christlichen Reaktionäre aller Schattierungen haben ihre Stimme zugesagt, Kanzler Schmidt hat Zustimmung signalisiert. Der Präsident der Europäischen Versammlung ist neben der Sitzungsführung zuständig für die Leitung des Beamtenapparates und ist Präsident des AKP-Rates, der die Verhandlungen mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten der Dritten Welt führt. Madame Veil hat in den fünf Jahren ihrer Ministerschaft die westdeutsche und französische Finanzbourgeoisie von ihren Fähigkeiten für die erforderten Plündereien und Betrügereien überzeugt. Kalt wie eine Hundeschnauze antwortet sie am 4.7. auf die Frage nach dem Wichtigsten ihrer bisherigen Tätigkeit: „... habe ich versucht, unser Pflegesystem neu zu orientieren, um es an neue Bedürfnisse, die aufgetreten sind, und an neue Auffassungen vom Gesundheitswesen anzupassen ... habe ich nach einer mehr und mehr technischen Medizin ... mehr zu einer menschlichen Medizin geneigt.“

Die Bilanz dieser „menschlichen Medizin“: Mit 3,1% Anteil am Bruttoinlandsprodukt liegen 1978 die Ausgaben für Krankenhausaufenthalte ½% unter denen der BRD und Großbritanniens, die Durchschnittsverweildauer fällt auf zwölf Tage, unter die Werte der imperialistischen Konkurrenten, der Sozialversicherungsbeitrag steigt in den letzten drei Jahren um 4%. Der Kostenanstieg bei den Kassen sinkt von 30% 1975 auf 14% 1978. Mit dem dekretierten Nullwachstum bei Pflegestellen für 1979 sucht diese Dame der Pariser Gesellschaft die „neuen Bedürfnisse“ der Schwestern und Pfleger nach Mehrarbeit zu befriedigen. Die Arbeitshetze in den Krankenhäusern hat in Paris die Krankenrate auf 16,4% hochschnellen lassen, die Krankenschwestern bleiben nicht länger als durchschnittlich 4½ Jahre.

Kurz vor ihrem Abgang hat Madame Veil jetzt noch ein Gesetz über die Streichung von 63000 der 600000 Betten wie das jederzeitige Eingriffsrecht der Regierung in die Planung der Krankenhäuser durchs Parlament gebracht. Am 27.6. nahm die von ihr inspirierte „Rechnungskommission für die Sozialversicherungen“ mit der Überprüfung der Haushalte der Kassen die Suche nach weiteren Kapitalquellen auf.

## Madame Veil empfiehlt sich

*z.pel.Paris.* Am 11.7. hat die liberale Fraktion der Europäischen Versammlung die ehemalig- französische Ministerin für Gesundheit und Familie, Simone Veil, zum Kandidaten für die Präsidentschaft der Europäischen Versammlung gewählt. Die christlichen Reaktionäre aller Schattierungen haben ihre Stimme zugesagt, Kanzler Schmidt hat Zustimmung signalisiert. Der Präsident der Europäischen Versammlung ist neben der Sitzungsführung zuständig für die Leitung des Beamtenapparates und ist Präsident des AKP-Rates, der die Verhandlungen mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten der Dritten Welt führt. Madame Veil hat in den fünf Jahren ihrer Ministerschaft die westdeutsche und französische Finanzbourgeoisie von ihren Fähigkeiten für die erforderten Plündereien und Betrügereien überzeugt. Kalt wie eine Hundeschnauze antwortet sie am 4.7. auf die Frage nach dem Wichtigsten ihrer bisherigen Tätigkeit: „... habe ich versucht, unser Pflegesystem neu zu orientieren, um es an neue Bedürfnisse, die aufgetreten sind, und an neue Auffassungen vom Gesundheitswesen anzupassen ... habe ich nach einer mehr und mehr technischen Medizin ... mehr zu einer menschlichen Medizin geneigt.“

Die Bilanz dieser „menschlichen Medizin“: Mit 3,1% Anteil am Bruttoinlandsprodukt liegen 1978 die Ausgaben für Krankenhausaufenthalte ½% unter denen der BRD und Großbritanniens, die Durchschnittsverweildauer fällt auf zwölf Tage, unter die Werte der imperialistischen Konkurrenten, der Sozialversicherungsbeitrag steigt in den letzten drei Jahren um 4%. Der Kostenanstieg bei den Kassen sinkt von 30% 1975 auf 14% 1978. Mit dem dekretierten Nullwachstum bei Pflegestellen für 1979 sucht diese Dame der Pariser Gesellschaft die „neuen Bedürfnisse“ der Schwestern und Pfleger nach Mehrarbeit zu befriedigen. Die Arbeitshetze in den Krankenhäusern hat in Paris die Krankenrate auf 16,4% hochschnellen lassen, die Krankenschwestern bleiben nicht länger als durchschnittlich 4½ Jahre.

Kurz vor ihrem Abgang hat Madame Veil jetzt noch ein Gesetz über die Streichung von 63000 der 600000 Betten wie das jederzeitige Eingriffsrecht der Regierung in die Planung der Krankenhäuser durchs Parlament gebracht. Am 27.6. nahm die von ihr inspirierte „Rechnungskommission für die Sozialversicherungen“ mit der Überprüfung der Haushalte der Kassen die Suche nach weiteren Kapitalquellen auf.

## Parteiaufbau in Spanien: Zusammenschluß von ORT und PTE

*z.mif.* Am 1. Juli haben sich die spanischen marxistisch-leninistischen Organisationen Organizacion Revolucionaria de Trabajadores (ORT) und Partido del Trabajo de Espana (PTE) zu der einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei Partido de los Trabajadores zusammengeschlossen. Dem Zusammenschluß ging eine gemeinsame Erklärung der beiden Zentralkomitees vom 11. März voraus, in der es heißt: „Wir tun dies in der Überzeugung, daß der Zusammenschluß der Marxisten-Leninisten in einer einzigen Partei notwendig ist, um sowohl die unmittelbaren wie die historischen Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen konsequent und unter den besten Bedingungen zu verteidigen. ... Die vereinigte Partei hat den Marxismus-Leninismus, bereichert durch den Beitrag Mao Zedongs, der von umfassendem Wert ist, zur Grundlage; sie wird in ihren inneren Beziehungen vom Prinzip des Demokratischen Zentralismus geleitet und arbeitet als einheitliche Partei im gesamten spanischen Staat. Die vereinigte Partei betrachtet den modernen Revisionismus als Hauptfeind in den Reihen der Arbeiterklasse ... Das strategische Ziel im gegenwärtigen Stadium ist die Errichtung einer demokratisch-revolutionären Macht zum Sturz der Finanz- und Monopolbourgeoisie zur Verwirklichung vollständiger nationaler Unabhängigkeit und Souveränität und zur Eröffnung des Weges zum Sozialismus.“




Das Zentralkomitee der Partei der Arbeiter Spaniens (Partido de los Trabajadores de Espana) auf dem Vereinigungskongreß.

# Der Angriff auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Australiens kommt ins Stocken

*z.mat.Sydney.* Australien ist die größte noch bestehende britische Kolonie. Kein Gesetz kann in Kraft treten, das von der Königin in London nicht gegengezeichnet ist. Am 7. Juni verabschiedete das Parlament in Canberra das Gesetz über Versetzungen und Pensionierungen (Redeployment and Retirement Bill), nach dem Angehörige des öffentlichen Dienstes bei Auflösung der Dienststelle, fehlenden Haushaltsmitteln und „bei jedem anderen angeordneten Grund“ entlassen werden können. Es ist das Kernstück eines ganzen Bündels von Maßnahmen im Gesundheitswesen, im Schulbereich und in der öffentlichen Verwaltung.

Aufgabe einer Kolonialregierung ist die Organisierung der Plünderung der Reichtümer des Landes durch die Imperialisten. Obwohl der Export der Mineralien und Agrarprodukte zu einem großen Handelsbilanzüberschuß führt, ist die Zahlungsbilanz negativ, weil die Profite das Land verlassen und die Verschuldung der Regierung wächst. Um den wachsenden Zinsverpflichtungen bei den britischen, US-, BRD- und japanischen Banken nachzukommen, bereitet die Regierung Frazer gewaltige Einschränkungen im öffentlichen Dienst vor. Demonstrationen, Dienst nach Vorschrift und Streiks sind die Antwort der Beschäftigten.



Demonstration der Gewerkschaft AMWSU am 23.4.79 vor dem australischen Bundesgericht gegen eine Schadenersatzforderung nach Streik.

Das Koalitionsrecht der australischen Gewerkschaften ist durch ein System der Registrierung und Zwangsschlichtung stark eingeschränkt. Zu selbständigen Lohnabschlüssen sind sie nur in der Lage, wenn darüber mit den Kapitalisten Einigung erzielt wird. Solche Fälle sind rar und Differenzen müssen vor der Nationalen Arbeitsschiedskommission verhandelt werden, deren Spruch damit praktisch alle Löhne bestimmt. Von der sozialdemokratischen Regierung Whitlam wurde dieses System 1975 noch ausgebaut: viertel- und später halbjährlich werden die Lohnerhöhungen für alle Lohnabhängigen von der Kommission in Anpassung an die Inflationsrate „automatisch“ festgelegt. Die Regierung handelte sich damit das Versprechen der Sozialdemokraten und Revisionisten in den Gewerkschaftsführungen ein, auf Kampfmaßnahmen in Zukunft zu verzichten. Das Ergebnis ist der Tabelle zu entnehmen: Lohnsenkung in großem Stil.

Die jüngste Lohnerhöhung legte die Kommission am 27.Juni mit 3,2% fest. Die Differenz zur offiziellen Inflationsrate von 4,0% (über sechs Monate berechnet) begründete sie damit, daß die Erhöhung des Benzinpreises durch die OPEC-Länder verschuldet sei und deshalb nicht auf die Löhne angerechnet werden könne. Außerdem hätten sich zu viele Arbeiter durch Streiks bereits Lohnerhöhungen zusätzlich zu den nationalen Festsetzungen erkämpft. Es stimmt, daß in den letzten zwölf Monaten weite Teile der Arbeiterklasse durch umfangreiche Streiks die Arbeitskommission dazu zwingen konnten, in bestimmten Bereichen zusätzliche Lohnerhöhungen zuzugestehen. Um so verbissener hält die Regierung an Lohnsenkung im öffentlichen Dienst fest, in der Hoffnung, über Lohnsenkung in diesem Bereich die Kampfkraft aller Lohnabhängigen schwächen und ihre Politik der Lohnleitlinien wieder durchsetzen zu können.

Die Kämpfe im öffentlichen Dienst sind zahlreich, aber nicht vereinheitlicht. Oft erfolgreich im Hinblick auf ihre unmittelbaren Forderungen, reichen sie gegen die weitreichenden Pläne der Regierung und ihrer imperialistischen Auftraggeber aber nicht hin. Gegen die Redeployment and Retirement Bill haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gemeinsame Veranstaltungen und 24-Stunden-Streiks durchgeführt. „Nach der Verabschiedung des Gesetzes muß der Kampf um seine Beseitigung enger mit dem wirtschaftlichen Kampf verbunden werden“, sagte uns ein Sprecher der größten Gewerkschaft ACOA. Seit drei Wochen weigern sich ihre Mitglieder in den Ministerien, Vorlagen und Berichte für die Minister zu erstellen und zu bearbeiten. Bereits zweimal hat die Arbeitsschiedskommission die Aussperrung der Beteiligten angeordnet und wieder aufgehoben, weil sie eine Ausweitung der Aktionen befürchtete.

| Monat | Inflationsindex (%) | Lohnerhöhung |
|---|---|---|
| 3/75 | 3,6 | 3,6% |
| 6/75 | 3,5 | 3,5% |
| 9/75 | 0,8 | – |
| 12/75 | 5,6 | 6,4% |
| 3/76 | 3,0 | 3,0%, höchstens 3,80$ |
| 6/76 | 2,5 | 2,5%, höchstens 2,50$ |
| 9/76 | 2,2 | 2,2% |
| 12/76 | 6,0 | 5,70$ (= 4,3%) |
| 3/77 | 2,3 | 1,9%, höchstens 3,80$ |
| 6/77 | 2,4 | 2,0% |
| 9/77 | 2,0 | 1,5% |
| 12/77 | 2,3 | 1,5%, höchstens 2,60$ |
| 3/78 | 1,3 | 1,3% |
| 6/78 | 2,1 | – |
| 9/78 | 1,9 | 4,0% |
| 12/78 | 2,3 | – |
| 3/79 | 1,7 | 3,2% |

Bei 12/76 ist Festgeld umgerechnet worden auf Prozent des Mindestlohns. Inflationsraten sind auf drei Monate berechnet. Lohnerhöhungen erfolgen ca. drei Monate nach dem angegebenen Zeitpunkt.

*Erziehungswesen:* Kürzungen der Bundesmittel um 40 Mio. Dollar oder nominal 2% (bei einer Inflationsrate von 10%) sind beschlossen. Der Kampf der Lehrer gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und geplanten Entlassungen wird von den Berufsschullehrern angeführt. In Viktoria konnten sie nach einem elftägigen Streik mit Unterstützung der Eltern und des technischen Schulpersonals die Versetzung dreier Lehrer von einer Schule verhindern und damit den Kampf gegen 500 Stellenstreichungen erfolgreich aufnehmen. In New South Wales führen die Lehrer seit Mitte Mai wöchentlich 24-Stunden-Streiks und Versammlungen durch, um die Verringerung der Unterrichtsstundenzahl von 24 auf 18 Stunden zu erkämpfen, und unterrichten nicht mehr als 18 Stunden in der Woche.

*Gesundheitswesen:* Die staatliche Krankenversorgung Medibank ist Mitte 1978 abgeschafft worden. Seitdem haben mehrere US-Konzerne Krankenhäuser in Australien aufgekauft. Nach Verabschiedung des Haushalts sollen jetzt in New South Wales für jedes der 732 geplanten neuen Betten 2½ Betten geschlossen werden. Aktionen der Beschäftigten finden in ganz Australien statt. In Hobart demonstrierten im März die Krankenschwestern für gleiche Bezahlung wie in den übrigen Staaten. In Brisbane kämpfen die Krankenpfleger seit Neujahr gegen die Entlassung einer Oberschwester, die bereits zweimal entlassen wurde, weil sie sich weigerte, Pfleger für Verwaltungsarbeit einzusetzen. Sechs Monate lang verweigern sie derartige Arbeiten. In Sydney fand im Februar eine Protestversammlung von 2000 Beschäftigten vor dem Rathaus statt.

*Nachrichtenwesen:* 13 Mio. Postsendungen stapeln sich in Sydney, weil die Postverteiler mit einem Boykott bestimmter Bezirke die Einführung neuer Verteilerstellen bekämpfen, solange ihnen keine Zusage gemacht wird, daß niemand dadurch entlassen oder niedriger entlohnt wird. Die Hauptfront im Kampf bilden die Arbeiter der Telefongesellschaft Telecom, die seit zwei Monaten die Reparatur der Einrichtungen verweigern. Über 80% der Selbstwählverbindungen sind inzwischen ausgefallen. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 20%, die die Lohnverluste seit 1975 ausgleichen soll. Telecom hat bisher jedes Angebot verweigert und will die Gewerkschaft zwingen, einer Neubestimmung der Tätigkeitsmerkmale durch die Schiedskommission zuzustimmen. Am Freitag hat die Regierung ein bereits 1977 von London gebilligtes Gesetz in Kraft treten lassen, das bei Verweigerung von „Arbeit in üblichem Umfang“ Aussperrung und Entlassung erlaubt. Gleichzeitig bereitet sie Truppen für einen Nottelefondienst vor.



Demonstration der Gewerkschaft AMWSU am 23.4.79 vor dem australischen Bundesgericht gegen eine Schadenersatzforderung nach Streik.

nach Vorschrift und Streiks sind die Antwort der Beschäftigten.

Das Koalitionsrecht der australischen Gewerkschaften ist durch ein System der Registrierung und Zwangsschlichtung stark eingeschränkt. Zu selbständigen Lohnabschlüssen sind sie nur in der Lage, wenn darüber mit den Kapitalisten Einigung erzielt wird. Solche Fälle sind rar und Differenzen müssen vor der Nationalen Arbeitsschiedskommission verhandelt werden, deren Spruch damit praktisch alle Löhne bestimmt. Von der sozialdemokratischen Regierung Whitlam wurde dieses System 1975 noch ausgebaut: viertel- und später halbjährlich werden die Lohnerhöhungen für alle Lohnabhängigen von der Kommission in Anpassung an die Inflationsrate „automatisch“ festgelegt. Die Regierung handelte sich damit das Versprechen der

Veranstaltungen und 24-Stunden-Streiks durchgeführt. „Nach der Verabschiedung des Gesetzes muß der Kampf um seine Beseitigung enger mit dem wirtschaftlichen Kampf verbunden werden“, sagte uns ein Sprecher der größten Gewerkschaft ACOA. Seit

| Monat | Inflationsindex (%) | Lohnerhöhung |
|---|---|---|
| 3/75 | 3,6 | 3,6% |
| 6/75 | 3,5 | 3,5% |
| 9/75 | 0,8 | – |
| 12/75 | 5,6 | 6,4% |
| 3/76 | 3,0 | 3,0%, höchstens 3,80$ |
| 6/76 | 2,5 | 2,5%, höchstens 2,50$ |
| 9/76 | 2,2 | 2,2% |
| 12/76 | 6,0 | 5,70$ (= 4,3%) |
| 3/77 | 2,3 | 1,9%, höchstens 3,80$ |
| 6/77 | 2,4 | 2,0% |
| 9/77 | 2,0 | 1,5% |

haben mehrere US-Konzerne Krankenhäuser in Australien aufgekauft. Nach Verabschiedung des Haushalts sollen jetzt in New South Wales für jedes der 732 geplanten neuen Betten 2½ Betten geschlossen werden. Aktionen der Beschäftigten finden in ganz Australien statt. In Hobart demonstrierten im März die Krankenschwestern für gleiche Bezahlung wie in den übrigen Staaten. In Brisbane kämpfen die Krankenpfleger seit Neujahr gegen die Entlassung einer Oberschwester, die bereits zweimal entlassen wurde, weil sie sich weigerte, Pfleger für Verwaltungsarbeit einzusetzen. Sechs Monate lang verweigern sie derartige Arbeiten. In Sydney fand im Februar eine Protestversammlung von 2000 Beschäftigten vor dem Rathaus statt.

*Nachrichtenwesen:* 13 Mio. Postsendungen stapeln sich in Sydney, weil die Postverteiler mit einem Boykott bestimmter Bezirke die Einführung neuer Verteilerstellen bekämpfen, solange ihnen keine Zusage gemacht wird, daß niemand dadurch entlassen oder niedriger entlohnt wird. Die Hauptfront im Kampf bilden die Arbeiter der Telefongesellschaft Telecom, die seit zwei Monaten die Reparatur der Einrichtungen verweigern. Über 80% der Selbstwählverbindungen sind inzwischen ausgefallen. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 20%, die die Lohnverluste seit 1975 ausgleichen soll. Telecom hat bisher jedes Angebot verweigert und will die Gewerkschaft

### Vietnamflüchtlinge als Spaltkeil gegen unterdrückte Völker

*z.pel.Paris.* „Samstag auf dem Flughafen Charles-de-Gaulle erhielten sie ihr Leben zurück sowie die Möglichkeit, vollständig Mensch zu sein“, so preist der „Figaro“ am 9.7. die Wohltätigkeit der französischen Bourgeoisie gegenüber den 5000 Vietnamflüchtlingen, die diese gegenwärtig einfliegen läßt. Auf einem Hospitalschiff vor der Küste Malaysias werden die Gesündesten vorsortiert. Weitere Bedingungen der Aufnahme: Beherrschung der französischen Sprache und Angehörige in Frankreich. „Menschen, die mehr als andere eine Kultur aufnehmen und auf ihre Gebräuche aufpfropfen können.“ (Figaro, 4.7.) Da haben ehemalige Kolonialbeamte die besten Aussichten. Ihre Verwendung scheint schon gesichert. In der am 12.7. erlassenen „Charta zur Entwicklung der Antillen und Guyanas“ finden wir: „Es soll auf Guyana die Ausbeutung des Urwalds und die Bauxitproduktion verstärkt werden.“ Guyana, zwischen Brasilien und Surinam liegend, ist im 19. Jahrhundert von den französischen Imperialisten kolonisiert worden und dient heute vor allem als Raumfahrtbasis. Mit der Ansiedlung von 600 Mitgliedern des laotischen Bergstammes der Hmong 1977 wollte die Bourgeoisie den wachsenden Unabhängigkeitskampf der indianischen Einwohner und der Kreolen spalten. Sie mußte jedoch eine „heftige Kampagne gegen die Eindringlinge“ konstatieren. „Das Experiment muß wiederholt werden.“ (Figaro, 12.4.) Die Vietnamesen sollen das Menschenmaterial abgeben.

### Malta setzt höhere Textileinfuhren in die EG durch

*z.zik.* Malta, dessen Exporte zu 50% aus Textilien bestehen, hat am 29. Juni mit der EG ein neues Abkommen über Textileinfuhren abgeschlossen. Im Mai hatte Malta Verhandlungen darüber abgebrochen, weil Großbritannien sich geweigert hatte, das Kontingent für zollfreie Textileinfuhren aus Malta zu erhöhen, mit der Begründung, Malta habe die Quote für 1979 bereits überschritten, wenn man auch die Textilien dazurechne, die über dritte Länder nach Großbritannien eingeführt werden. Bereits im November 1978 hatte die EG-Kommission rückwirkend für das laufende Jahr Kontingente für Textileinfuhren aus Malta festgelegt, die zu diesem Zeitpunkt bereits überschritten waren. Malta hatte auf dieses faktische Einfuhrverbot seinerseits ein Verbot der Einfuhr britischer Textilien erlassen. Nach Großbritannien geht der Hauptteil seiner Textilien. Im März 1979 hatte die EG-Kommission mit der einseitigen Festlegung von Einfuhrquoten auf maltesische Textilien für 1979, die nur einen Bruchteil der jetzt ausgehandelten Mengen ausmachten, Malta zur Aufnahme von Verhandlungen gezwungen. Das jetzige Abkommen beinhaltet eine Verdoppelung der Menge an Hosen nach Großbritannien auf 800000 Stück und eine jährliche Steigerung der zollfreien Gesamteinfuhrmenge um 6% bis 1981.

### Supermächte verstärken Ringen um Vorherrschaft im Pazifik

*z.dik.* Anfang Juli haben in Canberra die seit 1951 im Anzus-Pakt zusammengeschlossenen Staaten Neuseeland, Australien und die USA ihre Jahreskonferenz abgehalten. Die US-Imperialisten wollen das Bündnis im Ringen mit den SU-Imperialisten um die

# Die imperialistischen Schuldeneintreiber erzwingen wachsende Steuerplünderung der Dritten Welt

*z.jon.* Am 12. Juli 1979 wurde die Aktie der Suezkanal-Gesellschaft, Ausgabewert FF 50, an der Pariser Börse für FF 280 das Stück gehandelt. Der Suezkanal, dessen Ausbeutung der Geschäftsgegenstand dieser Gesellschaft ist, wurde am 26. Juli 1956 vom ägyptischen Volk nationalisiert. Die französische und britische Regierung überzogen Ägypten mit israelischer Unterstützung mit Krieg. Sie holten sich dabei blutige Köpfe. Aber in über 100 Jahren hatten die europäischen Finanzhaie ein solch erkleckliches Vermögen angehäuft, daß es bis heute die Grundlage profitlichster Geschäfte rund um den Erdball ist, immer noch unter dem beziehungsreichen und sehnsuchtsvollen Namen Suezkanal-Gesellschaft.

Der ursprüngliche Zweck der Gesellschaft war die Bereitstellung von Krediten an die ägyptische Regierung für den Bau des Suezkanals. Für den Bau von 1859 – 1869 mußte die ägyptische Regierung Bauern als Zwangsarbeiter verpflichten, von denen Hunderttausende starben. Weil Ägypten die Schulden für die aufgezwungenen Kredite sowieso nie hätte bezahlen können, wurde ihm die Souveränität über die Kanalzone genommen, die zusammen mit dem Recht auf alle Einkünfte aus dem Kanal an die Suezkanal-Gesellschaft übertragen wurde. 1882 übernahm Großbritannien die Kontrolle der ägyptischen Regierung insgesamt, nachdem diese zahlungsunfähig war und auch die übrigen Staatsanleihen nicht zurückzahlen konnte. Die Briten trieben fortan die Schulden selbst als Kolonialmacht ein. Seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts hatten die britischen Kapitalisten Ägypten Staatsanleihen aufgezwungen, mit denen sie das Land in eine Baumwollplantage verwandelten. Die Bezahlung dieser Kredite erfolgte nicht nur mit Baumwolle, die Ägypten zu niedrigen Preisen geraubt wurde, sondern, mehr und mehr, mit den gesamten Einkünften des ägyptischen Staates. Steigerung der Steuerlast, Ausrichtung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion auf den Markt, um das Geld für die Steuern aufzubringen, und damit Zerstörung der Selbstversorgung mit Lebensmitteln, Ruin der einheimischen Manufaktur- und Handwerksproduktion waren die Folge. – Bereits 1881 hatte ein Konsortium aus Vertretern aller kapitalistischen Mächte Europas als Gläubiger für Staatsanleihen die Kontrolle der Staatsfinanzen des ganzen türkischen Reiches übernommen, zu dem Ägypten bis 1914 dem Namen nach gehörte, und sich ein Drittel der Steuereinnahmen der türkischen Zentralregierung direkt überschrieben. Nachdem die französischen und britischen Imperialisten Palästina, Libanon, Syrien und den Irak nach dem Zerfall des türkischen Reiches in ihre Kolonien verwandelt hatten, ließen sie diese weiter für die Tilgung der türkischen Staatsschuld bluten. Noch in den 60er Jahren, 50 Jahre nach dem Ende des Ottomanischen Reiches, wurden Obligationen der ,,Ottomanischen Staatsschuld" an der Börse gehandelt.

Mit den Staatsanleihen erzwangen sich die kapitalistischen Hauptmächte Europas den Zugang zu den Reichtümern zahlreicher unabhängiger Staaten. Sie waren ein mächtiger Hebel zur Herausbildung des imperialistischen Monopolkapitals. Sie dienten direkt dazu, die außereuropäischen unabhängigen Staaten in Halbkolonien oder Kolonien zu verwandeln, die Welt unter die Imperialisten aufzuteilen und diese Staaten auf Jahrzehnte imperialistischem Kapital- und Warenexport zu öffnen. Nachdem sich die Kolonien ihre Unabhängigkeit wieder erkämpft haben, ist die Staatsanleihe erneut einer der wichtigsten Hebel, um die Länder der Dritten Welt zu plündern.

Heute sitzt Herr Blumenthal, Westdeutschland, ehemaliger Direktor der Bundesbank, als Vertreter des Internationalen Währungsfonds IWF, der Koordinationszentrale des westlichen Finanzkapitals, im Vorstand der zairischen Staatsbank. Eine IWF-Delegation beaufsichtigt das zairische Finanzministerium, und belgische Finanzmenschen, die ehemaligen Kolonialisten in Zaire, haben, ebenfalls im Auftrag des IWF, wieder die Kontrolle der zairischen Zölle übernommen. Das gleiche wie einst im Ottomanischen Reich? Nicht ganz. Die Imperialisten kommen nach einer Niederlage, ihrer Vertreibung als Kolonialisten, zurück. Der Imperialismus ist verfaulter denn je. Die Imperialisten schwimmen in Kapital, das sie nicht nicht profitabel anlegen können. Statt die Welt zu erobern und erstmals unter sich aufzuteilen, müssen sie heute schrumpfende Märkte gegen eine immer schärfere Konkurrenz einerseits und den Unabhängigkeitskampf der Völker der Dritten Welt andererseits verteidigen. Das erklärt ihre Aggressivität. Die Länder der Dritten Welt schränken die Wirkungsmöglichkeiten des imperialistischen Kapitals immer mehr ein. Sie unterstützen sich gegenseitig beim Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft. Sie tragen so zum Sturz des Imperialismus und zur Weltrevolution bei.

Wir haben in den Tabellen nach Zahlen des IWF Daten zur Auswir-

tionalen Währungsfonds IWF, der Koordinationszentrale des westlichen Finanzkapitals, im Vorstand der zairischen Staatsbank. Eine IWF-Delegation beaufsichtigt das zairische Finanzministerium, und belgische Finanzmenschen, die ehemaligen Kolonialisten in Zaire, haben, ebenfalls im Auftrag des IWF, wieder die Kontrolle der zairischen Zölle übernommen. Das gleiche wie einst im Ottomanischen Reich? Nicht ganz. Die Imperialisten kommen nach einer Niederlage, ihrer Vertreibung als Kolonialisten, zurück. Der Imperialismus ist verfaulter denn je. Die Imperialisten schwimmen in Kapital, das sie nicht nicht profitabel anlegen können. Statt die Welt zu erobern und erstmals unter sich aufzuteilen, müssen sie heute schrumpfende Märkte gegen eine immer schärfere Konkurrenz einerseits und den Unabhängigkeitskampf der Völker der Dritten Welt andererseits verteidigen. Das erklärt ihre Aggressivität. Die Länder der Dritten Welt schränken die Wirkungsmöglichkeiten des imperialistischen Kapitals immer mehr ein. Sie unterstützen sich gegenseitig beim Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft. Sie tragen so zum Sturz des Imperialismus und zur Weltrevolution bei.

Wir haben in den Tabellen nach Zahlen des IWF Daten zur Auswir-
kung der imperialistischen Staatsanleihen zusammengestellt, die die Notwendigkeit und Gerechtigkeit des Kampfes der Dritten Welt zeigen. Um die Daten vergleichbar zu machen, wurden sie aus den Landeswährungen in Indices mit der Basis 1972 = 100 umgerechnet.

In Zaire haben die Banker vom IWF direkt die Führung der Staatsfinanzen übernommen. In Marokko und Sambia haben sie für die Budgets von 1978 und '79 detaillierte Vorschriften erlas-

**Staatsschulden im Ausland und Steuerlast in Sambia**

| | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) | 100,0 | 119,0 | 141,0 | 121,0 | 143,0 | 144,0 |
| Exporte | 100,0 | 137,0 | 167,0 | 96,0 | 139,0 | 131,0 |
| Exporte in % vom BIP | 40,6 | 46,9 | 48,0 | 32,3 | 39,2 | 36,9 |
| Auslandsverschuldung des Staates | 100,0 | 162,0 | 181,0 | 207,0 | 282,0 | .. |
| Auslandsverschuldung des Staates in % vom BIP | 14,6 | 20,0 | 18,8 | 25,2 | 28,8 | .. |
| Steuereinnahmen insgesamt | 100,0 | 111,0 | 157,0 | 176,0 | 175,0 | 201,0 |
| Steuereinnahmen insg. in % vom BIP | 16,6 | 15,5 | 18,4 | 24,1 | 20,3 | 23,2 |
| Einkommenssteuer | 100,0 | 111,0 | 164,0 | 161,0 | 136,0 | 155,0 |
| Einkommenssteuer in % vom BIP | 8,9 | 8,4 | 10,4 | 11,9 | 8,4 | 9,6 |
| Verbrauchssteuern | 100,0 | 134,0 | 189,0 | 261,0 | 313,0 | 306,0 |
| Verbrauchssteuern in % vom BIP | 4,4 | 5,1 | 6,0 | 9,7 | 9,8 | 9,5 |

**Staatsschulden im Ausland und Steuerlast in Zaire**

| | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 |
|---|---|---|---|---|---|
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) | 100,0 | 132,0 | 164,0 | 168,0 | 259,0 |
| Exporte | 100,0 | 137,0 | 187,0 | 117,0 | 203,0 |
| Exporte in % vom BIP | 33,0 | 34,3 | 37,6 | 23,1 | 25,9 |
| Auslandsverschuldung des Staates | 100,0 | 153,0 | 211,0 | 269,0 | 507,0 |
| Auslandsverschuldung des Staates in % vom BIP | 25,2 | 29,2 | 32,4 | 40,5 | 49,4 |
| Steuereinnahmen insgesamt | 100,0 | 128,0 | 173,0 | 142,0 | 160,0 |
| Steuereinnahmen insg. in % vom BIP | 26,6 | 25,7 | 28,1 | 22,5 | 16,4 |
| Lohnsteuer | 100,0 | 125,0 | 165,0 | 205,0 | 279,0 |
| Lohnsteuer in % vom BIP | 3,1 | 2,7 | 3,1 | 3,8 | 3,4 |
| Verbrauchssteuern | 100,0 | 107,0 | 124,0 | 141,0 | 170,0 |
| Verbrauchssteuern in % vom BIP | 3,5 | 2,8 | 2,6 | 2,9 | 1,7 |

**Staatsschulden im Ausland und Steuerlast in Marokko**

| | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 |
|---|---|---|---|---|---|
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) | 100,0 | 106,0 | 133,0 | 148,0 | 177,0 |
| Exporte | 100,0 | 127,0 | 252,0 | 211,0 | 189,0 |
| Exporte in % vom BIP | 14,6 | 17,6 | 27,8 | 20,9 | 15,6 |
| Auslandsverschuldung des Staates | 100,0 | 96,0 | 100,0 | 119,0 | 182,0 |
| Auslandsverschuldung des Staates in % vom BIP | 21,5 | 19,6 | 16,2 | 17,3 | 22,1 |
| Steuereinnahmen insgesamt | 100,0 | 116,0 | 149,0 | 205,0 | 202,0 |
| Steuereinnahmen insg. in % vom BIP | 18,5 | 20,2 | 20,7 | 25,5 | 21,1 |
| Lohnsteuer | 100,0 | 112,0 | 151,0 | 194,0 | 257,0 |
| Lohnsteuer in % vom BIP | 1,0 | 1,0 | 1,1 | 1,3 | 1,4 |
| Verbrauchssteuern | 100,0 | 111,0 | 133,0 | 139,0 | 164,0 |
| Verbrauchssteuern in % vom BIP | 9,7 | 10,1 | 9,7 | 9,1 | 8,9 |

sen als Vorbedingung für die Gewährung weiterer Kredite, die alle drei Länder jetzt brauchen, allein um ihren Schuldendienst aufrechtzuerhalten: Lohnstop, Steuerreform, Einschränkung der Investitionen, die für die wirtschaftliche Unabhängigkeit notwendig sind, Abwertung der nationalen Währungen, was die exportierten Rohstoffe verbilligt, die importierten Industrieerzeugnisse aber verteuert.

In allen drei Ländern ist der Anteil der Exporterlöse am Bruttoinlandsprodukt, der Preissumme aller in einem Land erzeugten Waren und Dienstleistungen, hoch. Die Exporterlöse aller drei Länder hängen vom Preis weniger mineralischer Rohstoffe ab: Vor allem Phosphat in Marokko (74: 54,8%), Kupfer in Sambia (74: 92,6%) und in Zaire (74: 62,2%). Als 1975 die Kup-

Die Verschuldung der Regierungen bei den Imperialisten schnellt deshalb in die Höhe, und die Imperialisten erhalten Gelegenheit, die oben genannten Maßnahmen zur weiteren Plünderung durchzusetzen. In Zaire erreicht die Staatsverschuldung 1976 fast die Hälfte des BIP, d.h. die Hälfte aller in Zaire erzeugten Werte war an die Imperialisten verpfändet. Dabei handelt es sich nur um die veröffentlichten Regierungsschulden.

In den gesamten Steuereinnahmen sind die Gewinne aus den verstaatlichten Bergwerken enthalten. In Sambia arbeiten die Minen wegen der niedrigen Kupferpreise mit Verlust. Die Kupferproduktion, die ausschließlich den Imperialisten dient, wird aus sambischen Steuergeldern subventioniert. An den Einkommens- und Konsumsteuern in

| | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 |
|---|---|---|---|---|---|
| Auslandsverschuldung des Staates | 100,0 | 96,0 | 100,0 | 119,0 | 182,0 |
| Auslandsverschuldung des Staates in % vom BIP | 21,5 | 19,6 | 16,2 | 17,3 | 22,1 |
| Steuereinnahmen insgesamt | 100,0 | 116,0 | 149,0 | 205,0 | 202,0 |
| Steuereinnahmen insg. in % vom BIP | 18,5 | 20,2 | 20,7 | 25,5 | 21,1 |
| Lohnsteuer | 100,0 | 112,0 | 151,0 | 194,0 | 257,0 |
| Lohnsteuer in % vom BIP | 1,0 | 1,0 | 1,1 | 1,3 | 1,4 |
| Verbrauchssteuern | 100,0 | 111,0 | 133,0 | 139,0 | 164,0 |
| Verbrauchssteuern in % vom BIP | 9,7 | 10,1 | 9,7 | 9,1 | 8,9 |

sen als Vorbedingung für die Gewährung weiterer Kredite, die alle drei Länder jetzt brauchen, allein um ihren Schuldendienst aufrechtzuerhalten: Lohnstop, Steuerreform, Einschränkung der Investitionen, die für die wirtschaftliche Unabhängigkeit notwendig sind, Abwertung der nationalen Währungen, was die exportierten Rohstoffe verbilligt, die importierten Industrieerzeugnisse aber verteuert.

In allen drei Ländern ist der Anteil der Exporterlöse am Bruttoinlandsprodukt, der Preissumme aller in einem Land erzeugten Waren und Dienstleistungen, hoch. Die Exporterlöse aller drei Länder hängen vom Preis weniger mineralischer Rohstoffe ab: Vor allem Phosphat in Marokko (74: 54,8%), Kupfer in Sambia (74: 92,6%) und in Zaire (74: 62,2%). Als 1975 die Kup-
ferpreise um 42% gegenüber dem Vorjahr fielen und damit die Exporteinnahmen sanken, wirkte sich das in Sambia in einem scharfen Fall des gesamten Bruttoinlandsproduktes aus, in Zaire in einer deutlichen Verlangsamung seines Wachstums. Ebenso in Marokko bei einem entsprechenden Fall der Phosphatpreise 1976. 1977 wuchs das BIP nur noch um 3%. Die drei Länder waren gezwungen, die Einnahmeverluste durch verstärkte Verschuldung im Ausland auszugleichen.

Die Verschuldung der Regierungen bei den Imperialisten schnellt deshalb in die Höhe, und die Imperialisten erhalten Gelegenheit, die oben genannten Maßnahmen zur weiteren Plünderung durchzusetzen. In Zaire erreicht die Staatsverschuldung 1976 fast die Hälfte des BIP, d.h. die Hälfte aller in Zaire erzeugten Werte war an die Imperialisten verpfändet. Dabei handelt es sich nur um die veröffentlichten Regierungsschulden.

In den gesamten Steuereinnahmen sind die Gewinne aus den verstaatlichten Bergwerken enthalten. In Sambia arbeiten die Minen wegen der niedrigen Kupferpreise mit Verlust. Die Kupferproduktion, die ausschließlich den Imperialisten dient, wird aus sambischen Steuergeldern subventioniert. An den Einkommens- und Konsumsteuern in
Sambia läßt sich eine der Wirkungen der Verschuldung an die Imperialisten erkennen: wachsende Steuerausplünderung der Volksmassen. Daß in Zaire und Marokko die Besteuerung der Volksmassen langsamer wächst als das BIP, ist tatsächlich ebenfalls Ausdruck der Verelendung der Massen, die nichts mehr wegzusteuern haben. Nach Berechnungen französischer Ökonomen ist der Lebenshaltungsindex in Zaire von 1960 = 100 auf 1976 = 26 und 1977 = 15 gesunken.



Obwohl 50% der Berufstätigen Marokkos in der Landwirtschaft arbeiten, muß das Land mehr als 1/10 der Importausgaben für Nahrungsmittel aufwenden.



Obwohl 50% der Berufstätigen Marokkos in der Landwirtschaft arbeiten, muß das Land mehr als 1/10 der Importausgaben für Nahrungsmittel aufwenden.



Arbeiten zur Kanalisierung und Nutzung des Kafue-Flusses in Sambia nach den Plänen einheimischer Experten

---

Vorherrschaft im Pazifik nutzen. Sie treten ein für die Aufnahme Japans, um besseren Zugriff auf die zwei ,,strategisch kritischen" Ozeanrouten zu sichern: die südöstliche Route von der amerikanischen Westküste nach Hawaii, Guam, den Philippinen und Mikronesien, und die südwestliche Route von Japan/Australien durch Südostasien, den westlichen Indischen Ozean in den Mittleren Osten. Weiterhin wurde der US-Plan der Errichtung eines großen amerikanischen Flug- und Marinestützpunktes auf den Cook-Inseln erörtert. – Die sowjetische Pazifikflotte ist zahlenmäßig weit größer als die amerikanische 7. Flotte und die japanischen Seestreitkräfte zusammen; sie haben heute 755 Kriegsschiffe der verschiedensten Typen mit einer Gesamttonnage von 1,3 Millionen, 350 Kriegsflugzeuge und über 4000 Soldaten im Pazifikraum stationiert. Um der leicht möglichen Blockade ihres eigenen Hauptstützpunktes in Wladiwostok zu entgehen, haben die SU-Imperialisten ihre Stützpunktpolitik verstärkt: mit der Einnistung im vietnamesischen Hafen Cam Ranh Bay ist ein strategisch bedeutsamer Schritt getan. Verstärkt führt die Sowjetunion große Flottenmanöver im ganzen Pazifik durch – immer näher heran an den Hauptstützpunkt der amerikanischen Pazifik-Flotte auf Hawaii.

### Iran/Mexiko: Saboteure an der Ölproduktion am Werk

*z.zik.* Am 3. Juni, drei Monate, nachdem Carter von Mexiko den Bescheid erhalten hatte, man würde das Erdgas eher abfackeln als es an die USA zu verschleudern, bricht ein Ventil auf der Bohrinsel Ixtoc I der staatlichen mexikanischen Ölgesellschaft im Golf von Mexiko. Verursacht – nach den Aussagen eines mexikanischen Ölarbeiters auf der Plattform – durch einen amerikanischen Techniker. Zur Zeit kann man aus Camp David vernehmen, daß Carter sich um die Erhöhung von Öllieferungen aus Mexiko bemühe und daß der US-Kongreß einstimmig ein Gesetz beschlossen hat, mit dem die Regierung ermächtigt wird, eine – in der Höhe nicht festgelegte – Summe an CIA und FBI zu zahlen. In Iran wurden auf Erdöl- und -gaspipelines, die die Versorgung der Raffinerie Abadan sicherstellen, in der letzten Woche gleich zweimal Anschläge verübt. In derselben Woche zerstörte die iranische Polizei ein Boot, das illegal sowjetische Waffen in den Iran bringen sollte. Kurz zuvor war unter anderem auch die in sowjetischem Besitz befindliche Versicherung Ingostrach verstaatlicht worden und hat die iranische Regierung den Bau der Erdgasleitung durch die UdSSR eingestellt.

### Zinnproduzenten erheben gemeinsame Forderungen

*z.mat.Sydney.* Malaysia und Bolivien, die größten Zinnproduzenten der Welt, haben sich im Juni auf eine gemeinsame Strategie für die Verhandlungen des internationalen Zinnrats, die in diesem Monat in London stattfinden, geeinigt und Vertreter der zinnproduzierenden Länder zur Vorbereitung der Verhandlungen nach Djakarta eingeladen. Das internationale Zinnabkommen, mit dem ein Ausgleichsfonds gegen Preisschwankungen sowie obere und untere Interventionspreise geschaffen worden war, ist seit Jahren nicht funktionsfähig, weil die Vorräte des Fonds durch die extrem niedrigen Festsetzungen der Interventionspreise schon 1977 erschöpft waren. Gegenwärtig liegt der Zinnpreis 300 malaysische Dollar über der Preisspanne von 1350 bis 1700 malaysischen Dollar je Picul (60 kg). Die zinnproduzierenden Länder fordern die Anhebung der Preisspanne auf das Marktniveau, eine Reduzierung des Stimmanteils der USA im Zinnabkommen, der bisher 28% beträgt, Beteiligung der Zinnverbraucherländer an den Kosten des Ausgleichsfonds und einen vom Zinnrat regulierten Abbau der von den USA gehorteten 200000 Tonnen Zinn – etwa das Vierfache des US-Jahresverbrauchs und mehr als eine Weltjahresproduktion –, die eine ständige Bedrohung des Zinnpreises bedeuten.

### Rumänien und Ungarn gegen sowjetische Geschichtsfälschung

*z.anb.* Anfang Juli hat in Budapest eine gemischte rumänisch-ungarische Geschichtskommission ihre Arbeit abgeschlossen. Sie hat die Geschichte beider Nationen, wie sie in den Schulbüchern verhandelt wird, überprüft und sich auf gemeinsame Auffassungen dazu vereinheitlicht. Gerichtet ist diese Initiative gegen die Geschichtsfälschung der neuen Zaren, die seit Jahren in ihrer Propaganda die Balkanvölker demütigen, indem sie die Expansionspolitik des russischen Zaren im 19. Jahrhundert gegen das Osmanische Reich als ,,Befreiung" des Balkans von der Fremdherrschaft daherlügen. Dies um ihre eigene Hegemonialpolitik in Richtung Balkan und Bosporus als in der ,,Tradition" dieser Befreiung zu rechtfertigen. So schrieb die Zeitung ,,Neue Zeit" im Mai 1977 anläßlich des 100. Jahrestages der nationalen Unabhängigkeit Rumäniens: ,,Die Geschichte früherer Jahrhunderte zeigt, daß alle Versuche der Balkanvölker, ihre nationale Unabhängigkeit selbständig zu erringen, fehlschlugen. Ihnen reichten weder die Kräfte, noch die Mittel zum Kampf gegen das Osmanische Reich." (Neue Zeit 18/77) Der mit Billigung der Imperialisten, vor allem Englands und Österreichs, gegen die Türkei angezettelte russisch-türkische Krieg habe ,,große fortschrittliche Bedeutung" für den Donauraum gehabt: über den Schacher des Berliner Kongresses von 1878 teilten die Imperialisten das Herrschaftsgebiet des Sultans unter sich auf, der russische Zarismus wurde mit den östlichen Donaustaaten entschädigt.

## Die „heilige Kuh“ der westdeutschen Geschichtsprofessoren

*z.scc.* Nur zu gut erinnert sich der Autor des lange genossenen Geschichtsunterrichts. Die haßerfüllten Lügen, die der Oberstudienrat für Geschichte beispielsweise über das für seine Befreiung kämpfende Volk des Kongo zu verbreiten pflegte, taten nicht halb die Wirkung wie die sympathieheuchelnden halben Wahrheiten über das indische Volk, wie sie in den Geschichtsbüchern gang und gäbe sind. Da wälzen sich breit die Herren Geschichtsprofessoren im Elend der indischen Volksmassen – „sehr rückständig“, „erschütterndes Elend“, „hausen“, „unvorstellbar primitiv“ –, um ganz nebenbei „Erklärungen“ an den Mann und langwirkende Vorurteile in die Kinderköpfe zu bringen. Da sieht etwa der Verfasser von „Menschen in ihrer Zeit“ (Klett-Verlag) „erdrückende Tatsachen“: „Pächter des Landes verpachten Grundstücke weiter und leben vom Zins. Fabrikarbeiter, die eine Maschine zu bedienen gelernt haben, weigern sich häufig, auch die Aufräumungs- und Reinigungsarbeiten an ihrem Gerät durchzuführen, weil sie meinen, sie seien dafür zu hoch geboren“. Undsoweiter. Bild für Bild entsteht „der Inder“ als die Ursache seines eigenen Elends, sorglos („Daher hören die Rikschamänner zu arbeiten auf, sobald sie genügend für das Heute verdient haben... Daß es ein Morgen gibt, kommt ihnen gar nicht in den Sinn.“), arbeitsunlustig, phlegmatisch – und vor allem geradezu selbstmörderisch abergläubisch.

Generationen von Schülern ist der „Zusammenhang“ zwischen den heiligen Kühen und den Millionen indischen Hungertoten mit der Notenpeitsche eingebläut worden. In kaum einem Geschichtsbuch fehlt das eindrückliche Bild einer „Straßenszene“, hoffnungslose, unterernährte Gestalten, die zwischen aufdringlich vielen Kühen dahinvegetieren; und bei Passagen wie: „Ganz unbefriedigend ist der Nutzen, den die Viehzucht den Indern bringt... Die Kuh darf bei den Hindu nicht geschlachtet werden, da sie als heilig gilt“, wurde der Oberstudienrat für Geschichte immer ganz ausschweifig.

Die Blasphemie unserer Herren Geschichtsprofessoren ist interessiert. Die halbe Wahrheit reift zur vollen Lüge: „Die Engländer hatten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in Indien viel erreicht. Sie hatten einem Subkontinent, der bisher im Chaos gelebt hatte, Recht und Ordnung gebracht... Im wirtschaftlichen Bereich hatten sie das beste Straßen-, Eisenbahnen- und Kanalsystem geschaffen... Sie hatten... in großem Maß das Wachstum von Industrie und Landwirtschaft ermöglicht.“ („Fragen an die Geschichte“, Hirschgraben-Verlag) Die koloniale Unterjochung und Ausplünderung so ins Gegenteil verkehrt, müssen da die fortgesetzten imperialistischen „Bemühungen“ um Indien dem Volk nicht zu höchstem Glück gereichen? Einspruch? Fünf!

Die „Erfolge der englischen Herrschaft in Indien“ *sind* einzigartig. Binnen weniger Jahrzehnte hat „England das ganze Gefüge der indischen Gesellschaft niedergerissen, ohne daß bisher auch nur die Spur eines Neuaufbaus sichtbar geworden wäre.“ (Marx) Wirksamer, als es die Kanonen der britischen Kriegsflotte vermocht hätten, zerstörten die massenhaften Exporte britischer Textilien und anderer industrieller Produkte nach Indien die hochentwickelte Manufaktur, neben der berühmten Textilindustrie u.a. Zuckersiedereien, Indigo- und Lederfabriken, Waffenschmieden und Diamantschleifereien. Das hochentwickelte Kanalsystem ließen die Kolonialherren, auf schnelle Höchstprofite bedacht, binnen weniger Jahrzehnte völlig verkommen (s. Kommunismus und Klassenkampf 2/79), während sie gleichzeitig alle Schranken niederrissen, die der Verwandlung Indiens in einen Lieferanten agrikoler Rohstoffe entgegenstanden.

„Das wichtigste für den Hindu ist die Fortsetzung der Familie“, und warum, weiß bereits zitiertes „Fragen an die Geschichte“ auch zu berichten: „denn nur so wird die Darbringung der Totenopfer gewährleistet.“ War's nicht die Pflicht jedes aufrechten Christenmenschen, dergleichen religiösem Aberglauben ein Ende zu setzen? Die Erbrechte, die die dauerhafte Bebauung des Bodens gewährleisteten, standen dem Landhunger der Kolonialherren im Wege. Sie fielen, und 20 Millionen Pächtern und ihren Familien wurden mit einem Federstrich Grund und Boden geraubt. Noch ärger traf die Bauernmassen die Umwandlung der Natural- in Geldsteuer, die unabhängig vom Ernteertrag abzuführen war, bei gleichzeitiger Steigerung der Pachtsätze, der Boden- und anderer Steuern. Woher sollten die Bauern das Geld nehmen, wenn die Ernteerträge kaum reichten, die eigene Existenz zu fristen? Ihr Arbeitsvieh, ihren oft einzigen Reichtum, schlachten oder verkaufen? Auch vor der kolonialen Unterjochung schon war das Arbeitsvieh in einem Land, wo die landwirtschaftliche Produktion durch die Naturbedingungen stets von Unterbrechungen und Verwüstung bedroht, „heilig“. Umso mehr mußte es gegen den ökonomischen Druck der profitanbetenden Kolonialherren gesichert werden. „Der indische Bauer wird verhungern neben einem fetten Ochsen. Die Vorschriften des Aberglaubens erscheinen grausam gegenüber dem Einzelnen, aber sie sind erhaltend für die Gesellschaft; die Erhaltung des Arbeitsviehs sichert den Fortgang des Ackerbaus, und damit die Quellen künftigen Lebensunterhaltes.“ („Return, East India. Madras and Orissa Famine“, zit. nach K. Marx, Kapital Bd. 2)

Millionen Bauern wurden im Gefolge der Unterwerfung der Landwirtschaft, so-

Die „Erfolge der englischen Herrschaft in Indien“ *sind* einzigartig. Binnen weniger Jahrzehnte hat „England das ganze Gefüge der indischen Gesellschaft niedergerissen, ohne daß bisher auch nur die Spur eines Neuaufbaus sichtbar geworden wäre.“ (Marx) Wirksamer, als es die Kanonen der britischen Kriegsflotte vermocht hätten, zerstörten die massenhaften Exporte britischer Textilien und anderer industrieller Produkte nach Indien die hochentwickelte Manufaktur, neben der berühmten Textilindustrie u.a. Zuckersiedereien, Indigo- und Lederfabriken, Waffenschmieden und Diamantschleifereien. Das hochentwickelte Kanalsystem ließen die Kolonialherren, auf schnelle Höchstprofite bedacht, binnen weniger Jahrzehnte völlig verkommen (s. Kommunismus und Klassenkampf 2/79), während sie gleichzeitig alle Schranken niederrissen, die der Verwandlung Indiens in einen Lieferanten agrikoler Rohstoffe entgegenstanden.

„Das wichtigste für den Hindu ist die Fortsetzung der Familie“, und warum, weiß bereits zitiertes „Fragen an die Geschichte“ auch zu berichten: „denn nur so wird die Darbringung der Totenopfer gewährleistet.“ War's nicht die Pflicht jedes aufrechten Christenmenschen, dergleichen religiösem Aberglauben ein Ende zu setzen? Die Erbrechte, die die dauerhafte Bebauung des Bodens gewährleisteten, standen dem Landhunger der Kolonialherren im Wege. Sie fielen, und 20 Millionen Pächtern und ihren Familien wurden mit einem Federstrich Grund und Boden geraubt. Noch ärger traf die Bauernmassen die Umwandlung der Natural- in Geldsteuer, die unabhängig vom Ernteertrag abzuführen war, bei gleichzeitiger Steigerung der Pachtsätze, der Boden- und anderer Steuern. Woher sollten die Bauern das Geld nehmen, wenn die Ernteerträge kaum reichten, die eigene Existenz zu fristen? Ihr Arbeitsvieh, ihren oft einzigen Reichtum, schlachten oder verkaufen? Auch vor der kolonialen Unterjochung schon war das Arbeitsvieh in einem Land, wo die landwirtschaftliche Produktion durch die Naturbedingungen stets von Unterbrechungen und Verwüstung bedroht, „heilig“. Umso mehr mußte es gegen den ökonomischen Druck der profitanbetenden Kolonialherren gesichert werden. „Der indische Bauer wird verhungern neben einem fetten Ochsen. Die Vorschriften des Aberglaubens erscheinen grausam gegenüber dem Einzelnen, aber sie sind erhaltend für die Gesellschaft; die Erhaltung des Arbeitsviehs sichert den Fortgang des Ackerbaus, und damit die Quellen künftigen Lebensunterhaltes.“ („Return, East India. Madras and Orissa Famine“, zit. nach K. Marx, Kapital Bd. 2)

Millionen Bauern wurden im Gefolge der Unterwerfung der Landwirtschaft, so-fern sie nicht einfach Hungers starben, von ihrem Land vertrieben und, wenn sie „Glück“ hatten, zu Landarbeitern auf den anwachsenden Plantagen der Kolonialherren. Innerhalb von 20 Jahren vervielfachten sich Mitte des 19. Jahrhunderts die indischen Ausfuhren von Baumwolle, Kaffee, Indigo, Häuten, Jute und Opium, während die Ernährungsgrundlage der Millionen Volksmassen vernichtet wurde.

Gewaltsam wurde Indien als Rohstofflieferant und Absatzmarkt der britischen Bourgeoisie in die „Zivilisation“ gerissen. Mit dem Millionenheer geknechteter Volksmassen erwuchs der proletarischen Weltrevolution eine mächtige Reserve.

## Zunehmende Streikkämpfe der indischen Arbeiter

### Kampf gegen die Folgen der Niederlage während des Notstandes 1975/77

*z.hef.* Mit 712,4 Millionen Rupien lag der Umsatz von Siemens India Ltd. im Geschäftsjahr 1978/79 um 6,5% unter dem Vorjahresumsatz. Die Siemens-Kapitalisten konnten nur 72,1 Millionen Rupien als Profit bei ihrer indischen Tochter verbuchen, anstatt 101,1 Mio. im Jahr davor. Grund war der erfolgreiche Streik der Siemens-Arbeiter gegen die Weigerung der Kapitalisten, die Metallarbeitergewerkschaft anzuerkennen. Sie wollten nur mit „ihrer“ „Vereinigung der Siemens-Beschäftigten“ verhandeln, die sie fest in der Hand hatten.

Kaum ein Jahresbericht indischer Tochtergesellschaften von imperialistischen Monopolen, in dem die Kapitalisten nicht über zunehmende Streikkämpfe klagen. „Bummelstreiks am Jahresende ..., gefolgt von einem Vollstreik“ meldet Goodyear. „Beeinträchtigung der Produktion durch Probleme mit den Arbeitsbeziehungen“, heißt es über den Zweigbetrieb Crescent des britischen Monopols ICI. „Die Arbeitsbeziehungen verschlechtern sich drastisch“, schrieb die britische „Financial Times“ schon im August 1978 sorgenvoll.

Mit der wilden Unterdrückung durch die Notstandsgesetzgebung 1975 bis 1977 gelang es den Imperialisten und ihren Stützen im Land, den Grundherren und Kompradoren, die Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter und Bauern drastisch zu steigern. Die Bauern kämpfen mit Erhebungen gegen die Grundherren, die Steuereintreiber und Zinswucherer. Die Arbeiter führen eine große Zahl langandauernder Streiks durch.

Einige Beispiele der letzten Monate: Die Hafenarbeiter in Bombay streikten im November. 500000 Bankangestellte brachten im Dezember die Geldgeschäfte zu einem Halt. 100000 Druckarbeiter streikten im Dezember und Januar in Westbengalen, 220000 Jutearbeiter vom 5. Januar bis zum 23. Februar, mehr als 150000 Textilarbeiter streiken seit dem 25. Mai in Tamil Nadu, seit Anfang Juni auch Textilarbeiter in Dehli. Der Aufschwung der Klassenkämpfe führt zu Zersetzungserscheinungen in der Polizei. Die Mehrzahl der 900000 Polizisten beteiligt sich seit Mitte April an den Streikaktionen gegen die Hungerlöhne.

Die 220000 Jutearbeiter brachten mit ihrem siebenwöchigen Streik Maßnahmen zu Fall, die beispielhaft für die Verschärfung der Ausbeutung während des Notstands sind. Die 65 Jutefabriken gehören meistens indischen Kapitalisten. Über 40% der Juteprodukte werden exportiert, und über die aufkaufenden imperialistischen Monopole und Entwicklungskredite der Weltbank und FAO wird die Juteindustrie kontrolliert.

Während des Notstands erhöhten die Kapitalisten ohne Verhandlungen und ohne höheren Lohn das Pensum für die Arbeiter, entließen ungefähr 100000, führten die Kontraktarbeit in ihren übelsten Formen wieder ein und weigerten sich, den Jahresbonus (etwa ein 13. Monatsgehalt) zu zahlen, und weigerten sich schließlich, den am 31.12.1975 ausgelaufenen dreijährigen Tarifvertrag neu zu verhandeln.

Ca. 40% der Belegschaften wurden dem „Bhagwala“-System unterworfen. Nach der Entlassung eines Teils der Beschäftigten verlangten die Kapitalisten von den verbleibenden Arbeitern gegen eine Lohnerhöhung die Verdoppelung der Produktion an Teppichgrundgewebe oder Sackleinwand. Die Kapitalisten „empfahlen“ dem Arbeiter, einen anderen Arbeiter „anzustellen“, wozu er so gezwungen wurde. Entweder war das die Ehefrau, oder einer von den gerade entlassenen Arbeitern, der bei Strafe des Verhungerns für die Hälfte oder weniger des vorherigen Lohns arbeiten mußte. Der vorherige Lohn lag knapp über 400 Rupien (ca. 107 DM) im Monat.

Den Jutekapitalisten gelang es mit solchen Methoden, trotz gestiegener Produktion die Gesamtlohnsumme zehn Jahre lang auf der gleichen Höhe von ca. einer Milliarde Rupien zu halten. Vor 30 Jahren mußte ein Jutearbeiter 2,5 bis 3 Tonnen pro Jahr produzieren, jetzt mindestens 5,88 Tonnen.

Die Gewerkschaften der Jutearbeiter einigten sich auf ein Aktionsprogramm, in dem sie u.a. forderten: Lohnerhöhung von 75 Rupien pro Monat, Erhöhung des Grundlohns auf 470 Rupien, Zahlung einer Teuerungszulage und von Wohngeldzuschüssen, Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter, Zurücknahme des während des Notstands durchgesetzten höheren Pensums und Einschränkung des Vertragsarbeitersystems. Die Kapitalisten boten ganze 47 Rupien, *einschließlich* 15 Rupien Wohngeldzuschuß und 3,50 Rupien Teuerungszuschlag. Nach sieben Wochen Streik setzten die Arbeiter 65,27 Rs. plus Wohngeld und Teuerungszulage durch sowie die Erhöhung des Anteils der fest beschäftigten Arbeiter auf 90% der Belegschaft.

Möglich war dieser Sieg, weil die Arbeiter in den verschiedenen Gewerkschaften sich auf die Forderung nach 75 Rs. Lohnerhöhung zusammenschlossen. „Teuerungszulagen“, Wohngeld und Bonus sind Mittel, den Lohn in verschiedene, einzeln zu senkende Bestandteile aufzuspalten. Die Teuerungszulage wurde von den britischen Imperialisten in der Kolonialzeit per Gesetz eingeführt. Es gibt inzwischen mindestens vier Methoden, wie die Teuerungszulage berechnet wird. In keinem Fall erhalten die Arbeiter tatsächlich einen Teuerungsausgleich. Stattdessen wird ihr Lohn während der oft dreijährigen Laufzeit den Inflationsberechnungen von Regierungskommissionen unterworfen. Ähnliches gilt für den Jahresbonus. Er ist gesetzlich festgelegt und muß 8,33% vom Jahreslohn oder mindestens 80 Rupien betragen. Per Gesetz wird er auch beliebig gesenkt, wie während des Notstands geschehen.

Die Jutearbeiter waren auch deshalb erfolgreich, weil ihr Kampf die Unterstützung der Bauern hatte. Sie selbst fordern in ihrem Kampfprogramm einen Mindestpreis von 300 Rs. für ein Quintal Rohjute. Sprecher der Bauernvereinigungen unterstützten den Streik. Die Jutearbeiter kommen, wie fast alle Arbeiter, aus dem Dorf. Sie waren landlose Bauern oder Kinder landloser Bauern. Das Dorfelend hat sie in die Städte getrieben. Die indische Regierung hat es aufgegeben, die Zahl der Arbeitslosen statistisch erfassen zu wollen. Eine Vorstellung von der Größe der industriellen Reservearmee gibt die Zahl der selbstwirtschaftenden Bauern: 1961 waren es 99,5 Millionen, bei der letzten Volkszählung 1971 noch 78,2 Millionen (sowie 47,5 Millionen



Arbeiter und Bauern drastisch zu steigern. Die Bauern kämpfen mit Erhebungen gegen die Grundherren, die Steuereintreiber und Zinswucherer. Die Arbeiter führen eine große Zahl langandauernder Streiks durch.

Einige Beispiele der letzten Monate: Die Hafenarbeiter in Bombay streikten im November. 500000 Bankangestellte brachten im Dezember die Geldgeschäfte zu einem Halt. 100000 Druckarbeiter streikten im Dezember und Januar in Westbengalen, 220000 Jutearbeiter vom 5. Januar bis zum 23. Februar, mehr als 150000 Textilarbeiter streiken seit dem 25. Mai in Tamil

tern gegen eine Lohnerhöhung die Verdoppelung der Produktion an Teppichgrundgewebe oder Sackleinwand. Die Kapitalisten „empfahlen“ dem Arbeiter, einen anderen Arbeiter „anzustellen“, wozu er so gezwungen wurde. Entweder war das die Ehefrau, oder einer von den gerade entlassenen Arbeitern, der bei Strafe des Verhungerns für die Hälfte oder weniger des vorherigen Lohns arbeiten mußte. Der vorherige Lohn lag knapp über 400 Rupien (ca. 107 DM) im Monat.

Den Jutekapitalisten gelang es mit solchen Methoden, trotz gestiegener Produktion die Gesamtlohnsumme

schen mindestens vier Methoden, wie die Teuerungszulage berechnet wird. In keinem Fall erhalten die Arbeiter tatsächlich einen Teuerungsausgleich. Stattdessen wird ihr Lohn während der oft dreijährigen Laufzeit den Inflationsberechnungen von Regierungskommissionen unterworfen. Ähnliches gilt für den Jahresbonus. Er ist gesetzlich festgelegt und muß 8,33% vom Jahreslohn oder mindestens 80 Rupien betragen. Per Gesetz wird er auch beliebig gesenkt, wie während des Notstands geschehen.

Die Jutearbeiter waren auch deshalb erfolgreich, weil ihr Kampf die Unterstützung der Bauern hatte. Sie selbst fordern in ihrem Kampfprogramm einen Mindestpreis von 300 Rs. für ein Quintal Rohjute. Sprecher der Bauernvereinigungen unterstützten den Streik. Die Jutearbeiter kommen, wie fast alle Arbeiter, aus dem Dorf. Sie waren landlose Bauern oder Kinder landloser Bauern. Das Dorfelend hat sie in die Städte getrieben. Die indische Regierung hat es aufgegeben, die Zahl der Arbeitslosen statistisch erfassen zu wollen. Eine Vorstellung von der Größe der industriellen Reservearmee gibt die Zahl der selbstwirtschaftenden Bauern: 1961 waren es 99,5 Millionen, bei der letzten Volkszählung 1971 noch 78,2 Millionen (sowie 47,5 MillionenLandarbeiter). Die Zahl der nicht als Bauern oder Landarbeiter gezählten Beschäftigten betrug 1971 54,7 Millionen.

Mit der Verstärkung des Drucks durch die industrielle Reservearmee wird es immer nötiger für die Arbeiter, die Spaltung in viele kleine Gewerk-



Textilarbeiter in einer Stoffärberei

## Indische Revolutionäre über Kämpfe der Bauern und Landarbeiter

*z.rül.* In einer ganzen Reihe indischer Bundesstaaten führen die Bauern und Landarbeiter seit mehreren Monaten Massenversammlungen durch. Tausende von Delegierten nehmen daran teil und gründen Bauernbefreiungskomitees. Forderungen der Bauern sind nach Berichten bürgerlicher Zeitungen: Land für die Bauern, Senkung der Abgaben, Mindestpreise für die Produkte der Bauern, Mindestlohn für die Landarbeiter. Im folgenden ein Auszug aus einer Korrespondenz in der revolutionären Zeitschrift „Frontier“ vom 30.6.1979, die in englischer Sprache in Kalkutta herausgegeben wird.

### Der Kampf der Adivasi

Eine kämpferische Bauernbewegung entwickelt sich in dem Grenzgebiet zwischen dem Distrikt Santhal Pargana in Bihar und dem Distrikt Birbhum in Westbengalen (Bihar und Westbengalen sind Bundesstaaten im Nordosten Indiens. d. Übers.). Zwischen Bauern der Stämme in diesem Gebiet und Grundherren kam es zu einer Anzahl von gewaltsamen Zusammenstößen. Obwohl sie sich nur auf wenige Gebiete konzentrierten, haben die Vorfälle bereits Furcht und Unsicherheit unter den Reichen ausgelöst. Die beiden Staatsregierungen versuchen, die Bewegung zu unterdrücken.

Die Bewegung, die von der CPI/ML unter dem Banner des Krishak Mukti Samity (Bauernbefreiungskomitee) geführt wird, hat ihr Zentrum in den Gebieten der Polizeistationen Kundahit, Raniswar und Nala in Santhal Pargana. Die Lage in den Polizeidistrikten Dubrajpur, Rajnagar und Khoirasol in Bribhum ist ebenfalls gespannt. Hartnäckig halten sich Beschwerden über wiederholte Plünderungen, jedoch auch über einen allgemeinen Mangel an Zielen in der Bewegung.

Die Bewegung ist etwa ein Jahr alt. In das Blickfeld der Öffentlichkeit wurde sie kürzlich durch eine Serie von Zwischenfällen gerückt. Eine Reihe von Zusammenstößen zwischen Grundherren und Bauern gipfelte darin, daß die Polizei im Dorf Khejuria im Unterbezirk Jamtara Schußwaffen einsetzte, wobei mindestens zwei Bauern getötet wurden.

Nach Aussagen der Führung der CPI/ML in dem Gebiet begann die Bewegung in den Unterbezirken Dumka und Jamtara von Santhal Pargana vor etwa sechs Monaten. Die Gegend ist arm und unterentwickelt, und die Bauern der Adivasi werden von den Grundherren unterdrückt. Praktisch war das Gebiet Niemandsland, in dem die Gesetze nicht galten und die Grundherren machen konnten, was sie wollten. Die Landarbeiter erhielten nicht einmal den von der Regierung Bihars vorgeschriebenen Mindestlohn, und den Pächtern mit Erntebeteiligung wurde ihr zustehender Anteil unter verschiedenen Vorwänden vorenthalten.

Die Grundherren haben eine schlaue Methode, diese Pächter zu betrügen. Die Vereinbarung sieht so aus, daß die Grundherren die Tagelöhner einstellen, die die Pächter für die Bestellung des Bodens brauchen. Die Pächter müssen den Grundherrn die Löhne für die Landarbeiter zurückzahlen und erhalten dafür nach Einbringung der Ernte ihren Anteil. Wenn zum Beispiel ein Grundherr sein Land von drei Pächtern bestellen läßt und sechs Tagelöhner einstellt, so läßt er diese abwechselnd für einige Stunden auf dem Land jedes der drei Pächter arbeiten. Aber wenn er den Pächtern die Löhne der Arbeiter in Rechnung stellt, berechnet er jedem Pächter die vollen Tageslöhne für sechs Arbeiter. Während er so in Wirklichkeit nur sechs Tagelöhner anstellt, nimmt er bei der Verteilung der Ernte von den Pächtern den Lohn für 18 Arbeiter ein.

Ein anderes auffälliges und unterdrückerisches System in Santhal Pargana sind die „khai-khalasi“-Vereinbarungen. Sie erlauben den Grundherren, das Land der Adivasis in Beschlag zu nehmen, obwohl ihnen der Erwerb solchen Landes gesetzlich verboten ist. Die Grundherren leihen den Adivasis etwas Geld und erhalten dafür einige Jahre deren Land. Die Abkommen werden gewöhnlich erneuert, bevor das letzte ausläuft, mit dem Ergebnis, daß die jotedars (Grundherren) fortfahren, das Land zu kontrollieren.

Mitglieder der Partei sagten, daß das Krishak Mukti Samity (Bauernbefreiungskomitee) die Kämpfe einleitete, um Mindestlöhne für die Arbeiter und die Abschaffung der „khai-khalasi“-Vereinbarungen durchzusetzen. Die anderen Ziele waren, den Raub der den Pächtern zustehenden Ernteanteile durch die Grundherren zu stoppen, sowie die Zurückgabe des verpfändeten Eigentums an die Bauern. Die Grundherren leihen den armen Bauern gewöhnlich Kredite zu hohen Zinsen und behalten deren Eigentum dafür als Sicherheit. In der Regel übersteigen die Zinsen auf den Kredit bald die Kreditrückzahlungen, und die Bauern bekommen ihr Eigentum nie zurück.

Eine der Forderungen der Bewegung war: „Gebt uns die Rückzahlungsbescheinigungen und unseren zustehenden Anteil an der Ernte“. Das Samity verlangte 40% der Ernte für die Pächter in den Fällen, wo der Grundherr die Ackergeräte besitzt, und 50%, wenn der Pächter selber die Geräte hat. Der Tageslohn für Landarbeiter in Santhal Pargana liegt zwischen 2 und 2,50 Rupien (50 bis 63 Pfennige, das entspricht etwa dem Preis von 4 – 5 Eiern oder 1 Liter Milch oder 1 Reismahlzeit für 4 Personen, d. Übers.). Das Samity fordert einen Mindestlohn von 4,50 bis 5 Rupien. Es fordert ebenfalls, daß das Land und anderes Eigentum der Bauern, das die Grundherren sich in den letzten zehn Jahren durch Wucher angeeignet haben, gegen Zahlung des Kreditbetrags zurückgegeben wird. Für kleine Grundherren wurde eine Zeitspanne von fünf Jahren festgelegt.




schaften zu überwinden und einheitliche Kampfprogramme gegen die Kapitalisten aufzustellen. Es gibt mehr als 23000 Gewerkschaften, viele nicht größer als 10 Mitglieder. Die Kapitalisten lassen wie die Siemens-Kapitalisten gelbe Gewerkschaften gründen und versuchen, die großen Gewerkschaften nicht anzuerkennen. Die Zersplitterung führt z.B. dahin, daß die Bergarbeiter fünf national organisierte Gewerkschaften haben.

Die Mitgliedermassen bekämpfen die Zersplitterung. Auf der Bundesstaats- oder Ortsebene werden immer öfter Aktionskomitees gebildet. Die streikenden Textilarbeiter in Tamil Nadu gehören z.B. zwölf verschiedenen Gewerkschaften an. Mit der Vereinheitlichung auf die nötigen Kampfschritte bekämpfen die Gewerkschaftsmitglieder auch die Haltung der revisionistischen und sozialdemokratischen Parteien, bestimmte Gewerkschaften als ihr Eigentum zu betrachten und die Mitglieder als Manövriermasse einzusetzen. Eine der beiden großen revisionistischen Parteien, die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten), die in Westbengalen in der Staatsregierung sitzt, hat mit allen Mitteln den Streik der Metallarbeiter im Januar verhindert und dazu die Führung des Gewerkschaftsverbandes CITU (Zentrum indischer Gewerkschaften) benutzt. Ab dem 12. Januar sollte auf Beschluß der Gewerkschaften ein unbefristeter Streik stattfinden. Am 11. Januar unterzeichnete die CITU-Führung einen Tarifvertrag, der in fast allen Einzelheiten dem verhaßten bisherigen Vertrag gleicht. Unter anderem sind alle Betriebe mit weniger als 50

anzuerkennen. Die Zersplitterung führt z.B. dahin, daß die Bergarbeiter fünf national organisierte Gewerkschaften haben.

Die Mitgliedermassen bekämpfen die Zersplitterung. Auf der Bundesstaats- oder Ortsebene werden immer öfter Aktionskomitees gebildet. Die streikenden Textilarbeiter in Tamil Nadu gehören z.B. zwölf verschiedenen Gewerkschaften an. Mit der Vereinheitlichung auf die nötigen Kampfschritte bekämpfen die Gewerkschaftsmitglieder auch die Haltung der revisionistischen und sozialdemokratischen Parteien, bestimmte Gewerkschaften als ihr Eigentum zu betrachten und die Mitglieder als Manövriermasse einzusetzen. Eine der beiden großen revisionistischen Parteien, die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten), die in Westbengalen in der Staatsregierung sitzt, hat mit allen Mitteln den Streik der Metallarbeiter im Januar verhindert und dazu die Führung des Gewerkschaftsverbandes CITU (Zentrum indischer Gewerkschaften) benutzt. Ab dem 12. Januar sollte auf Beschluß der Gewerkschaften ein unbefristeter Streik stattfinden. Am 11. Januar unterzeichnete die CITU-Führung einen Tarifvertrag, der in fast allen Einzelheiten dem verhaßten bisherigen Vertrag gleicht. Unter anderem sind alle Betriebe mit weniger als 50
Arbeitern vom Tarifvertrag ausgenommen, über sie soll separat verhandelt werden. Das heißt, die kleinen Belegschaften stehen in ihrem Kampf isoliert von den großen Belegschaften. Immer sind die Revisionisten und Sozialdemokraten begeisterte Verfechter der „automatischen" Teuerungszulage.

Daß die Streikbewegung sich trotzdem so rasch entfaltet, hat zusammen mit dem Aufschwung der Bauernbewegung erhebliche Unruhe bei den Imperialisten ausgelöst. Sie fürchten den wachsenden politischen Einfluß der Revolutionäre. „Der Terrorismus naxalitischer Extremisten ist nach sieben Jahren wieder da in Ostindien", schreibt aufgeschreckt die Zeitschrift der britischen „königlichen Commonwealth-Gesellschaft." Die britischen Imperialisten haben immer noch die größten Kapitalanlagen in Indien, gefolgt von den USA (die wiederum ein Teil des britischen Kapitals über England kontrollieren), westdeutschen und japanischen Monopolen. Die Sozialimperialisten weiten den Kapitalexport ebenfalls aus, vor allem in der Form „staatseigener" Betriebe, die in Wirklichkeit von ihnen kontrolliert werden. Nach dem am 1.12.1978 unterzeichneten neuen Kooperationsabkommen werden sie u.a. ein Stahlwerk und ein Aluminiumwerk bauen und sich dafür mit Stahl und Aluminium zahlen lassen. Über die Eintreibung des Kaufpreises behalten sie so die Werke unter ihrer Kontrolle.

Die Imperialisten reden von „Gefahren für das Investitionsklima" und drücken die Regierung zu schärferem Vorgehen. Desai reagiert. Im Juni wurden Sondergerichtshöfe und „vorbeugende Internierung" gegen den empörten Protest der Volksmassen wieder gesetzlich gemacht. Ende Juni verbot die Regierung per Dekret den Streik der Zentralbankangestellten. Militär und einsatzfähige Einheiten der Polizei werden gegen streikende Arbeiter und rebellierende Bauern eingesetzt. Offensichtlich geht das den Imperialisten und Sozialimperialisten nicht weit genug. In der letzten Woche verlor die Regierungsparteienkoalition durch

wealth-Gesellschaft." Die britischen Imperialisten haben immer noch die größten Kapitalanlagen in Indien, gefolgt von den USA (die wiederum ein Teil des britischen Kapitals über England kontrollieren), westdeutschen und japanischen Monopolen. Die Sozialimperialisten weiten den Kapitalexport ebenfalls aus, vor allem in der Form „staatseigener" Betriebe, die in Wirklichkeit von ihnen kontrolliert werden. Nach dem am 1.12.1978 unterzeichneten neuen Kooperationsabkommen werden sie u.a. ein Stahlwerk und ein Aluminiumwerk bauen und sich dafür mit Stahl und Aluminium zahlen lassen. Über die Eintreibung des Kaufpreises behalten sie so die Werke unter ihrer Kontrolle.

Die Imperialisten reden von „Gefahren für das Investitionsklima" und drücken die Regierung zu schärferem Vorgehen. Desai reagiert. Im Juni wurden Sondergerichtshöfe und „vorbeugende Internierung" gegen den empörten Protest der Volksmassen wieder gesetzlich gemacht. Ende Juni verbot die Regierung per Dekret den Streik der Zentralbankangestellten. Militär und einsatzfähige Einheiten der Polizei werden gegen streikende Arbeiter und rebellierende Bauern eingesetzt. Offensichtlich geht das den Imperialisten und Sozialimperialisten nicht weit genug. In der letzten Woche verlor die Regierungsparteienkoalition durch
Austritte ihre Mehrheit im Parlament. In dieser Woche wird über einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Desai abgestimmt. Einer der zurückgetretenen Minister erklärte: „Dies Land steht am Rande des Abgrunds. Entschlossenes Handeln ist nötig, um es vom Abgrund zurückzuziehen." Die indische bürgerliche Presse spekuliert auf neue Notstandsmaßnahmen, zumindest einen gesetzlichen Lohnstopp.

---

Nach Aussagen von Mitgliedern der Partei waren die üblichen Formen des Kampfes Umzüge und Streiks. Vor etwa drei Monaten wurde zwischen dem Samity und Vertretern der Grundherren ein Übereinkommen über diese Forderungen erzielt. Aber die Bestimmungen des Vertrags wurden im großen und ganzen nie in Kraft gesetzt. Die Bauern werfen der Regierung Bihars vor, daß sie keine Schritte unternahm, um die Bestimmungen des Abkommens in Kraft zu setzen, obwohl sie vom Samity über die Lage informiert wurde.

Die Bewegung der Bauern führte zu Vergeltungsmaßnahmen der Grundherren. Als die Bauern die Arbeit einstellten, versuchten die Grundherren, sie mit Gewalt zur Arbeit zu zwingen. Das führte zu wiederholten Zusammenstößen. Während eines solchen Zusammenstoßes in dem Dorf Bilkandi im Gebiet Raniswar sammelten sich die Grundherren und schossen auf die Bauern. Acht wurden verwundet. Die Bauern griffen die Grundherren mit Pfeilen an und verletzten einen von ihnen. Die Grundherren zündeten einen Reisspeicher an.

Die sozialen Verhältnisse in der Gegend haben zu einer Konzentrierung der Grundherren in wenigen Dörfern geführt, die von den Dörfern der Adivasis umgeben sind. Kehjuria im Unterbezirk Jamtara ist eines der Dörfer, in dem die Grundherren wohnen. Die Bauern planten, zur Durchsetzung ihrer Forderungen am 1. Juni einen Umzug durch das Dorf zu organisieren.

Die Polizei bekam von dem Plan der Bauern im voraus Wind. Mitglieder der Partei berichteten, daß sich morgens etwa ein Dutzend Grundherren in einem der Häuser versammelten, und als der Zug näherkam, eröffneten sie auf ihn das Feuer. Ein Bauer erlitt leichte Verletzungen. Die Polizei traf nach einem vorbereiteten Plan ein und trennte die beiden Gruppen. Eine Einheit der zentralen Polizeireservetruppe, die in dem Ort dabei war, beschuldigte dann Sibur Dhibar und Swapan Bauri, beide landlose Arbeiter, die Führer der Bauern zu sein, und erschoß sie an der Spitze des Zuges. Dann griff die Polizeieinheit den ganzen Umzug an und feuerte auf ihn. Ein weiterer Bauer, ein Bewohner von Maheshpur, soll ebenfalls getötet worden sein, aber die Polizei trug seinen Körper davon. Die Bauern wehrten sich mit Pfeilen. Insgesamt wurden außer den getöteten weitere elf Bauern verletzt, sowie zwei Polizisten und drei Grundherren.

## Sepoy-Aufstand 1857/59: Nur knapp entgingen die britischen Kolonialisten einer Niederlage

*z.acr.* „Das römische divide et impera (teile und herrsche) war die Grundregel, mit der Großbritannien es ungefähr hundertfünfzig Jahre lang zuwege brachte, die Macht über sein indisches Reich aufrechtzuerhalten. (...) 200 Mio. Eingeborene werden von einer Eingeborenenarmee von 200000 Mann, deren Offiziere Engländer sind, gezügelt, während diese Eingeborenenarmee ihrerseits von einer englischen Armee in Schach gehalten wird, die nur 40000 Mann zählt. Auf den ersten Blick ist zu erkennen, daß der Gehorsam des indischen Volkes auf der Treue der Eingeborenenarmee beruht, mit deren Aufstellung die britischen Machthaber gleichzeitig das erste allgemeine Widerstandszentrum schufen, ein Zentrum, wie es das indische Volk nie zuvor besessen hatte." Dies schrieb Karl Marx im Leitartikel der „New York Daily Tribune" am 15.7.1857 über den Beginn eines Aufstands, der die britischen Kolonialisten an den Rand des Verlusts ihres indischen Kolonialreichs brachte.

Der bewaffnete Aufstand begann mit den Schüssen eines Sepoy, wie die britischen Machthaber die indischen Soldaten in ihrer Armee nannten, auf den Feldwebel und Adjutanten seines Regiments am 31.3.1857 in einer Garnison nahe Kalkuttas, dem Sitz des britischen Generalgouverneurs. Er erfaßte in wenigen Wochen die gesamte Provinz Bengalen, den größten Teil des Nordens Indiens. Fast alle 136000 indischen Soldaten in Bengalen beteiligten sich am Aufstand. Die Soldaten der Provinzen Bombay und Madras verweigerten den Einsatz gegen die Aufständischen. Die britischen Kolonialisten hatten große Truppenteile zur Unterdrückung von Aufständen in Persien und China abziehen müssen und konnten zunächst nur 24000 eigene Soldaten entgegensetzen.

Die Hauptkraft des Aufstands waren die indischen Bauern, die von den britischen Kolonialisten über die Steuern und z.B. das Monopol auf den Handel mit Tee, Salz und Opium ausgeplündert wurden. Die Steuereintreiber waren immer von einer großen Schar von Polizisten begleitet, Meister der Folter, die die Bauern von ihrem Land vertrieben, wenn sie die geforderten Steuern nicht aufbringen konnten.

Einen großen Teil der Sepoys rekrutierten die britischen Kolonialisten aus den so landlos gewordenen Bauern.

Selbst ein Teil der feudalen Klasse unterstützte den Aufstand, nachdem die Ostindische Kompanie, die die Geschäfte der britischen Kolonialisten in Indien betrieb, dazu übergegangen war, auch ihr mehr und mehr Land zu nehmen.

Bis zum Sommer 1858 gelang es den indischen Volksmassen, den größten Teil ihres Landes zu befreien. Die britische Armee, vollkommen zersplittert und erheblich dezimiert, mußte sich auf die Verteidigung weniger Bastionen beschränken. Dann schickte die britische Bourgeoisie immer mehr Verstärkung. Da die indischen Volksmassen nicht unter einer einheitlichen Führung kämpften, gelang es den Kolonialisten, den Aufstand 1859, nachdem er fast drei Jahre andauerte, niederzuschlagen.



Sturm der Volksmassen auf die britische Festung in Lucknow am 30.7.1857

## „Divide et impera" – Die Teilung Indiens durch die britischen Imperialisten

*z.elb.* Als sich die Kolonialherren 1905 anschickten, Bengalen zu teilen, weil sie die Kontrolle über die Provinz wegen ständiger Kämpfe der indischen Volksmassen zu verlieren drohten, demonstrierten Hindu und Moslems gemeinsam und in Massen für die Einheit der Provinz. Die Bevölkerung Bengalens bestand etwa zu gleichen Teilen aus Hindu und Moslems. Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft versuchten die britischen Imperialisten, die existierenden Widersprüche zwischen Hindu und Moslems auszunutzen und zu verschärfen.

Lange Zeit konnte ihnen dies nicht gelingen. In den 30er Jahren kam es zu einer großen nationalen Volksbewegung gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten, die sich gegen deren Salzmonopol und die auf Salz erhobene Steuer richtete. Die Kämpfe für Unabhängigkeit nahmen an Schärfe zu. 1942 wurde ein großer Teil der Bahnverbindungen lahmgelegt, 250 Bahn-

Kurz vor der Unabhängigkeit im August 1947 wechselten sie den „Vizekönig von Indien", Lord Wavell, gegen den ehemaligen Oberbefehlshaber der Alliierten in Ostasien, Lord Mountbatten, aus. Sie nutzten die lang geschürten Widersprüche zwischen der Kongreßpartei und der Moslemliga, die die Abtrennung einiger Provinzen Indiens zur Errichtung eines unabhängigen Pakistan forderte, und setzten durch, daß das Land bei der Unabhängigkeit geteilt wurde. Damit verlor Indien einige seiner wichtigsten landwirtschaftlichen Anbaugebiete, und Pakistan, ein rein agrarisches Land, wurde von den wenigen industriellen Zentren abgeschnitten. Die Zugehörigkeit der Provinz Kaschmir blieb ungelöst; die Truppen der britischen Imperialisten blieben im Land. Sie witterten die Chance, Indien und Pakistan im Streit um Kaschmir, der sofort nach der Unabhängigkeit entbrannte, weiter gegeneinander aufzuhetzen. Der Krieg wurde auf *beiden* Seiten von *britischen* Offizieren angeführt. Er hatte die Teilung Kaschmirs zur Folge.

Später versuchten die Sozialimperialisten, denen es gelang, sich in Indien einzunisten, auf den fortexistierenden Widersprüchen ihr eigenes Süppchen zu kochen. *Sie* schüren den Konflikt unter der Parole der „Einheit Indiens" und stacheln die indische Bourgeoisie in ihrem Streben nach Einverleibung Pakistans an. 1965 kommt es erneut zum Krieg um Kaschmir. Als „Vermittler" setzen sich die Sozialimperialisten weiter in Indien fest.




te in wenigen Wochen die gesamte Provinz Bengalen, den größten Teil des Nordens Indiens. Fast alle 136000 indischen Soldaten in Bengalen beteiligten

Sturm der Volksmassen auf die britische Festung in Lucknow am 30.7.1857

„Divide et impera" – Die Teilung Indiens durch die britischen Imperialisten

z.elb. Als sich die Kolonialherren 1905 anschickten, Bengalen zu teilen, weil sie die Kontrolle über die Provinz wegen ständiger Kämpfe der indischen Volksmassen zu verlieren drohten, demonstrierten Hindu und Moslems gemeinsam und in Massen für die Einheit der Provinz. Die Bevölkerung Bengalens bestand etwa zu gleichen Teilen aus Hindu und Moslems. Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft versuchten die britischen Imperialisten, die existierenden Widersprüche zwischen Hindu und Moslems auszunutzen und zu verschärfen.

Lange Zeit konnte ihnen dies nicht gelingen. In den 30er Jahren kam es zu einer großen nationalen Volksbewegung gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten, die sich gegen deren Salzmonopol und die auf Salz erhobene Steuer richtete. Die Kämpfe für Unabhängigkeit nahmen an Schärfe zu. 1942 wurde ein großer Teil der Bahnverbindungen lahmgelegt, 250 Bahn-
stationen zerstört, Polizeistationen und Regierungsgebäude angegriffen.

Anfang der 40er Jahre leiteten die Kolonialisten ihren Rückzug ein, durch den Kampf der indischen Volksmassen aufs Äußerste bedrängt und durch den 2. Weltkrieg an der Verstärkung ihrer Truppen in Indien gehindert. Rückzug bei Sicherung der weiteren Ausplünderung vor allem an Jute, Baumwolle und Nahrungsmitteln.

Kurz vor der Unabhängigkeit im August 1947 wechselten sie den „Vizekönig von Indien", Lord Wavell, gegen den ehemaligen Oberbefehlshaber der Alliierten in Ostasien, Lord Mountbatten, aus. Sie nutzten die lang geschürten Widersprüche zwischen der Kongreßpartei und der Moslemliga, die die Abtrennung einiger Provinzen Indiens zur Errichtung eines unabhängigen Pakistan forderte, und setzten durch, daß das Land bei der Unabhängigkeit geteilt wurde. Damit verlor Indien einige seiner wichtigsten landwirtschaftlichen Anbaugebiete, und Pakistan, ein rein agrarisches Land, wurde von den wenigen industriellen Zentren abgeschnitten. Die Zugehörigkeit der Provinz Kaschmir blieb ungelöst; die Truppen der britischen Imperialisten blieben im Land. Sie witterten die Chance, Indien und Pakistan im Streit um Kaschmir, der sofort nach der Unabhängigkeit entbrannte, weiter gegeneinander aufzuhetzen. Der Krieg wurde auf beiden Seiten von britischen Offizieren angeführt. Er hatte die Teilung Kaschmirs zur Folge.

Später versuchten die Sozialimperialisten, denen es gelang, sich in Indien einzunisten, auf den fortexistierenden Widersprüchen ihr eigenes Süppchen zu kochen. Sie schüren den Konflikt unter der Parole der „Einheit Indiens" und stacheln die indische Bourgeoisie in ihrem Streben nach Einverleibung Pakistans an. 1965 kommt es erneut zum Krieg um Kaschmir. Als „Vermittler" setzen sich die Sozialimperialisten weiter in Indien fest.




Demonstration indischer Volksmassen 1927 für Unabhängigkeit

## Juni 1975 – März 1977: Notstandsdiktatur gegen die Kämpfe der Arbeiter und Bauern

*z.rül.* Am 25.6.75 verhängte die indische Regierung gegen „Kräfte der Zersetzung" und die „Bedrohung der inneren Stabilität" den Notstand. Die „Bedrohung der inneren Stabilität", das waren die Kämpfe der Arbeiter und Bauern gegen die Ausbeutung und Ausplünderung durch Imperialisten, indische Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Von 1970 bis 1974 hatten die Lohnabhängigen die Zahl der Streiks mehr als verdoppelt, die Streiktage stiegen von 14,75 Mio. auf 33,64 Mio. Insbesondere die Sozialimperialisten mit der revisionistischen CPI als ihrem Agenten hatten den Notstand betrieben, um über ihren Einfluß auf den indischen Staatsapparat ihre imperialistischen Konkurrenten auszubooten. Mit der Aufhebung der Versammlungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit und des Streikrechts versuchte die Regierung, die Arbeiter und Bauern niederzuschlagen. Am 4. Juli verbot sie 26 Organisationen, darunter acht marxistisch-leninistische Parteien und Organisationen. Formal wurden außer Streiks auch Entlassungen und Aussperrungen verboten. Tatsächlich senkten die Kapitalisten kräftig die Löhne, entließen bis Ende 75 fast 500000 Arbeiter und steigerten die Aussperrungen auf 9,95 Mio. Arbeitstage (1976, gegenüber 6,62 Mio. 1974). Die Regierung fror die Inflationszuschläge (im Durchschnitt 30% des Lohns) ein und senkte den gesetzlichen Jahresbonus für Industriearbeiter von mindestens 8,33% eines Jahreslohns auf 4%. Im Oktober 75 führten dagegen 400000 Arbeiter in Tamil Nadu einen eintägigen Generalstreik durch. Auch in anderen Teilen des Landes leisteten die Arbeiter und Bauern heftigen Widerstand. Ihre Spaltung durch Reformismus und Revisionismus aber konnten sie nicht überwinden. Anfang 1977 versuchte die Regierung, sich durch Neuwahlen die Billigung ihrer Politik durch die Volksmassen zu verschaffen. Die Janata-Partei, eine Koalition unter Einschluß reformistischer Gewerkschafter, gewann die Wahlen am 21.3. und hob den Notstand wieder auf.



Heftige Gegenwehr der Volksmassen brachte den Notstand 1977 zu Fall




schaften zu überwinden und einheitliche Kampfprogramme gegen die Kapitalisten aufzustellen. Es gibt mehr als 23000 Gewerkschaften, viele nicht größer als 10 Mitglieder. Die Kapitalisten lassen wie die Siemens-Kapitalisten gelbe Gewerkschaften gründen und versuchen, die großen Gewerkschaften nicht anzuerkennen. Die Zersplitterung führt z.B. dahin, daß die Bergarbeiter fünf national organisierte Gewerkschaften haben.

Die Mitgliedermassen bekämpfen die Zersplitterung. Auf der Bundesstaats- oder Ortsebene werden immer öfter Aktionskomitees gebildet. Die streikenden Textilarbeiter in Tamil Nadu gehören z.B. zwölf verschiedenen Gewerkschaften an. Mit der Vereinheitlichung auf die nötigen Kampfschritte bekämpfen die Gewerkschaftsmitglieder auch die Haltung der revisionistischen und sozialdemokratischen Parteien, bestimmte Gewerkschaften als ihr Eigentum zu betrachten und die Mitglieder als Manövriermasse einzusetzen. Eine der beiden großen revisionistischen Parteien, die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten), die in Westbengalen in der Staatsregierung sitzt, hat mit allen Mitteln den Streik der Metallarbeiter im Januar verhindert und dazu die Führung des Gewerkschaftsverbandes CITU (Zentrum indischer Gewerkschaften) benutzt. Ab dem 12. Januar sollte auf Beschluß der Gewerkschaften ein unbefristeter Streik stattfinden. Am 11. Januar unterzeichnete die CITU-Führung einen Tarifvertrag, der in fast allen Einzelheiten dem verhaßten bisherigen Vertrag gleicht. Unter anderem sind alle Betriebe mit weniger als 50 Arbeitern vom Tarifvertrag ausgenommen, über sie soll separat verhandelt werden. Das heißt, die kleinen Beleg-

gung erhebliche Unruhe bei den Imperialisten ausgelöst. Sie fürchten den wachsenden politischen Einfluß der Revolutionäre. „Der Terrorismus naxalitischer Extremisten ist nach sieben Jahren wieder da in Ostindien", schreibt aufgeschreckt die Zeitschrift der britischen „königlichen Commonwealth-Gesellschaft." Die britischen Imperialisten haben immer noch die größten Kapitalanlagen in Indien, gefolgt von den USA (die wiederum ein Teil des britischen Kapitals über England kontrollieren), westdeutschen und japanischen Monopolen. Die Sozialimperialisten weiten den Kapitalexport ebenfalls aus, vor allem in der Form „staatseigener" Betriebe, die in Wirklichkeit von ihnen kontrolliert werden. Nach dem am 1.12.1978 unterzeichneten neuen Kooperationsabkommen werden sie u.a. ein Stahlwerk und ein Aluminiumwerk bauen und sich dafür mit Stahl und Aluminium zahlen lassen. Über die Eintreibung des Kaufpreises behalten sie so die Werke unter ihrer Kontrolle.

Die Imperialisten reden von „Gefahren für das Investitionsklima" und drücken die Regierung zu schärferem Vorgehen. Desai reagiert. Im Juni wurden Sondergerichtshöfe und „vorbeugende Internierung" gegen den empörten Protest der Volksmassen wieder gesetzlich gemacht. Ende Juni verbot die Regierung per Dekret den Streik der Zentralbankangestellten. Militär und einsatzfähige Einheiten der Polizei werden gegen streikende Arbeiter und rebellierende Bauern eingesetzt. Offensichtlich geht das den Imperialisten und Sozialimperialisten nicht weit genug. In der letzten Woche verlor die Regierungsparteienkoalition durch Austritte ihre Mehrheit im Parlament. In dieser Woche wird über einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung De-

führt z.B. dahin, daß die Bergarbeiter fünf national organisierte Gewerkschaften haben.

Die Mitgliedermassen bekämpfen die Zersplitterung. Auf der Bundesstaats- oder Ortsebene werden immer öfter Aktionskomitees gebildet. Die streikenden Textilarbeiter in Tamil Nadu gehören z.B. zwölf verschiedenen Gewerkschaften an. Mit der Vereinheitlichung auf die nötigen Kampfschritte bekämpfen die Gewerkschaftsmitglieder auch die Haltung der revisionistischen und sozialdemokratischen Parteien, bestimmte Gewerkschaften als ihr Eigentum zu betrachten und die Mitglieder als Manövriermasse einzusetzen. Eine der beiden großen revisionistischen Parteien, die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten), die in Westbengalen in der Staatsregierung sitzt, hat mit allen Mitteln den Streik der Metallarbeiter im Januar verhindert und dazu die Führung des Gewerkschaftsverbandes CITU (Zentrum indischer Gewerkschaften) benutzt. Ab dem 12. Januar sollte auf Beschluß der Gewerkschaften ein unbefristeter Streik stattfinden. Am 11. Januar unterzeichnete die CITU-Führung einen Tarifvertrag, der in fast allen Einzelheiten dem verhaßten bisherigen Vertrag gleicht. Unter anderem sind alle Betriebe mit weniger als 50 Arbeitern vom Tarifvertrag ausgenommen, über sie soll separat verhandelt werden. Das heißt, die kleinen Beleg-

schaften stehen in ihrem Kampf isoliert von den großen Belegschaften. Immer sind die Revisionisten und Sozialdemokraten begeisterte Verfechter der „automatischen" Teuerungszulage.

Daß die Streikbewegung sich trotzdem so rasch entfaltet, hat zusammen mit dem Aufschwung der Bauernbewe-

Imperialisten haben immer noch die größten Kapitalanlagen in Indien, gefolgt von den USA (die wiederum ein Teil des britischen Kapitals über England kontrollieren), westdeutschen und japanischen Monopolen. Die Sozialimperialisten weiten den Kapitalexport ebenfalls aus, vor allem in der Form „staatseigener" Betriebe, die in Wirklichkeit von ihnen kontrolliert werden. Nach dem am 1.12.1978 unterzeichneten neuen Kooperationsabkommen werden sie u.a. ein Stahlwerk und ein Aluminiumwerk bauen und sich dafür mit Stahl und Aluminium zahlen lassen. Über die Eintreibung des Kaufpreises behalten sie so die Werke unter ihrer Kontrolle.

Die Imperialisten reden von „Gefahren für das Investitionsklima" und drücken die Regierung zu schärferem Vorgehen. Desai reagiert. Im Juni wurden Sondergerichtshöfe und „vorbeugende Internierung" gegen den empörten Protest der Volksmassen wieder gesetzlich gemacht. Ende Juni verbot die Regierung per Dekret den Streik der Zentralbankangestellten. Militär und einsatzfähige Einheiten der Polizei werden gegen streikende Arbeiter und rebellierende Bauern eingesetzt. Offensichtlich geht das den Imperialisten und Sozialimperialisten nicht weit genug. In der letzten Woche verlor die Regierungsparteienkoalition durch Austritte ihre Mehrheit im Parlament. In dieser Woche wird über einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung De-

sai abgestimmt. Einer der zurückgetretenen Minister erklärte: „Dies Land steht am Rande des Abgrunds. Entschlossenes Handeln ist nötig, um es vom Abgrund zurückzuziehen." Die indische bürgerliche Presse spekuliert auf neue Notstandsmaßnahmen, zumindest einen gesetzlichen Lohnstopp.

---

Nach Aussagen von Mitgliedern der Partei waren die üblichen Formen des Kampfes Umzüge und Streiks. Vor etwa drei Monaten wurde zwischen dem Samity und Vertretern der Grundherren ein Übereinkommen über diese Forderungen erzielt. Aber die Bestimmungen des Vertrags wurden im großen und ganzen nie in Kraft gesetzt. Die Bauern werfen der Regierung Bihars vor, daß sie keine Schritte unternahm, um die Bestimmungen des Abkommens in Kraft zu setzen, obwohl sie vom Samity über die Lage informiert wurde.

Die Bewegung der Bauern führte zu Vergeltungsmaßnahmen der Grundherren. Als die Bauern die Arbeit einstellten, versuchten die Grundherren, sie mit Gewalt zur Arbeit zu zwingen. Das führte zu wiederholten Zusammenstößen. Während eines solchen Zusammenstoßes in dem Dorf Bilkandi im Gebiet Raniswar sammelten sich die Grundherren und schossen auf die Bauern. Acht wurden verwundet. Die Bauern griffen die Grundherren mit Pfeilen an und verletzten einen von ihnen. Die Grundherren zündeten einen Reisspeicher an.

Die sozialen Verhältnisse in der Gegend haben zu einer Konzentrierung der Grundherren in wenigen Dörfern geführt, die von den Dörfern der Adivasis umgeben sind. Kehjuria im Unterbezirk Jamtara ist eines der Dörfer, in dem die Grundherren wohnen. Die Bauern planten, zur Durchsetzung ihrer Forderungen am 1. Juni einen Umzug durch das Dorf zu organisieren.

Die Polizei bekam von dem Plan der Bauern im voraus Wind. Mitglieder der Partei berichteten, daß sich morgens etwa ein Dutzend Grundherren in einem der Häuser versammelten, und als der Zug näherkam, eröffneten sie auf ihn das Feuer. Ein Bauer erlitt leichte Verletzungen. Die Polizei traf nach einem vorbereiteten Plan ein und trennte die beiden Gruppen. Eine Einheit der zentralen Polizeireservetruppe, die in dem Ort dabei war, beschuldigte dann Sibur Dhibar und Swapan Bauri, beide landlose Arbeiter, die Führer der Bauern zu sein, und erschoß sie an der Spitze des Zuges. Dann griff die Polizeieinheit den ganzen Umzug an und feuerte auf ihn. Ein weiterer Bauer, ein Bewohner von Maheshpur, soll ebenfalls getötet worden sein, aber die Polizei trug seinen Körper davon. Die Bauern wehrten sich mit Pfeilen. Insgesamt wurden außer den getöteten weitere elf Bauern verletzt, sowie zwei Polizisten und drei Grundherren.

## Sepoy-Aufstand 1857/59: Nur knapp entgingen die britischen Kolonialisten einer Niederlage

*z.acr.* „Das römische divide et impera (teile und herrsche) war die Grundregel, mit der Großbritannien es ungefähr hundertfünfzig Jahre lang zuwege brachte, die Macht über sein indisches Reich aufrechtzuerhalten. (...) 200 Mio. Eingeborene werden von einer Eingeborenenarmee von 200000 Mann, deren Offiziere Engländer sind, gezügelt, während diese Eingeborenenarmee ihrerseits von einer englischen Armee in Schach gehalten wird, die nur 40000 Mann zählt. Auf den ersten Blick ist zu erkennen, daß der Gehorsam des indischen Volkes auf der Treue der Eingeborenenarmee beruht, mit deren Aufstellung die britischen Machthaber gleichzeitig das erste allgemeine Widerstandszentrum schufen, ein Zentrum, wie es das indische Volk nie zuvor besessen hatte." Dies schrieb Karl Marx im Leitartikel der „New York Daily Tribune" am 15.7.1857 über den Beginn eines Aufstands, der die britischen Kolonialisten an den Rand des Verlusts ihres indischen Kolonialreichs brachte.

Der bewaffnete Aufstand begann mit den Schüssen eines Sepoy, wie die britischen Machthaber die indischen Soldaten in ihrer Armee nannten, auf den Feldwebel und Adjutanten seines Regiments am 31.3.1857 in einer Garnison nahe Kalkuttas, dem Sitz des britischen Generalgouverneurs. Er erfaßte in wenigen Wochen die gesamte Provinz Bengalen, den größten Teil des Nordens Indiens. Fast alle 136000 indischen Soldaten in Bengalen beteiligten sich am Aufstand. Die Soldaten der Provinzen Bombay und Madras verweigerten den Einsatz gegen die Aufständischen. Die britischen Kolonialisten hatten große Truppenteile zur Unterdrückung von Aufständen in Persien und China abziehen müssen und konnten zunächst nur 24000 eigene Soldaten entgegensetzen.

Die Hauptkraft des Aufstands waren die indischen Bauern, die von den britischen Kolonialisten über die Steuern und z.B. das Monopol auf den Handel mit Tee, Salz und Opium ausgeplündert wurden. Die Steuereintreiber waren immer von einer großen Schar von Polizisten begleitet, Meister der Folter, die die Bauern von ihrem Land vertrieben, wenn sie die geforderten Steuern nicht aufbringen konnten.

Einen großen Teil der Sepoys rekrutierten die britischen Kolonialisten aus den so landlos gewordenen Bauern.

Selbst ein Teil der feudalen Klasse unterstützte den Aufstand, nachdem die Ostindische Kompanie, die die Geschäfte der britischen Kolonialisten in Indien betrieb, dazu übergegangen war, auch ihr mehr und mehr Land zu nehmen.

Bis zum Sommer 1858 gelang es den indischen Volksmassen, den größten Teil ihres Landes zu befreien. Die britische Armee, vollkommen zersplittert und erheblich dezimiert, mußte sich auf die Verteidigung weniger Bastionen beschränken. Dann schickte die britische Bourgeoisie immer mehr Verstärkung. Da die indischen Volksmassen nicht unter einer einheitlichen Führung kämpften, gelang es den Kolonialisten, den Aufstand 1859, nachdem er fast drei Jahre andauerte, niederzuschlagen.



Sturm der Volksmassen auf die britische Festung in Lucknow am 30.7.1857

## „Divide et impera" – Die Teilung Indiens durch die britischen Imperialisten

*z.elb.* Als sich die Kolonialherren 1905 anschickten, Bengalen zu teilen, weil sie die Kontrolle über die Provinz wegen ständiger Kämpfe der indischen Volksmassen zu verlieren drohten, demonstrierten Hindu und Moslems gemeinsam und in Massen für die Einheit der Provinz. Die Bevölkerung Bengalens bestand etwa zu gleichen Teilen aus Hindu und Moslems. Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft versuchten die britischen Imperialisten, die existierenden Widersprüche zwischen Hindu und Moslems auszunutzen und zu verschärfen.

Lange Zeit konnte ihnen dies nicht gelingen. In den 30er Jahren kam es zu einer großen nationalen Volksbewegung gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten, die sich gegen deren Salzmonopol und die auf Salz erhobene Steuer richtete. Die Kämpfe für Unabhängigkeit nahmen an Schärfe zu. 1942 wurde ein großer Teil der Bahnverbindungen lahmgelegt, 250 Bahnstationen zerstört, Polizeistationen und Regierungsgebäude angegriffen.

Kurz vor der Unabhängigkeit im August 1947 wechselten sie den „Vizekönig von Indien", Lord Wavell, gegen den ehemaligen Oberbefehlshaber der Alliierten in Ostasien, Lord Mountbatten, aus. Sie nutzten die lang geschürten Widersprüche zwischen der Kongreßpartei und der Moslemliga, die die Abtrennung einiger Provinzen Indiens zur Errichtung eines unabhängigen Pakistan forderte, und setzten durch, daß das Land bei der Unabhängigkeit geteilt wurde. Damit verlor Indien einige seiner wichtigsten landwirtschaftlichen Anbaugebiete, und Pakistan, ein rein agrarisches Land, wurde von den wenigen industriellen Zentren abgeschnitten. Die Zugehörigkeit der Provinz

Kaschmir blieb ungelöst; die Truppen der britischen Imperialisten blieben im Land. Sie witterten die Chance, Indien und Pakistan im Streit um Kaschmir, der sofort nach der Unabhängigkeit entbrannte, weiter gegeneinander aufzuhetzen. Der Krieg wurde auf *beiden* Seiten von *britischen* Offizieren angeführt. Er hatte die Teilung Kaschmirs zur Folge.

Später versuchten die Sozialimperialisten, denen es gelang, sich in Indien einzunisten, auf den fortexistierenden Widersprüchen ihr eigenes Süppchen zu kochen. *Sie* schüren den Konflikt unter der Parole der „Einheit Indiens" und stacheln die indische Bourgeoisie in ihrem Streben nach Einverleibung Pakistans an. 1965 kommt es erneut zum Krieg um Kaschmir. Als „Vermittler" setzen sich die Sozialimperialisten weiter in Indien fest.




vinz Bengalen, den größten Teil des Nordens Indiens. Fast alle 136000 indischen Soldaten in Bengalen beteiligten

Sturm der Volksmassen auf die britische Festung in Lucknow am 30.7.1857

„Divide et impera" – Die Teilung Indiens durch die britischen Imperialisten

z.elb. Als sich die Kolonialherren 1905 anschickten, Bengalen zu teilen, weil sie die Kontrolle über die Provinz wegen ständiger Kämpfe der indischen Volksmassen zu verlieren drohten, demonstrierten Hindu und Moslems gemeinsam und in Massen für die Einheit der Provinz. Die Bevölkerung Bengalens bestand etwa zu gleichen Teilen aus Hindu und Moslems. Zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft versuchten die britischen Imperialisten, die existierenden Widersprüche zwischen Hindu und Moslems auszunutzen und zu verschärfen.

Lange Zeit konnte ihnen dies nicht gelingen. In den 30er Jahren kam es zu einer großen nationalen Volksbewegung gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten, die sich gegen deren Salzmonopol und die auf Salz erhobene Steuer richtete. Die Kämpfe für Unabhängigkeit nahmen an Schärfe zu. 1942 wurde ein großer Teil der Bahnverbindungen lahmgelegt, 250 Bahnstationen zerstört, Polizeistationen und Regierungsgebäude angegriffen.

Kurz vor der Unabhängigkeit im August 1947 wechselten sie den „Vizekönig von Indien", Lord Wavell, gegen den ehemaligen Oberbefehlshaber der Alliierten in Ostasien, Lord Mountbatten, aus. Sie nutzten die lang geschürten Widersprüche zwischen der Kongreßpartei und der Moslemliga, die die Abtrennung einiger Provinzen Indiens zur Errichtung eines unabhängigen Pakistan forderte, und setzten durch, daß das Land bei der Unabhängigkeit geteilt wurde. Damit verlor Indien einige seiner wichtigsten landwirtschaftlichen Anbaugebiete, und Pakistan, ein rein agrarisches Land, wurde von den wenigen industriellen Zentren abgeschnitten. Die Zugehörigkeit der Provinz

Kaschmir blieb ungelöst; die Truppen der britischen Imperialisten blieben im Land. Sie witterten die Chance, Indien und Pakistan im Streit um Kaschmir, der sofort nach der Unabhängigkeit entbrannte, weiter gegeneinander aufzuhetzen. Der Krieg wurde auf beiden Seiten von britischen Offizieren angeführt. Er hatte die Teilung Kaschmirs zur Folge.

Später versuchten die Sozialimperialisten, denen es gelang, sich in Indien einzunisten, auf den fortexistierenden Widersprüchen ihr eigenes Süppchen zu kochen. Sie schüren den Konflikt unter der Parole der „Einheit Indiens" und stacheln die indische Bourgeoisie in ihrem Streben nach Einverleibung Pakistans an. 1965 kommt es erneut zum Krieg um Kaschmir. Als „Vermittler" setzen sich die Sozialimperialisten weiter in Indien fest.

Anfang der 40er Jahre leiteten die Kolonialisten ihren Rückzug ein, durch den Kampf der indischen Volksmassen aufs Äußerste bedrängt und durch den 2. Weltkrieg an der Verstärkung ihrer Truppen in Indien gehindert. Rückzug bei Sicherung der weiteren Ausplünderung vor allem an Jute, Baumwolle und Nahrungsmitteln.




Demonstration indischer Volksmassen 1927 für Unabhängigkeit

## Juni 1975 – März 1977: Notstandsdiktatur gegen die Kämpfe der Arbeiter und Bauern

*z.rül.* Am 25.6.75 verhängte die indische Regierung gegen „Kräfte der Zersetzung" und die „Bedrohung der inneren Stabilität" den Notstand. Die „Bedrohung der inneren Stabilität", das waren die Kämpfe der Arbeiter und Bauern gegen die Ausbeutung und Ausplünderung durch Imperialisten, indische Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Von 1970 bis 1974 hatten die Lohnabhängigen die Zahl der Streiks mehr als verdoppelt, die Streiktage stiegen von 14,75 Mio. auf 33,64 Mio. Insbesondere die Sozialimperialisten mit der revisionistischen CPI als ihrem Agenten hatten den Notstand betrieben, um über ihren Einfluß auf den indischen Staatsapparat ihre imperialistischen Konkurrenten auszubooten. Mit der Aufhebung der Versammlungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit und des Streikrechts versuchte die Regierung, die Arbeiter und Bauern niederzuschlagen. Am 4. Juli verbot sie 26 Organisationen, darunter acht marxistisch-leninistische Parteien und Organisationen. Formal wurden außer Streiks auch Entlassungen und Aussperrungen verboten. Tatsächlich senkten die Kapitalisten kräftig die Löhne, entließen bis Ende 75 fast 500000 Arbeiter und steigerten die Aussperrungen auf 9,95 Mio. Arbeitstage (1976, gegenüber 6,62 Mio. 1974). Die Regierung fror die Inflationszuschläge (im Durchschnitt 30% des Lohns) ein und senkte den gesetzlichen Jahresbonus für Industriearbeiter von mindestens 8,33% eines Jahreslohns auf 4%. Im Oktober 75 führten dagegen 400000 Arbeiter in Tamil Nadu einen eintägigen Generalstreik durch. Auch in anderen Teilen des Landes leisteten die Arbeiter und Bauern heftigen Widerstand. Ihre Spaltung durch Reformismus und Revisionismus aber konnten sie nicht überwinden. Anfang 1977 versuchte die Regierung, sich durch Neuwahlen die Billigung ihrer Politik durch die Volksmassen zu verschaffen. Die Janata-Partei, eine Koalition unter Einschluß reformistischer Gewerkschafter, gewann die Wahlen am 21.3. und hob den Notstand wieder auf.



Heftige Gegenwehr der Volksmassen brachte den Notstand 1977 zu Fall

## Von der Ufa zum „Neuen Deutschen Film" – der imperialistische Staat stets mit von der Partie

*z.evd.* 1916, als während des ersten Weltkrieges der Hugenberg-Konzern die „Deutsche Lichtspiel-Gesellschaft" (Deulig AG) gründete, leistete der imperialistische Staatsapparat Schützenhilfe, indem er ein Einfuhrverbot für Filme erließ. Im Dezember 1917 schlossen sich mehrere Filmbetriebe zur Universum-Film AG, Ufa, zusammen. Die Ufa bekam in den 20er Jahren bedeutenden Einfluß auf dem Filmsektor. Im Zuge der Kriegsvorbereitungen übernahm die Reichsregierung 1937 die Aktienmehrheit der Ufa und mit der Vereinigung sämtlicher deutscher Filmbetriebe in der Ufa-Film (Ufi) 1942 sicherte sich die Finanzbourgeoisie über ihren Staatsapparat die vollständige Kontrolle über die Filmproduktion. Dabei ist bemerkenswert, daß die damals hergestellten und gezeigten Filme nicht nur direkte Kriegspropaganda betrieben, sondern auch eine ganze Reihe Unterhaltungsfilme, Liebesfilme, sogenanntes „Leichtes", bürgerliche Ideologie zu allen Fragen ward geboten.

Die Beschlagnahmung des Vermögens der Ufi durch die Militärregierung 1945 hat vor allem dem US-Imperialismus einen starken, wenn nicht sogar den stärksten Konkurrenten in der Filmbranche ausgeschaltet. Bis 1949 wurden 83 neue deutsche Spielfilme produziert, und es zeigte sich mit 931 deutschen Reprisen (Filme, die schon gelaufen sind und wieder aufgeführt wurden), daß die Vielseitigkeit des reichsdeutschen Filmbestandes profitabel und propagandistisch verwendbar war.

Die Deutsche Bank hat 1956 die Ufa und Bavaria in Besitz genommen, aber bis 1962 wurde klar, daß der alte deutsche Film nicht mehr konkurrenzfähig war. Die Deutsche Bank verkaufte die Ufa an den Bertelsmannverlag, die Bavaria wurde von der amerikanischen Columbia aufgesaugt. In dem Moment traten die „Deutschen Jungfilmer" mit dem Oberhausener Manifest auf: „Wir erklären unseren Anspruch, den neuen deutschen Film zu schaffen. Dieser neue Film braucht neue Freiheiten ... von den branchenüblichen Konventionen ... von der Beeinflussung durch kommerzielle Partner ... von der Bevormundung durch Interessengruppen ..." Sie riefen den Staat zum Eingreifen auf. Als Antwort darauf begann die Bundesregierung mit verstärkter Prämienvergabe und gründete das Innenministerium 1965 das „Kuratorium Junger Deutscher Film", das die Jungfilmer für „anspruchsvolle Filme" unterstützte.

1967 wurde in der Großen Koalition dann das erste Filmförderungsgesetz beschlossen. Mit einer Filmabgabe von 10 Pfennig pro Kinokarte durch die Filmtheater wurde eine „Filmförderungsanstalt" (FFA) mit Sitz in Westberlin finanziert, die Spielfilme, Drehbücher, Künstler förderte. Voraussetzung war, daß sie Profit brachten. 1974 beschloß der Bundestag, daß die Gelder aus der Ufi-Liquidation dieser Förderung zugeschlagen werden.

Das Förderungssystem erstreckt sich über Förderung von Drehbüchern, von Produktion und nachher Preisverleihung. 1977 gab die FFA 17,7 Mio. DM für Förderung aus. Davon getrennt läuft die Förderung durch die Bundesregierung, die über Drehbuchprämien und Preise über 5 Mio. DM auswarf. Die Fernseh- und Rundfunkanstalten sicherten sich mit 11,6 Mio. als Co-Produzenten einen bedeutenden Einfluß auf die neue Filmproduktion. Die Länderregierungen haben schon 1951 Steuerbegünstigungen für mit Prädikaten ausgezeichnete Filme beschlossen und dafür die „Filmbewertungsstelle Wiesbaden" geschaffen, die die Prädikate „Wertvoll" und „Besonders Wertvoll" vergibt.

Die sozialliberale Koalition hat von Anfang an den Kurs verfolgt, verstärkt auch Experimente für den neuen deutschen Film zu fördern, wofür die CDU/CSU Rügen austeilt. Mit der „Goldenen Palme" für Schlöndorffs „Blechtrommel", der ersten für einen BRD-Film, hat sich dieser Kurs als nützlich für die Schaffung des profitablen neuen deutschen Films erwiesen. Die SPD/FDP kann sich rühmen, die „Deutschen Jungfilmer" an der Leine zu haben. Mit dem neuen Gesetz werden sie angetrieben, mit dem Experimentieren Schluß zu machen und ideologisch nicht zu Grobschlächtiges, aber Wirksames zu machen. Die Förderung für Filme, die diesem Anspruch genügen, wurde erleichtert. „Die Aufgabe Nationale Deutsche Filmwirtschaft" (Martiny-Glotz, SPD, bei der Verabschiedung des Gesetzes) ist damit allerdings noch nicht gelöst.

## Westdeutsche Filmindustrie – Daten zur Entwicklung

*z.güv.* Die Filmindustrie verzeichnet seit 1976 wachsende Umsätze, 15% Steigerung von 1977 bis 79. Die Besucherzahlen der Filmtheater nahmen 1978 um 9,2% zu. Nachdem die westdeutschen Filmkapitalisten in den 50er Jahren große Umsätze machen konnten (1957 und 58 überstiegen die Einnahmen der Filmtheater
theater wurde eine „Filmförderungsanstalt" (FFA) mit Sitz in Westberlin finanziert, die Spielfilme, Drehbücher, Künstler förderte. Voraussetzung war, daß sie Profit brachten. 1974 beschloß der Bundestag, daß die Gelder aus der Ufi-Liquidation dieser Förderung zugeschlagen werden.

Das Förderungssystem erstreckt sich über Förderung von Drehbüchern, von Produktion und nachher Preisverleihung. 1977 gab die FFA 17,7 Mio. DM für Förderung aus. Davon getrennt läuft die Förderung durch die Bundesregierung, die über Drehbuchprämien und Preise über 5 Mio. DM auswarf. Die Fernseh- und Rundfunkanstalten sicherten sich mit 11,6 Mio. als Co-Produzenten einen bedeutenden Einfluß auf die neue Filmproduktion. Die Länderregierungen haben schon 1951 Steuerbegünstigungen für mit Prädikaten ausgezeichnete Filme beschlossen und dafür die „Filmbewertungsstelle Wiesbaden" geschaffen, die die Prädikate „Wertvoll" und „Besonders Wertvoll" vergibt.

Die sozialliberale Koalition hat von Anfang an den Kurs verfolgt, verstärkt auch Experimente für den neuen deutschen Film zu fördern, wofür die CDU/CSU Rügen austeilt. Mit der „Goldenen Palme" für Schlöndorffs „Blechtrommel", der ersten für einen BRD-Film, hat sich dieser Kurs als nützlich für die Schaffung des profitablen neuen deutschen Films erwiesen. Die SPD/FDP kann sich rühmen, die „Deutschen Jungfilmer" an der Leine zu haben. Mit dem neuen Gesetz werden sie angetrieben, mit dem Experimentieren Schluß zu machen und ideologisch nicht zu Grobschlächtiges, aber Wirksames zu machen. Die Förderung für Filme, die diesem Anspruch genügen, wurde erleichtert. „Die Aufgabe Nationale Deutsche Filmwirtschaft" (Martiny-Glotz, SPD, bei der Verabschiedung des Gesetzes) ist damit allerdings noch nicht gelöst.

Westdeutsche Filmindustrie – Daten zur Entwicklung

*z.güv.* Die Filmindustrie verzeichnet seit 1976 wachsende Umsätze, 15% Steigerung von 1977 bis 79. Die Besucherzahlen der Filmtheater nahmen 1978 um 9,2% zu. Nachdem die westdeutschen Filmkapitalisten in den 50er Jahren große Umsätze machen konnten (1957 und 58 überstiegen die Einnahmen der Filmtheater die Milliardengrenze), kam es Anfang der 60er Jahre zu Zusammenbrüchen der großen Filmgesellschaften Bavaria und Ufa, gingen Besucherzahlen und Umsätze ständig zurück. Die Bundesregierung sieht trotz der gegenwärtigen „erfreulichen Steigerung der Besucherzahlen das Überleben (der Filmwirtschaft) gegenüber dem Fernsehen und vor allem der starken Konkurrenz des ausländischen Films" noch nicht gesichert. Während die Zahl der ur- und erstaufgeführten westdeutschen Filme seit Anfang der 70er Jahre erheblich abgenommen hat, konnte die ausländische Konkurrenz ihre Verleihumsätze auf dem deutschen Markt zum Teil erheblich steigern (s. Tabelle). Die westdeutschen Imperialisten beklagen, daß ihr Anteil am Verleihumsatz nur noch 11,4% beträgt (1972 noch 32,7%). 270 Filme haben sie von 1967-77 allein durch die Filmförderungsanstalt finanziell unterstützt, um die westdeutsche Filmindustrie wieder konkurrenzfähig zu machen.

| | 1952 | 55 | 60 | 65 | 70 | 72 | 73 | 74 | 75 | 76 | 77 | 78 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Besucherzahlen der Filmtheater in Mio. | 566 | 706 | 605 | 321 | 160 | 150 | 144 | 136 | 128 | 115 | 124 | 135 |
| Filmbesuch je Einw. | 12 | 15 | 11 | 5,4 | 2,6 | 2,4 | 2,3 | 2,2 | 2,1 | 1,9 | 2,0 | · |
| Einnahmen der Filmtheater in Mio. | 602 | 866 | 863 | 668 | 543 | 576 | 590 | 630 | 633 | 606 | 655 | 754 |
| Zahl der abendfüllenden Filme im Fernsehen | · | · | · | 193 | 304 | 341 | 317 | 327 | 346 | 324 | 332 | · |
| Ur- u. erstaufgef. Filme nach Herstellungsländern | | | | | | | | | | | | |
| BRD | 75 | 122 | 98 | 56 | 107 | 118 | 96 | 77 | 55 | 60 | 51 | · |
| USA | 247 | 215 | 175 | 110 | 117 | 102 | 114 | 101 | 84 | 87 | 106 | · |
| GB | 23 | 24 | 54 | 47 | 45 | 35 | 29 | 20 | 19 | 28 | 24 | · |
| Frankreich | 45 | 55 | 50 | 19 | 14 | 21 | 13 | 18 | 18 | 23 | 32 | · |
| Italien | 19 | 31 | 34 | 38 | 66 | 52 | 40 | 45 | 60 | 34 | 33 | · |
| Frankr./Italien | · | · | 50 | 51 | 18 | 25 | 28 | 24 | 17 | 14 | 13 | · |

Verleihumsatz nach Herstellungsländern der Filme (in Mio. DM)

| Land | 1972 Mio. | % | 1973 Mio. | % | 1974 Mio. | % | 1975 Mio. | % | 1976 Mio. | % | 1977 Mio. | % |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| BRD | 65,5 | 32,7 | 55,2 | 26,3 | 58,3 | 26,5 | 29,8 | 12,9 | 23,6 | 11,4 | 25,2 | 11,4 |
| USA | 66,7 | 33,3 | 70,3 | 35,5 | 76,5 | 34,8 | 95,5 | 41,4 | 89,5 | 43,1 | 83,1 | 37,8 |
| GB | 13,5 | 6,8 | 14,3 | 6,8 | 9,0 | 4,1 | 14,1 | 6,2 | 9,4 | 4,5 | 23,2 | 10,5 |
| Frankr. | 13,7 | 6,9 | 9,3 | 4,4 | 28,0 | 12,8 | 27,9 | 12,1 | 33,4 | 16,1 | 33,6 | 15,3 |
| Italien | 27,6 | 13,8 | 36,9 | 17,6 | 27,5 | 12,5 | 39,3 | 17,0 | 23,5 | 11,3 | 31,7 | 14,1 |
| Sonstige | 11,8 | 5,9 | 23,2 | 11,0 | 19,3 | 8,8 | 23,1 | 10,0 | 27,5 | 13,2 | 23,4 | 10,6 |

## „Jung und mit viel Spaß beim Filmen ..." – Halbsklavische Arbeitsverträge für Filmdarsteller

*z.brp.* Mit dem Kassenschlager „Saturday Night Fever" haben die Bourgeois den neuen Jugendfilm geschaffen: Abertausend Jugendliche sahen sich ihn an. Von der Machart, den Effekten, der Geschichte eine Neuauflage des „Easy Rider": anknüpfend an den Problemen der Jugendlichen – Arbeitslosigkeit, kein Geld, Schulunterdrückung – wird als Lösung dargestellt: man müsse nur seine eigene Einstellung zu den Dingen ändern, Unsinn treiben, Spaß haben, indem man mal etwas ganz Verrücktes macht, dann ließe es sich in dieser Gesellschaft leben. Was wirklich neu ist: die Darsteller sind im gleichen Alter wie die Zuschauer, die diese Filme mit ihrer betäubenden musikalischen Untermalung blind auf sich einwirken lassen sollen. 13, 14, 15, 16 Jahre alt, selten über 20. „Bravo-Girl Babsi May war von den Dreharbeiten (zum Film „Disco-Fieber, Anm.) begeistert: ‚Endlich konnte ich mich auf der Tanzfläche mal so richtig austoben. Ich glaube, daß dieser Film den jungen Leuten sehr gut gefallen wird'." Und der Hauptdarsteller des Films „Anschi und Michael": „Die Problematik des Films – eine Gymnasiastin verliebt sich in einen Lehrling, also dort Schule, hier Betrieb – war mir nicht neu. Ein langjähriger Freund von mir ist Lehrling, der einzige von 20 bis 30 Schülern in unserer Clique ... Der Hauptgewinn für mich persönlich war, nicht nach dem in der Schule üblichen Motto friß oder stirb zu arbeiten, sondern zusammen mit – in erster Linie – Rüdiger (dem Regisseur, Anm.) und dem Aufnahmeteam die Geschichte erarbeitet und geformt zu haben, ... man selber zu sein, irgendwo die eigene Persönlichkeit ins Spiel zu bringen." Daß Jugendliche die Hauptdarsteller in den Filmen für Jugendliche sind, von denen die einschlägige Jugendpresse berichtet, wieviel Spaß sie am Filmen, an der Geschichte haben, ist ein wichtiges ideologisches Mittel, den billigen Glimmer und Glitzer, die Unwahrheit den Jugendlichen als Wahrheit zu verkaufen. Für die Filmproduzenten zudem noch in anderer Beziehung ein lohnendes Geschäft: die Hoffnung, mit einem Film groß herauszukommen und dann die Spitzengagen wie die Stars zu bekommen, nutzen sie, um immer mehr Filme mit „Amateuren" zu drehen, die entsprechend niedriger bezahlt werden.

„Schauspielerei ist eine brotlose Kunst", dieses Volksvorurteil ist völlig berechtigt – aber nur die eine Seite. Schauspielerei ist auch mit den entwürdigendsten Auflagen für die Darsteller verbunden, sie verkaufen nicht nur ihre Arbeitskraft, die Filmproduzenten unterwerfen sie sklavenartigen Arbeitsverträgen, mit denen die Darsteller sich selbst verkaufen müssen, und verlangt wird von ihnen Unterwerfung bis hin zur Prostitution.

Rund 130000 „Künstler und zugeordnete Berufe" weist die offizielle Statistik der Bundesregierung für 1976 aus, neuere Zahlen liegen nicht vor. Der Konkurrenzkampf um jede Arbeit, und sei sie noch so niedrig bezahlt und für den Darsteller entwürdigend, ist groß: Über 9% der Künstler waren im Februar dieses Jahres amtlich als arbeitslos registriert. Arbeitslosengeld? Arbeitslosenhilfe? Sozialhilfe ist das Hungertuch vieler Filmdarsteller, trotz der Arbeitslosenversicherungspflicht. Nur 2700 Beschäftigte in den Filmateliers und bei den Filmherstellern waren 1976 „ständig" beschäftigt. Und „ständige Beschäftigung" ist Voraussetzung, um Arbeitslosengeld zu erhalten. Bei den Filmdarstellern liegt sie vor, wenn sie einen Arbeitsvertrag über ein halbes Jahr Drehzeit hatten oder wenn sie im letzten Jahr vor der Arbeitslosigkeit an mindestens drei Filmen teilgenommen hatten. Nur 28% der Schauspieler gaben bei der Befragung für die „Künstler-Enquete" der Bundesregierung 1974 an, sie seien fest beschäftigt (Dauer-Verträge), 63% mußten Zeit- oder Saisonverträge annehmen. Die Fachvermittlungen für „darstellende Filmschaffende", mit denen die Bundesanstalt für Arbeit Agenturen beauftragt, erfolgten in den Jahren 1973 bis 1977 in 3893 von 4476 Fällen in kurzfristige Beschäftigung bei Fernseh- oder Filmproduktionen. Von 19455 Kleindarstellern, also in der Mehrzahl Komparsen, die bei einer Filmproduktion zwei, drei Sätze sprechen, wurden 19228 für jeweils wenige Stunden oder tageweise vermittelt. Für jede Fachvermittlung kassieren die Agenturen 6%, bei Vermittlungen vom Inland ins Ausland gar 10% des Arbeitsentgelts der Filmdarsteller. Die meisten, die eine anderweitige Ausbildung haben, sind bereits sowieso abgesprungen; viele versuchen, wenigstens beim Rundfunk, dem Theater oder in Synchronisierungsstudios unterzukommen, dort gibt es zumindest beschränkt eine ständige Beschäftigung, und die Arbeiter und Angestellten der Bühnen haben im Rahmen des BAT eine Sonderregelung über die minimalsten Schranken des Arbeitstages, Regelungen über Überstundenanzahl und Vergütung sowie über die Bezahlung von Sonn- und Feiertagsarbeit erzielt. Das setzt der Bourgeoisie auch gewisse Grenzen in der Ausbeutung des künstlerischen Personals am Theater, das explizit nicht in diese Sonderregelung einbezogen ist. Die meisten, nicht mehr „gefragten" Filmschaffenden landen als Komparsen beim „Künstlerdienst", einer kommerziellen Verleihagentur.

So zynisch es klingen mag, die Tatsachen zeigen, daß der Arbeitstag des Komparsen, seine Bezahlung, noch halbwegs mit dem Standard, den die Arbeiterbewegung für die Industriearbeiter gesetzt hat, vergleichbar sind: Arbeitsbeginn und Ende sind festgelgt, z.B. „5.30 Uhr, 30 Turnanzüge weiblich in Garderobe 4, Drehbeginn 9 Uhr" (Drehbuchprotokoll zur „Blechtrommel"). Für einen 9-stündigen Arbeitstag als Kleindarsteller zahlen die Filmhersteller rund 80 DM. Überstunden werden mit einem Zuschlag von 25% entgolten, Nacht- und Sonntagsarbeit ebenfalls. Ganz anders bei Filmdarstellern. Sie verkaufen sich nicht nur für die Dreharbeiten am Film, sondern auch darüber hinaus, unabhängig, ob sie für die Nebenrolle oder die Hauptrolle engagiert sind. 50-60% der Darsteller ist nicht länger als 5 bis 10 Tage während einer Filmproduktion




845 Filmschaffende waren Ende 1978 in der Rundfunk-Fernseh-Film-Union im DGB organisiert, jedoch nur wenige Filmdarsteller. Seit 1974 gab es einen Tarifvertrag für die Beschäftigten in Produktionen des „Verbandes Deutscher Spielfilmproduzenten", im April 1979 wurde ein Tarifvertrag für 87% der Beschäftigten vereinbart. – Bild. RFFU-Informationsstand in Westberlin.

chen Motto friß oder stirb zu arbeiten, sondern zusammen mit – in erster Linie – Rüdiger (dem Regisseur, Anm.) und dem Aufnahmeteam die Geschichte erarbeitet und geformt zu haben, ... man selber zu sein, irgendwo die eigene Persönlichkeit ins Spiel zu bringen." Daß Jugendliche die Hauptdarsteller in den Filmen für Jugendliche sind, von denen die einschlägige Jugendpresse berichtet, wieviel Spaß sie am Filmen, an der Geschichte haben, ist ein wichtiges ideologisches Mittel, den billigen Glimmer und Glitzer, die Unwahrheit den Jugendlichen als Wahrheit zu verkaufen. Für die Filmproduzenten zudem noch in anderer Beziehung ein lohnendes Geschäft: die Hoffnung, mit einem Film groß herauszukommen und dann die Spitzengagen wie die Stars zu bekommen, nutzen sie, um immer mehr Filme mit „Amateuren" zu drehen, die entsprechend niedriger bezahlt werden.

„Schauspielerei ist eine brotlose Kunst", dieses Volksvorurteil ist völlig berechtigt – aber nur die eine Seite. Schauspielerei ist auch mit den entwürdigendsten Auflagen für die Darsteller verbunden, sie verkaufen nicht nur ihre Arbeitskraft, die Filmproduzenten unterwerfen sie sklavenartigen Arbeitsverträgen, mit denen die Darsteller sich selbst verkaufen müssen, und verlangt wird von ihnen Unterwerfung bis hin zur Prostitution.

Mehrzahl Komparsen, die bei einer Filmproduktion zwei, drei Sätze sprechen, wurden 19228 für jeweils wenige Stunden oder tageweise vermittelt. Für jede Fachvermittlung kassieren die Agenturen 6%, bei Vermittlungen vom Inland ins Ausland gar 10% des Arbeitsentgelts der Filmdarsteller. Die meisten, die eine anderweitige Ausbil-

25% entgolten, Nacht- und Sonntagsarbeit ebenfalls. Ganz anders bei Filmdarstellern. Sie verkaufen sich nicht nur für die Dreharbeiten am Film, sondern auch darüber hinaus, unabhängig, ob sie für die Nebenrolle oder die Hauptrolle engagiert sind. 50-60% der Darsteller ist nicht länger als 5 bis 10 Tage während einer Filmproduktion



845 Filmschaffende waren Ende 1978 in der Rundfunk-Fernseh-Film-Union im DGB organisiert, jedoch nur wenige Filmdarsteller. Seit 1974 gab es einen Tarifvertrag für die Beschäftigten in Produktionen des „Verbandes Deutscher Spielfilmproduzenten", im April 1979 wurde ein Tarifvertrag für 87% der Beschäftigten vereinbart. – Bild. RFFU-Informationsstand in Westberlin.

## Die Öde kommt nicht vom Film – Grundelemente der Filmtechnik

*z.gek.* Ab 1900 wird in den USA wie auch im Deutschen Reich die Serienproduktion von Filmkameras und -projektoren aufgenommen. Das größte technische Problem: der exakte Transport der zu belichtenden Bilder (anfangs 16 bzw. 20/sek.) ist gelöst; ebenso die Projektion mit Hilfe von Dreiflügelblenden, die jedes Bild dreimal zeigen, bevor es weitertransportiert wird, so daß die Frequenz der gezeigten Bilder auf 48/s. bzw. 60/s. gesteigert und der Eindruck „wirklichkeitsgetreuer" Bewegung der Filmfiguren entsteht.

Die Kosten dieser neuen Arbeitsmittel sind von vorneherein so hoch, daß das entstehende Filmgewerbe zu einer reinen Angelegenheit der Bourgeoisie und großen Finanziers wird; erst viel später kann die Arbeiterbewegung sich, in erster Linie in der Sowjetunion, dieses künstlerischen Mediums bedienen. Eben das macht einen der Vorteile dieses Mediums für die Bourgeoisie aus.

Bis etwa 1910 werden hauptsächlich nur die zahlreich vorhandenen Jahrmarktklamotten auf Film genommen, mit fest installierter Kamera und ohne Unterbrechung der Aufnahme. Gegenüber diesen bietet der Film nur den Vorteil der vielfachen Reproduzierbarkeit (80 oder 100 Kopien der Filme sind keine Seltenheit). Ab 1910 beginnt die eigentliche Produktion von „Spielfilmen", die die besonderen Möglichkeiten des Mediums ausnutzen. Der (anders als auf der Bühne) in Minutenabstand mögliche Wechsel der Szene wie auch der Perspektive erlaubt in ganz neuer Weise, sich eine Handlung in Raum und Zeit entwickeln zu lassen. Die mehrfach wiederholte, mit Schnitten aneinandergefügte Aufzeichnung ermöglicht eine ganz andere Perfektion in der Aneinanderreihung von allerhand Zwischen- und Unfällen, die die spezielle Komik der eckig durch die Gegend wackelnden Stummfilmfiguren ausmacht, durchweg noch Proletarier, Tramps, „kleine Leute", über die gelacht werden darf. Die Bourgeoisie ist sich noch zu fein, um in dieser holprigen Frühphase Filmhelden zu stellen. Im Maße, wie sich die Techniken verbessern, werden Filmstars aufgebaut, die ihren Glamour aus Rollen als Bourgeois oder Adelige gewinnen. Die Finanzbourgeoisie ergreift mit vollem Bewußtsein die gebotene Möglichkeit, in die Sphäre der unmittelbar-sinnlichen Anschauung der Massen einzudringen (was sie bis dahin kaum konnte) und die Überzeugungskraft der realistischen Filmdarstellung zu nutzen, um eine verfälschte Wirklichkeit vorzustellen.

1922 wird in Berlin der erste Film mit direkt auf dem Filmstreifen aufgetragener Tonspur vorgeführt, in noch schlechter Qualität. Die Ufa verkauft das Patent an den Amerikaner Fox, und bald gibt es außer „Fox' Tönender Wochenschau" die ersten Tonspielfilme. Der Ton steigert die „Wirklichkeitstreue" der filmischen Darstellung



Filmszene aus „Moritz, lieber Moritz". Moritz, 15 Jahre, findet die Welt zum Verzweifeln, bis er in einer Band groß rauskommt. Und auch seine Freundin ist wieder da „und sieht ihn an. Das bringt's." (Verleihtext)

beschäftigt, für 250 bis 1000 DM je nach Rolle Tagesgage. Nur die Hauptdarsteller, 10% der Darsteller, verdienen oft beträchtlich mehr; ihre Vertragszeit umfaßt die gesamte Drehzeit. Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit bekommen sie nicht extra bezahlt.
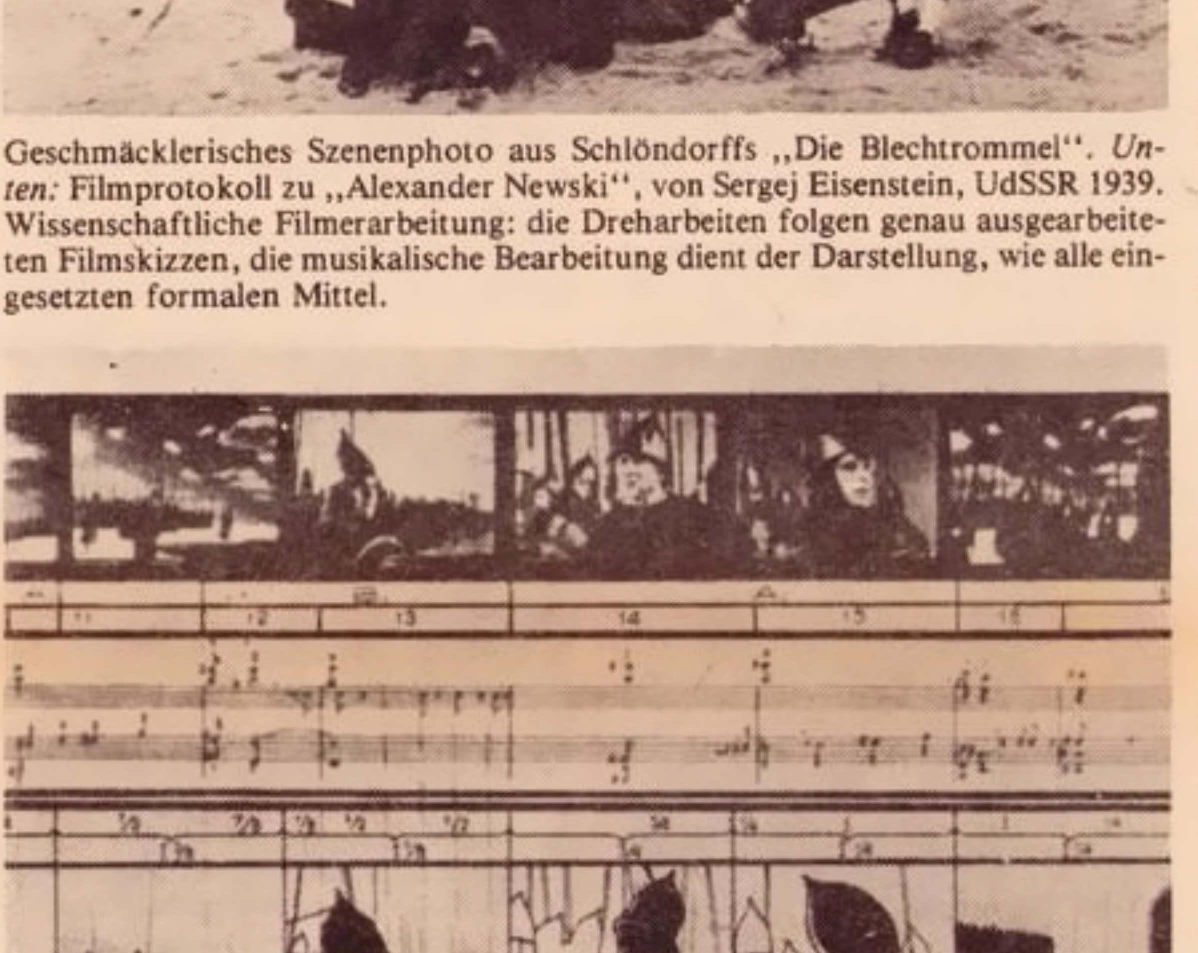
Auf Absprache, meist mündlich, seltener als Vorvertrag, teilt der Filmproduzent oder Regisseur einem Filmdarsteller mit, ob er nicht in dem nächsten Film eine Rolle übernehmen will. Die Voraussetzung für die Filmrolle sind Inhalt des Gesprächs, denn diese muß der Filmdarsteller erfüllen – im voraus, ebenso wie er seine Rolle vor Drehbeginn gelernt haben muß, auch wenn er noch keinen Arbeitsvertrag in der Hand hat. David Bennent, der Darsteller des „Oskar" in der „Blechtrommel", nahm bereits im Januar Trommelunterricht an der Musikakademie, die Filmproduktion begann im Juli. Selbst Spitzenstars wie John Travolta, so berichtet „Bravo", bereiten sich auf ihre nächste Rolle mit einem ganzen Stab von Trainern vor, den sie selbst bezahlen müssen: Ein Sprachlehrer, der ihm den texanischen Dialekt beibringt; ein Stuntman, der ihn im Bullenreiten trainiert; mehrere Tanzlehrer und Tänzer unterweisen ihn im „Square Dancé". – Diese Vorbereitungszeit gilt ebenso wie die Bereitschaftszeit während einer Filmproduktion nicht als regelmäßige Arbeitszeit und wird von den Filmproduzenten nicht bezahlt. Ausdrücklich regelt das Bundesarbeitsgericht in einem Grundsatzurteil, daß, selbst wenn Vorverträge geschlossen werden, die nicht alle wesentlichen Geschäftsbestandteile eines in der Filmbranche üblichen Filmanstellungsvertrages enthalten (Titel des Films, Beginn und Ende der Dreharbeiten usw.), kein Anspruch auf Zahlung eines vereinbarten Honorars hergeleitet werden kann; in den allerwenigsten Fällen können Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden. So ist es Usus in der Filmbranche, erst wenige Wochen vor Drehbeginn, wenn sämtliche Kredite für den Film bewilligt sind und alle Termine feststehen, Arbeitsverträge zu vereinbaren. Bei der Produktion der „Blechtrommel" wurden sie sieben Wochen vor Drehbeginn abgeschlossen.

Der Arbeitsvertrag regelt, daß die Filmgesellschaft das Recht hat, den Beginn der Dreharbeiten bis zu insgesamt 7 Tagen vor- oder zurückzulegen ohne Anspruch auf zusätzliche Vergütung. Der Darsteller ist verpflichtet, nach Ablauf der Vertragszeit unentgeltlich bei der Herstellung eines Vorspanns oder Trailers zur Verfügung zu stehen. Er muß deswegen und für evtl. Nachdrehs, Synchronisationsarbeiten usw. bei Vertragsabschluß die Filmgesellschaft über bereits abgeschlossene Verträge schriftlich informieren, die in einem Zeitraum von 6 Wochen nach dem vereinbarten Vertragsende beginnen. Er ist weiterhin verpflichtet, der Filmgesellschaft für „publizistische Darstellungen, Interviews, Pressenotizen oder sonstige Werbezwecke" ausschließlich und ebenfalls ohne Bezahlung zur Verfügung zu stehen. Diese Regelungen betreffen vor allem die Hauptdarsteller, die meist pauschal für eine Filmproduktion bezahlt werden: „Mit der vereinbarten Grundvergütung ist alles abgegolten." Alle Urheberrechte der Darsteller gehen an die Filmgesellschaft über.

„Die Bavaria übernimmt keine Verpflichtung, die Dienste des Mitwirkenden überhaupt in Anspruch zu nehmen, und hat das Recht, auch nach Beginn der Tätigkeit auf die Dienste des Mitwirkenden zu verzichten. Die Bavaria kann den Mitwirkenden durch einen anderen ersetzen. Der Mitwirkende hat in diesem Fall nur Anspruch auf die vereinbarte Vergütung, wobei er sich jedoch den Wert desjenigen anrechnen lassen muß, was er infolge des Unterbleibens der Dienstleistung erspart oder anderweitig erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt. 23. ... Wird es der Bavaria unmöglich, die vereinbarte Dienstleistung in Anspruch zu nehmen, hat der Mitwirkende lediglich Anspruch auf angemessene Entschädigung. ... 25. Ist der Mitwirkende infolge eines in seiner Person liegenden Umstandes, auch wenn er diesen nicht zu vertreten hat, verhindert, seine Darbietungen/Leistungen zu erbringen, so verliert er den Anspruch auf die Hauptvergütung. ... Entschädigung ist bei begonnener Tätigkeit aber möglich. ... Ist der Mitwirkende am pünktlichen Erscheinen oder an seiner Tätigkeit verhindert, so hat er das der Bavaria (mit genauen Angaben) mitzuteilen. Die Bavaria hat das Recht auf Nachprüfung. In Krankheitsfällen ist die Bavaria berechtigt, den Mitwirkenden ärztlich untersuchen zu lassen. Der Mitwirkende ist verpflichtet, seine Ärzte von der Schweigepflicht zu entbinden." Wollen die Filmhersteller mit diesem in der Filmbranche üblichen Arbeitsvertrag den Starallüren irgendwelcher ausgeflippter Filmdarsteller beikommen? Sie verlangen damit die totale ideologische Unterwerfung des Darstellers, er muß seine Rolle überzeugend spielen. Es ist eine Illusion, anzunehmen, er könne seine Rolle selbst gestalten: ausdrücklich wird im Arbeitsvertrag festgelegt, daß der Darsteller den Anordnungen der Produktionsleitung unbedingt Folge leisten muß, daß er nur den Text sprechen und singen darf, der von der Bavaria genehmigt ist, wie er ihn betonen muß, legt ebenfalls die Produktionsleitung und der Regisseur fest. Rechtlosigkeit und ökonomische Erpressung, um die völlige Unterwerfung gegenüger dem Filmdarsteller durchzusetzen: Kündigungsrecht besteht für ihn nicht: „Verpflichtung zur Weiterarbeit auch bei auftretenden Meinungsverschiedenheiten". Bei Pflichtverletzungen, „Verweigerung der erforderten Leistung" droht ihm eine Vertragsstrafe bis zur Höhe der Hauptvergütung. – Mit diesem Arbeitsvertrag trietzt Rainer Faßbinder für die Fernsehverfilmung von Döblins „Berlin Alexanderplatz" die Filmdarsteller für den jungen neuen deutschen Film.

Dreharbeiten zum Film „Die Abfahrer". – „Atze, Lutz und Sulli, arbeitslos im Kohlenpott, haben es satt." Sie klauen einen Möbelwagen und „realisieren den Traum vom Abhauen", „freewheeling im Siegerland", so der Filmverleih. – Ausgezeichnet mit dem Bundesfilmpreis.

Geschmäcklerisches Szenenphoto aus Schlöndorffs „Die Blechtrommel". *Unten:* Filmprotokoll zu „Alexander Newski", von Sergej Eisenstein, UdSSR 1939. Wissenschaftliche Filmerarbeitung: die Dreharbeiten folgen genau ausgearbeiteten Filmskizzen, die musikalische Bearbeitung dient der Darstellung, wie alle eingesetzten formalen Mittel.





Volker Schlöndorff, Ritterkreuzträger des Neuen Deutschen Films

*z.gek.* **„Deutschland, bleiche Mutter" heißt ein Film, auf den die Regisseurin Helma Sanders in Bonn schon mal Vorschuß genommen hat.** Der Neue Deutsche Film gibt seinem Namen die Ehre: er denkt jetzt vorzugsweise an Deutschland in der Nacht und fühlt sich um den Schlaf gebracht. Schon Schlöndorff wurde ja bei der Blechtrommel von heftiger „Trauer um den verlorenen Osten" ergriffen, laut Filmtagebuch, und Klein-Oskar, der Entwicklungsgehemmte, war dem Grass ein Symbol für das noch unausgereifte Deutschland. – Helma Sanders hat 1978 „Heinrich – Die Geschichte meiner Seele" gedreht. Heinrich ist der von Kleist, über ihn hat die Sanders zu ihrem Thema gefunden: „,... dieses Land Deutschland, das nach dem Tode Kleists versuchte, seine Identität herzustellen, und sich dabei in Selbstvernichtung überschlug, das es damals noch nicht gab und heute schon wieder nicht mehr gibt. ... Diese Geschichte ist wichtig für mich, weil ich über mich selbst als Deutsche nachdenke ... Der Wille zum Absoluten, der in der Realität nicht zu verwirklichen ist ..."

Vor „Heinrich" drehte Helma Sanders „Die allseitig reduzierte Persönlichkeit – Redupers", einen Frauenfilm; Helma Sanders ist nämlich Feministin. Edda, die Hauptperson, „ist freie Pressefotografin in Berlin (West)" und will „eine Identität über der Arbeit finden". „Die meisten Frauen arbeiten viel mehr als die Männer. Das, was sie machen wollen, gehen sie an, wenn sie schon 60 Stunden etwas anderes gearbeitet haben." Mit 60 Wochenstunden müßte die zähe Frauenrasse das faule Männergeschlecht vom Markt drängen können, langfristig. Die Frauen im Film setzen sich auch durch, weil sie – frauenspezifisch – die Dinge „nicht durch die ideologische Brille sehen" und ganz besonders „das System ideologischer Interpretationen zum Sonderstatus von Berlin West" ablehnen. Man bemerkt, wie das spezifisch Weibliche, oder ist es bereits der Wille zum Abso-

ge geschlossen werden, die nicht alle wesentlichen Geschäftsbestandteile eines in der Filmbranche üblichen Filmanstellungsvertrages enthalten (Titel des Films, Beginn und Ende der Dreharbeiten usw.), kein Anspruch auf Zahlung eines vereinbarten Honorars hergeleitet werden kann; in den allerwenigsten Fällen können Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden. So ist es Usus in der Filmbranche, erst wenige Wochen vor Drehbeginn, wenn sämtliche Kredite für den Film bewilligt sind und alle Termine feststehen, Arbeitsverträge zu vereinbaren. Bei der Produktion der „Blechtrommel" wurden sie sieben Wochen vor Drehbeginn abgeschlossen.

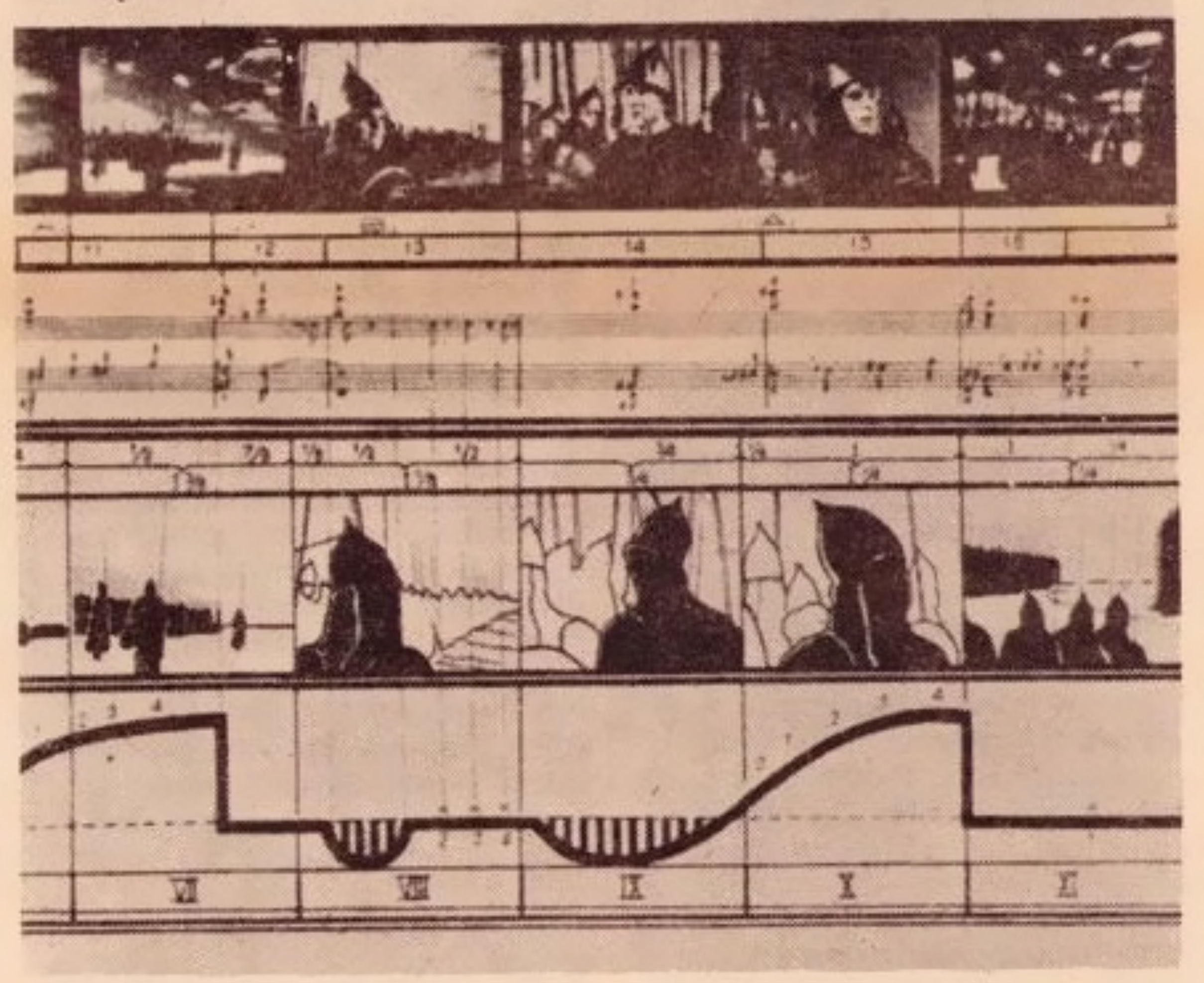
Der Arbeitsvertrag regelt, daß die Filmgesellschaft das Recht hat, den Beginn der Dreharbeiten bis zu insgesamt 7 Tagen vor- oder zurückzulegen ohne Anspruch auf zusätzliche Vergütung. Der Darsteller ist verpflichtet, nach Ablauf der Vertragszeit unentgeltlich bei der Herstellung eines Vorspanns oder Trailers zur Verfügung zu stehen. Er muß deswegen und für evtl. Nachdrehs, Synchronisationsarbeiten usw. bei Vertragsabschluß die Filmgesellschaft über bereits abgeschlossene Verträge schriftlich informieren, die in einem Zeitraum von 6 Wochen nach dem vereinbarten Vertragsende beginnen. Er ist weiterhin verpflichtet, der Filmgesellschaft für „publizistische Darstellungen, Interviews, Pressenotizen oder sonstige Werbezwecke" aus-

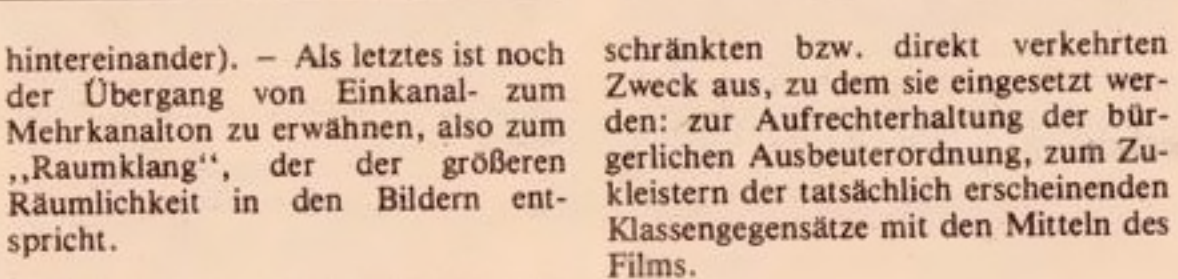
Recht auf Nachprüfung. In Krankheitsfällen ist die Bavaria berechtigt, den Mitwirkenden ärztlich untersuchen zu lassen. Der Mitwirkende ist verpflichtet, seine Ärzte von der Schweigepflicht zu entbinden." Wollen die Filmhersteller mit diesem in der Filmbranche üblichen Arbeitsvertrag den Starallüren irgendwelcher ausgeflippter Filmdarsteller beikommen? Sie verlangen damit die totale ideologische Unterwerfung des Darstellers, er muß seine Rolle überzeugend spielen. Es ist eine Illusion, anzunehmen, er könne seine Rolle selbst gestalten: ausdrücklich wird im Arbeitsvertrag festgelegt, daß der Darsteller den Anordnungen der Produktionsleitung unbedingt Folge leisten muß, daß er nur den Text sprechen und singen darf, der von der Bavaria genehmigt ist, wie er ihn betonen muß, legt ebenfalls die Produktionsleitung und der Regisseur fest. Rechtlosigkeit und ökonomische Erpressung, um die völlige Unterwerfung gegenüger dem Filmdarsteller durchzusetzen: Kündigungsrecht besteht für ihn nicht: „Verpflichtung zur Weiterarbeit auch bei auftretenden Meinungsverschiedenheiten". Bei Pflichtverletzungen, „Verweigerung der erforderten Leistung" droht ihm eine Vertragsstrafe bis zur Höhe der Hauptvergütung. – Mit diesem Arbeitsvertrag trietzt Rainer Faßbinder für die Fernsehverfilmung von Döblins „Berlin Alexanderplatz" die Filmdarsteller für den jungen neuen deutschen Film.

Geschmäcklerisches Szenenphoto aus Schlöndorffs „Die Blechtrommel". *Unten:* Filmprotokoll zu „Alexander Newski", von Sergej Eisenstein, UdSSR 1939. Wissenschaftliche Filmerarbeitung: die Dreharbeiten folgen genau ausgearbeiteten Filmskizzen, die musikalische Bearbeitung dient der Darstellung, wie alle eingesetzten formalen Mittel.

von Kleist, über ihn hat die Sanders zu ihrem Thema gefunden: „,... dieses Land Deutschland, das nach dem Tode Kleists versuchte, seine Identität herzustellen, und sich dabei in Selbstvernichtung überschlug, das es damals noch nicht gab und heute schon wieder nicht mehr gibt. ... Diese Geschichte ist wichtig für mich, weil ich über mich selbst als Deutsche nachdenke ... Der Wille zum Absoluten, der in der Realität nicht zu verwirklichen ist ..."

Vor „Heinrich" drehte Helma Sanders „Die allseitig reduzierte Persönlichkeit – Redupers", einen Frauenfilm; Helma Sanders ist nämlich Feministin. Edda, die Hauptperson, „ist freie Pressefotografin in Berlin (West)" und will „eine Identität über der Arbeit finden". „Die meisten Frauen arbeiten viel mehr als die Männer. Das, was sie machen wollen, gehen sie an, wenn sie schon 60 Stunden etwas anderes gearbeitet haben." Mit 60 Wochenstunden müßte die zähe Frauenrasse das faule Männergeschlecht vom Markt drängen können, langfristig. Die Frauen im Film setzen sich auch durch, weil sie – frauenspezifisch – die Dinge „nicht durch die ideologische Brille sehen" und ganz besonders „das System ideologischer Interpretationen zum Sonderstatus von Berlin West" ablehnen. Man bemerkt, wie das spezifisch Weibliche, oder ist es bereits der Wille zum Abso-





luten? die Grenzen überwindet, der Frauenfilm zum Berlinfilm wird (der Senat gab Kredit), wie die allseitig reduzierte Persönlichkeit, deren Name Weib ist, sich zum Abbild der gefesselten Stadt mausert – oder ist es schon das Volk in Banden, Deutschland, die bleiche Mutter selbst, die als allseitig reduzierte Persönlichkeit mit der 60-Stunden-Woche sich in der Arbeit verwirklicht und sich so aus den kleinbürgerlich-beengten Verhältnissen emanzipiert?

Vieles schlummert noch unentpuppt im Neuen Deutschen Film, die Filmemacher mögen sich über die Richtung, in die es sie zieht, selbst nicht bewußt sein. Das ändert nichts an der Richtung, sie ist da. Reihenweise werden in den neueren Filmproduktionen solche „Redupers", entweder jugendlich oder weiblich, vorgeführt, die „ausbrechen aus der Welt der Normen und Gewohnheiten", der Welt der Erwachsenen, einer kleinbürgerlich-beengten Welt; sie ist es, gegen die rebelliert wird. Und die Arbeiter sind nur *besonders* allseitig reduziert, verspießert und kleinbürgerlich beengt. Revolutionär? Niemals. Deutsches Schicksal. Also brechen die Persönlichkeiten unter den jugendlichen oder weiblichen Reduzierten aus in die weite, freie Welt. Aber „sie kommen anders wieder an, als sie abgefahren sind" („Die Abfahrer"). Und *wie* anders? Wo liegt der Ausweg für das reduzierte Deutschland? Das bleibt (vorläufig) offen. Es macht gerade die Verwendbarkeit des Neuen Deutschen Films für die alte deutsche Reichsbourgeoisie in ihrem reduzierten Rumpfstaat BRD aus.

um eine neue Dimension. Dasselbe gilt aber auch für andere qualitative Verbesserungen der Arbeitsmittel. Durch lichtempfindlichere Filme und größere Lichtstärke der Kameras wie der Projektoren kommt die Beleuchtung als wesentliches Gestaltungselement dazu. Die Variationsbreite der Kameraeinstellungen erweitert sich. Bald wird die feststehende Kamera zur fahrenden. Die Bewegung in der Filmhandlung ergibt sich nun sowohl aus der Bewegung der handelnden Personen wie der aufnehmenden Kamera.

Nach dem 2. Weltkrieg wird die Filmproduktion erneut durch eine Serie qualitativer Entwicklungen der Arbeitsmittel umgewälzt. Der Farbfilm ermöglicht, die bis dahin nur durch helle oder dunkle, harte oder weiche Beleuchtung erreichbaren „Stimmungs"effekte erheblich intensiver wirken zu lassen. Das Breitwandbild läßt als wesentlich neue dramaturgische Möglichkeit zu, daß sich in einer Bildsequenz ohne Schnitte die Handlungen mehrerer Akteure gleichzeitig in Spannung zueinander entwickeln. Eine dritte bedeutende Neuerung war die Entwicklung der Gummilinse (des Zoom), so daß nun die Brennweiten des Objektivs während der Aufnahme stufenlos verändert werden konnten. Vorher hatte man jeweils die Objektive auswechseln müssen. Ein weiteres Bewegungselement war damit geschaffen, nicht nur die Darsteller und die Kamera können sich zueinander bewegen, sondern es kann ein bestimmtes Bildelement z.B. aus der Entfernung „herangeholt" werden (oder auch mehrere hintereinander). – Als letztes ist noch der Übergang von Einkanal- zum Mehrkanalton zu erwähnen, also zum „Raumklang", der der größeren Räumlichkeit in den Bildern entspricht.

Dies sind die Grundelemente der heutigen Filmtechnik, die im einzelnen noch wesentlich verbessert und ausgearbeitet worden sind, ohne daß aber noch ganz neue Elemente dazu gekommen wären. Das gilt auch für die Entwicklung der Trickaufnahmen, um die – vor allem in großen US-Produktionen wie zuletzt „Krieg der Sterne" oder „Unheimliche Begegnung der Dritten Art" – einiger Wirbel gemacht worden ist. In Wirklichkeit ist nur die höhere Sensibilität und Farbtreue des Filmmaterials ausgeschöpft worden, um allerhand Farb- und Bewegungshalluzinationen zu erzeugen, oder um durchaus herkömmliche Tricks und „Spezialeffekte" mit dem Schleier des Geheimnisvollen und Neuen zu umhüllen. Aber was ist schon eine Farborgel, ein im Trickfilm landendes Ufo oder ein kleiner goldener Roboter, der die Hand geben kann, im Vergleich zur komplexen Vielseitigkeit einer von tausenden Arbeitern kooperativ betriebenen Fabrikanlage, oder sagen wir, um näher dran zu bleiben, einer modernen Flughafenanlage.

Tatsächlich kennzeichnet eine Verarmung der Ausdrucksmittel die Filmproduktion, je länger, je mehr. Darin drückt sich der Widerspruch zwischen den hohen potentiellen Ausdrucksmöglichkeiten des Films und dem beschränkten bzw. direkt verkehrten Zweck aus, zu dem sie eingesetzt werden: zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ausbeuterordnung, zum Zukleistern der tatsächlich erscheinenden Klassengegensätze mit den Mitteln des Films.

Der eigentliche Mangel liegt jeweils in der Handlung und darin, daß wegen der öden Handlung die Darstellungsmittel extrem strapaziert werden müssen, bis sie exaltiert und ebenfalls öde wirken.

Man kann es an einem Beispiel verdeutlichen: Mit extremen Variationen in den Brennweiten kann man in der verschiedensten Weise auf das Gemüt des Zuschauers drücken. Nimmt man z.B. eine Landschaft mit sehr kurzer Brennweite in Totale (Gesamtansicht) auf, wird das Gefühl einer ungeheuren Weite des Raums vermittelt; eine oder mehrere Figuren, oder auch ein Bauernhof, ins Zentrum des Bildes gerückt, werden vollständig verloren wirken, und der Zuschauer wird von demselben Gefühl beschlichen werden. Eben zu diesem Zweck, um eine existenzialistische Stimmung zu erzeugen, bedient sich der bürgerliche Kunstfilm öfters dieses Mittels.

Eine ähnliche Kameraeinstellung war aber auch z.B. in verschiedenen frühen Filmen aus der Sowjetunion gewählt, etwa wenn in Eisensteins „Panzerkreuzer Potemkin" sich die Volksmassen auf dem Uferprospekt den kompakten Horden der Konterrevolution gegenübersehen; wenn einzelne Reiterabteilungen der Roten Armee in der Weite des Landes sich gegen die Interventionstruppen behaupten; oder wenn Kollektivbauern vor der schier unerfüllbar großen Aufgabe der Urbarmachung der Steppe stehen. Die einseitige, überdehnte Darstellung der (zeitweisen) Übermacht der Reaktion oder der Naturgewalten dient hier gerade dazu, eine Spannung zu erzeugen, wie sich der Widerspruch entwickeln wird. Unterdrückung ruft Widerstand hervor, das Volk steht auf gegen die zaristische Reaktion; die Interventionstruppen werden im langanhaltenden Kampf besiegt; die Sowjetmacht ermöglicht den Bauern, den Kampf mit der Natur aufzunehmen, nachdem der Klassenfeind geschlagen ist, was freilich nur in eine neue Welt von Widersprüchen hineinführt.

Die Bewegung der Gesellschaft und der menschlichen Geschichte in Widersprüchen, durch Klassenkämpfe hindurch lebendig darzustellen – gerade dazu ist der Film geeignet. Eine letzte Entwicklung ist zu erwähnen: aus Gründen der Rationalisierung wie auch aus Gründen des erweiterten ideologischen Betrugs sind die Drehaufnahmen in den letzten 10, 15 Jahren in immer größerem Umfang aus den Ateliers an die „Originalschauplätze" ins Freie verlegt worden. Dabei sind die leichteren, handlicheren, vereinfachten und auch wieder billiger gewordenen Ausrüstungen ausschlaggebend gewesen, die damit auch für die Organisationen der Arbeiterklasse wieder in den *Bereich* des Erschwinglichen gerückt sind.

## Karl May und Karl Kautsky auf fremden Pfaden

*z.anl.* „Man beachte die Entstehungs- und Handlungszeit der Erzählung“, ist die ständige Anmerkung des Herausgebers zu den acht Geschichten in Karl Mays Buch „Auf fremden Pfaden“. „Das Kafferngrab“ schrieb er 1879. Es handelt sich um die Verherrlichung der sogenannten Buren, denen der Held, von seinem eingeborenen Diener der Einfachheit halber „Deutschland“ genannt, beisteht gegen die Engländer und natürlich gegen die Kaffern. Eigentlich hat er dort nichts zu sagen, will nur einen Spaziergang machen, um nach den Verwandten von holländischen Freunden zu forschen. Soweit ein Abklatsch der politischen und militärischen Lage des Deutschen Reiches im Kampf um das südliche Afrika. Wilhelm II. beglückwünschte den Siedlerführer Krüger zum Sieg über England, „ohne an die Hilfe befreundeter Mächte appelliert zu haben“. In einer Bemerkung dazu äußerte er grimmiges Bedauern darüber, es mangels ausreichender Flotte und Rüstung noch nicht mit dem imperialistischen Konkurrenten England aufnehmen zu können: „Das deutsche Volk empörte sich über diesen Versuch der Vergewaltigung einer kleinen Nation, deren Ursprung niederländisch, also auch niedersächsisch-deutsch ist, und die aus völkisch-verwandtschaftlichen Gründen Sympathie bei uns genoß. Mir macht diese heftige Erregung, die auch die höheren Kreise der Gesellschaft ergriff, wegen etwaiger Verwicklungen mit England große Sorge. Ich war der Ansicht, daß man England, wenn es die Burenstaaten erobern wollte, daran nicht hindern könnte, obwohl auch ich der Überzeugung war, daß diese Eroberung zu Unrecht geschehe.“

Daß in absehbarer Zeit England siegen würde, ist auch die Überzeugung des Siedlerführers Uys im „Kafferngrab“, der darüber ins Sinnieren kommt und findet, daß eine Flotte zur Gründung eines Kolonialreiches unumgänglich ist: „Ich will euch einmal ein großes weltgeschichtliches Gesetz sagen, auf das mich das eigene Grübeln und Sinnen gebracht hat. Es heißt: die Seeherrschaft – und also auch die Herrschaft über die Kolonien – geht die Küste entlang.“ Er liefert die moralische Begründung, warum die Zeit der Siedler abläuft: „Wir werden vom Kap verschwinden, weil wir uns an dessen Ureigentümern versündigt haben.“ Erfreulich für seinen Zuhörer „Deutschland“, und das weitere läßt auch hoffen: „Und England wird uns folgen, und wenn seine Macht und Herrschaft hier jahrhundertelang im Wachstum bliebe.“ Diese Entwicklung zu beweisen, sei die Aufgabe der Geschichtswissenschaft: „Sie hat nachzuweisen, daß gewisse geschichtliche Kräfte nach gewissen unumstößlichen Gesetzen gewisse geschichtliche Erscheinungen zutage treten lassen.“ Das Problem stellt sich für „Deutschland“ so: Was hat es davon, demnächst bei

Ansicht, daß man England, wenn es die Burenstaaten erobern wollte, daran nicht hindern könnte, obwohl auch ich der Überzeugung war, daß diese Eroberung zu Unrecht geschehe.“

Daß in absehbarer Zeit England siegen würde, ist auch die Überzeugung des Siedlerführers Uys im „Kafferngrab“, der darüber ins Sinnieren kommt und findet, daß eine Flotte zur Gründung eines Kolonialreiches unumgänglich ist: „Ich will euch einmal ein großes weltgeschichtliches Gesetz sagen, auf das mich das eigene Grübeln und Sinnen gebracht hat. Es heißt: die Seeherrschaft – und also auch die Herrschaft über die Kolonien – geht die Küste entlang.“ Er liefert die moralische Begründung, warum die Zeit der Siedler abläuft: „Wir werden vom Kap verschwinden, weil wir uns an dessen Ureigentümern versündigt haben.“ Erfreulich für seinen Zuhörer „Deutschland“, und das weitere läßt auch hoffen: „Und England wird uns folgen, und wenn seine Macht und Herrschaft hier jahrhundertelang im Wachstum bliebe.“ Diese Entwicklung zu beweisen, sei die Aufgabe der Geschichtswissenschaft: „Sie hat nachzuweisen, daß gewisse geschichtliche Kräfte nach gewissen unumstößlichen Gesetzen gewisse geschichtliche Erscheinungen zutage treten lassen.“ Das Problem stellt sich für „Deutschland“ so: Was hat es davon, demnächst bei

der Beherrschung des südlichen Afrika an die Reihe zu kommen, wenn es historisch auch wieder verschwinden muß? May versichert, die geschichtlichen „Kräfte und Gesetze“ müßten beherrscht werden, denn „die Geschichte sollte die Mutter der Politik sein“. Die Lösung wird in Gottes Walten und der imperialistischen Beherrschung der Welt gefunden: „Erst dann, wenn unsere Erkenntnis durchgedrungen ist in jene geheimnisvollen Tiefen, aus denen von dem allmächtigen Schöpfer selbst angeordnete weltgeschichtliche Gewalten und unumstößliche weltgeschichtliche Gesetze weltgeschichtliche Taten emporwachsen lassen aus dem Boden, dessen Produkte wir bisher hinnahmen, ohne uns ihrer Erzeugung zu bemächtigen, dann erst können wir sagen: wir haben Geschichte. Dann werden wir Herren der Ereignisse sein.“ Also nicht nur Handel treiben, sondern erobern.

Freilich muß man etwas versprechen, damit der Plan, Weltgeschichte selber zu machen, unterstützt wird. Am besten ewigen Frieden: „Denn der Streit, der Krieg wird zur Unmöglichkeit werden, da jeder die Gesetze und Kräfte kennt, nach und mit denen der andere wirkt und handelt. Statt der Konkurrenz der Waffe wird die Konkurrenz des Friedens walten.“ Im Fortgang der Handlung tut Mays deutscher Held etwas für den Frieden. Er unterstützt den Zulufürsten Somi, der mit den Siedlern kollaboriert, gegen seinen Bruder Sikukuni, der sein Volk im Kampf gegen die Siedler führt und hilft den Siedlern, die Zulus abzuschlachten. Fazit des Gemetzels: „Die Kolonialpolitik eines großen europäischen Landes hatte wieder einmal Tausenden von Menschen das Leben gekostet.“ Das ist keine Kritik an dieser Kolonialpolitik, sondern die Bestätigung des geschichtlichen Gesetzes, daß die unzivilisierten Völker eben, auch wenn sie gegen ihre Feinde kämpfen, nicht siegen können: „Der Tod einer Nation ist niemals ein plötzliches Stürzen in die Vergessenheit, sondern ein gewaltiges Zucken und Ringen, ein allerdings immer schwächer werdendes, aber lange andauerndes Aufbäumen.“

May war ein bürgerlicher Schreiber und verbrämte die imperialistischen Abenteuer der Bourgeoisie und ihre Vorbereitung. Er wurde und wird viel gelesen, aber Entscheidendes zur Unterwerfung der Arbeiterbewegung hat nicht er, sondern haben die revisionistisch gewordenen Führer der Sozialdemokratie geleistet, die weniger umschweifig dieselben idealistischen und sozialchauvinistischen Auffassungen in der Partei und der Arbeiterklasse propagierten. Kautsky 1889: „In Japan ist auch eine Arbeiterbewegung vorhanden, eine sozialistische Bewegung ist im Entstehen begriffen. Sollen wir uns da feindlich gegenüberstellen? Nein, wir müssen sie als unsere Freunde, unsere Brüder betrachten, denen wir helfen wollen, um sie zu heben. Etwas anderes ist es natürlich, wenn wir mit solchen Arbeitern zu tun haben, die so tief stehen, daß sie überhaupt nicht zu heben sind, die gar keine Arbeiterbewegung haben, für die die internationale Solidarität auf keinen Fall

lonialpolitik, sondern die Bestätigung des geschichtlichen Gesetzes, daß die unzivilisierten Völker eben, auch wenn sie gegen ihre Feinde kämpfen, nicht siegen können: „Der Tod einer Nation ist niemals ein plötzliches Stürzen in die Vergessenheit, sondern ein gewaltiges Zucken und Ringen, ein allerdings immer schwächer werdendes, aber lange andauerndes Aufbäumen.“

May war ein bürgerlicher Schreiber und verbrämte die imperialistischen Abenteuer der Bourgeoisie und ihre Vorbereitung. Er wurde und wird viel gelesen, aber Entscheidendes zur Unterwerfung der Arbeiterbewegung hat nicht er, sondern haben die revisionistisch gewordenen Führer der Sozialdemokratie geleistet, die weniger umschweifig dieselben idealistischen und sozialchauvinistischen Auffassungen in der Partei und der Arbeiterklasse propagierten. Kautsky 1889: „In Japan ist auch eine Arbeiterbewegung vorhanden, eine sozialistische Bewegung ist im Entstehen begriffen. Sollen wir uns da feindlich gegenüberstellen? Nein, wir müssen sie als unsere Freunde, unsere Brüder betrachten, denen wir helfen wollen, um sie zu heben. Etwas anderes ist es natürlich, wenn wir mit solchen Arbeitern zu tun haben, die so tief stehen, daß sie überhaupt nicht zu heben sind, die gar keine Arbeiterbewegung haben, für die die internationale Solidarität auf keinen Fall

existiert. Für die können wir uns allerdings nicht begeistern, und unter Umständen kann es kommen, daß, sowie einmal die Kuligefahr bedrohlich wird, wir uns gegen die chinesischen Arbeiter absperren. Ebenso kann es uns mit den ostindischen Kulis oder den südafrikanischen Kaffern gehen.“

### Aus dem Inhalt

*Kommunistische Volkszeitung Nr. 29*



# Die Epoche des Imperialismus. Ungleichmäßige Entwicklung der imperialistischen Hauptmächte. Der deutsche Imperialismus greift nach der Weltherrschaft. Unvermeidlichkeit des Krieges.

## Quellenhefte zum revolutionären Volksbildungsprogramm




### Kriegsziele des Deutschen Reiches

Aus dem geheimen Kriegsprogramm der deutschen Regierung vom 9. September 1914:
„Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu entstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden...

1. Frankreich. Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhanges der Vogesen, die Schleifung der Festungen und die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist. In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey. Ferner eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muß so hoch sein, daß Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten achtzehn bis zwanzig Jahren erhebliche Mittel der Rüstung anzuwenden...

2. Belgien. Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen... jedenfalls muß Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken ...

3. Luxemburg. Wird deutscher Bundesstaat ...

4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband ... unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren...

5. Holland. Es wird zu erwägen sein, durch welche Mittel und Maßnahmen Holland in ein engeres Verhältnis zu dem Deutschen Reich gebracht werden kann. Dies engere Verhältnis müßte... Holland... äußerlich unabhängig belassen, innerlich aber in Abhängigkeit von uns bringen...

### Georg Spieß, Deutsche Bank in Rumänien, Denkschrift zur Rohstoffbasis

Es ist schon auf die Gefahr hingewiesen worden, daß Deutschland solange es gegen 90% seines Bedarfs aus überseeischen Ländern bezieht, im Falle eines Seekrieges von der Zufuhr dieser wichtigen Gebrauchsartikel abgeschnitten werden wird. Diese Gefahr ist in Bezug auf Benzin eine um so schwerer wiegende, als Benzin schon gegenwärtig als Antreibsmittel für Kraftfahrzeuge par excellence ein wichtiges Hilfsmittel der Kriegsführung geworden ist und mit der Weiterentwicklung der Luftschiffahrt eine immer größere Bedeutung gewinnen wird. Ein ähnlich unabweisbares Interesse wird Deutschland zwei anderen Petroleumprodukten, nämlich dem sogenannten Gasöl als Antreibsöl der Verbrennungs-(Diesel-)Motoren und dem Masut als Heizöl für Kessel entgegenbringen müssen, denn diese flüssigen Heizstoffe sind der Kohle namentlich für Schiffe, die eine große Fahrgeschwindigkeit und einen weiten Aktionsradius besitzen sollen, so gewaltig überlegen, daß Deutschland im Interesse seiner Schlagfertigkeit nicht wird vermeiden können, dem von der englischen Marine gegebenen Beispiel eines Übergangs auf flüssiges Heizmaterial zu folgen.

Während nun England, auf Grund seiner Seeherrschaft, nicht zu befürchten braucht, von der Zufuhr dieser Kriegsmittel abgeschnitten zu werden, wäre das Deutsche Reich im Kriegsfalle auf die Zufuhr aus Österreich-Ungarn, Rumänien und – besten Falles noch – aus Rußland beschränkt, die auf dem Land- und teilweise auf dem Donauwege erfolgen kann. Die Voraussetzung aber für die Benutzung dieser Bezugsquellen in Kriegszeiten ist die Verhinderung eines Zustopfens derselben in der Friedenszeit durch Dritte. Die Ausfuhrtätigkeiten der beiden Karpathenländer allein, die zudem dem politischen System von Mitteleuropa angehören, erreicht jetzt nahezu den Leuchtölkonsum Deutschlands, übertrifft den Benzinbedarf Deutschlands und bietet Deutschland in Bezug auf seinen künftigen Gasöl- und Heizölbedarf die Möglichkeit, eine jede gewünschte Menge aus diesen Ländern zu beziehen. Die Ausfuhrtätigkeit aber, die durch das amerikanische Petroleumhandelssystem paralysiert wird, nützt Deutschland in Kriegszeiten ebensowenig wie die mittleren und unteren Donauländer uns im Falle des Abschneidens der Seezufuhr als Kornkammern nützen werden, wenn die ungarischen und rumänischen Äcker nicht bebaut wären, sondern brach dalägen. Die Rücksichten auf die nationale Sicherheit im Kriegsfalle allein weisen also schon Deutschland auf den Weg, eine Sachlage zu schaffen, die Österreich und Rumänien überhaupt erst in die Lage versetzen wird, schon in Friedenszeiten einen ihrer gegenwärtigen Exportfähigkeit entsprechenden Teil ihrer Ausfuhr nach Deutschland zu leiten, die dafür nötigen Transportmittel zu schaffen...

Lenin: „Der Imperialismus ist die höchste Stufe der Entwicklung des Ka-

Anteil der Ländergruppen am Wert der Weltausfuhr im Jahre 1913
Prozent

4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband ... unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren...

5. Holland. Es wird zu erwägen sein, durch welche Mittel und Maßnahmen Holland in ein engeres Verhältnis zu dem Deutschen Reich gebracht werden kann. Dies engere Verhältnis müßte... Holland... äußerlich unabhängig belassen, innerlich aber in Abhängigkeit von uns bringen...

Georg Spieß, Deutsche Bank in Rumänien, Denkschrift zur Rohstoffbasis

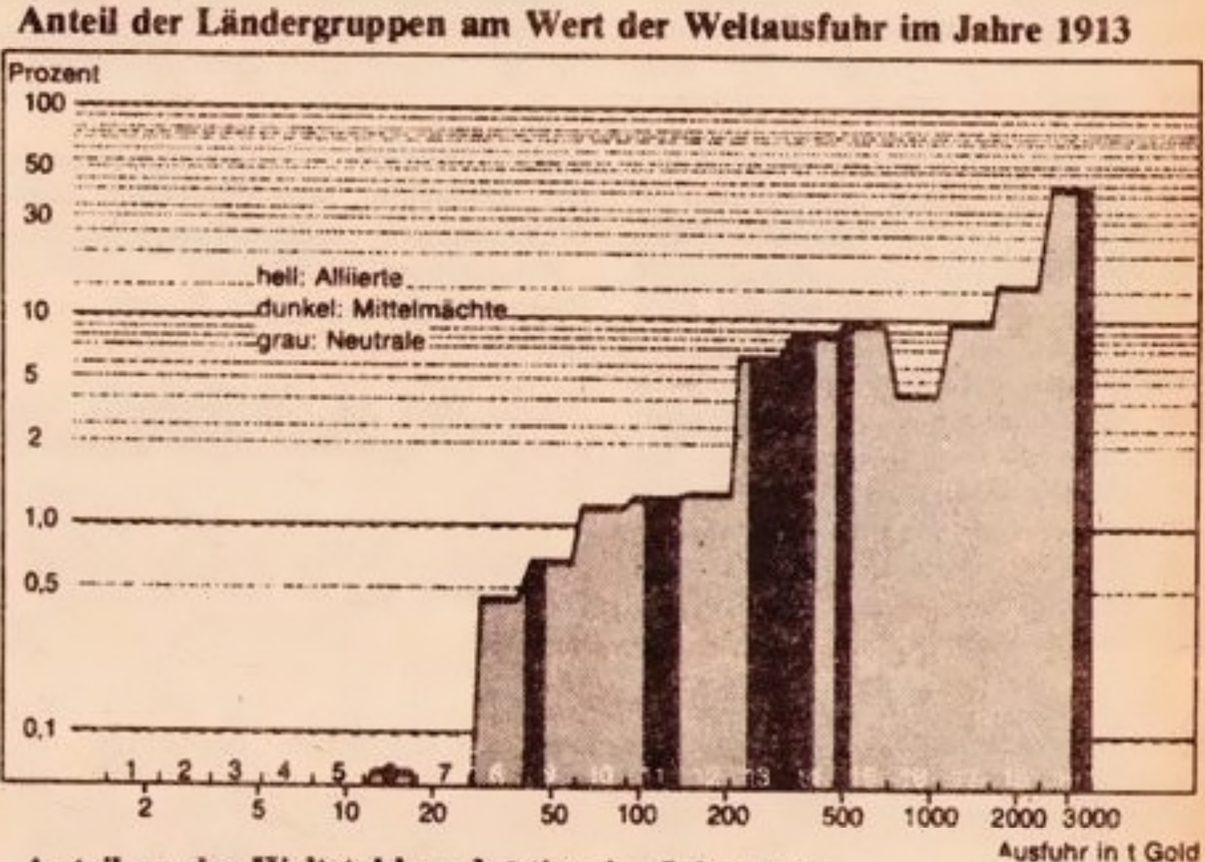
Es ist schon auf die Gefahr hingewiesen worden, daß Deutschland solange es gegen 90% seines Bedarfs aus überseeischen Ländern bezieht, im Falle eines Seekrieges von der Zufuhr dieser wichtigen Gebrauchsartikel abgeschnitten werden wird. Diese Gefahr ist in Bezug auf Benzin eine um so schwerer wiegende, als Benzin schon gegenwärtig als Antreibsmittel für Kraftfahrzeuge par excellence ein wichtiges Hilfsmittel der Kriegsführung geworden ist und mit der Weiterentwicklung der Luftschiffahrt eine immer größere Bedeutung gewinnen wird. Ein ähnlich unabweisbares Interesse wird Deutschland zwei anderen Petroleumprodukten, nämlich dem sogenannten Gasöl als Antreibsöl der Verbrennungs-(Diesel-)Motoren und dem Masut als Heizöl für Kessel entgegenbringen müssen, denn diese flüssigen Heizstoffe sind der Kohle namentlich für Schiffe, die eine große Fahrgeschwindigkeit und einen weiten Aktionsradius besitzen sollen, so gewaltig überlegen, daß Deutschland im Interesse seiner Schlagfertigkeit nicht wird vermeiden können, dem von der englischen Marine gegebenen Beispiel eines Übergangs auf flüssiges Heizmaterial zu folgen.

Während nun England, auf Grund seiner Seeherrschaft, nicht zu befürchten braucht, von der Zufuhr dieser Kriegsmittel abgeschnitten zu werden, wäre das Deutsche Reich im Kriegsfalle auf die Zufuhr aus Österreich-Ungarn, Rumänien und – besten Falles noch – aus Rußland beschränkt, die auf dem Land- und teilweise auf dem Donauwege erfolgen kann. Die Voraussetzung aber für die Benutzung dieser Bezugsquellen in Kriegszeiten ist die Verhinderung eines Zustopfens derselben in der Friedenszeit durch Dritte. Die Ausfuhrtätigkeiten der beiden Karpathenländer allein, die zudem dem politischen System von Mitteleuropa angehören, erreicht jetzt nahezu den Leuchtölkonsum Deutschlands, übertrifft den Benzinbedarf Deutschlands und bietet Deutschland in Bezug auf seinen künftigen Gasöl- und Heizölbedarf die Möglichkeit, eine jede gewünschte Menge aus diesen Ländern zu beziehen. Die Ausfuhrtätigkeit aber, die durch das amerikanische Petroleumhandelssystem paralysiert wird, nützt Deutschland in Kriegszeiten ebensowenig wie die mittleren und unteren Donauländer uns im Falle des Abschneidens der Seezufuhr als Kornkammern nützen werden, wenn die ungarischen und rumänischen Äcker nicht bebaut wären, sondern brach dalägen. Die Rücksichten auf die nationale Sicherheit im Kriegsfalle allein weisen also schon Deutschland auf den Weg, eine Sachlage zu schaffen, die Österreich und Rumänien überhaupt erst in die Lage versetzen wird, schon in Friedenszeiten einen ihrer gegenwärtigen Exportfähigkeit entsprechenden Teil ihrer Ausfuhr nach Deutschland zu leiten, die dafür nötigen Transportmittel zu schaffen...

**Lenin:** „Der Imperialismus ist die höchste Stufe der Entwicklung des Kapitalismus. Das Kapital ist in den fortgeschrittenen Ländern über den Rahmen des Nationalstaats hinausgewachsen; es hat Monopole an die Stelle der Konkurrenz gestellt und alle objektiven Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus geschaffen... Der Imperialismus erzeugt einen solchen Kampf, indem er die Klassengegensätze ungemein verschärft, die Lage der Massen in ökonomischer Hinsicht – Trusts, Teuerung – sowie in politischer Hinsicht verschlimmert, Wachstum des Militarismus, Kriege, Verstärkung der Reaktion, Befestigung und Erweiterung des nationalen Druckes und des kolonialen Raubes verursacht.“

*(aus: Lenin Bd. 22, S. 144: Die Sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen).*

**Anteil der Ländergruppen am Wert der Weltausfuhr im Jahre 1913**




### Chronik

*1897:* Rückversicherungsvertrag (Deutsches Reich, Rußland) / *1890:* Bismarcks Rücktritt, Kündigung des Rückversicherungsvertrages / *1891:* Dreibundvertrag (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Italien) / *1896:* Krüger-Depesche / *1897/98:* Kiautschou wird vom Deutschen Reich besetzt / *1898:* Nahostbesuch von Wilhelm II. Damaskus-Rede / *1900:* Yihotuan-Bewegung in China. „Strafexpedition“ der Imperialisten nach China / *ab 1903:* Bau der Badgadbahn / *1904:* Entente Cordiale / *1905:* Tanger-Landung von Wilhelm II. / *1906:* Algericas-Konferenz / *1908/09:* Bosnische Krise / *1912:* Oktober 1. Balkankrieg / *1912/1913:* Balkankrise / *1913:* Juni 2. Balkankrieg

**Anteil an der Weltstahlproduktion im Jahre 1911**

